PROTOKOLL

über die 32. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 5. Juli 2001, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER: Hermann Leithenmayr

VIZEBÜRGERMEISTER/IN: Friederike Mach, Dr. Leopold Pfeil, Ing. David Forstenlechner

STADTRÄTE: Gerhard Bremm, Roman Eichhübl, Gunter Mayrhofer, Ing. Dietmar Spanring

GEMEINDERÄTE: Kurt Apfelthaler, Rudolf Blasi, Claudia Durchschlag, Helga Feller-Höller, Martin Fiala, Mag. Michaela Frech, Monika Freimund, Stefan Fröhlich, Günter Fürweger, Walter Gabath, Roswitha Großalber, Ing. Wolfgang Hack, Wilhelm Hauser, Ing. Klaus Hoflehner, Stephan Keiler, Mag. Gerhard Klausberger, Maria Koppensteiner, Andreas Kupfer, Engelbert Lengauer, Helmut Oberreiter, Walter Oppl, Hans Payrleithner, Edith Radmoser, Elfriede Reznar, Rudolf Schröder, Ingrid Weixlberger, Dr. Wilfrid Wetzl

VOM AMT: MD. OSR Dr. Kurt Schmidl, MD-Stv. Präs. Dir. Dr. Gerhard Alphasamer, OMR Dr. Gerald Schmoll, OMR Mag. Helmut Golda, OMR Mag. Helmut Lemmerer, Dr. Michael Chvatal, Architekt Thomas Leitner, Architekt DI Gerhard Schmid

ENTSCHULDIGT: Beatrix Toman

PROTOKOLLFÜHRER: OAR Anton Obrist, Gabriele Obermair

T A G E S O R D N U N G

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlussfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Beantwortung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 4) der Tagesordnung:

GHJ2-38/01 Nutzung des frei gewordenen Gebäudes beim Gaswerkareal als Ertragsobjekt.

VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

1) Präs-354/01 Resolution betreffend die Erhaltung des Mobilen Einsatzkommandos (MEK) in Steyr.

2) GHJ2-16/01 Erneuerung des Turnsaalbodens HS Promenade.

3) GHJ2-28/01 Imprägnierung und Wartung Dambergwarte.

4) GHJ2-35/01 Erneuerung der Elektroinstallation VS Punzerstraße.

5) Präs-350/01 Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Herrn Vbgm. a. D. Leopold Tatzreiter.

6) Präs-363/01 Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Herrn Prof. Karl Mostböck.

7) Präs-416/01 Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Herrn DI Klaus-Dieter Ströhmann.

8) Präs-362/01 Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an Herrn Ing. Wilhelm Wohatschek.

9) Präs-415/01 Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an Herrn Musikschuldirektor Gerald Reiter.

10) Präs-360/01 Verleihung der Prof. Anton-Neumann-Medaille an Herrn Franz Steinparzer.

11) Präs-414/01 Verleihung der Prof. Anton-Neumann-Medaille an Kons. Karoline Übleis.

12) Präs-382/01 Resolution an den OÖ. Landtag betreffend Änderung des OÖ. Wohnbauförderungsgesetzes.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

13) SH-4436/91 Behindertenfahrdienst; Subvention für Abgang 2000; Vertragsergänzung.

14) Fin-115/01 Kinderschutzzentrum „Wigwam“; Subvention 2001.

15) Fin-157/00 Verein „Drehscheibe Kind“; „Kindergruppe Elefant“; Subventionsansuchen 2001.

16) Präs-685/96 Alten- und Pflegeheim Münichholz; Abschluss der notwendigen Verträge mit der Wohnungsanlagen GmbH.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

17) Fin-134/01 Vorzeitige Rückzahlung von Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsdarlehen des Landes OÖ.

18) BauGru-8/01 Flächenwidmungsplanänderung Nr. 105; Mazda Lietz.

19) Fin-120/00 Rechnungsabschluss 2000.

20) Rp-2/00 Kontrolle und Revision; Jahresbericht 2000 gem. § 39 Abs. 3 StS.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GERHARD BREMM:

21) Sport-6/01 Regulierung der Tarife für die Sporthalle Tabor; Mehrzwecksaal Wehrgraben; Sportanlage Rennbahn.

22) Abfall-37/00 Neuabschluss einer Vereinbarung mit der Altpapier-Recycling-Organisationsgesellschaft m.b.H., 1061 Wien, Gumpendorferstraße 6, über die Sammlung von lizenzier-ten Verpackungen aus Papier, Karton, Pappe und Well-pappe im Gebiet der Stadt Steyr.

23) BauH-180/00 Bezirkssporthalle Steyr; Generalplaner-Leistungen.

24) Umw-14/99 Umweltbericht 1999/2000.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

25) Fin-217/01 Tourismusverband Steyr; Jahressubvention 2001.

26) BauT-6/01 ff. Kanalisation Stadt Steyr; Antrag um Vergabe und Mittelfreigabe der
A) Kanäle Tabor – Taschelried
B) NK Arnhalmweg
C) NK Feldstraße – Auswechslung Drosselstrecke
D) Seitenstettnerstraße – Kleinramingerstraße
E) NK Neubaustraße
F) Bauleitung und Bauarbeitenkoordination Pkt. A-E
Kreditübertragung und Dringlichkeitsbeschluss.

27) BauT-1/01 Kanalisation Innere Stadt Teil 1
Antrag um Vergabe und Mittelfreigabe der
A) Kanalbauarbeiten am Stadtplatz
B) Microtunneling in der Oberen Kaigasse – Regenentlastung.
C) Bauarbeitenkoordination
D) Beweissicherung von Gebäuden
Dringlichkeitsbeschluss.

28) BauBrü-6/00 Fußgängerübergang Märzenkeller; Vergabe der Instandsetzungsarbeiten.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

29) Fin-109/01 Subvention zur Durchführung der Personalbetreuung.

30) K-28/01 Musik, Wirtschaft und Gastronomie aus Taiwan in Steyr (5. und 6. Juli 2001).

31) K-16/01 Regulierung der Eintrittspreise für das Stadttheater und das Alte Theater.

32) Fin-112/01 ÖGEG – Österreichische Gesellschaft für Eisenbahngeschichte – Steyrtal Museumsbahn; Ansuchen um Jahressubvention 2001.

33) Fin-225/99 Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Rechnungsabschluss 2000; Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr.

34) Präs-166/00 Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977; Adaptierung der Betriebsvereinbarung betreffend Altersteilzeitgeld gem. §§ 27 und 28 Arbeitslosenversicherungsgesetz.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Ich darf sie herzlich begrüßen und eröffne die heutige Sitzung. Ich stelle fest, dass sie ordnungsgemäß einberufen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Als Protokollprüfer sind mir Frau GR Roswitha Großalber und Frau GR Elfriede Reznar gemeldet. Sie nehmen die Funktion an. Entschuldigt hat sich Frau GR Beatrix Toman.

Vor Eingang in die Sitzung möchte ich eine Umstellung der Tagesordnung gem. § 19 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates vornehmen.

Der Tagesordnungspunkt Nr. 20 (Rp-2/99) Kontrolle und Revision; Jahresbericht 2000 gem. § 39 Abs. 3 StS; bei Herrn Vizebürgermeister Ing. Forstenlechner, wird zuständigkeitshalber meinem Ressort zugeteilt.

Zu 2) Beantwortung von allfälligen Anfragen darf ich mitteilen:

Frau Gemeinderätin Elfriede Reznar richtete mit Schreiben vom 27. 6. 2001 nachstehende Anfrage an mich:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

In der Gemeinderatssitzung vom 14. 12. 2000 wurde laut Abänderungsantrag der SPÖ-, ÖVP- und GAL-Fraktion zur Neugestaltung des Heimathauses folgender Beschluss gefasst:

1. Die Stadt Steyr bekennt sich zur schriftlichen Neugestaltung des Heimathauses (Museum der Stadt Steyr).

2. Für die weiteren allfälligen Instandsetzungsarbeiten und Projektgestaltungen werden im Budget 2001 S 500.000,-- vorgesehen.

3. Der Geschäftsbereich VI wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den jeweils zuständigen Fachabteilungen des Magistrates bis Anfang Juni einen möglichen Stufenplan zur Erneuerung des Heimathauses zu erarbeiten und Überlegungen über EU-Förderungen, Einbindung von Stiftungen und ähnlichem anzustellen.

Da Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister - gem. § 35 Abs. 1 und 2 der Geschäftsordnung des Gemeinderates für den Vollzug der Beschlüsse verantwortlich sind, ergeht an Sie folgende Anfrage:

1. Welche Instandsetzungsarbeiten und Projektgestaltungen sind mit den budgetierten Mitteln von S 500.000,-- vorgesehen bzw. bereits vollzogen worden?

2. Weshalb wurden die unter Pkt. 3 des Gemeinderatsbeschlusses angeführten Voraussetzungen für einen weiteren Schritt zur Neugestaltung des Heimathauses bis zum fixierten Zeitpunkt in keinster Weise erfüllt?

3. Warum haben Sie den Vollzug dieses GR-Beschlusses durch den verantwortlichen Kulturreferenten Ing. Spanring nicht herbeigeführt?

Ich ersuche Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, diese Anfrage in der kommenden Sitzung des Gemeinderates am 5. 7. 2001 zu beantworten.“

Ich möchte den Kollegen Spanring bitten, die Beantwortung vorzunehmen.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich werde diese Anfrage entsprechend beantworten.

ad 1) Welche Instandsetzungsarbeiten und Projektgestaltungen sind mit den budgetierten Mitteln von ATS 500.000,-- vorgesehen bzw. bereits vollzogen worden?

Da sich gerade die Fragestellerin aus anderen Anlässen, wie z. B. der Übergabe eines Bildes an eine Abordnung von San Benedetto, als besondere Hüterin der Denkmalschutzagenden der Stadt Steyr profiliert hat, hat sich die Stadtverwaltung besonders bemüht, auch im gegenständlichen Vorhaben, das einen wesentlich sensibleren Bereich als die bloße Übergabe eines Bildes darstellt, die Denkmalschutzagenden bei der weiteren Vorgangsweise entsprechend zu berücksichtigen und sämtliche Aspekte auch aus diesem Blickwinkel in die weitere Umsetzungsphase einfließen zu lassen.

Die Fachabteilung für Altstadterhaltung, Denkmalpflege und Stadterneuerung hat gemeinsam mit dem Geschäftsbereich für Kulturangelegenheiten daher an Herrn Arch. Arno Grünberger von SPURWIEN, mit Datum vom 19. Juni 2001, eine umfassende Stellungnahme mit insgesamt zwölf Forderungspunkten nach Abschluss der entsprechenden Vorgespräche übermittelt. Bei Erfüllung dieser Forderungspunkte aus Sicht des Denkmalschutzes ist sodann in weiterer Folge die Beauftragung an die Firma SPURWIEN zur Erstellung eines weiterführenden Konzeptes vorgesehen. Dieses Konzept soll u.a. enthalten:

Überarbeitung des bestehenden Vorentwurfes auf Basis einer neuen Funktionsdefinition

Grobkostenschätzung

Planungsüberlegungen für 2002

Ergebnisse von Absprachen mit den entsprechenden Behörden

Die Entwicklung eines Terminplanes der Realisierung

Die Kosten dafür belaufen sich nach derzeitigen Angeboten auf ATS 240.000,-- und werden aus dem dafür budgetierten - von der Fragestellerin angesprochenen - Ansatz von ATS 500.000,-- beglichen.

ad 2) Weshalb wurden die unter Pkt. 3 des Gemeinderatsbeschlusses angeführten Voraussetzungen für einen weiteren Schritt zur Neugestaltung des Heimathauses bis zum fixierten Zeitpunkt in keinster Weise erfüllt?

Die unter Pkt. 1 dargestellten umfangreichen Vorgespräche zwischen dem Geschäftsbereich VI, der Fachabteilung für Altstadterhaltung und Denkmalpflege sowie Herrn Arch. Grünberger von SPURWIEN, lassen wohl auch für die Fragestellerin zweifelsfrei und einfach nachvollziehbar erkennen, dass die Voraussetzungen für einen weiteren Schritt zur Neugestaltung des Heimathauses bis zum fixierten Zeitpunkt keinesfalls "in keinster Weise erfüllt" wurden, sondern vielmehr alles erdenklich Mögliche daran gesetzt wurde, diesen Gemeinderatsbeschluss möglichst effizient, aber auch in Abstimmung mit den in diesem sensiblen Bereich zweifellos dringend zu beachtenden denkmalpflegerischen Notwendigkeiten voranzutreiben. Wie auch unter Pkt. 1 Ihrer Anfrage bereits dargestellt, wird demnächst das entsprechende weiterführende Konzept an die Firma SPURWIEN, Herrn Arch. Grünberger, beauftragt werden.

ad 3) Warum haben Sie, Herr Bürgermeister, den Vollzug dieses GR-Beschlusses durch den verantwortlichen Kulturreferenten Ing. Spanring nicht herbeigeführt?

Zu dieser Frage ist auf die Beantwortung unter Pkt. 1 und 2 hinzuweisen, aus denen hervorgeht, dass sehr wohl der Vollzug dieses GR-Beschlusses durch den Herrn Bürgermeister in die Wege geleitet wurde, dass jedoch die Vorverhandlungen, insbesondere aus denkmalpflegerischer Sicht und verantwortungsbewussten Umgang mit diesem doch sehr sensiblen Baubestand des Innerberger Stadl's, einen gewissen Zeitraum in Anspruch genommen haben. Die entsprechenden Vorgespräche zwischen dem GB VI, der Fachabteilung für Altstadterhaltung und Denkmalpflege und der beauftragten Firma SPURWIEN (Hr. Arch. Grünberger) sind jedoch mittlerweile soweit abgeschlossen, dass, wie oben bereits erwähnt, demnächst ein weiterführendes Konzept zu Kosten von ATS 240.000,-- beauftragt werden kann.

Somit ist auch eindeutig klargestellt, dass der Vollzug dieses GR-Beschlusses entsprechend den Bestimmungen des Statutes für die Stadt Steyr ordnungsgemäß umgesetzt wurde.

Darüber hinaus ist darauf hinzuweisen, dass gerade durch die bemerkenswerte Politik der derzeitigen Bundesregierung, in der auch die Freiheitliche Partei einen wesentlichen Teil der Verantwortung mitträgt, die weitere Bundesfinanzierung für das Museum Arbeitswelt als derzeit für die Zukunft nicht gesichert erscheint, sodass auch die Überlegungen für die Zukunft nicht nur den Innerberger Stadel, sondern möglicherweise auch das Museum Industrielle Arbeitswelt erfassen werden müssen. Gerade die Fragestellerin wäre aufgerufen, innerhalb ihrer Fraktion an die verantwortlichen FPÖ-Bundespolitiker heranzutreten, um eine Klärung der für die Stadt Steyr als Kulturstadt doch sehr wesentlichen Frage der künftigen Weiterfinanzierung des Museums Arbeitswelt herbeizuführen, von der auch wesentlich eine weitere Ausgestaltung und Sanierung des Heimathauses abhängig sein wird.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke vielmals.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:
Zusatzfrage!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Bitte, Frau Kollegin.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:
Weshalb wurde nicht vom ersten Augenblick der Umgestaltung des Museums und dieses Konzeptes der Denkmalpfleger und der Museumsleiter miteinbezogen? Ich habe immer den Eindruck gehabt, sie wurden eingeladen, sind aber nicht erschienen. Aber wie man jetzt erfährt, sind sie auch nicht eingeladen worden und haben deshalb bei den Sitzungen auch nicht dabei sein können. Warum hat man durch diese „Nichtmiteinbeziehung“ dieser beiden Personen das ganze Projekt dermaßen verzögert?

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
Es stimmt eigentlich nicht, weil bei der Vorstellung dieses Projektes durch die drei Architektengruppen, bei der Ausschreibung, wie das Modell auch hier am Tisch gestanden ist, war auch der Dr. Kaiser dabei. Also, dass der nicht dabei war, ist schlichtweg nicht richtig, sondern er war dabei.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:
Er war bei keiner Sitzung dabei.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
Das ist ja nicht wahr, er ist ja dagestanden und hat sich das Modell angeschaut, nur dass er sich erst jetzt äußert, das obliegt nicht meiner Beurteilung.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:
Wo bleibt der Museumsleiter?

Unverständlicher Zwischenruf von MD-Stv. Präs. Dir. Dr. Gerhard Alphasamer

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Herr Dr. Alphasamer, die Zusatzfrage war ja nicht beantwortet.

Unverständlicher Zwischenruf von MD-Stv. Präs. Dir. Dr. Gerhard Alphasamer

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Er hat sie ja nicht beantwortet, und antworten muss er.

Er hat nicht beantwortet, warum der Leiter der Dienststelle Museum nicht dabei war.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
Es war aber sein Vorgesetzter dabei und das ist der Leiter des Kulturbereiches.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Ist es üblich, dass der direkte Verantwortliche bei solchen wichtigen Sitzungen nicht dabei ist?

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
Es ist wahrscheinlich ausreichend, wenn der entsprechende Leiter der Abteilung da ist und der dann mit seinen Leuten die Abhandlung entsprechend durchführt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Wir sind ja schon froh, wenn der hie und da dabei ist.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Das ist jetzt keine Beantwortung mehr, sondern ein Dialog, der sich da entwickelt, und den werde ich jetzt unterbinden, weil die Frau Reznar noch eine weitere Anfrage an den Herrn StR Spanring gerichtet hat und die betrifft das Industrieforum. Ich bitte den StR das Schreiben vorzulesen und die Beantwortung vorzunehmen.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
Was ich gerne machen werde.

„Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Bereits für die Gemeinderatssitzung vom 20. 1. 2000 habe ich an Sie die Anfrage bezüglich der Nachnutzung des Kulturobjektes Reithoffer nach der Landesausstellung gestellt. In der GR-Sitzung haben Sie sich dahingehend geäußert, dass man immer noch nicht weiß, wann und in welchem Umfang die Landesausstellung wiederbelebt wird. Außerdem sei Ihnen davon nichts bekannt, dass Rückzahlungsforderungen aufgrund der Stilllegung der Ausstellung gestellt werden. Darüber hinaus stellten Sie auch fest, dass derzeit ein Stockwerk durch den Verein Rohstoff mit der Kunsthalle tmp belegt sei.

In der Zwischenzeit ist es offensichtlich, dass

1. sowohl das Gebäude als auch die noch vorhandenen Ausstellungsstücke in einem bedauernswerten Zustand sind;

2. der Landesrechnungshof sich sehr wohl damit auseinandersetzt, dass Fördermittel unter dem Umstand der nicht gewährleisteten Nachnutzung zurückgezahlt werden müssen.

Gem. § 10 des Stadtstatutes stellt daher die unterzeichnete Gemeinderätin an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, noch einmal nachfolgende Anfrage:

1. Wie rechtfertigen Sie den desolaten Zustand des Ausstellungsteiles? Warum wird das Gebäude nicht wenigstens so instand gehalten, dass jederzeit die Ausstellung wieder geöffnet werden kann?

2. Wie sollen Sie eine Nachhaltigkeit der Ausstellungstätigkeit gegenüber dem Rechnungshof nachweisen - oder wollen Sie, dass hier aufgrund Ihrer Untätigkeit neuerlich Steuergelder in die Hand genommen werden müssen, um Förderungen zurückzuzahlen?

3. Warum haben Sie seit der Gemeinderatssitzung vom 20. 1. 2000, also bereits 1 ½ Jahre, nichts unternommen, um Initiativen für einen Weiterbestand oder eine Wiederbelebung der Ausstellungstätigkeit zu setzen?

Ich ersuche Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, diese Anfrage in der kommenden Sitzung des Gemeinderates am 5. 7. 2001 zu beantworten.“

Hiezu kann ich Folgendes mitteilen:

ad 1) Wie rechtfertigen Sie den desolaten Zustand des Ausstellungsteiles - warum wird das Gebäude nicht wenigstens so Instand gehalten, dass jederzeit die Ausstellung wieder geöffnet werden kann?
Im Rundschreiben des Vereins Industrieforum Steyr, vertreten durch den Vereinsvorstand Dr. Harald Schlögl, vom Mai 2001, an alle Mitglieder wird berichtet, dass, begründet durch die gegenwärtige Finanzlage des Vereins, die Ausstellung auch im Jahr 2001 geschlossen bleiben muss. Als positiver Faktor wird jedoch angeführt, dass die Exponate im Erdgeschoss des Reithofferindustriegebäudes erhaltungsmäßig hervorragend untergebracht sind und periodisch gewartet werden. So sind z. B. die Fahrzeuge zum Teil aufgebockt und - ebenso wie die Komponenten - abgedeckt. Von den Leihgebern wurde das Mannschaftstransportfahrzeug Steyr 1500A sowie der Traktor Steyr 190 rückgeholt. Den PKW Steyr 200 hat der Verein an das Museum Arbeitswelt in Steyr verliehen. Der Kommandeurwagen Steyr 1500A befindet sich auf Veranlassung von ECS, das ist das Entwicklungszentrum Steyr, bei der Restaurierung. Aus dem Archiv wurde eine Anzahl von Holzmodellen für PKW-Karosseriestudien und LKW-Kabinenentwürfen in den Ursprungszustand rückversetzt. Sämtliche Waffen sind aus konservatorischen Gründen an die Leihgeber zurückgegeben worden.

Neben der laufenden Wartung sind die Exponate und das Inventar im Reithofferindustriegebäude versicherungsmäßig angeglichen worden. Laufende Kontrollen erfolgen äußerlich durch den Österreichischen Wachdienst, wobei festzustellen ist, dass in letzter Zeit kein Vandalismus mehr aufgetreten ist.

In einigen Sitzungen ist das Vereinspräsidium mit Zustimmung des Vereinsvorstandes zum Entschluss gekommen, die strategische Ausrichtung einer potentiellen Ausstellung auf die "Industrielle Entwicklung in der Region Steyr" nicht mehr weiter zu verfolgen, sondern als neue Zielrichtung "Die Entwicklung des Straßenverkehrswesens in Österreich" anzustreben, wobei sich ein permanenter Ausstellungsteil durch eine Wechselausstellung ergänzen soll. Mit dieser Idee können sich SNF und SDP entsprechend anfreunden. Dafür spräche auch der weitere Umstand, dass voraussichtlich im Jahre 2003 mit dem Einbau der Musikschule in den Reithofferobergeschossen zu beginnen ist und dazu das gesamte Jugendstil-Industriegebäude saniert werden wird. Ein Architektenwettbewerb über die raumplanerische Gestaltung des Umfeldes (Aigner- und Reithoffergründe) ist abgeschlossen.

Für den Verein Industrieforum bedeuten diese Vorgaben die Veranlassung der Erstellung eines musealen Grobkonzeptes, welches als Grundlage für die finanzielle Bedeckung des Vorhabens dienen soll. Nach Maßgabe der dann in Aussicht gestellten Mittel ist anschließend ein Detailkonzept zu erstellen und die Umsetzung zu organisieren. Die derzeit laufenden Kosten (Strom, Telefongebühren,

Versicherung, Wachdienst, Administrationsaufwendungen) werden durch die Mitgliedsbeiträge der Vereinsmitglieder und die Broschürenverkaufserlöse gedeckt. Für eventuell anfallende Reparaturen gibt es eine Rückstellung. Personalkosten fallen keine an.

In der Vereinsvorstandssitzung vom 18. 4. 2001 wurde einhellig beschlossen, die Grobkonzepterstellung für die weiteren Überlegungen des VIS unbedingt in die Wege zu leiten, wobei in diese Grobkonzepterstellung sowohl Marketingüberlegungen als auch Vermittlungsformen einfließen müssen. Bezüglich der Finanzierung der Kosten dieses Grobkonzeptes wurde seitens der Vereinsvorstandsmitglieder eine Drittellösung zwischen Stadt Steyr, SNF und VIS vorgeschlagen, wobei allenfalls mit Zustimmung der Firma ECS (Nachfolgefirma SDP) auch zu einer Viertellösung gefunden werden könnte. Die diesbezüglichen Gespräche sind derzeit im Gange und noch nicht abgeschlossen.

Zusammenfassend kann daher festgestellt werden, dass alle Exponate erhaltungsmäßig in hervorragendem Zustand sind und periodisch gewartet werden, Grobreinigungen des Ausstellungsteiles regelmäßig durchgeführt werden, sodass sich der Ausstellungsteil keinesfalls - sowie von der Fragestellerin fälschlich behauptet - in einem desolaten Zustand befindet.

ad 2) Wie wollen Sie eine Nachhaltigkeit der Ausstellungstätigkeit gegenüber dem Rechnungshof nachweisen oder wollen Sie, dass hier aufgrund Ihrer Untätigkeit neuerlich Steuergelder in die Hand genommen werden müssen, um Förderungen zurückzuzahlen?

Hiezu kann gesagt werden, dass zur Zeit im Verein, den es schlussendlich ausschließlich betrifft, keine Rückzahlungsforderungen von Förderungsmitteln bekannt sind. Es kann davon ausgegangen werden, dass im Gegensatz zu anderen Landesausstellungsprojekten durch die einjährige Nachnutzung dieser - wenn überhaupt vorhandene - Rückzahlungspassus erfüllt wurde.

Wie bereits oben erwähnt, wurde mit Beschluss des Vorstandes des VIS vom 18. 4. 2001 eine Grobkonzepterstellung mit der Zielrichtung "Entwicklung des Straßenverkehrswesens in Österreich" beschlossen, sodass die Nachhaltigkeit der Ausstellungstätigkeit mit neuer Zielrichtung auch für die Zukunft gegeben sein wird.

Die eventuelle Rückzahlung von Förderungsgeldern ist ausschließlich Sache des Vereines und nicht der Stadt Steyr, wobei aufgrund der vorhandenen Beispiele (Hauptprojekt Weyer der OÖ Landesausstellung 1998 u. a.) eine Rückzahlungsforderung als äußerst unwahrscheinlich angesehen werden muss.

ad 3) Warum haben Sie seit der Gemeinderatssitzung vom 20. Jänner 2000 - also bereits eineinhalb Jahre - nichts unternommen, um Initiativen für einen Weiterbestand oder eine Wiederbelebung der Ausstellungstätigkeit zu setzen?

Wie bereits aus der Beantwortung der Frage ad 2) hervorgeht, werden vom Verein die entsprechenden Maßnahmen getroffen, um einen Weiterbestand der Ausstellung mit neuer Zielrichtung zu sichern. Zusätzlich ist darauf hinzuweisen, dass es nicht Aufgabe der Stadt ist, den Verein Industrieforum zur Weiterbelebung seiner Ausstellung zu veranlassen, sondern dies ausschließlich und alleinige Sache des Vereins Industrieforum ist.

Ihre Anfrage, die Sie an mich richten, geht daher von der Zuständigkeit her völlig ins Leere, da Sie richtigerweise an den Vorsitzenden des Vereins Industrieforum, Herrn Dr. Harald Schlögl, Steyr-Nutzfahrzeuge-AG, Schönauerstraße 5, 4400 Steyr, zu richten gewesen wäre.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Eine weitere Anfrage richtete Frau GR Reznar mit Datum vom 27. 6. 2001 an mich.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:
Zusatzfrage!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Noch eine Zusatzfrage, bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:
Was hindert sie daran, an der Liegenschaft, die ja nicht dem Verein sondern der Stadt gehört, zumindest die Fensterscheiben, oder die Glasscheiben die beim Eingangsbereich kaputt sind, oder den Vorplatz in einen solchen Zustand zu bringen, dass es dort weder hineinregnet, noch sich die Platten dort heben, oder das Unkraut den Platten über den Kopf wächst?

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
Falls dort tatsächlich kaputte Fensterscheiben vorhanden sind, werden die permanent hergerichtet, das geht an sich aus dem Bericht des Vereinsvorstandes hervor.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:
Das ist aber bitte schon 3 Monate so.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
Es waren laufend solche Reparaturen durchzuführen, nachdem es in der Umgebung anscheinend Leute gibt, die ganze Fensterscheiben nicht vertragen, sondern sich nur an kaputten Fensterscheiben erfreuen. Die andere Sache, dass dort Unkraut herumwächst, ich denke, dass das durchaus eine Aufgabe der Liegenschaft wäre, ihre in Besitz befindlichen Gebäude entsprechend zu warten.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:
Man kann ja der Liegenschaftsverwaltung den Auftrag geben.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Kanaldeckel fehlen, usw.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:
Der Kanaldeckel ist heraußen!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Also, die Frage ist beantwortet. Ich werde auch noch ein Wort dazu sagen. Es gibt ja 2 Möglichkeiten für die Stadt. Wenn wir ein Objekt einem Verein zur Verfügung stellen, so wie das im Hinblick auf das Industrieforum geschehen ist, aber auch im Hinblick auf Kunsthalle geschehen ist, an diese Künstlergruppe, dann werden in dem Vertrag die Bedingungen genau festgelegt und dort steht ganz genau drinnen, was die Herrschaften im Zuge ihrer Nutzung zu tun haben und was sie nicht zu tun haben. Also, wir können eines nicht tun, quasi um Gotteslohn, was wir ja tun, diese Häuser zur Verfügung zu stellen, nämlich gratis, oder fast gratis, um einen symbolischen Schilling, und dann richten wir ununterbrochen die Häuser her, um die sich die Vereine bewerben. Das kann es wohl nicht sein. Wir haben das Haus erworben und es hat 10 Mio. Schilling gekostet, wir haben Förderungen in diesen Verein investiert, wenn ich mich richtig erinnere, 3 oder 3,5 Mio. Schilling und haben zusätzlich dort Aufwendungen getätigt, um wichtige Baumängel oder Gebrechen zu beseitigen, um Installationsleistungen soweit zu machen, dass die Vereine dort tätig werden konnten. Das haben wir gemacht, die Vereine haben diese Häuser übernommen und müssen sich natürlich um diese Häuser auch kümmern. Daher kann dieser Vorwurf nicht die Stadt treffen. Wenn sich der Verein auflösen würde und das an die Stadt zurückgibt, dann wäre das Ding wieder bei uns. So ist das, meine Damen und Herren, aber es ist natürlich nicht ganz leicht; und die Art und Weise, wie in der Nachlese der Landesausstellung sozusagen vorgegangen wird, über die kann man natürlich diskutieren und unterschiedlichster Meinung sein. Es haben in 24 Gemeinden 28 Ausstellungen stattgefunden, es ist ursprünglich von der Nachnutzung die Rede gewesen, das war eine Bedingung. Das Problem war schon, dass das Leitprojekt, das war in Weyer, in dem Haus des Kerzenfabrikanten Hofer nur in dem

Jahr der Ausstellung benutzt und als solches aufrecht erhalten wurde und dann wieder von dem Eigentümer in irgendeiner Form genutzt wurde. Das war natürlich nicht das optimale Beispiel für alle anderen. Die Herrschaften vom Industrieforum haben sich sehr bemüht, die Ausstellung weiterhin offen zu halten, ich war selber bei manchen Sitzungen dabei und habe auch unsere Unterstützung signalisiert. Wir haben es in der Werbung drinnen gehabt, Tourismusverband etc., aber der Besucherandrang hat sich in Grenzen gehalten. Es ist nach einer anderen Form der weiteren Ausstellungsführung und nach neuen Gesichtspunkten gesucht worden. Es handelt sich dort um ehrenamtliche Funktionäre, ich habe mich persönlich sehr bemüht, den Herrn Dr. Schlögl, den Herrn Dr. Reif und andere in das Boot zu bekommen, wie das vorher mit dem Herrn Dr. Feizlmayr und dem Herrn Dr. Lettner geschah und man muss sich aus der Sicht der Gemeinde sehr überlegen, solche ehrenamtliche Funktionäre einer zu kritischen Betrachtung zu unterziehen, für die ist das nämlich kein Problem, einen eingeschriebenen Brief abzusenden und diese Tätigkeit dort aufzugeben. Einen politisch Verantwortlichen, den kann man herhauen, das gehört dazu, das wünschen sich die Leute, aber einen ehrenamtlichen Vereinsfunktionär, der sich neben seiner Berufstätigkeit, in einer Spitzenposition in der Steyrer Industrie, zur Verfügung stellt und dort seine Qualifikation und sein Bemühen einbringt, dauernd öffentlich zu kritisieren, das halte ich nicht für wünschenswert, ich sage das einmal bei dieser Gelegenheit. Der Kollege Spanring, als Obmannstellvertreter, hat sich sehr bemüht hier einzuwirken und einzustimmen, dass es uns gelingt, die großen Industriebetriebe bei der Stange zu halten und mitzuwirken, dass man halt zu einer anderen Form der Ausstellung kommt. Ich wäre sehr an dem interessiert, sonst bekommen wir nämlich neben der Schwimmschule dort auch noch ein Geschenk, so wie das auch vom Museum Arbeitswelt in der Generalversammlung angesprochen wurde. Als Stadt diese Geschenke zuhauf zu bekommen, das ist nicht so wünschenswert. Wir brauchen die Hilfe der Vereine, wir brauchen eine ganze Schar ehrenamtlicher Vereinsfunktionäre in allen Bereichen. Ich möchte schon auf diese Situation in eindrucksvoller Weise hinweisen, damit wir uns das einmal vor Augen halten. Wir können uns alles schenken lassen, wir können vielleicht auch alles mit Bediensteten der Stadt besser betreiben, es wird nur sehr viel teurer sein.

GR Engelbert Lengauer kommt um 14.40 Uhr in die Sitzung.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
Ich möchte als kleine Bemerkung dazu noch eines sagen. Wenn einem Mitglied eines Vereines, etwas in seinem Vereinsumfeld auffällt, dass etwas nicht in Ordnung ist, finde ich es eigentlich selbstverständlich, dass dieses Vereinsmitglied dann den Vorsitzenden dieses Vereines darauf aufmerksam macht, dass etwas nicht passt. Es gibt ein Mitglied eines Vereines, der hier am Vorsitzendentisch sitzt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Bei ihnen ist immer ein anderer schuld, aber Kulturreferent sind schon sie, oder?

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
Das weiß ich schon, aber wenn sie sehen, dass dort draußen etwas nicht in Ordnung ist, ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Es ist eh egal, ob man es ihnen sagt oder nicht, es passiert sowieso nichts.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Es ist natürlich nicht so einfach, man kann nicht selber im Verein sitzen und vielleicht ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Selber im Verein sitzen, das ist eine gute Geschichte. Wenn sie das Protokoll der letzten Sitzung, die heute hier besprochen worden ist, gelesen haben, dann steigen ihnen die Grausbirnen hoch.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Das mag ja schon sein, ...

Unverständlicher Zwischenruf von Vzbgm. Dr. Leopold Pfeil

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Nein, hat er nicht, wurde er sehr gebeten.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Er ist immer sehr bereit, die Verantwortung wo anders abzugeben, jeder andere ist schuld, nur die Verantwortung auch aufzunehmen, Herr Spanring, das haben sie noch nie können.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Wenn wir in der Stadt Kulturvereine haben, dann werden wir dort nicht hineinregieren können. Ich bin froh, dass es solche Vereine gibt und wir werden nicht überall hineinregieren. Wir können auch die Verantwortung für einen Verein nicht übernehmen, wir können sie nur fördern und unterstützen und das tun wir.

Es gibt eine weitere Anfrage der Frau Kollegin Reznar an mich, die stellt dieses Mal sehr viele Fragen, und zwar betrifft es den Schlossparkpavillon.

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Als Sie die politische Zuständigkeit für die Liegenschaften der Stadt Steyr übernommen haben, kündigten Sie an, diesem Bereich mehr Augenmerk zu schenken, als dies bisher geschehen war.

Anlässlich einer Besichtigung des mehrfach diskutierten Barockjuwels Schlossparkpavillon musste festgestellt werden, dass nicht einmal die absolut notwendigen Wartungsarbeiten bei dem seit Jahren leer stehenden Gebäude durchgeführt werden. So sind z. B. die südseitig gelegenen Dachrinnen mit Moos und Pflanzen derartig überwuchert, dass das Regenwasser direkt ins Gebäude eindringen kann. Ferner sind an der Frontseite Glasscheiben eingeschlagen, die teilweise nur notdürftigst mit Sperrholzplatten ersetzt wurden. Die Terrasse ist an vielen Stellen durch Frostschäden aufgeworfen.

Zudem sind für die Grundsanierung des Objektes S 3,5 Mio. budgetiert. Die Durchführung dieser Arbeiten wurden bis heute noch nicht in Angriff genommen.

Gem. § 10 des Stadtstatutes stellt daher die unterzeichnete Gemeinderätin an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachfolgende Anfrage:

1. Warum werden die absolut notwendigen Wartungsarbeiten an dem im Eigentum der Stadt Steyr befindlichen Objekt seit Jahren nicht mehr durchgeführt und das Haus seinem Schicksal überlassen?

2. Wann werden Sie die Grundsanierung dieses wertvollen Barockjuwels durchführen lassen, damit dessen Erhaltung sichergestellt ist?

Ich ersuche Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, diese Anfrage in der kommenden Sitzung des Gemeinderates am 5. 7. 2001 zu beantworten.“

Meine Damen und Herren und vor allen Dingen Frau Kollegin Reznar, hiezu kann ich Folgendes sagen:

Seit ich mit Beschluss des Stadtsenates vom 25. 1. 2001 die politische Zuständigkeit für die Angelegenheiten der FA f. Liegenschaftsverwaltung übernommen habe und mich natürlich im Besonderen und vordringlich auch mit dieser Angelegenheit beschäftigt habe, was ja nicht verwunderlich ist, nachdem sich ja 7 Redner ihrer Fraktion bei der Budgetsitzung dieses Themas bemächtigt haben, ist es mir in Erinnerung geblieben, dass dort versucht werden soll, wirklich etwas weiter zu bringen. Das war übrigens immer schon unser Anliegen, aber es hat natürlich einen

Vorschlag gegeben, bzw. eine Betrachtung der Liegenschaft durch unsere Bauabteilung und dort wurde festgestellt, wenn wir dieses Haus generalsanieren, dann wird es notwendig sein, für Sanierung und Einrichtung im Sinne eines Restaurantbetriebes oder Gasthauses, mindestens einen Betrag von 8,5 Mio. Schilling in die Hand zu nehmen. Dieser Philosophie habe ich mich niemals anschließen können, damals als Finanzreferent, denn wenn wir nämlich 8,5 Mio. Schilling in die Hand nehmen und keinen Wirt haben, der dieses Ding bewirtschaften will - es war mehrmals ausgeschrieben und es haben sich damals keine geeigneten Bewerber gemeldet - dann wird es wahrscheinlich so sein, dass wir ein Wirtshaus für einen Wirt einrichten, der dann sagt, dass ihm das nicht gefällt, oder nicht seiner Geschäftsphilosophie entspricht. Das ist naheliegend, wenn sie sich über diese Materie einmal informieren wollen, dann können sie das gerne nachvollziehen. Fest steht, dass wir noch im Jänner sofort eine Begehung vorgenommen haben und dass wir uns die Schäden wirklich angesehen haben. Wir haben gesagt, wir werden auf jeden Fall Baugebrechen soweit beseitigen, dass hier an dem Gebäude kein Schaden entsteht. Allerdings wollen wir in Wirklichkeit nach wie vor mit Nachdruck versuchen, dort Leben hineinzubringen und das geht nur mit irgendeinem Betreiber, das müsste ja nicht einmal ein Gastronom sein, es könnte ja auch andere Verwendungsmöglichkeiten geben, aber Gastronom ist naheliegend. Wir haben uns wirklich sehr bemüht, in einschlägigen Kreisen, über Fachzeitungen und über Vermittlungen von Menschen, die im gastronomischen Bereich tätig sind, einen präsentabeln Pächter, dem wir auch zutrauen, dass er das macht, zu bekommen. Es ist uns auch gelungen, zwei sehr junge, hoffnungsvolle Leute dafür zu interessieren, die ein sehr schlüssiges und überzeugendes gastronomisches Konzept und auch Investitionskonzept vorgelegt haben. Es sind solche, die auch Referenzen aufweisen können, z. B. haben sie auch die Wiener Börse teilsaniert und sie haben einen Folgeauftrag in letzter Zeit bekommen, was auch auf ihre Qualität hinweist. Sie haben einen ausgezeichneten Gastronomen, wie sie sagen, mit an der Hand und wollen ein Unternehmen gründen, um den Schlossparkpavillon zu generalsanieren und ihn auch als Gastronomie, als Restaurant und Cafe zu betreiben. Die Verhandlungen sind sehr intensiv und zügig geführt worden und die Philosophie dieser Leute ist für mich eigentlich sehr überzeugend gewesen, weil sie den Schlossparkpavillon nicht nur bewirtschaften wollen, sondern auch den Schlosspark beleben wollen, weil sie sich in diesem Bereich noch mehr vorstellen können. Wenn wir man sich überlegt, dass wir dort den Schlosshof, die Schlossgalerie, den Schlosswirt haben, dass wir dort zu Weihnachten den Adventmarkt haben, dass das kleine Theater in der Nähe ist und dass sich diese jungen Leute ...

Ich beantworte ja nur die Frage, darum brauchen sie gar nicht schütteln.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:
Ich schüttle gar nicht!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Ich möchte nur sagen, jetzt haben wir die soweit begeistert und wir haben einen Vertrag vorliegen, der demnächst in die Gremien kommen wird. Wir werden dort auch einen Zuschuss leisten, damit diese jungen Leute diese Finanzmittel aufbringen und wir wollen an die 14 oder 15 Mio. Schilling investieren. Wir haben damit nicht nur erreicht, dass das Gebäude saniert wird, dieses dazu gepfuschte Nebengebäude abgerissen wird, wir haben eine seriöse und sorgfältige Sanierung bei dem Baujuwel vorgenommen und bringen auch dieses von uns gewünschte Leben, zur Belebung der Gesamtsituation, in diesem Bereich zustande. Wir sind hier also sehr erfolgreich unterwegs und haben uns sehr bemüht, nicht nur ich, sondern auch die Herren der Liegenschaft und auch die Spitzenvertreter der Liegenschaft und die Juristen haben sich hier um einen entsprechenden Vertragsentwurf sehr bemüht. Wir sind uns im Prinzip einig.

Warum sie diese Anfrage hier noch stellen, das leuchtet mir ohnehin nicht ein, weil ich habe bei der letzten Fraktionsvorsitzendenkonferenz darüber berichtet - und zwar sehr konkret - und es haben alle Fraktionsvorsitzenden dieser Vorgangsweise mit Freude zugestimmt. Daher verstehe ich nicht, warum sie diese Anfrage stellen, aber mir gibt es die Gelegenheit, alle Gemeinderäte zu informieren. Sie haben es sogar in eurer Zeitung geschrieben, die gerade erschienen ist, also up to date seid ihr damit nicht unbedingt, das muss ich bei der Gelegenheit schon sagen.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:
Zusatzfrage!

Das eine schließt aber das andere nicht aus. Es ist erfreulich, wenn es jemanden gibt, aber es hätte schon lange z. B. dieses Dilemma der verstopften Dachrinnen behoben werden können, nachdem gerade von dort das Wasser in das Haus eindringt. Das ist ja nicht notwendig, das hätte man ja schon lange machen können. Warum ist das nicht geschehen? Selbst der Dr. Kaiser hat das besichtigt und hat festgestellt, dass das grundlegend ein sehr großer Fehler ist, das nicht zu machen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Das ist aber keine Frage mehr, sondern ein Co-Referat, Frau Kollegin. Frage ist erlaubt, Co-Referat nicht.

Ich möchte ihnen Folgendes sagen: Es mag schon sein, dass neuerdings dort oben in der Dachrinne auch ein Laub drinnen ist, fest steht, dass die Liegenschaft das laufend überprüft, dass kein Wasser in das Gebäude hineinrinnt, dass der Herr Dr. Kaiser festgestellt hat, dass das Dach nicht erneuert werden soll und ausdrücklich die Meinung vertritt, wir sollen das nicht tun, das Dach ist dicht. Es wird auch nicht zweckmäßig sein, wenn wir neue Glasfenster hineinmachen, wenn die neuen Pächter eine Generalsanierung, das heißt auch Verbundfenster hineinplanen, das wäre ein verlorener Aufwand. Die wollen so schnell wie möglich beginnen, die Verträge werden in die Gremien kommen, wir werden beschließen und werden Gott sei Dank, nach schwieriger Suche nach geeigneten Pächtern, wenn das alles so läuft, eine geeignete Lösung zustande bringen. Das wird uns dann alle zusammen freuen.

Die Fragestellungen sind beantwortet. Unter Punkt 3) Mitteilungen des Bürgermeisters darf ich berichten:

Mehr als 5000 Gäste waren bei der dritten Steyrer Fun-Night und haben sich sehr gut unterhalten. Die Gastronomen waren angeblich sehr zufrieden. Sie wissen ja, dass wir diese Aktivität unterstützen und dass auf der anderen Seite die Wirte mitwirken, indem sie Live-Musik usw. spielen lassen und auch finanzieren.

Ganz wichtig erscheint mir die Frage „Schwimmschule“. Hier ist das Konzept „Neue Schwimmschule“, ein sehr ansprechendes, im Verein durch die Architekten Luger und Maul vorgestellt worden. Im Verein hat es eine einhellige Zustimmung gegeben. Es sind einige Details von Vorstellungen und Wünschen miteingebracht worden, die die Architekten auch weiterhin berücksichtigen werden. Es betrifft aber nur marginale Veränderungen, aber im Prinzip ist das Konzept recht schlüssig und sehr ansprechend. Es gefällt auch den Leuten, weil es in der Schwimmschule schon vorgestellt wurde. Es soll also dazu kommen, dass hier der Kultur- und Naturraum sozusagen miteinander verschmolzen wird, die Gunst der Lage genutzt wird, um es zur Steyr hin zu öffnen, ein Weg soll entlang der mittleren Steyr angelegt werden und es soll hier also auch die Architektur nicht nachgeahmt, oder in dem Sinn restauriert werden, sondern nachempfunden und reflektiert werden. Vor allen Dingen die Mauer wird in Fachwerksbauweise ausgeführt werden. Mir gefällt auch der Aspekt sehr gut, im Bereich der Schwimmschulstraße das Transparent zu machen, um hier den Einblick in das Bad zu eröffnen. Es soll auch das letzte Haus von diesen 10 Häusern saniert werden, was die Fassaden anbelangt, damit auch dieser historische Eindruck von außen wiederkommt, in Form einer Fachwerksausführung und auch in Parkgestaltung, wie das einmal war. Ich glaube, dass das eine sehr reizvolle Überlegung ist, sie wird uns aber noch einiges Kopfzerbrechen bereiten und uns einige Jahre beschäftigen. Ich gehe einmal davon aus, es gibt eine grobe Kostenschätzung von 27 Mio. Schilling, es wird nicht so leicht sein, das Geld aufzutreiben, vor allen Dingen nicht so schnell, wie es sich manche wünschen oder vorstellen. Es wird auch die Stadt einen Beitrag leisten, den ich grob - wie bei anderen Projekten auch - auf ein Drittel einschätze, wir werden uns darüber noch im Detail zu unterhalten haben, aber es wird wahrscheinlich Eingang finden müssen in mittelfristige Finanzplanungen, weil sonst die Chancen der übergeordneten Gebietskörperschaften, Geld für dieses Projekt zu bekommen, sehr reduziert sind. Wir müssen also

schon selber Zeichen in diese Richtung setzen, es wird also bei Finanzdebatten über Projekte, die heute auf der Tagesordnung stehen, noch ein paar Mal eine Rolle spielen.

Es war auch beim Tag der offenen Tür im Kommunalzentrum eine gute Stimmung. Rund 1000 Besucher haben sich dieses neue Kommunalzentrum angesehen und waren durchaus sehr angetan.

Es läuft heute an - ich habe auch schon einen der Herrschaften aus Taiwan gesehen - diese 2 Tage Folklore, Gastronomie und Musik aus Taiwan in Steyr. Mehr als 100 Taiwanesen sind hier, auch in Begleitung des Vizeoberbürgermeisters aus Taipeh und der Vizekulturministerin und natürlich auch der Witwe des Herrn Prof. Scholz, der ja Anlass war für diese Begegnung hier in unserer Stadt, weil er ein großer Sohn unserer Stadt ist und eine tolle Musikkarriere in Taiwan gemacht hat. Ich glaube, es wird auch eine internationale Beachtung finden, auch im Sinne des Völkeraustausches, auch von Kulturaktivitäten, sicherlich in die Geschichte unserer Stadt eingehen. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass morgen um 19.00 Uhr das Taipeh Symphonie-Orchester, einer der besten Klangkörper der Welt, jedenfalls Asiens, hier ein Konzert geben wird, zu dem sie, meine Damen und Herren, auch Eintrittskarten vorliegen haben. Ich bitte sie sehr und lade sie ein, an dieser Veranstaltung teilzunehmen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Auf der Karte steht 19.30 Uhr.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Bei mir steht noch 19.00 Uhr, aber da wird die Karte stimmen. Danke für den Hinweis. Aber früher dort sein, ist ja nicht so ein Problem.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Wenn sie mir in der Ordination helfen, dann komme ich schon zusammen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Wenn ich in die Pension gehe, dann können sie mich als Arzthelfer und Operationsgehilfe für größere Tiere anfordern.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Ich möchte dann auch noch sagen, dass es uns sehr freut, dass wir doch weiterkommen in der uns immer schon beschäftigenden Frage „Verkehrsan-
bindung in Steyr“, und wie sie wissen haben hier der Verkehrsreferent des Landes, Dipl.-Ing. Haider, und der Straßenreferent des Landes, Franz Hiesl, sich hier gemeinsam auf die Vorgangsweise geeinigt, betreffs der Verwendung der neuen Finanzmittel, die aus dem Verkauf der Wohnbaudarlehen zur Verfügung stehen und da ist hier Gott sei Dank diese Straßen- aber auch die Bahnverbindung nach St. Valentin, die Straßenverbindung nach Enns, in allen Punkten finanzierbar gemacht und hat absolute Priorität. Herr Franz Hiesl hat ja gesagt, vorgestern bei einer Pressekonferenz in Steyr, dass die Einigung - auch über die technischen Details - bei der Westumfahrung Dietachdorf stattgefunden hat, dass er mit einem Baubeginn im Jahr 2003 rechnet und davon ausgeht. Es soll auch binnen 14 Tagen die Entscheidung über die Trassierungsvariante, die im Raum Hargelsberg - Enns vorgenommen wird, fallen, worüber ich sehr froh bin. Ich glaube, dass wir in dieser Frage der Realisierung noch nie so nahe gewesen sind wie jetzt.

Ich darf auch noch berichten, dass das Ergebnis der Volkszählung nun vorliegt, die Auswertung erfolgt ist. Das Ergebnis für die Stadt Steyr kann als einigermaßen günstig betrachtet werden. Die Zahl der Bewohner mit Hauptwohnsitz ist dabei zwar fast gleich geblieben, aber die Gesamtbewohnerzahl ist gestiegen. Die Statistiker haben mit Stichtag 15. Mai 2001 insgesamt 41.972 Personen gezählt, davon haben 39.496 ihren Hauptwohnsitz in Steyr. Das sind um 159 mehr als bei der Zählung im Jahr 1991. 2.476 Personen haben in Steyr ihren Nebenwohnsitz. Auch die Wohnungs-

und Häuser-Statistik weist ein kräftiges Plus aus; insgesamt gibt es aktuell 19.659 Wohnungen, das sind um 2.175 mehr als vor 10 Jahren. Außerdem ist die Zahl der Häuser in unserer Stadt um 551 in den letzten 10 Jahren auf 6.525 gestiegen. Es zeigt sich also, dass in Wirklichkeit enorm viel mehr Wohnraum zur Verfügung steht, weil die Zahl der Einwohner ist ja nicht so massiv gestiegen und wir haben da wahrscheinlich in den letzten 10 Jahren einen Quantensprung gemacht. Jeder einzelne Steyrer, zumindest statistisch gesehen, hat deutlich mehr Wohnraum zur Verfügung.

Am Schluss meines Berichtes komme ich zur Arbeitsmarktlage und darf berichten: Im Juni 2001 betrug die Arbeitslosenquote 5,9 % und ist damit im Vergleich zum Vormonat um 0,4 % höher. Wir spüren also auch diese in ganz Österreich, aber auch in Deutschland spürbaren Verschlechterungen der Beschäftigungssituation. Gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr hat sich diese Zahl um 0,1 % verringert. Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen betrug im Juni 1.804. Diese vermehrte sich gegenüber dem Vormonat um 5,1 % (d. s. 88 Personen), also von Mai auf Juni. Normal ist es umgekehrt und es sind im Juni weniger Arbeitslose als im Mai. Es zeigt sich also, dass auch bei uns dieser Einbruch in der Wirtschaft spürbar wird, was natürlich nicht erfreulich ist, weil wir haben ja gerade noch im Mai eine hervorragende Position mit 4,2 % gehabt. Selbst der Herr Landeshauptmann lobt uns und schreibt, dass wir einen besonders positiven Rekord in Steyr verzeichnen und wir sind, wie in keiner anderen Region, bei den Arbeitslosenzahlen am besten in Oberösterreich unterwegs und präsentieren uns als ein wirtschaftliches Stärkefeld mit einem gelungenen Branchenmix aus Industrie-, Gewerbe- und Handelsbetrieben. Wir sehen, wie sensibel die Dinge reagieren, 88 zusätzliche Arbeitslose in einem Monat, noch dazu von Mai auf Juni, das ist also kein sehr gutes Vorzeichen und wird uns auch in unserer Einnahmensituation, was die Finanzen betrifft, natürlich beschäftigen müssen. Wir müssen also auch beim Budgetvollzug aufpassen. Im Juni 2001 waren 341 offene Stellen gemeldet, das sind im Vergleich zum Vormonat auch um 92 Stellen weniger. Es sind auch gegenüber dem Vorjahr weniger Stellen.

Meine Damen und Herren, das war also mein Bericht. Ich möchte sie noch bitten, unter Punkt 4) die Beschlüsse des Stadtsenates zur Kenntnis zu nehmen und darf mitteilen, bevor wir uns den Verhandlungsgegenständen zuwenden, dass mir ein Dringlichkeitsantrag vorliegt. Er ist in ausreichender Form unterstützt und ich darf den Kollegen Bremm, der ihn eingebracht hat - er ist auch vom Kollegen Apfelthaler unterstützt - bitten, dass er uns den Dringlichkeitsantrag kurz vorträgt und wir dann entscheiden, ob wir ihm die Dringlichkeit zuerkennen oder nicht.

STADTRAT GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Damen und Herren. Nun zu dem Dringlichkeitsantrag:

DRINGLICHKEITSANTRAG

zur Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr am 5. Juli 2001

Gemäß § 7 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr und seiner Ausschüsse stellen die unterfertigten Gemeinderatsmandatare folgenden Dringlichkeitsantrag

Der Gemeinderat möge beschließen:

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Hier geht es doch nur um die Dringlichkeit und nicht um den Inhalt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Haben alle den Dringlichkeitsantrag?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Jetzt geht es doch nur um die Dringlichkeit!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Es gibt ja 2 Möglichkeiten. Wenn alle Gemeinderäte den Dringlichkeitsantrag vorliegen haben, dann wird der Kollege Bremm nicht den ganzen Dringlichkeitsantrag zur Verlesung bringen brauchen, dann kann er das in kurzen Worten erklären. Man kann aber auch nicht den Gemeinderat über einen Dringlichkeitsantrag abstimmen lassen, wenn ihn die Mitglieder des Gemeinderates gar nicht kennen, Herr Dr. Pfeil. Also, ich würde mich wehren.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Herr Bürgermeister, es geht doch hier nur um die Dringlichkeit!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Ja eh, aber ich muss ja wissen, wem oder was ich die Dringlichkeit geben soll. Da ist das Thema, um das es geht, ja schon wichtig, ist es dringlich oder nicht. Also, wenn jeder das in den Händen hat, dann kann der Kollege Bremm das in kurzen Worten schildern und dann stimmen wir über die Dringlichkeit ab. Das ist schon richtig, aber wenn sie es nicht wissen, dann wird man wohl reden müssen.

STADTRAT GERHARD BREMM:
Hat es jeder in Händen? Dann darf ich nur ein paar Sätze zu diesem Dringlichkeitsantrag sagen. Es geht hier darum, dass die sogenannte Rederbrücke neu errichtet werden soll. Hier gibt es ein Anbot, mit dem wir als Stadt Steyr auch konfrontiert wurden, über die Gestaltung der Brücke in einer Betonbauweise. Mittlerweile ist uns aber auch bekannt geworden, dass aufgrund der Ausschreibung vom Land Oberösterreich für die Errichtung dieser Brücke mehrere Anbote eingegangen sind, dabei wurde auch eine Stahlkonstruktion als Anbot eingebracht. Diese ist zwar in der Reihung vom Land nicht an vorderster Stelle, weil sie etwas teurer ist, aber aus unserer Sicht ist es nicht unbedeutend, welche Brücke in unserem Stadtgebiet errichtet werden soll. Wir haben aber gesehen - es gibt Pläne und ein Bild dazu - dass diese Stahlkonstruktion architektonisch wesentlich schöner in unser Stadtbild hineinpassen würde. Es gibt auch andere Vorteile, die dann in der Debatte noch diskutiert werden, dass diese Variante „Stahlkonstruktion“ wesentlich schöner, günstiger und vorteilhafter wäre. Aus diesem Grund wollen wir die Debatte mit dem Land, über die zu errichtende Brücke, noch einmal führen, weil es unseres Erachtens nicht so sein kann, dass wir einfach eine Brücke aufs Auge gedrückt bekommen, ohne dass wir als Vertreter der Stadt, als Mandatare und Bevölkerung mitreden können. Das ist der wesentliche Inhalt dieser Resolution und ich ersuche den Gemeinderat, diesem Dringlichkeitsantrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr. Wünscht zur Dringlichkeit noch jemand das Wort? Herr Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich werde jetzt nur zur Dringlichkeit sprechen und nicht zum Inhalt dieses Antrages. Es zeigt schon, wie hier einerseits mit der Stadt Steyr vom Land umgegangen wird, andererseits zeigt es auch, wie vom Bürgermeister mit den Gemeinderäten umgegangen wird. Wenn ein derart wichtiges Projekt dem Gemeinderat jetzt 5 Minuten vor 14.00 Uhr vorgelegt wird und per Dringlichkeit abgeändert werden soll, mit einer Resolution an die Landesregierung, dann ist das schon sehr bedeutsam, aber ich habe erst heute davon inhaltlich Kenntnis bekommen, dass es hier eventuell ein anderes besseres Projekt gäbe. Ich kann bis dato nicht beurteilen, was ist besser, was ist schlechter, was eignet sich besser, es gibt Vor- und Nachteile dafür. Um eine Minimalinformation zu bekommen, habe ich die Mittagspause genützt und mich mit der Landesbaudirektion telefonisch ins Einvernehmen gesetzt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Jetzt reden sie aber inhaltlich!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Herr Bürgermeister, ich sage es nur formal, nicht inhaltlich. Ich beantrage jetzt zur Geschäftsordnung

eine Sitzungsunterbrechung, um den Baudirektor zu bitten, dass er uns hier seine Sicht gibt, dass er sich uns hier als Auskunftsperson zur Verfügung stellt und dass wir dann intern auch in den Fraktionen beraten sollen, weil es ist schon ein extrem wichtiger Bau in der Stadt Steyr. Es gibt einiges was dafür spricht, aber auch einiges was dagegen spricht und das möchte ich jetzt nicht aus dem Bauch heraus entscheiden, ohne die Unterlagen zu haben. Wer von ihnen hat die Unterlagen, wer von ihnen hat das Bild gesehen, wer hat die technischen Unterlagen des Baus? Da gibt es schon Probleme, und wenn man die Verantwortung ernst nimmt, dann möchte ich das jetzt nicht mit einem Dringlichkeitsantrag vom Tisch bringen. Wenn man das wirklich ernst genommen hätte, dann hätte man ab Kenntnis der Sachlage eine dringliche Sitzung des Bauausschusses durchführen können und dort alle Fakten auf den Tisch legen können. Oder Bau- und Planungsausschuss gemeinsam, das hätte es sich verdient, dann hätte man dort eine einhellige Vormeinung bekommen können. Ich fühle mich im Moment nicht im Stande, dazu fachlich etwas zu sagen. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke, Herr Dr. Pfeil. Ich möchte Folgendes sagen: Natürlich ist es richtig, wenn wir uns inhaltlich mit der Materie auseinandersetzen, wenn wir uns auch von einem Fachmann, soweit er darüber im Bilde ist, informieren lassen. Eines steht einmal fest, ich selbst weiß nur durch Zufall davon, weil mich ein Schreiben der VOEST erreicht hat und ich informiert wurde, wie das Anbot der VOEST ausgesehen hat, dass hier auch andere Anbote, als die, mit denen wir uns in unseren Sitzungen beschäftigt haben, überhaupt da waren. Das heißt, das Land Oberösterreich hat eine Vorauswahl gemacht und hat diese sehr ansprechende Brücke ausgeschieden. Das Bild habe ich am 26. Juni, also vorige Woche das erste Mal überhaupt gesehen, mit dem Brief, den ich dazubekommen habe und ich habe am selben Tag noch mit dem LH-Stv. Hiesl gesprochen und der hat gesagt, man muss mit dem obersten Brückenbauer reden. Mit dem obersten Brückenbauer hat dann unser Baudirektor gesprochen und aufgrund dieses Gespräches ist gesagt worden, dass er da nichts machen kann, weil er Ausschreibungsrichtlinien usw. hat und daher war kein Gespräch möglich. Herr Hiesl hat dann zu einem Pressegespräch in Steyr einberufen, mich dazu eingeladen. Das war die erste Gelegenheit, wo ich dazu die Bedenken der Stadt anmelden konnte und gesagt habe, wir sind informiert worden, dass es ein zusätzliches Anbot gibt, das sehr ansprechend ist, das uns gefällt, das auch ein paar technische Möglichkeiten beinhaltet, z. B. am selben Platz, wo jetzt die Brücke ist und nicht weiter hinzugerückt, z. B. dass hier die Bauzeit eine kürzere ist und dass hier auch geringere Wartungskosten auftauchen werden. Natürlich ist es auch ästhetisch schöner. In einer Stadt, wo der Denkmalschutz eine Rolle spielt und eine Perle der Architektur wie wir sind, müssen wir natürlich einen sehr strengen Maßstab anlegen, wenn so etwas bei uns gebaut wird, weil jedem privaten Bauherrn passiert das auch. Daher hätte ich gerne, dass sich der Stadtsenat und der Gemeinderat zumindest mit diesen Entwürfen und Varianten beschäftigen hätte können. Nachdem das nicht geschehen ist, werde ich den Gemeinderat damit befassen. Die Pressekonferenz war vorgestern, gestern ist es in den Zeitungen gestanden, was ich dort gesagt habe, zumindest im Großen und Ganzen, heute ist Gemeinderatssitzung und heute haben wir erst gesagt, wir entwerfen eine Resolution, die zum Ziel hat, das Ganze doch noch einmal zu betrachten. Also, das ist der typische Fall von Dringlichkeit, weil angeblich lauft die Frist am 11. 7. ab und daher muss man das jetzt debattieren, es sei denn der hohe Gemeinderat ist der Meinung, die Geschichte läuft eh befriedigend, es interessiert uns nicht weiter und wir geben uns damit zufrieden, was dort gebaut wird. Wir kennen nur die Variante, die in den Ausschüssen behandelt wurde. Es gibt aber auch andere und wir wünschen uns nur eine zusätzliche Überprüfung und Betrachtung. Sie ist in der Gesamtbewertung ein bisschen teurer, um 12 Mio. Schilling, aber sie steht hundert Jahre dort. Das darf man nicht vergessen und ich möchte dem Gemeinderat nicht vorenthalten, dass es noch diese Variante gibt, von der ich erst vorige Woche informiert wurde. Es kann ja sein, dass andere auch informiert wurden, oder Journalisten, oder ich weiß nicht wer, dann sagt ihr, ich setzt mich da drauf. Daher bringe ich das da als Dringlichkeit herein, damit wir darüber debattieren können. Vielleicht ist dann sowieso die Meinung vorherrschend, es stört uns weiters nicht. Das ist für mich der typische Fall von Dringlichkeit.

So, Frau Kollegin Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Aber es steht noch immer ein Antrag zur Geschäftsordnung im Raum, dem an sich gar keine Debatte zu folgen hat, sondern höchstens eine Abstimmung zu dem Antrag des Herrn Vzbgm. Pfeil auf Sitzungsunterbrechung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Langsam, langsam, ich höre nicht so gut, dass ich dieses Schnellfeuer verstehe.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Laut § 8 der Statuten der Stadt Steyr, Geschäftsordnung, ist bei einem Antrag zur Geschäftsordnung nicht zu debattieren, sondern einfach abzustimmen. Darum müssen wir jetzt abstimmen, ob es eine Sitzungsunterbrechung gibt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Es gibt aber auch zu einem Geschäftsordnungsantrag für jede Fraktion eine Wortmeldung.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Nein!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Ja!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Nein, er kann nicht nur einen Antrag stellen und ich muss gleich abstimmen lassen. Es spielt ja auch keine Rolle. Wir wollen ja nicht eine formalistische Debatte abwickeln, sondern es geht darum, ...

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Ich hätte gerne, dass wir die Behandlung, so wie bei dringlichen Anträgen, am Schluss des Gemeinderates behandeln. So hätte ich mir das vorgestellt und natürlich können wir bei der Behandlung, ...

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Hallo, horchen sie ein bisschen zu. Natürlich können wir, bevor wir den Tagesordnungspunkt behandeln, da bin ich durchaus der Meinung, eine Beratungsphase einschalten, oder uns vom Baudirektor erklären lassen, wie er die Dinge aus fachlicher Sicht beurteilt. Das halte ich sogar für gut, zweckmäßig und notwendig. Es ist nur die Frage, ob wir diese Unterbrechung jetzt machen sollen, bevor wir über die Dringlichkeit abstimmen. Möchten sie das jetzt machen?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Ja.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Gut, ist mir auch Recht. Es ergeht der Antrag des Herrn Vizebürgermeisters, bevor wir über die Dringlichkeit abstimmen, eine Sitzungsunterbrechung anzuberaumen, in der die Möglichkeit besteht, vom Herrn Baudirektor oder seinem Vertreter über diesen Brückenbau näher informiert zu werden. Wer diesem Antrag, Sitzungsunterbrechung aus Informationsgründen, die Zustimmung gibt, der möge ein Zeichen geben. 14 (FPÖ, ÖVP). Wer ist gegen die jetzt anzuberaumende Sitzungsunterbrechung? 18 (SPÖ). Übt jemand Stimmenthaltung? 3 (LIF, GAL). Das heißt also, wir unterbrechen die Sitzung jetzt nicht, was nicht heißt, dass wir uns nicht genau informieren lassen bevor wir das inhaltlich betrachten.

Jetzt lasse ich darüber abstimmen, ...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Moment! Es steht jeder Fraktion eine Wortmeldung zur Dringlichkeit zu. Darf ich zur Dringlichkeit?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Zur Dringlichkeit, ja das ist richtig. Aber da haben sie ja eh schon gesprochen, da haben sie dem Herrn Dr. Pfeil eine Stimme gegeben. Ich dachte, das war es.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Mitunter kommt es vor, dass man einen Dringlichkeitsantrag braucht, weil wirklich etwas rasch hereinkommt. Ich bin in diesem Haus schon sehr viel an Dringlichkeit gewöhnt. Z. B. dass man ein Fun-Court über Dringlichkeit beschließt, aber dass wir eine Brückenvariante über Dringlichkeit heute hier beschließen, das ist populistisch, ist ein Zeichen von Uninformiertheit und das kann nicht sein. Wenn dieses Thema so wichtig ist, und ich erachte es als sehr wichtig, dann ist es sinnvoll dass man eine Sondersitzung, möglichst rasch, von mir aus morgen, vom Bauausschuss macht, gemeinsam mit der Landesbaudirektion, gemeinsam mit Planern und sich zusammensetzt. Aber es kann doch nicht sein, dass man jetzt da herinnen über ein Projekt die Dringlichkeit abstimmen lässt und dann möglicherweise im Anschluss an diese Debatte einen Beschluss fällt, wobei die meisten nicht einmal informiert sind. Das kann doch nicht der Fall sein, das verstehe ich schlichtweg nicht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Frau Kollegin Frech, vorgestern ist uns, den Medien und mir, mitgeteilt worden, dass diese Brücke gebaut wird. Ich habe nur wenige Tage vorher durch Zufall erfahren, dass es noch eine andere Variante gibt. Genügt euch das, was in der Zeitung steht, oder möchtet ihr euch damit auseinandersetzen und das behandeln. Dann ist das nur bei der heutigen Gemeinderatssitzung möglich, wenn wir einen Dringlichkeitsantrag beschließen und ihm die Dringlichkeit zuerkennen, sonst ist das nicht möglich. Verstehen sie mich? Ich bringe das nur hier herein, es können auch alle sagen, das interessiert uns nicht. Ich möchte mir nicht vorwerfen lassen, dass ich eine andere Variante kenne und am ganzen Gemeinderat geht das vorbei, ein Brückenbau. Um das geht es.

Nun können wir über die Dringlichkeit abstimmen. Wer dem Antrag die Dringlichkeit zuerkennt, und der Vorschlag lautet, am Ende der Tagesordnung diesen Punkt inhaltlich zu behandeln und auch eine entsprechende Information unserer Fachleute entgegenzunehmen, den ersuche ich ein Zeichen zu geben. 26 (SPÖ, GAL, ÖVP). Wer ist gegen die Dringlichkeit? 9 (FPÖ, LIF). Wer enthält sich der Stimme? Niemand. Die Dringlichkeit ist mit Mehrheit zuerkannt worden.

Damit können wir uns den Verhandlungsgegenständen zuwenden und ich übertrage den Vorsitz an die Kollegin Mach.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke, ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um seine Berichterstattung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Meine Damen und Herren. Eine andere Resolution liegt vor und zwar betreffend der Erhaltung des Mobilen Einsatzkommandos (MEK) in Steyr. Diese Resolution soll an das Bundesministerium für Inneres gehen.

Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wie sie wissen, plant das Bundesministerium die Mobilen Einsatzkommandos in Linz, Wels und Steyr abzuschaffen und dafür im Raum Mondsee eine neue Truppe zur Verbrechensbekämpfung aufzustellen. Wir haben uns über diese Thematik unterhalten, die Positionen der Städte sind gleich oder sehr ähnlich. Wir befürchten, dass damit die öffentliche Sicherheit nicht mehr in diesem Ausmaß gewährleistet sein könnte, oder jedenfalls die Schlagkraft der Exekutive in unseren Städten deutlich reduziert wird. Man muss sich vorstellen, dass die Entfernung zwischen dem Raum Mondsee und der Stadt Steyr es mit sich bringt, dass im Fall eines Einsatzes vermutlich 1 bis 1½ Stunden vergehen, bis diese Einsatzkräfte im Verbrechensfall vor Ort sind. Wir sollten uns darüber im Klaren sein, dass die großen Industriebetriebe unserer Stadt natürlich mit sich bringen, dass ständig Besucher aus aller Welt hier herkommen, dass leider die Gefahr besteht, dass immer etwas passieren könnte. Ein weiteres Argument scheint mir zu sein, dass die Ortskenntnisse unserer Mobilen Einsatzkräfte in der Stadt natürlich ein wesentlicher Beitrag dazu sind, dass die Verbrechensbekämpfung effektiv stattfinden kann. Man muss sich in der Praxis vorstellen, dass, wenn was passiert, nach 1½ Stunden Einsatzkommandos aus dem Raum Mondsee herkommen und mit der Örtlichkeit in keiner Weise vertraut sind - Innenstadt, Altstadtgassen, Nichtkenntnis der Personen oder der potentiellen Täter - und sich damit die Situation deutlich verschlechtert. Ich war daher auch der Meinung und habe das auch schon einmal bei einer öffentlichen Pressekonferenz im Ursulinenhof zum Ausdruck gebracht, dass wir diese Vorgangsweise nicht gutheißen.

Es ergeht daher der Antrag an den Gemeinderat:

1) Präs-354/01

Resolution betreffend die Erhaltung des Mobilen Einsatzkommandos (MEK) in Steyr; Antrag gem. § 12 STS 1992

Der Gemeinderat möge beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Öffentliche Rechtsangelegenheiten vom 17. Mai 2001 wird nachstehende Resolution an den Herrn Bundesminister für Inneres Dr. Ernst Strasser beschlossen:

RESOLUTION

Der Herr Bundesminister für Inneres wird ersucht, von einer Verlegung des derzeitigen Standortes des Mobilen Einsatzkommandos (MEK) im Bereich der Bundespolizeidirektion Steyr an einen anderen Standort in Oberösterreich oder Salzburg Abstand zu nehmen, da Steyr als Einzugsgebiet von rund 140.000 Personen gilt und die international tätigen Konzerne wie BMW, SNF und SKF sowie die weltweit tätigen Forschungseinrichtungen ein erhöhtes Sicherheitsbedürfnis repräsentieren.

Überdies würde eine Verlegung des MEK's von Steyr weg eine nicht wieder gut zu machende Verschlechterung bei einem Einsatz im Ernstfall nach sich ziehen und somit bei Akuteinsätzen das Sicherheitsrisiko nachteilig beeinflussen. Ebenso würde eine Verminderung der Präsenz des MEK's im Rahmen der Sicherheitswachetätigkeit im Stadtgebiet von Steyr zu einer nachweislich subjektiven und objektiven Verschlechterung des Schutzbedürfnisses der Steyrer Bevölkerung führen.

Ich bitte um Debatte bzw. Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Herr GR Hauser bitte.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:
Geschätzter Herr Bürgermeister, geschätztes Präsidium, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste, werte Presse. Auf der einen Seite möchte ich einmal ganz klar

festhalten, dass aus meiner Sicht diese Resolution vollinhaltlich zu unterstützen ist und möchte aber auch noch auf ein paar andere Dinge hinweisen, die hier durchaus auch betrachtungswert sind. Es hat eine Strukturreform gegeben, die zu Beginn des Jahres 2001 gegriffen hat, wo die Anzahl der Bediensteten des MEK in Steyr von 35 auf 26 gekürzt wurde und allen bei der Polizei bzw. auch den einzelnen Bediensteten daraufhin versichert wurde, dass das die Reform ist, wie sich die Einsatzkapazität in Zukunft gestalten soll bzw. wie sie auch aufrechterhaltbar ist. Ein paar Monate später sehen wir, dass eine gänzliche Umstrukturierung stattfinden soll und es ist für mich sehr verwunderlich, wie man so eine Art von Weitblick bezüglich der Sicherheit offensichtlich an den Tag legt, wie es derzeit den Anschein hat. Den eines ist auch ganz klar, auch wenn ursprünglich gesagt wurde, dass es womöglich in Mondsee sein könnte und jetzt die neuersten Meldungen davon ausgehen, dass es irgendwo im Großraum Linz sein soll, entweder Linz oder Sattledt oder dergleichen mehr, dann ist es noch immer eine Mindestfahrzeit von 30 bis 40 Minuten, bis dass die an einem Einsatzort sein können. Vor allen Dingen gibt es auch ein Gesamtproblem bezüglich der Polizei hier in Steyr, das man auch nicht außer Acht lassen darf. Diese Stützpunkte, die hier gebildet werden sollen, sollen nach einem System Kobra aufgebaut werden, das bedeutet, dass dieses Dienstsystem so aussieht, dass sich der systematisierte Arbeitsplatz in der sogenannten Heimatdienststelle befindet und der dann für gewisse Zeit, 2 Jahre, 3 Jahre oder 5 Jahre zu dieser Sondereinheit hinkommt und Dienst versieht. Dieser Beamter fehlt aber letztendlich hier in dieser Stadt und auf der anderen Seite sind durch diese Bundesregierung die jetzt im Amte ist, auch noch vorgegebene Einsparungsziffern vorhanden. Das heißt, es werden sowieso Bedienstete eingespart und dann werden auch noch Bedienstete dienstzugeteilt und sind auch noch weg. Das heißt, dass das Sicherheitsspektrum, das die Bediensteten hier in Steyr leisten können, ganz sicherlich nicht mehr so hoch sein wird wie es bisher war. Grundsätzlich ist es ja so, dass die MEK's auf der einen Seite dafür zuständig sind Aufgaben mit hoher Gefahrenintensität zu erledigen, bzw. mit mittlerer Gefahrenintensität, und ich frage mich halt, wer in der Zukunft irgendwelche Dinge bewerkstelligt wie z. B. eine große Rauferei oder sonstige Dinge. Bis die kommen, ist wahrscheinlich alles vorbei und erledigt. Eine zweite Sache möchte ich hier auch noch kurz ansprechen. Es gibt derzeit auch eine große Diskussion über eine Sicherheits- und Verteidigungsstruktur. Im Rahmen dieser Diskussion ist es immer klarer geworden, dass wir in Österreich ganz sicherlich keine großartigen Kampfszenen oder sonstiges erleben werden, dass aber hundertprozentig Terror- bzw. Sabotageakte künftig im vermehrten Ausmaß auch passieren können - aufgrund der „Großwetterlage" in der politischen Situation. Daher ist es auch aus dieser Sicht ein wesentliches Element, dass solche Einsatzkräfte, die derzeit in einer 2 bis 5 Minuten Entfernung von so einem Einsatzort sind, natürlich ganz wesentlich in solchen Gebieten wie es gerade in Steyr ist, wo sehr viel Industrie ist und sehr viele internationale Forschungs- und Industrietätigkeiten passieren, vor Ort sind. Daher ersuche ich, diese Resolution vollinhaltlich zu unterstützen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Nach der Wortmeldung vom Kollegen Hauser traut man sich ja ohnedies nicht, diese Resolution nicht vollinhaltlich zu unterstützen, weil sonst müsste man sich ja vorhalten lassen, dass man in Abwandlung eines längst verblichenen Slogans dafür sorgt, dass Steyr Chikago wird, weil dann bricht nämlich alles ein und das Sicherheitsbedürfnis wird ziemlich beeinträchtigt.

Wenn sie sich den Antrag in der Resolution ansehen, dann fürchte ich mich ja wirklich, weil drinnen steht, „wenn das MEK jetzt tatsächlich wegkommt" - und wir müssen damit rechnen, dass es wegkommt, weil es möglicherweise eine Ministeriumsentscheidung sein wird, die wir kompetenzmäßig gar nicht beeinflussen können, sondern nur mit unserer Willensbildung, - „dann kommt es nachweislich zu einer subjektiven und objektiven Verschlechterung des Schutzbedürfnisses der Steyrer Bevölkerung". Das heißt, ich frage mich was passiert, wenn die Resolution vom Ministerium nicht als solche umgesetzt wird, dann muss ich mich in Steyr eigentlich fürchten. Ich denke mir, das kann es auch nicht sein, weil wir damit im Prinzip einen Schuss - und nicht nur einen Schuss sondern mehrere Schüsse - am Populismus dabeihaben. Man sollte die Kirche im Dorf lassen.

Es gibt viele Argumente die für das MEK sprechen, nur wie ich mir die Resolution inhaltlich angeschaut habe, habe ich ein paar Dinge vermisst. Ich habe auch mit dem zuständigen Beamten gesprochen, weil da erwähnt wird, dass BMW, SNF, SKF so ein hohes Sicherheitsbedürfnis haben. Da hat mich schon interessiert, wie reagieren die? Wie wichtig ist das für die, dass es das MEK gibt? Mit denen hat man aber gar nicht gesprochen. Sie werden da zwar zitiert, man unterstellt ihnen dieses Sicherheitsbedürfnis, aber mit denen ist ja gar nicht geredet worden. Das hätte mich nämlich auch interessiert, ob das für die so wichtig ist, noch dazu wo sie eine eigene Werkssicherheit haben. Dann ist der Einsatz erwähnt und ich habe mich gefragt, wie viel Einsätze hat das MEK eigentlich bis dato in Steyr gehabt? Worauf mir der zuständige Beamte sagt, das ist Datenschutz und darf mir nicht gesagt werden, er hat es auch nicht erfahren. Scheinbar ist es nicht so Datenschutz, denn ich habe es sehr wohl erfahren, auf offiziellem Weg. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie viele Einsätze des MEK's hat es in den letzten 5 Jahren gegeben, die tatsächlich aufgrund der Sonderausbildung nötig waren? Einen einzigen Einsatz hat es gegeben und der war nicht in Steyr, sondern in Garsten. Insgesamt hat es natürlich mehr Einsätze gegeben, ungefähr 25 pro Jahr. Also, alle zwei Wochen gibt es einen normalen Einsatz. Also, ich denke mir schon, man sollte die Kirche im Dorf lassen. Ich werde die Resolution unterstützen, aber ich glaube nicht, dass man in dieser Debatte einfach Emotionen schüren sollte und der Bevölkerung jetzt schon mehr oder weniger mitteilt, wenn das nicht bleibt, dann stürzt unsere Sicherheit ein. Der Amtsbericht in seiner Richtung geht schon ein bisschen in diese Geschichte, wo das einfach immer unterstellt wird. Im tatsächlichen Ernstfall, wenn sie sich anschauen, dass in der Nacht 4 Beamte sind, wenn in der Nacht was passiert, werden wahrscheinlich die 4 Beamten auch nicht ausreichen, wenn es tatsächlich zu einer Geiselnahme oder sonstigen kommt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Herr Kollege Fürweger bitte.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:
Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren. Beim vorigen Tagesordnungspunkt wäre es möglich gewesen, durch Beiziehung sofort ein bisschen mehr Sachkenntnis zu bekommen. Bei diesem Tagesordnungspunkt ist es uns ja sowieso nicht möglich, weil über solche Debatten, polizeiinterner Natur, können wir uns, glaube ich, im Hause nicht informieren. Ich habe diese Sendung gesehen, wo 3 Bürgermeister aus Oberösterreich hier gemeinsam auf einmal große Fachkenntnis an den Tag gelegt haben, in polizeiinternen Einsatz- und Taktikangelegenheiten. Ich war selber einmal ein paar Jahre bei einer ähnlichen Organisation und ich würde mir das jetzt nicht einmal mehr bei dieser Organisation trauen, hier in Gliederungen groß einzustimmen und hier Änderungen zu wünschen. Es gibt dort genügend Fachleute und man hat sich in Wien sicherlich den Kopf darüber zerbrochen. Nach dieser Sendung, die ich da gesehen habe, war dann in den Medien zu berichten, dass sehr wohl der Kommandant von Kobra dann gesagt hat, dass man die Kobraleute gemeinsam mit den MEK's, mit diesen Polizisten und den SEG's, das sind diese Sondereinsatzgruppen der Gendarmerie, ehemalige Kobraleute, gemeinsam in Österreich einsetzen wird, also den Einsatzstand von Kobra erhöhen will und eben diese Kobra dann nicht nur in Wiener Neustadt logieren will, sondern auf 3 Standorte in Österreich aufteilen will. Das einmal zum Stand der Dinge, so wird es gemacht, auch wenn wir jetzt eine Resolution machen. Da bin ich felsenfest davon überzeugt. Das andere, was ich erwähnen möchte, wäre diese Unterteilung zwischen den Polizeikräften, die man hier zu machen versucht. Ich glaube, jeder Polizist in Steyr ist in der Lage Sicherheit durchzuführen, nicht nur Parkzettel zu schreiben, sondern der kann auch bei einem Banküberfall einschreiten, das ist ihm nicht verboten, er muss es sogar. Bei den MEK's ist es halt so, dass diese Polizisten eine größere Schießausbildung haben, sich sportlich ein bisschen mehr betätigen dürfen und vielleicht manche Situationen, wie eben Banküberfälle, Geiselnahmen usw. durchüben. Aber das heißt nicht, dass die anderen 150 oder 170 Polizisten der Stadt zuschauen, wenn diese 20 MEK Polizisten tätig werden. Wir müssen schon davon ausgehen, dass die Polizei in Steyr geschlossen ist. Was vielleicht der Unterschied ist, dass diese MEK Polizisten eine Sonderzulage, eine Gehaltszulage für ihre spezielle Einsatzbereitschaft bekommen. Da geht es natürlich dann um besser dotierte Posten, das kann vielleicht auch für manche ein Grund sein, dass sie wünschen, dass in Steyr oder überall diese Leute weiter ihren Dienst so versehen dürfen. Aber, wir brauchen nicht

fürchten, Herr StR Bremm, ...

Unverständlicher Zwischenruf von StR Gerhard Bremm

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:
Nein, das ist polemisch, ich bleibe jetzt rein bei der Sache. Da geht es nicht ums wählen, ich glaube wir haben bei der Polizei in Steyr keine Freiheitlichen, aber wenn sie auf das wieder hinreden, dann müssen wir schon wieder zum politisieren anfangen. Bleiben wir bei der Sache. Wir brauchen in Steyr keine Probleme fürchten und in Wien machen sie sich sicherlich genügend Kopfzerbrechen über Einsätze in Steyr.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Kollege Klausberger bitte.

GEMEINDERAT MAG. GERHARD KLAUSBERGER:
Meine Damen und Herren, man kann das ja eigentlich in ein paar Sätzen abhandeln. Es ist ja nicht so, dass das subjektive Sicherheitsbedürfnis der Menschen nicht auch eine wesentliche Rolle spielt. Ich habe mir erlaubt, liebe Michaela, in dieser Frage keineswegs emotional oder mit Chikago-Fragen, einige junge Leute zu interviewen, wie sie ihr Sicherheitsbedürfnis erfüllt sehen und die sagen, ja ich fühle mich an einem Freitag in der Nacht oder an einem Samstag in der Nacht auf dem Stadtplatz in Steyr sicher, weil ich weiß, es ist hier eine Einsatzbereitschaft gegeben, die im Notfall auch mir nützen könnte. Weil ich auch der Meinung bin, dass nicht weiß ich was an Emotionen hochgeschaukelt werden soll, bin ich einfach mit dieser sachlichen Frage an junge Leute herangetreten, z. B. Schüler höherer Jahrgänge bei uns, oder Absolventen und junge Studenten, die gerne an einem Freitag oder Samstag in der Nacht ausgehen und die in der Nacht auch noch swingend unterwegs sind und die haben mir gesagt, wenn das wegkommt, das möchten wir eigentlich nicht haben. Ich rede jetzt gar nicht von anderen Generationen, die noch ein wesentlich größeres Sicherheitsbedürfnis als die Jugendlichen haben. Aber ich möchte das in die Diskussion völlig sachlich und völlig unemotional einbringen. Es gibt sehr viele junge Leute, die großes Interesse haben, dass die MEK in Steyr bleibt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist der Kollege Bremm.

STADTRAT GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, eines steht natürlich schon fest, dass das Sicherheits- und Schutzbedürfnis der Bevölkerung schon sehr stark ausgeprägt ist, dass das in Steyr vorhanden ist und dass das auch zur Ruhe für die Bevölkerung beiträgt. Ich glaube nicht, dass es das Ziel sein kann den Weg zu beschreiten, bei diesen Sicherheitseinrichtungen zu sparen und hier anderen Entwicklungen die Möglichkeit zu eröffnen. Ich glaube auch nicht, dass man das damit unterstützt, wenn man dieses Einsatzkommando hier in Steyr hat und vielleicht in anderen Städten und Regionen, dass die Kollegen dort mehr verdienen. Ich glaube, dass das eher eine polemische Darstellung ist. Herr Kollege Fürweger, dass die natürlich mehr verdienen ist auch das Sicherheitsrisiko, was diese Leute auf sich nehmen müssen. Ich glaube, dass so mancher froh wäre weniger zu verdienen und dafür einen sicheren Job zu haben. Ich möchte aber zu dem einen Teil, was die Kollegin Frech angeschnitten hat, SNF, BMW und SKF, dass diese Großbetriebe nicht gefragt wurden und sich nicht dazu geäußert haben sagen: Wissen sie, Frau Kollegin Frech, ich traue mir da schon behaupten, dass das Interesse dieser Betriebe, zumindest in dem ich arbeite, ein großes Interesse ist, dass aufgrund der Gegebenheiten in den Unternehmungen, was im Ernstfall alles bedeuten kann, dass da wirklich auch dementsprechende Einrichtungen vor Ort sind, die wirklich schnell und unkompliziert eintreten können und hier vielleicht gewisse Dinge abwenden können. Alleine zeigt das, dass diese Betriebe eigene Sicherheitseinrichtungen haben, dass sie ein Wachpersonal haben. Eines ist aber nicht gegeben, wir haben keine bewaffneten Sheriffs in diesen Betrieben, sondern unbewaffnete Feuerwehrleute, die hier das Gelände absichern. Also, es ist von diesen Betrieben her sicherlich größtes Interesse, dass dieses Einsatzkommando in Steyr bleibt. Ich

würde wirklich ersuchen, diese Resolution auch zu unterstützen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Das hat ja niemand gesagt, dass das nicht unterstützt wird.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Schlusswort Herr Referent bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Meine Damen und Herren des Gemeinderates. Ich meine, die öffentliche Sicherheit in unserem Land und in unserer Stadt ist ein Wert an sich, der sehr hoch eingeschätzt werden muss. Ich muss schon sagen, dass viele uns darum beineiden und wenn diese öffentliche Sicherheit reduziert wird, durch welche Maßnahmen auch immer, dann ist das in keiner Weise so, wenn man etwas dagegen tun kann, dass man das nicht auch tun soll. Wenn die öffentliche Sicherheit eine reduzierte Sicherheit werden sollte, wenn die Gefahr besteht, dann trifft es in erster Linie die Schwächeren in dieser Gesellschaft. Das sind alte Leute und das sind Kinder. Das muss man also sehen.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Frauen!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Frauen, ja. Ich muss also schon sagen, wenn wir in unserer Stadt Erlebnisse haben und zwar im Verkehrsbereich, die wir alle kennen, wo sich die Leute aufregen, dass wir ihnen zwar eine 30-Kmh-Begrenzung hingestellt haben, dass sich aber niemand darum kümmert und wir die Polizei auffordern sollen, dass sie doch auch kontrollieren, damit der 30iger auch eingehalten wird, und die Polizei sagt uns immer wieder wir haben zuwenig Personal um das auch wirklich zu tun. Das hat schon jeder von uns erlebt. Wenn dann dieses Personal noch weiter reduziert wird, noch dazu in einem Bereich wo halt wirklich eigentlich nach allgemeiner Einschätzung das nicht besser wird, eher zu befürchten steht, was hoffentlich nicht eintritt, dass wir nicht mehr so gut gerüstet sind, dann tut mir das persönlich ein bisschen weh. Ich bin auch sehr stolz auf die sichere Stadt Steyr. Von dem wird selten geredet. Ich erzähle oft Leuten, bei uns passiert dir nichts, da kannst du nachhause gehen, du kannst ein paar Vierterl trinken, du kannst auf einer Bank rasten oder ruhen und in der Regel weckt dich lediglich der Frost auf und sonst tut dir niemand etwas. Ich möchte natürlich haben, dass diese Sicherheit auch in Zukunft gewährleistet ist und es ist die Befürchtung, dass das nicht mehr so sein könnte. Wir haben uns informiert. Ich kenne mich nicht ausreichend mit dem Dienstplan und all diesen Dingen aus. Die Herrn Polizeidirektoren sind angewiesen, nichts zu sagen. So schaut es nämlich aus und zwar überall. Aber es gibt halt auch Personalvertreter, die ihre Befürchtungen äußern und die haben mich das schon wissen lassen, wie sie die Dinge einschätzen. Daher ist es ganz normal, dass wir uns damit beschäftigen. Würden wir das nicht tun, würden wir uns nicht ausreichend um unser Städtchen kümmern. Deswegen liegt diese Resolution vor und deswegen bitte ich auch darüber abstimmen zu lassen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer dieser Resolution die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Im nächsten Antrag soll beschlossen werden, den Turnsaalboden in der HS Promenade zu erneuern. Das soll also in der Form durchgeführt werden, dass wir Aufträge an die Firma Ploier & Hörmann in Marchtrenk für den Sportboden im Ausmaß von S 548.816,28, an die Firma Seywaltner in Steyr für Malerarbeiten im Ausmaß von S 45.759,17 und an die Firma Schweiger in Wartberg für Turngeräte im Ausmaß von S 25.000,-- vergeben. Insgesamt sollen S 620.000,-- für diese Erneuerung ausgegeben werden und diese sind im Budget vorgesehen. Ich bitte sie um ihre Zustimmung.

2) GHJ2-16/01

Erneuerung des Turnsaalbodens HS Promenade.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 29. 05. 2001 wird den Auftragsvergaben zur Erneuerung des Turnsaal- und Geräteraumbodens der Hauptschule Promenade, Promenade 16, an die

Fa. Ploier & Hörmann, Marchtrenk - Sportboden (S 548.816,28, inkl. USt.) Fa. Seywaltner, Steyr - Malerarbeiten (S 45.759,17 inkl. USt.)

Fa. Schweiger, Wartberg - Turngeräte (S 25.000,-- inkl. USt.)

zugestimmt

Zur finanziellen Bedeckung zur Durchführung dieser Erneuerungen wird der Mittelfreigabe von

S 620.000,-- inkl. USt. (sechshundertzwanzigtausend) bei der VA-Stelle 5/212000/010000 (Hauptschulen Gebäude)

zugestimmt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Der nächste Antrag, meine Damen und Herren, betrifft die Imprägnierung und Wartung der Dambergwarte. Es ergeht folgender Antrag an den Gemeinderat.

3) GHJ2-28/01

Imprägnierung und Wartung Dambergwarte.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 01. 06. 2001 wird den Auftragsvergaben zur Imprägnierung und Wartung der Dambergwarte, an die

Fa. Steiner & Praschl, Linz - Trockeneisreinigung (S 171.000,-- inkl. USt.), die Fa. Weidinger, Steyr - Zimmermannsarbeiten (S 216.736,80 inkl. USt.) und die Fa. Weidinger, Steyr - Imprägnierung (S 252.099,12 inkl. USt.)

sowie einer Kreditübertragung in Höhe von S 150.000,-- inkl. USt. von der VA-Stelle 5/213000/010000 (Sonderschulen Gebäude)

und S 90.000,-- inkl. USt. von der VA-Stelle 5/323000/010000 (Stadttheater Gebäude)

und um Mittelfreigabe von **S 640.000,--** inkl. USt. (sechshundertvierzigtausend) bei der VA-Stelle 5/815000/050080 (Park- und Gartenanlagen Sonderanlagen) zugestimmt.

Ich bitte auch hier um ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Die Erneuerung der Elektroinstallation in der VS Punzerstraße ist erforderlich und der Antrag lautet daher:

4) GHJ2-35/01

Erneuerung der Elektroinstallation VS Punzerstraße.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 29. 05. 2001 wird der Auftragsvergabe zur Erneuerung der Elektroinstallation in der Volksschule Punzerstraße, Punzerstraße 73 - 75, an die

Fa. Lamplmayr, Steyr - Elektroinstallation (S 540.529,43 inkl. USt.) zugestimmt.

Zur finanziellen Bedeckung zur Durchführung dieser Maßnahme wird der Mittelfreigabe von

S 541.000,-- inkl. USt. (fünfhunderteinundvierzigtausend) bei der VA-Stelle 5/211000/010000
(Volksschulen Gebäude)

zugestimmt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke schön. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist auch nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Frau Koppensteiner zufrieden?

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:
Nein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Noch nicht!

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Jetzt kommen leichtere Punkte. Ehrungen der Stadt an verdiente Persönlichkeiten und zwar Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Herrn Vzbgm. aD Leopold Tatzreiter. Die Anträge sind ausführlich vorbereitet, beraten und abgestimmt worden.

5) Präs-350/01

Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Herrn Vzbgm. aD Leopold Tatzreiter.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bürgermeisters vom 5. Juni 2001 wird Herr Vzbgm. aD

Leopold Tatzreiter mit dem Ehrenring der Stadt Steyr gemäß § 5 Abs. 1 Stadtstatut Steyr, LGB: Nr. 9/1992, ausgezeichnet.

Die Eintragung im Buch der Ehrenringträger der Stadt Steyr hat wie folgt zu lauten:
„Die Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung und Würdigung seiner über das normale Maß hinausreichenden Verdienste als langjähriger Mandatar, Stadtrat und Vizebürgermeister, insbesondere für sein beispielhaftes Engagement im Bereich des Wohnbaus und des Feuerwehrwesens."

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Kollege Gabath bitte.

GEMEINDERAT WALTER GABATH:
Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Gäste. Ich möchte beim Amtsbericht über den Herrn Vizebürgermeister aD, Leopold Tatzreiter, eine kleine Ergänzung anfügen. Ich habe hier aus dem Jahre 1993 einen Kurzartikel „Trainer für Arbeitslose, betriebsübergreifendes Modell der Regionalstiftung Steyr". Da steht ganz kurz: „Die Arbeitslosigkeit in der Krisenregion Steyr hat im Juli einen neuen Rekord erreicht. 9,5 % der erwerbsfähigen Bevölkerung verloren ihre Beschäftigung. Sechs Firmen, deren Belegschaften und die Arbeitsmarktverwaltung gründeten nun eine Regionalstiftung, die Umschulungen finanziert. Ein Novum für Österreich, denn bisher gab es nur Stiftungen einzelner Firmen oder der Arbeitsmarktverwaltung." Ich möchte hinzufügen, die Arbeitsstiftung Steyr ist ein Vorzeigemodell im EU-Raum geworden. Es waren Delegationen aus anderen Ländern, Deutschland, England usw., bei uns und haben sich die gute Funktion dieser Stiftung angesehen und das war mir ein Bedürfnis hier zu sagen. Danke.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Da hat unsere Fraktion S 100.000,-- einbezahlt.

GEMEINDERAT WALTER GABATH:
Da gibt es aber einen Nachweis, dass es ordnungsgemäß verwendet worden ist.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Gibt es sonst noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wird ein Schlusswort gewünscht? Bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke für diesen zusätzlichen Hinweis. Das unterstreicht also den Vorschlag, an den Kollegen Tatzreiter hier den Ehrenring der Stadt zu vergeben. Ich bitte um Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Herrn Prof. Karl Mostböck. Das brauche ich nicht erläutern, außerordentlich verdienter, wahrscheinlich zeitgenössisch sicher bekanntester Maler und Künstler der Stadt, internationale Anerkennung, Ausstellungsstücke, Ausstellung der Albertina etc. Jedenfalls wurde auch hier die Zuerkennung des Ehrenringes an Karl Mostböck akkordiert und ich bitte heute im Gemeinderat die Beschlussfassung vorzunehmen.

6) Präs-363/01

Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Herrn Prof. Karl Mostböck.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Kulturangelegenheiten vom 15. Juni 2001 wird Herr Prof. Karl Mostböck mit dem Ehrenring der Stadt Steyr gemäß § 5 Abs. 1 Stadtstatut Steyr, LGB: Nr. 9/1992, ausgezeichnet.

Die Eintragung im Buch der Ehrenringträger der Stadt Steyr hat wie folgt zu lauten:
„Die Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung und Würdigung seiner über das normale Maß hinausreichenden Verdienste als erfolgreicher Maler und Grafiker, der die Stadt Steyr mit seinen Werken seit mehreren Jahrzehnten im In- und Ausland bei zahlreichen Einzel- und Gruppenausstellungen repräsentiert."

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Herrn DI Klaus-Dieter Ströhmann. Er war Vorstandsdirektor bei SKF Steyr aber auch im Konzern für Marketingangelegenheiten, zuständig für 60 % des weltweiten Umsatzes dieses Riesenkonzerns, hat sich im Zusammenhang gerade bei der Übernahme durch SKF von Steyr-Daimler-Puch sehr verdient gemacht, weil er in dieser schwierigen Phase durch seinen wirklich enormen Einsatz dafür gesorgt hat, dass dort ausreichende Beschäftigung und damit Möglichkeit war, dass sich dieses Unternehmen einen unverzichtbaren Platz im Konzerngeschehen von SKF erarbeiten konnte. Ein zweites Geschäftsfeld möchte ich besonders herausstreichen, das ist also, dass er der erste Wirtschafts- ...

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Führer!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
- Führer möchte ich nicht sagen - Wirtschaftsverantwortliche war, der die Bedeutung der Fachhochschule in Steyr erkannt hat, sich dafür engagiert hat und auch die anderen Verantwortlichen aus anderen Betrieben für dieses Projekt begeistert hat, viele zur Mitarbeit gewonnen hat. Ich bin überzeugt, dass das maßgeblich für den Erfolg Standort Steyr, für die Fachhochschule, war und aus diesem Grund soll er auch den
Ehrenring der Stadt erhalten.

7) Präs-416/01

Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Herrn DI Klaus-Dieter Ströhmann.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Kulturangelegenheiten vom 15. Juni 2001 wird Herrn DI Klaus-Dieter Ströhmann mit dem Ehrenring der Stadt Steyr gemäß § 5 Abs. 1 Stadtstatut Steyr, LGB: Nr. 9/1992, ausgezeichnet.

Die Eintragung im Buch der Ehrenringträger der Stadt Steyr hat wie folgt zu lauten:
„Die Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung seines Wirkens für die Stadt Steyr und Würdigung seines beispielhaften Engagements im Bereich Industrie und Handel und seiner besonderen Verdienste um die Fachhochschule Steyr."

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Übt jemand

Stimmenthaltung? Auch hier einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an Herrn Ing. Wilhelm Wohatschek, Präsident des österr. Kleingartenverbandes. Herr Wohatschek hat in einer ungeheuer kurzen Zeit, mit enormen Engagement, auf unsere schwierige Situation reagiert. Es war uns möglich, ihm in einer einzigen Stunde näher zubringen, dass die sehr bedrohten, rund 600 Schrebergärten in der Stadt Steyr, die auf dem Magna-Grundstücken befindlich waren und von der Schließung oder Beendigung dieses Gestattungsverhältnisses bedroht waren. Er hat sich entschlossen in seinem Verband durchgesetzt, dass in Bausch und Bogen über 200.000 Quadratmeter vom Kleingartenverband erworben wurden. Das ist eine tolle Leistung von einem Verein und er hat uns in Wirklichkeit die Möglichkeit geschaffen, dass die Leute in diesen Kleingärten, und die sind für diese Leute, die in Sozialwohnungen, Gemeindebauten usw. untergebracht sind, von existenzieller Bedeutung und sie hängen mit ihrem ganzen Herzen daran, dass die jetzt ein Rechtsverhältnis erreicht haben, nicht mehr vertrieben werden können und auch durch dieses neue Rechtsverhältnis, das ja im Besitz dieses Kleingartenvereines ist, auch investieren können, ohne fürchten zu müssen, dass sie dieses Investment sozusagen in den Sand setzen.

Ich bitte auch hier um Zustimmung.

8) Präs-362/01

Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an Herrn Ing. Wilhelm Wohatschek.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Kulturangelegenheiten vom 19. Juni 2001 wird Herr Ing. Wilhelm Wohatschek gemäß § 5 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr, mit der Ehrenmedaille der Stadt Steyr ausgezeichnet.

Die Eintragung im Buch der Ehrenmedaille der Stadt Steyr hat wie folgt zu lauten:
„Die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung und Würdigung seiner Verdienste um die Stadt Steyr. Als Präsident des Kleingarten-Zentralverbandes hat er durch den Ankauf der Gründe im Stadtteil Münichholz den Verbleib der alten Kleingartenanlage und den Verbleib der neuen Kleingartenanlage (gesamt 489 Gärten) langfristig gesichert.“

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung. Das ist nicht der Fall. Wenn sie für diesen Antrag sind, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Übt jemand Stimmenthaltung? Ist jemand dagegen? Einstimmige Annahme. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an Herrn Musikschuldirektor Gerald Reiter. Eine stadtbekannte Persönlichkeit, der viele Jahrzehnte als Musikschuldirektor, aber auch als Kapellmeister, Stabführer, Dirigent bei der Stadtkapelle gewirkt hat und sich hier große Verdienste im musikalischen Bereich und im Kulturbereich für unsere Stadt erworben hat. Er soll die Ehrenmedaille der Stadt bekommen.

9) Präs-415/01

Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an Herrn Musikschuldirektor Gerald Reiter.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Kulturangelegenheiten vom 19. Juni 2001 wird Herr Musikschuldirektor Gerald Reiter gemäß § 5 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr, mit der Ehrenmedaille der Stadt Steyr ausgezeichnet.

Die Eintragung im Buch der Ehrenmedaille der Stadt Steyr hat wie folgt zu lauten:
„Die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung und Würdigung seiner jahrzehntelangen umfassenden musikalischen, kulturellen und pädagogischen Tätigkeit zum Wohle der Stadt Steyr, der Vereine und der Jugend."

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Verleihung der Prof. Anton-Neumann-Medaille an Herrn Franz Steinparzer. Franz Steinparzer ist im Zusammenhang mit dieser Begründung eines eigenen Steyrer Kleingartenvereins, in dem alle diese rund 600 Schrebergärten zusammengefasst sind, zu sehen. Ohne einen juristischen Mantel für dieses Geschäft, von dem ich gerade im Zusammenhang mit dem Prof. Wohatschek gesprochen habe, wäre auch diese Vorgangsweise nicht möglich gewesen. Er und andere haben diesen Verein gegründet, haben hier wirklich Mühsal auf sich genommen, mit hunderten Schrebergärten über die Einführung einer neuen Ordnung in diesen Bereichen zu reden und zu schauen, dass die Dinge in diese neue Ordnung kommen. Da wird er ja auch noch in der Zukunft viele Aufgaben haben, wenn ich an Kanalisation, Wegenetz und viele andere Dinge denke. Ich glaube, er hat sich das auch sehr verdient, dass wir ihm auch seitens der Stadt eine Ehrung zuteil werden lassen.

10) Präs-360/01

Verleihung der Prof. Anton-Neumann-Medaille an Herrn Franz Steinparzer.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Kulturangelegenheiten vom 18. 06. 2001 wird Herr Franz Steinparzer in Anerkennung und Würdigung seiner über das normale Maß hinausreichenden Verdienste als langjähriger Mandatar und Gemeinderat, sowie für sein beispielhaftes Engagement bei der Neugründung des Kleingartenvereins Münichholz mit der Professor Anton Neumann Medaille ausgezeichnet.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch hier einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Verleihung der Prof. Anton-Neumann-Medaille an die Frau Kons. Karoline Übleis. Frau Übleis ist jahrzehntelang Vorsitzende der Goldhaubenfrauen in Steyr gewesen, hat sich also sehr verdient gemacht, diese Gruppe zu ihrer Stärke aufgebaut usw. und soll daher auch diese Ehrung, als Dankeschön der Stadt für ihre Bemühungen, erhalten.

11) Präs-414/01

Verleihung der Prof. Anton-Neumann-Medaille an Kons. Karoline Übleis.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Kulturangelegenheiten vom 19. 06. 2001 wird

Frau Karoline Übleis in Anerkennung und Würdigung ihrer jahrelangen Bemühungen um Tradition und Brauchtumspflege als Obfrau der „Steyrer Goldhaubengruppe“ und seit Beginn als Bezirksobfrau der Goldhauben von Steyr-Stadt in der Landesorganisation der oö. Goldhaubengruppen mit der Professor Anton Neumann Medaille ausgezeichnet.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch hier einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Der nächste Antrag betrifft wieder eine Resolution und zwar an den OÖ. Landtag, betreffend Änderung des OÖ. Wohnbauförderungsgesetzes. Es ergeht hier folgender Antrag.

12) Präs-382/01

Resolution an den OÖ. Landtag betreffend Änderung des OÖ. Wohnbauförderungsgesetzes.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für öffentliche Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 6. Juni 2001 wird nachstehende

Resolution

beschlossen:

„Der Gemeinderat der Stadt Steyr fordert den OÖ. Landtag auf, das OÖ. Wohnbauförderungsgesetz 1993 idgF in concreto die §§ 7 und 23 dahingehend zu ändern, dass für die Anerkennung als FörderungswerberInnen sowie für die Zuerkennung der Wohnbeihilfe die österreichische und EWR- bzw. EU-Staatsbürgerschaft nicht Bezugskriterium darstellen darf. Damit sollte die gesetzliche Grundlage geschaffen werden, dass auch nicht österreichischen und EU- bzw. EWR-BürgerInnen die Gewährung von Wohnbeihilfe ermöglicht werden kann.

Diese Resolution ist deswegen vorgelegt, weil die Herrschaften auch alle Wohnbauförderungsbeiträge, nein nicht ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wohnbeihilfe.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Nein, nein, sie sollen Wohnbauförderungsbeiträge, das ist dieses halbe Prozent, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, auf dem Gehaltszettel, das wir alle haben, genauso drauf haben. Also, sie zahlen für die Möglichkeit sozialen Wohnbau zu fördern, sind aber ausgenommen davon, dass sie auch daraus Bezüge haben. Das ist eine Ungerechtigkeit und das soll bereinigt werden. Die Städte Linz und Wels haben diese Resolution bereits beschlossen, wie ich informiert bin. Ich bitte auch hier darüber zu debattieren bzw. Beschluss zu fassen. Ich bitte sie um ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Zu Wort gemeldet ist Herr GR Payrleithner. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste. Ich darf vorausschicken, dass wir seitens unserer Fraktion dieser Resolution nicht zustimmen werden und zwar aus folgender Überlegung. Es ist ja die Sozialdemokratische Partei, die der Einbringer dieser Resolution ist, nicht nur im oö. Landtag

vertreten, sondern auch in der Landesregierung und ist zudem auch für den Wohnbau zuständig, der Herr LH-Stellvertreter Haider. Es ist schon grundsätzlich richtig, dass nicht EU-Bürger, um jene Bürger handelt es sich nämlich wo da im Amtsbericht steht aus Drittländern, dass die auch diesen Wohnbauförderungsbeitrag in der Höhe von 0,5 %, so wie die AK-Umlage, monatlich bezahlen. Der Herr LH-Stellvertreter Haider hätte aber, wenn ihm das wirklich ein Anliegen wäre, längst einen Antrag in der Landesregierung einbringen können um dementsprechende Budgetmittel auch dafür vorzusehen. Es ist nämlich jetzt so, wenn wir das beschließen und der oö. Landtag bzw. die Landesregierung nimmt das dann auch so ernst und setzt das um, dann ist nicht nur das Geld im Budget, das nicht vorhanden ist, dass dann fehlt, sondern es würden nämlich alle anderen, die jetzt eine Wohnbauhilfe aus verständlichen Gründen erhalten, wahrscheinlich Probleme mit der Finanzierung haben, weil wo kommt denn dann plötzlich das Geld her für jene, die jetzt eine Wohnbeihilfe bekommen bzw. jene, die derzeit ein Haus bauen, die sogenannten „Häuslbauer“. Der Topf wird ja dann größer verteilt werden müssen und man müsste dann jenen Mitbürgern, die nicht EU-Bürger sind und nicht österr. Staatsbürger sind, auch diese Förderung zugute kommen lassen und ich weiß nicht, wo man dann das Geld hernimmt. Man müsste, glaube ich, zuerst einmal im Landtag beim Budget anfangen, dort Budgetmittel vorsehen, dann kann man darüber diskutieren. Bis dahin kann man ja etwas anderes machen. Man könnte ja für jene Bürger, die zwar diesen Beitrag derzeit bezahlen, und wie du richtig gesagt hast Herr Bürgermeister, unfairerweise diese Wohnbeihilfe nicht in Anspruch nehmen können, diesen Beitrag ja inzwischen solange streichen, dass sie das nicht einzahlen brauchen, bis diese Regelung beim Budget im oö. Landtag so erledigt ist, dass genügend Mittel vorhanden sind. Derzeit ist es nicht der Fall und es würden jene dafür büßen müssen, die jetzt aus den verschiedensten Gründen, und das sind ja nicht gerade die Reichen in unserem Land, eine Wohnbeihilfe erhalten, weil diese Budgetmittel ja nachher logischerweise fehlen würden. Ich glaube, das ist eine logische Begründung. Solange das nicht ist, halte ich auch nichts davon, dass wir derartige Resolutionen an den Landtag schicken.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Nächster zu Wort gemeldet ist Herr StR Mayrhofer. Bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Es ist noch gar nicht lange aus, ich glaube ein Jahr ungefähr, als wir mit fast einer Flut von Resolutionen konfrontiert waren. Ich erinnere mich, dass wir da bei jeder Tagesordnung drei, vier dann dagehabt haben, als wir uns einmal grundsätzlich geeinigt haben und gesagt haben wir machen nur noch Resolutionen, die uns also direkt betreffen, die auch den Wirkungsbereich des Magistrates der Stadt betreffen. Ich halte es nicht für gescheit und sinnvoll, wenn wir, die wir alle im Landtag auch vertreten sind, unseren Kollegen, ich weiß nicht, vielleicht haben die anderen Fraktionen keine Gesprächsbasis mehr mit den eigenen Abgeordneten im Landtag, aber dort haben sie genügend Möglichkeit, dieses Thema zu thematisieren und ich sehe nicht ein, dass wir das über die Städte da machen sollen. Das ist wirklich politisches Kleingeld und dafür gebe ich mich nicht her. Ich werde dem nicht die Zustimmung geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Oppl.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:
Also liebe Kolleginnen und Kollegen, man könnte schon glaube, wir befinden uns unmittelbar, ein paar Wochen vor unserer nächsten Wahl.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Richtig.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:
Für mich, speziell jetzt deine Wortmeldung Hans und auch ihre Wortmeldung, Herr StR Mayrhofer, ist das nicht nachvollziehbar. Ich pflichte ihnen bei, dass wir schon viele Resolutionen gefasst haben, wo ich ihnen vollkommen Recht gebe, dass die da nicht hereingehört haben. Aber ich denke mir,

gerade bei so einer Sache, sollte man einen gewissen Personenkreis auch unterstützen und das sind eben unsere ausländischen Mitbürger, die sehr wohl zu Unrecht, wirklich zu Unrecht, diese Beihilfen nicht beziehen können. Hans, so eine „bazwache“ Argumentation, wie du sie gebracht hast, habe ich überhaupt noch nicht gehört. Sagt es gleich offen heraus, dass ihr das nicht machen wollt, dass die Ausländer die Wohnbeihilfe nicht bekommen, dann ist das okay, dann ist das so. Aber auf das Budget hinausreden, wo von Haus aus jetzt klar ist, dass das sowieso heuer nicht zum Tragen kommen kann, sondern erst nächstes Jahr, falls der Landtag das beschließt, budgetiert werden kann, das ist ja doch bitte schön jedem klar

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Das ist ein Faktum.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:
Aber dich da herstellen und so zu tun, dass das auf Kosten von den anderen geht, das stelle ich entschieden ...

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Wo kommt das Geld her?

GEMEINDERAT WALTER OPPL:
Das wird eine Frage der politischen Verhandlungen sein, wie man die Prioritäten setzt. Aber es wird sicherlich nicht so herauskommen können, dass das auf Kosten von den jetzigen Wohnbeihilfenbeziehern geht. Es sind ja nicht nur die 0,5 % die da abgezogen werden, sondern weil wir da jetzt gerade den Bericht Volkszählung gehabt haben. Es ist ja auch so, dass sehr wohl alle ausländischen Mitbürger, die auch mit Hauptwohnsitz in Österreich gemeldet sind, und die sehr wohl auch ihre Steuern bezahlen und diese Steuern sehr wohl auch auf die Länder und die Gemeinden aufgeteilt werden. Da wird nicht gefragt ob er aus einem EU-Land kommt oder von Österreich kommt oder kommt er aus dem Ausland, wie ihr das sonst so bezeichnen würdet. Daher ist für mich die Argumentation in keinster Weise nachvollziehbar und ich ersuche dieser Resolution die Zustimmung zu erteilen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Apfelthaler. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Sehr geehrte Damen und Herren im Gemeinderat. Mir kommt schon vor, also ob die Erde ein Jammertal wäre. Speziell wenn es darum geht, wenn ich deine Wortmeldung höre, lieber Sportkamerad Payrleithner. Vor Jahren seit ihr mit dem Kollegen Fürweger angetreten und habt euch über die Situation in der Sierninger Straße mokiert, wie dort die Ausländer hausen müssen, nicht dürfen, sondern müssen. Da gibt es feuchte Wohnungen, da gibt es dreckiges Umfeld, von Strom und was weiß ich was und Wasser und ordentlichen Zuständen gar nicht zu sprechen. Jetzt stellt ihr euch her und sagt, dass wir uns das nicht leisten können. Das ist ja auch eine interessante Geschichte, wie du auf das kommst. In Wahrheit geht es ja darum, dass wir einen sozialen und leistbaren Wohnungsbau brauchen. Damit das auch zustande kommt, zahlen alle die arbeiten ein. Jetzt sage ich dir einmal Folgendes: Die Ausländer zahlen 610 Millionen Schilling ein. Was bekommen sie heraus? 270 Millionen. Das ist die Sauerei. Das ist ein echter Skandal, wo wir uns alle fesch bereichern in Österreich und da nehme ich aber keine Partei letzten Endes aus, die an führender Stellung sitzt und denen das bislang, bis dato kein Problem war, so quasi diesen großen Topf einzuheimsen und zu sagen, na ja, gesetzlich machen wir es so, wie es uns am besten passt. Also, dieses Missverhältnis von 1:3 ist ein Skandal und gehört auf jeden Fall ausgeräumt. Vor allen Dingen kommt ja noch eines dazu, und das wissen wir auch alle die im Wohnungsausschuss sind, dass wir eine ethnische Wohnungsvergabe haben und auch einen ethnischen Arbeitsmarkt haben und der Ausländer immer wieder in die gleiche Falle hineinkommt, dass er nämlich doppelt erpressbar ist, wenn er nämlich

keinen Arbeitsplatz hat bekommt er keine Wohnung und wenn er keine Wohnung hat, bekommt er keinen Arbeitsplatz. Also schupsen wir sie hin und her wie wir sie wollen. Aber einsackeln an Geld tun wir schon, da sagen wir nicht, nein danke, wenn du keinen Anspruch hast, brauchst du es auch nicht bezahlen. Ich bin mir 100%ig sicher, dass, wenn wir das auch für Ausländer fördern, dass uns nämlich über Umwegrentabilität, sprich Vermeidung von Gettos, aller Sierninger Straße, und sozialer Frieden, was mir auch sehr, sehr wichtig ist, dass über diese Umwegrentabilität das durchaus leistbar ist für Österreich. Nur, wir müssen endlich damit aufhören, dass wir derartige Ungleichheiten erzeugen und noch lächeln und sich unter Umständen auch noch gut und wichtig dabei vorkommen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Hauser.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:
Geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Also für mich ist ein ganz entscheidendes Element hier die Gleichberechtigung. Wenn sie auf der einen Seite die Pflichten haben, dann sollen sie auf der anderen Seite auch die Rechte haben. Für das stehe ich also unabdingbar ein und ich denke mir, dass das ein ganz wesentliches Element ist. Ich möchte mich nicht wiederholen, was vorher hier schon alles gefallen ist, ich möchte nur auf zwei Dinge hinweisen. Auf der einen Seite gibt es in Tirol und in der Steiermark schon diese Wohnbauförderung für ausländische Mitbewohner. Die haben lediglich einen Passus dabei, dass sie also 5 Jahre in Österreich entweder ihren Hauptwohnsitz oder ihre Beschäftigungsbewilligung und ihre Wohnung haben müssen, dann sind sie anspruchsberechtigt für diese Wohnbeihilfe. Ich denke mir, dass es in OÖ. schon schön langsam an der Zeit wäre, das nachzuvollziehen bzw. hier die Gleichheit herzustellen. Das möchte ich auch ganz eindeutig sagen. Über das Budget mache ich mir deswegen keine Sorgen, wenn uns eh ständig erzählt wird, dass das Land einen Budgetüberschuss hat. Also, das glaube ich, ist sicherlich die geringste Sorge die ich habe. Aber eines möchte ich schon noch dazu sagen, dass es ein unabdingbares Element ist der integrativen Kommunal- und Landespolitik und alleine aus dem Begriff her sehe ich schon die Zuständigkeit der Gemeinde für diese Resolution, weil es geht letztendlich auch um eine kommunale Politik hier.

Ich möchte ganz kurz zwei Sätze aus dem Referat des Caritaspräsidenten zitieren, der unter anderem gemeint hat: „Wohnen ist ein Kernbereich der Integration, da es gewissermaßen den Staat in die Gesellschaft darstellt. Die Wohnbauförderung ist ein Instrument der Integration verschiedener sozialer Schichten. Auch die Gemeinschaft profitiert, wenn der Einzelne bessere Rahmenbedingungen hat und sie ist gesellschaftsstabilisierend."

Eines müssen wir uns ganz klar sagen, die Ausländer sind hier. Sie arbeiten, sie wohnen, sie leben bei uns und sie werden auch in der Zukunft hier sein. Ich glaube, dass es das Beste ist, sie dementsprechend ordentlich zu integrieren. Ein Element dazu ist, dass sie in der Wohnbeihilfe gleichberechtigt werden.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr StR Bremm. Bitte.

STADTRAT GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen. Ob Resolutionen im Gemeinderat sinnvoll sind oder nicht, da haben wir schon des Öfteren darüber diskutiert. Eines stelle ich schon fest, wir haben schon Resolutionen hier debattiert und beschlossen, wo ich auch nicht ganz davon überzeugt war, wo man sagt, ob das gescheit war ob man das tun muss. In dem Falle glaube ich aber, dass es sehr wohl möglich sein muss, dass sich der Gemeinderat der Stadt Steyr zu einer Ungerechtigkeit dementsprechend äußert. Das ist eine politische Meinungsäußerung, nicht parteipolitisch, sondern

politische Meinungsäußerung, wo hier Bürger unterschiedlich behandelt werden. Ich glaube, es muss einfach das Recht jeden Einzelnen sein, wenn er irgendwo in einen Topf einbezahlt, dass er dann auch die Leistungen bekommt wie eventuell andere. Ich möchte das gar nicht debattieren ob Ausländer und Österreicher, Nichtausländer, sondern es ist einfach das Recht jedes Einzelnen, der in Österreich Arbeitnehmer ist und hier Leistungen einbringt, dass er auch aus diesem Topf dementsprechenden Anspruch hat. Wenn man das nämlich weiterspinnt, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann kann man nämlich sagen, lassen wir alle für die Krankenversicherung einzahlen, weil uns dort vielleicht ein bisschen ein Geld abgeht, so wie die Debatte heute in Österreich geführt wird, dann grenzen wir einige aus dem Topf heraus und sagen, du zahlst zwar ein, aber du kannst nicht zum Arzt gehen und bekommst das bezahlt oder du kannst nicht dieses Krankensystem in Anspruch nehmen. Oder wir lassen ihn brav und fleißig in die Pensionsversicherung einzahlen, egal welches Mascherl und welchen Stempel er auf seinen Rücken oben hat, sondern wir suchen es uns dann in unserer Gesellschaft aus, wem wir aus dem Topf ein Geld zukommen lassen oder nicht. Ich glaube, das ist einfach eine Ungerechtigkeit und die gehört debattiert. Es soll hier auch dieses Thema sensibilisiert und weitergetragen werden. Wir stehen auch nicht an, dass wir als Sozialdemokraten diese Resolution hier eingebracht haben, wie auch erwähnt worden ist, dass eh der zuständige Referent unser LH-Stellvertreter Erich Haider ist. Also, das soll schon damit aufzeigen, dass es da nicht um parteipolitisches Kleingeld geht, lieber Gunter Mayrhofer. Es geht uns wirklich nicht darum, sondern es geht darum, dass hier eine Ungerechtigkeit vorhanden ist, die beseitigt gehört, im Interesse von Demokratieverständnis.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Die Frau Kollegin Frech hat sich zu Wort gemeldet.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Ausländer zu sein bedeutet in Österreich im Regelfall stigmatisiert zu sein. Stigmatisiert zu sein im privaten Bereich, im Arbeitsumfeld aber auch im rechtlichen Bereich. Gegen Stigmatisierung im privaten Bereich und im Arbeitsbereich können wir als Kommunalpolitiker relativ wenig tun, das ist Aufgabe von jedem Bürger. Nur was wir politisch tun können ist Ungerechtigkeiten zu beseitigen, die auf gesetzlicher Basis bestehen. Es ist wirklich nicht einzusehen, dass auf der einen Seite die ausländischen MitbürgerInnen in einen Topf einzahlen, aus diesem Topf aber nichts herausbekommen. Dass die FPÖ bei dieser Resolution nicht mit geht, ich meine, das ist sonnenklar, das verträgt sich nicht mit ihren Auffassungen von Integration und überhaupt der Politik wie man mit ausländischen MitbürgerInnen umgeht. Darum wundert es mich nicht besonders. Herr Kollege Payrleithner, ich lade sie gerne ein, wenn sie das tatsächlich so sehen, dass sie sagen, dann sollte man es so machen, dass die ausländischen MitbürgerInnen nicht mehr in die Wohnbauförderung einzahlen müssen, dann unterstütze ich gerne einen diesbezüglichen Antrag von ihnen. Wenn das so ist, unterstütze ich das gerne. Ich bin gespannt, ob was von ihnen kommt.

Dass die ÖVP hier nicht mitgeht, hat sich auch ein bisschen abgezeichnet ...

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA DURCHSCHLAG:
Der Herr Mayrhofer.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Entschuldigung, ich habe mir gedacht er spricht für die gesamte Fraktion, als Fraktionsobmann, vielleicht ist es doch anders, wundert mich dann eigentlich auch nicht besonders und zwar halb. Was man vielleicht erwähnen sollte ist, dass dieser Antrag ja nicht von der SPÖ-Fraktion an sich kommt, sondern der Antrag kommt vom Ausländerbeirat heraus. Wir haben ein demokratisches Gremium, das ist dieser Ausländerbeirat, wo alle Fraktionen auch eingeladen waren mitzuarbeiten. Dieser Beirat würde ad absurdum geführt werden, wenn es nicht einmal möglich ist, dass er auch Anträge an den Gemeinderat weiterreicht und die hier eingebracht werden.

Herr Kollege Mayrhofer, ich muss schon sagen, ich kann ihr Argument nachvollziehen, bezüglich Resolution, nur wenn das so ist, warum haben sie dann bei der ersten Resolution mitgestimmt. Da war es ihnen kein Problem, ohne Wortmeldung mitzustimmen. Da ist genau das gleiche Faktum, eine Kompetenz die wir nicht haben, maßen wir uns an. Ich glaube, das klingt ganz einfach nach Ausrede, man will sich nicht deklarieren, weil man könnte möglicherweise WählerInnen vergraulen. Was ich mir hier herinnen wünschen würde, egal welche Meinung man vertritt, ein bisschen mehr an Zivilcourage, dass man einfach sagt, wir wollen halt nicht den Ausländern diese Wohnbeihilfe geben. Das ist für mich okay. Ich teile diesen Standpunkt nicht, aber dann soll man das auch tatsächlich so begründen wie man es meint und nicht immer mit irgendwelchen Scheinargumenten herumlavieren.

Es zeichnet sich ohnedies ab, dass glücklicherweise diese Resolution eine Mehrheit finden wird und auch wenn wir dazu nicht die Kompetenz haben, es ist ein Zeichen. Die Stadt Linz hat bereits diese Resolution in der Art und Weise beschlossen und es ist ein Zeichen an den Landtag, dass sich auch der Landtag unter Anführungszeichen politisch darüber traut das einmal zu beschließen. Deshalb hoffe ich, dass hier in Zukunft doch ein bisschen mehr an integrativen Schritten folgen. Eines ist schon klar, es ist immer die Rede davon, Ausländer müssen sich anpassen. Da müssen aber auch wir unsere Gesetze so anpassen, dass sie Gleichheit garantieren.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr StR Eichhübl.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Frau Vizebürgermeisterin, werte Herrn Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Ich habe mir die Debatte so angehört, an sich nicht beabsichtigt heute hier im Zusammenhang dieser vorliegenden Resolution das Wort zu ergreifen, weil ich das bereits im Stadtsenat gemacht habe. Aber es ist ja wirklich so erstaunlich, wie es so manchen Rednern gelingt, wenn ein freiheitlicher Redner ans Pult tritt, seine Meinung klar äußert und einen positiven Vorschlag für die Ausländer bringt, dass sie nämlich diese Beiträge nicht bezahlen sollen, solange die Finanzierung aus dem Topf des Wohnbauförderungsgesetzes nicht geklärt ist. Was wird daraus? Man unterstellt jetzt dem Kollegen Payrleithner, oder man unterstellt der Freiheitlichen GR-Fraktion, dass das ja sonnenklar ist, wie die Frau Kollegin Frech gemeint hat, dass die Freiheitlichen hier gegen die Ausländer auftreten. Das ist wirklich sehr erstaunlich. Wenn ich mir den Kollegen Bremm so angehört habe, dann ist mir völlig klar geworden, er hat nämlich jetzt die Donnerstag-Demonstrations-Rede ge-halten. Nur hat er nicht hinunter fahren dürfen, weil er heute eine Stellungnahme bezüglich der Sporthalle abgeben muss. Da wird es ja noch einiges zu diskutieren geben.

STADTRAT GERHARD BREMM:
Ich wäre schon gerne hinunter gefahren, da hast du schon Recht.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, so, wie gesagt, versucht man ...

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Wenn man das macht, dann muss man ja auch die ganzen Subventionen zurück zahlen, die man einkassiert hat.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
... halt Stimmung zu machen, wie das jetzt üblich ist, wenn vonseiten der Freiheitlichen, ganz gleich auf welcher Ebene, ob das jetzt Bundesland ist oder Gemeindeebene ist, dass sie eben dementsprechend schlechte Politik machen, womöglich menschenfeindlich sind und dergleichen mehr. Aber, meine Damen und Herren des Gemeinderates, es ist mir wirklich ein ernstes Anliegen, und ich glaube mir wird niemand unterstellen können, dass ich irgendwann einmal ausländerfeindlich aufgetreten bin, ich habe auch gar keine Veranlassung, das besonders herauszustreichen. Ich möchte nur Gerechtigkeit im Staate Österreich. Da gibt es manche umgekehrte Fälle, bei der

Wohnungsvergabe habe ich mir z. B. erzählen lassen, zu klären, wo es Bevorzugungen gibt, die zweifelsohne in eine andere Richtung gehen. Aber bitte, die Damen und Herren die im Ausschuss sind, werden ja wissen um was es geht. Aber eines muss ich jetzt auch hier klar und deutlich zum Ausdruck bringen und da schließe ich mich an die Wortmeldung des Kollegen StR Mayrhofer an. Wir haben ja eine wahre Flut von Resolutionen in den letzten Jahren hier in diesem Gemeinderat beschlossen. Ich hätte ganz gerne einmal gewusst, der Herr Bürgermeister ist jetzt nicht da, aber vielleicht könnte man einmal erfahren, was so aus den Resolutionen alles geworden ist. Da müsste man dann eigentlich einen Sondergemeinderat einberufen. Ich bin gerne bereit, dabei zu sein. Mich würde das wirklich interessieren, was aus diesen Resolutionen geworden ist, die man sehr oft, und das sage ich auch sehr deutlich, aus reiner Alibibehandlung hier eingebracht hat.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ja, eh ich auch. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Lengauer.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:
Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Herrn Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren. Ich möchte nur, weil ich denke, dass das zum Schluss dann übersehen wird, der Herr StR Mayrhofer hat ganz klar gesagt „ich“ und hat nicht gesagt die Fraktion. Ich möchte das klar stellen, dass es dann nicht bei der Abstimmung übersehen wird.

Als 2. möchte ich hinweisen, dass die zwei Bundesländer, die bereits den Ausländern die Wohnbauförderung zahlen, zwei ÖVP-Bundesländer sind. Zum 3. möchte ich sagen, ich habe die große Begeisterung vom Herrn StR Bremm gehört, ich hoffe, dass wir dann auch die 10 %-Klausel im Wohnungsausschuss nicht ganz so starr und streng nehmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir müssen ein paar Minuten auf den zuständigen Referenten warten.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
So geht’s nicht!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ihr seid laufend hinaus gegangen. Er hat auch einmal das Recht, dass er hinaus geht.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Stimmen wir ab. Er verzichtet halt auf das Schlusswort.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Das ist sein Antrag. Ich glaube, die paar Minuten werden wir warten können. Es gehen ja laufend auch die Leute unter der Sitzung raus. Wenn ich so durch die Reihen geschaut habe, war es sehr dünn gesät.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Stimmen wir ab! Was ist das für ein Problem?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Für mich ist das kein Problem. Stimmen wir ab. Aber er hat ja dann noch einen Punkt. Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung und dann schlage ich eine ½ Stunde Pause vor.

So, jetzt kommen wir zur Abstimmung. Wer dafür ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, 4 ÖVP, GAL, LIF. Wer ist dagegen? 6 FPÖ. Wer übt Stimmenthaltung? 3 (FPÖ - StR Eichhübl,

2 ÖVP - StR Mayrhofer, GR Koppensteiner). Danke, die Resolution ist mit Mehrheit angenommen worden.

Wir haben abgestimmt, weil ihnen dein Hinausgehen zu lange gedauert hat. Du hast jetzt noch einen Punkt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Ja, das ist mir bekannt. Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, ich trage ihnen nunmehr, als letzten Antrag, den Jahresbericht 2000 der Kontrolle und Revision vor. Es ist ein Antrag des Prüfungsausschusses.

20) Rp-2/00

Kontrolle und Revision; Jahresbericht 2000 gem. § 39 Abs. 3 StS.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der von der FA Kontrolle und Revision der Stadt Steyr vorgelegte Jahresbericht für 2000 wird gem. § 39 Abs. 3 StS zur Kenntnis genommen. (Beilage)

Ich möchte die Gelegenheit nutzen um unserem Kontrollamt, allen Mitarbeitern, recht herzlich zu danken für ihre Bemühungen und auch dem Prüfungsausschuss für seine Tätigkeit. Ich würde die Vorsitzende bitten, darüber debattieren bzw. abstimmen zu lassen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Zu Wort gemeldet ist die Frau Kollegin Radmoser.

GEMEINDERÄTIN EDITH RADMOSER:
Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Es obliegt mir im Namen meiner Fraktion den Dank auszusprechen. Danke für die Zusammenarbeit, aber auch danke für die hervorragende Arbeit, die das Kontrollamt geleistet hat. Wie sie aus dem Bericht ersehen konnten, wurden z. B. Einsparungen von über mehr als 2,3 Millionen Schilling erzielt. Eine schöne Summe, eine tolle Sache. Aber ich glaube, viel wichtiger ist noch die begleitende Kontrolle. Sie erspart viel Ärger, unnötigen Zeitaufwand, Mehrkosten und unter Umständen nachhaltig auch Reparaturen und Verbesserungen. Ich finde, es ist zwar keine spektakuläre Arbeit und man kann sie nicht in Zahlen ausdrücken, und darum gehört gerade jenen, die sonst immer eher im Schatten stehen, der besondere Dank. Ich bitte auch weiterhin, im Namen der Stadt, um so gute Zusammenarbeit. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Der Kollege Apfelthaler hat sich gemeldet.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren, auch ich möchte mich diesem Dank anschließen. Ich möchte mich recht herzlich beim Mag. Golda und seinem Team bedanken und vor allen Dingen für die erfrischende Zusammenarbeit im Prüfungsausschuss, zumal wir ein Ausschuss sind, der sich schon um ½ 8 Uhr in der Früh trifft. Danke sehr.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Wer übt Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke sehr. Damit sind wir mit den Anträgen vom Bürgermeister am Ende. Ich danke für die Berichterstattung und würde eine ½ Stunde Pause

vorschlagen.

PAUSE VON 16.33 UHR BIS 17.20 UHR

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Meine Damen und Herren des Gemeinderates, wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Nächste Berichterstatterin ist die Frau Vizebürgermeisterin Mach. Ich darf sie an Rednerpult bitten.

BE: VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Sehr geehrte Herrn Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Presse. In meinem ersten Antrag geht es um den Behindertenfahrdienst und zwar um den Abgang für das Jahr 2000, um eine Vertragsergänzung. Es ist ja so, dass wir jetzt sehr viele Fahrten mit dem Behindertenfahrzeug durchführen, der besteht ja schon über 10 Jahre, und wir unbedingt jetzt ein zweites Fahrzeug in Betrieb haben, weil wir ja die Integrationsarbeit in den Schulen sehr pflegen und dadurch mit einem Fahrzeug nicht mehr ausgekommen sind.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

13) SH-4436/91

Behindertenfahrdienst; Subvention für Abgang 2000; Vertragsergänzung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Soziales vom 22. Mai 2001 wird

1. dem Österr. Roten Kreuz, Bezirksstelle Steyr-Stadt, Redentbachergasse 5, zum Abgang des Behindertenfahrdienstes 2000 eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von

S 59.815,95 (Schilling neunundfünfzigtausendachthundertfünfzehn 95/100)

gewährt.

Zum genannten Zweck wird bei der VSt. 1/413000/757000 eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 59.815,95 (Schilling neunundfünfzigtausendachthundertfünfzehn 95/100)

bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

2. der im bestehenden Vertrag angeführte Pkt. II./1 rückwirkend ab 1. 1. 2001 wie folgt ergänzt:

„Die Stadt Steyr übernimmt:

die Kosten für einen hauptamtlichen Sanitäter/Kraftfahrer und zwar in der Höhe der gesamten Gehalts- und Gehaltsnebenkosten,

die Kosten des Betriebes **zweier Fahrzeuge** (Versicherung, Steuer, Instandhaltung, Treibstoff),

Verwaltungskostenpauschale im Ausmaß von 10 % der unter Pkt. a) angeführten Kosten, soweit diese

Kosten nicht durch Kostenbeiträge gemäß Pkt. I/5 gedeckt sind.“

Ich ersuche um ihre Zustimmung bzw. um Diskussion.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr. Ich darf fragen wer das Wort wünscht? Ich sehe keine Wortmeldung. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall, daher einstimmige Annahme. Nr. 14) bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. In meinem nächsten Antrag geht es um die Subvention für das Kinderschutzzentrum „Wigwam“ für das Jahr 2001. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

14) Fin-115/01

Kinderschutzzentrum „Wigwam“; Subvention 2001.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Jugendangelegenheit vom 7. 5. 2001 wird dem Trägerverein Kinderschutzzentrum „Wigwam“, 4400 Steyr, Promenade 8, zur Förderung der Vereinsaktivität für das Jahr 2001 eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von

S 300.000,-- (Schilling dreihunderttausend)

unter der Voraussetzung gewährt, dass für die Psychologische Beratungsstelle des Landes OÖ. (oder einer Nachfolgeinstitution) die beiden Räume des Kinderschutzzentrums Wigwam im erforderlichen Umfang weiterhin kostenlos und unbefristet zur Verfügung stehen.

Die erforderlichen Mittel für diese Subvention werden bei der VSt. 1/439100/757000 freigegeben.

Ich ersuche um Diskussion bzw. um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr. Zum Wort gemeldet ist die Frau Kollegin Durchschlag. Ich erteile es ihr.

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA DURCHSCHLAG:
Geschätztes Präsidium, werte Damen und Herren des Gemeinderates, werte Presse. Ich kann mich noch sehr gut an die Eröffnungsfeier vom Kinderschutzzentrum erinnern. Das war eine sehr nette Feier mit sehr fröhlichen Gesichtern und einer sehr guten Stimmung. Man hatte so den Eindruck, Wertschätzung auf beiden Seiten. Genau diese Wertschätzung, die ich damals verspürt habe, geht mir bei diesem Antrag ein bisschen ab. Aus zwei Gründen: Erstens einmal, dass sich die Subvention, jetzt sage ich einmal, es hat so den Eindruck gemacht, das ist ein erwünschtes Kind dieses Kinderschutzzentrum. Wenn ich die Subvention so ein bisschen als Nahrung für einen Verein bezeichne, der ja davon leben muss, wenn ich diese Nahrung an eine Bedingung kopple, ist es nicht das, was ich mir so quasi unter guter Elternschaft ein bisschen vorstelle. Das 2. sind so ein bisschen die Bedingungen. Ich glaube keiner von ihnen würde einem Vertrag zustimmen, wo sie eigentlich nicht genau wissen wie das ausgeht. Wenn sie es genau durchlesen steht drinnen, dass der Psychologischen Beratungsstelle des Landes in den Räumlichkeiten die das Kinderschutzzentrum Wigwam angemietet hat, für die sie auch die Betriebskosten bezahlen, in einem nicht näher definierten Umfang kostenlos zur Verfügung stehen sollen, müssen, sonst bekommen sie die Förderung nicht, bzw. auch einer nicht näher definierten Nachfolgeorganisation. Ich denke mir einfach, keiner von ihnen würde wahrscheinlich in seinem privaten Umfeld einen Vertrag

unterschreiben, wo sie nicht wissen, auf was lasse ich mich eigentlich ein. Ich denke mir, wahrscheinlich wird es aber trotzdem genug Wertschätzung vonseiten der Stadt geben, dass man hier jetzt nicht einfach ein Präjudiz schafft. Wir beschließen das ja nicht heute für die nächsten 10 Jahre, sondern für das Jahr 2001. Auf Rückfrage bei der Psychologin des Landes, ist nicht an eine Ausweitung gedacht. D. h., wenn wir jetzt etwas beschließen, kann die sagen, drei Tage in der Woche, zwei Tage möchte ich hinein, je nachdem, und das Kinderschutzzentrum müsste ja dazu sagen und zwar gratis und kostenfrei. Ich denke, das ist eine Vorgangsweise, die wahrscheinlich auch gar nicht so beabsichtigt war, darum habe ich gemeinsam mit der Frau Kollegin Frech einen Abänderungsantrag vorbereitet, wo es einfach darum geht, dass man sagt, die Subvention an das Kinderschutzzentrum wird gewährt, unter der Auflage, dass der Umfang der Psychologischen Beratung des Landes in dem Umfang gewährleistet ist, wie es bisher geht. Ich würde sage, das ist einfach etwas Faires. Ich glaube es gibt nächste Woche Verhandlungen zwischen dem Wigwam und der Stadt und wenn wir das jetzt beschließen, erübrigen sich die einfach dann, weil wir dann etwas präjudiziert haben. Aus diesem Grunde bitte ich den Abänderungsantrag, in der Form wie ich ihn gestellt habe, zu unterstützen. Danke.

Abänderungsantrag

zur Subvention für das Kinderschutzzentrum Wigwam

Gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Steyr wird folgende Abänderung beantragt:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Es wird dem Trägerverein Kinderschutzzentrum Wigwam, 4400 Steyr, Promenade 8 zur Förderung der Vereinsaktivität für das Jahr 2001 eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von **S 300.000,--** unter der Voraussetzung gewährt, dass für die Psychologische Beratungsstelle des Landes OÖ. die beiden Räume des Kinderschutzzentrum Wigwam im bisherigen Ausmaß kostenlos zur Verfügung stehen.

Begründung:

Diese Vorgangsweise ist sinnvoll, da es sich um die Subvention für das Jahr 2001 handelt, und die Psychologische Beratungsstelle des Landes OÖ. nicht an eine Ausweitung ihrer Aktivitäten in diesem Jahr denkt, und außerdem auch kein Präjudiz geschaffen wird.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr. Als Nächster hat sich der Herr Dr. Pfeil zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen. In der Sache denke ich sind wir uns alle einig, es soll Wigwam die Unterstützung erhalten, es soll das Psychologische Beratungszentrum die Räumlichkeiten erhalten und es soll für die Stadt möglichst kostengünstig dargestellt werden. Ich habe nur beim Durchlesen des Abänderungsantrages, aber auch des Hauptantrages einige Probleme gesehen, die evt. auf die Stadt zukommen könnten, wenn man das so im Raum stehen lassen würde. Ich habe jetzt mit der Frau Vizebürgermeisterin Mach und mit den beiden Herrn Rechtskundigen vorne am Tisch, folgende Lösung vorgeschlagen und schlage sie jetzt ihnen als Abänderungsantrag zum Hauptantrag vor. Der Hauptantrag bleibt gleich und es fängt beim vorletzten Absatz an, ... **erforderlichen Umfang weiterhin kostenlos und**, und dann streichen wir das unbefristet durch und statt unbefristet wird eingefügt, **auf die Dauer des Mietverhältnisses mit Wigwam**. Das ist eindeutig und klar und auch für die Stadt nachvollziehbar. Ich danke ihnen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Alles andere bleibt gleich.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Ja, das bleibt gleich.

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA DURCHSCHLAG:
Aber es würde weiterhin nicht drinnen stehen in welchem Umfang. Ob jetzt einen Tag, zwei Tage, drei Tage ist, das würde weiterhin nicht drinnen stehen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Das müssen sie sich ausmachen, das können wir nicht ausmachen, wie viele Stunden die jetzt brauchen. Das müssen sich die zwei Parteien selbst ausmachen.

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA DURCHSCHLAG:
Wir möchte ja auch kein Präjudiz schaffen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Gibt es zu dem Thema weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall.

Also, was wir wollen ist eigentlich, dass im selben Ausmaß die Möglichkeit besteht, dass in diesen Räumlichkeiten auch diese kinderpsychologische Betreuung des Landes stattfinden soll. Theoretisch könnte ja das Wigwam von uns eine Subvention im Ausmaß von S 300.000,-- empfangen wollen und sagen, und euch, liebe Freunde, können wir nicht mehr brauchen, weil wir haben uns da eine Spezialgruppierung oder ein Spezialprojekt vorgestellt und dafür brauchen wir Zeit und Raum und ihr könnt da nicht mehr herein. Dann würde natürlich bei der Stadt das Problem auftauchen, dass wir noch Räumlichkeiten in irgendeiner Form zur Verfügung stellen müssen, weil das Land ist ja sehr rigoros bei der Beschaffung von irgendwelchen infrastrukturellen Leistungen für die Beratungen. Wir wollen eigentlich nur sicherstellen, dass in dem Ausmaß wie bisher, die da drinnen sein sollen.

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA DURCHSCHLAG:
Das habe ich ja in meinem Abänderungsantrag so gestellt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Ja, ja, wir wollen aber auch nicht, das hat der Herr Dr. Pfeil erläutert, dass wir möglicherweise, theoretisch könnte sich auch das Wigwam verändern, in irgendeiner Form, dann müssten wir dort die Räumlichkeiten aufrechterhalten.

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA DURCHSCHLAG:
Es steht ja bisheriger Umfang drinnen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Ich sehe es auch nicht als so heiß an, weil wir es ja immer in der Hand haben, ob wir eine Förderung geben oder nicht. Das ist ja nicht irgendeine Fremdnutzung, sondern eigentlich glauben wir, dass sich diese Dienste ergänzen können und in diesen Räumlichkeiten sollen sie auch stattfinden. Das kann nicht eine Fahnenfrage sein, für keine Seite. Also wir wollen ja niemanden über den Tisch ziehen, wir wollen nur das fortgesetzt wissen. Aber da werden jetzt schon zwei Punkte herausgestrichen, Nachfolgeinstitutionen müssten wir definieren, ...

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA DURCHSCHLAG:
Aber es ist keine Definition drinnen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
... was ist damit gemeint, das sind für uns natürlich möglicherweise ähnliche Dienste, die vielleicht anders heißen, weil das Land eine Umbenennung dieser Dienste vornehmen könnte. Damit würden sie aber aus dem Vertrag aussteigen. Unbefristet ist auch heraußen und wir wollen das aber schon haben, dass dort drinnen diese psychologische Kinderberatung stattfindet. Die Kollegin Mach kann

das ja näher erläutern, was die Stadt für Leistungen da bisher getätigt hat und daher wollen wir auch haben, dass wir dort auch diese Beratung des Landes durchführen lassen können. Vielleicht kann die Kollegein Mach das in ihrem Schlusswort noch näher ausführen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ja meine Damen und Herren, es ist weiterhin ein gewünschtes Kind und wir stehen alle dazu, dass wir es brauchen. Nur, wir müssen uns auch dazu bekennen, dass Räumlichkeiten im Ausmaß von 120 m² zur Verfügung stehen, drei Kräfte mit à 20 Stunden darin arbeiten und die zwei Räumlichkeiten betragen. 29 m² Ich glaube, es betrifft auch Kinder. Kinder die Hilfe benötigen. Wenn ich von einem Kinderschutzzentrum spreche, glaube ich, dass alle Kinder das Recht haben, diese Räumlichkeiten zu nützen, wenn sie Hilfe und Betreuung brauchen. Das Land stellt uns kostenlos diese Betreuung zur Verfügung. Wir haben auch kostenlos die Kinder- und Jugendanwaltschaft. Ich glaube, da darf man dann nicht als Verein, ich schätze den Verein sehr, so sein, dass man sagt, die Stadt hat sehr viel investiert, hat die Räumlichkeiten adaptiert, hat alles hergerichtet, auf das Schönste. Ich möchte jetzt gleich einen Vergleich sagen. Ich war vor kurzem vom Städtebund aus in Bruck an der Mur und habe mir zwei Kinderschutzzentren angesehen. Ich muss sagen, unsere sind sehr nobel und schön eingerichtet. Ich bin es auch jeden vergönnt, der darin arbeitet, dass er sich wohl fühlt. Aber dass „Ichdenken“, das hier vorherrscht, gefällt mir nicht. Ich habe auch mit beiden, mit dem Herrn Gstaltner und der Frau Fakasch, ein Gespräch geführt und die waren damit einverstanden. Ich muss nur eines dazu sagen, der Herr Dr. Starzengruber hat gesagt, das müssen wir als Stadt schriftlich festhalten. Ich habe auch mit dem Präsidenten Huber, der ja auch Vorstandsmitglied ist, gesprochen und er hat mir auch Recht gegeben. Ich habe gesagt, die Stadt kann nicht alles kostenlos zur Verfügung stellen, auch das Land nicht. Auch die Frau Dr. Haring, von der Jugendwohlfahrt des Landes OÖ., hat gesagt, so geht es nicht. Eines möchte ich schon dazu sagen. Es ist ja nicht eine Wohnung in dem Ausmaß, es ist eine durch den Gang getrennte Wohnung. Ich habe ihnen empfohlen die Tafel vom Kinderschutzzentrum dort hinüber zu geben, dann kann keine Verwechslung vorherrschen. Also, es ist ein bisschen ein Wille dabei wo ich sage, ich will das so machen. Man muss schon bedenken, dass auch die Kinder, die von der Jugendwohlfahrt zur Psychologin gehen, lieber in das Haus mit den Eltern reingehen. Warum? Weil das ist ein neutraler Ort und sie brauchen nicht auf das Jugendamt zu gehen und jeder sagt, mit dem Kind passt irgendetwas nicht. Die Eltern haben irgendwo das Bedürfnis, dort gehen sie rein, dort ist das Eltern-Kind-Zentrum drinnen, dort ist das Wigwam drinnen, da weiß heraußen niemand wohin sie gehen. Man muss auch das psychologisch sehen. Darum verstehe ich das reine Ichdenken dieses Vereines nicht. Das hat mit der Arbeit, mit der Leistung überhaupt nichts zu tun, aber ich glaube, das kann man wohl verlangen, dass diese Räume auch für diesen Bereich der Kinder zur Verfügung gestellt werden. Dafür schreibt man halt das nieder, damit man sagt, das ist ein für alle Mal dann vom Tisch, dann ist es geregelt. Wenn wir jetzt nur ein Mal im Monat die Psychologin da haben, es kann aber sein, dass wir sie zwei oder drei Mal im Monat zur Verfügung gestellt bekommen. Mir ist es schon wichtig, das diesen Betroffenen auch geholfen wird, weil ich kann nicht sagen nur die einen Kinder und die anderen gehen mich nichts an. Das ist eine Art, die mir nicht gefällt. Darum ersuche ich sie der zweiten Art des Abänderungsantrages, die ich mit dem Herrn Dr. Pfeil gestellt habe, zuzustimmen. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Es stehen natürlich jetzt zwei Abänderungsanträge zur Debatte. Ich möchte den Damen, die diesen ersten Abänderungsantrag gestellt haben, Durchschlag und Kolleginnen und Frech usw. ...

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Durchschlag und Genossinnen ...

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
... möchte ich jetzt natürlich fragen, wir wollen ja eigentlich alle dasselbe. Aber in dem Hauptantrag

steht etwas drinnen, was natürlich für den Verein eine Gefahr sein könnte. Und zwar steht da: „ ... unter der Voraussetzung gewährt, dass für die Psychologische Beratungsstelle des Landes OÖ. (oder einer Nachfolgeinstitution) die beiden Räume des Kinderschutzzentrums Wigwam im erforderlichen Umfang weiterhin kostenlos usw.“ Da müsste man sagen „im bisherigen Ausmaß“. Ist das ein akzeptabler Vorschlag?

Zwischenruf von GR Koppensteiner, GR Durchschlag und GR Frech: Genau!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Weil da muss ich schon ehrlich sagen, da sehe ich auch die Position des Vereines, weil wenn nämlich die Herrschaften vom Land sagen, mein erforderlicher Umfang ist jetzt alle Tage dann stehen die Räumlichkeiten, aufgrund dieses Textes, natürlich nicht mehr dem Wigwam zur Verfügung. Da verstehe ich, dass die auch eine Befindlichkeit haben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wenn wir kostenlos die Beratungen bekommen. Ich sage jetzt das, was mir der Herr Dr. Starzengruber gesagt hat, dass sie die jetzt zum Teil bisher schon nicht mehr hineingelassen haben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Das ist ja etwas anderes.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Moment einmal, und durch das ist ja das entstanden ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Was ist denn festgelegt?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Es ist festgelegt, dass diese Räumlichkeiten zur Verfügung stehen. Seit die Ausgliederung war, ich kann nur das sagen, was der Herr Dr. Starzengruber gesagt hat, hat sich das so entwickelt, dass sie jetzt nur mehr einen Raum zur Verfügung gestellt haben und den zweiten Raum nicht mehr. Wenn ich jetzt kostenlos vom Land eine Kraft bekomme, zusätzlich, bitte schön, dann lass ich die doch in den Raum hinein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Na ja, ich meine das ist eine Position, das ist schon in Ordnung. Aber nehmen wir einmal an, wir lassen natürlich auch z. B. die Rechtsberatung bei uns in unserem Sprechzimmer zu und wissen, dass das ein Mal im Monat stattfindet. Nehmen wir einmal an, es würden sich da die Anwälte anstellen und würden jede Woche da drinnen sein oder würden unter Umständen das in einem Ausmaß nutzen wollen, dass kein Sprechtag von Stadtsenatsmitgliedern mehr abgehalten werden kann. Dann würde das über unsere Vorstellungen hinausgehen. Also, da gilt es natürlich schon auch das Interesse des Vereines abzuwägen. Ich weiß jetzt nicht, was mich so bedrückt, dass bei jedem kleinen Schmarren anscheinend Schiedsrichter notwendig sind. Warum können sich denn nicht zwei Einrichtungen darauf einigen, dass sie im Interesse der Kinder dort vernünftig zusammen arbeiten. Ich verstehe das auch, wenn das Land kommt und sagt, ich brauche das Wigwam ganz. Dann werden wir sagen müssen, das wird nicht gehen, das ist eine unverzichtbare Einrichtung für unsere Kinder, die wollen wir nicht so beschränken, da müssen wir über eine neue Bleibe für euch reden. Aber das ist ja nicht erforderlich. In Wahrheit geht es ja darum, dass zwischen den Verantwortlichen des Wigwams, von mir aus im Beisein unseres Geschäftsbereichsleiter für Soziales, unter der Patronanz der Sozialreferentin und den Leute von der kinderpsychologischen Beratung des Landes festgelegt wird, in was für einem Ausmaß diese Nutzung ist. Ich meine, wir reden ja heute in Wirklichkeit über eine Förderung von
S 300.000,-- und wir wollen die geben. Das ist jetzt eine Überfrachtung, die uns fast ein bisschen überfordert. Ich möchte sicher nicht die Vereinstätigkeit des Wigwams einschränken und unmöglich machen. Jetzt sind von beiden Seiten Befürchtungen, Wigwam könnte sich auch so ausdehnen, jetzt

haben sie die schon nicht mehr hineinlassen, sagt die Vizebürgermeisterin.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Das hat mir der Herr Dr. Starzengruber gesagt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Das ist aber auch nicht zulässig. Dann werden wir ihnen nächstes Jahr keine Förderung mehr geben wenn sie bockig sind. Ganz einfach.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ich muss eines sagen, wenn sich ein paar Leute das nicht aussprechen können, eine Kommunikation führen können, dann ist es eh traurig. Ich muss natürlich auch sagen, dass drei Leute mit 20 Stunden in 120 m² in diesen Räumlichkeiten nicht genug Fläche zur Verfügung haben um die Psychologin des Landes zu akzeptieren, ich meine, das verstehe ich nicht. Ich glaube, es hätte gar nicht notwendig sein müssen, da einen Abänderungsantrag zu bringen, weil sobald die kommt ist es wichtig, dass die hinein darf. Frau Durchschlag, wenn sie zurückdenken wie das entstanden ist, dann sind von Anfang an diese Räumlichkeiten der Kinder- und Jugendanwaltschaft und den Psychologen des Landes zur Verfügung gestanden.

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA DURCHSCHLAG:
Aber sie haben es gemietet.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Und von was zahlen sie Miete? Sie bekommen ja das genau als Subvention. Die Miete bekommen sie ja als eine Art Subvention von uns. Wir können das auch anders machen, dass wir sagen, die Räume vom Kinderschutzzentrum geben wir weg und stellen sie der Jugendanwaltschaft zur Verfügung und ziehen den anteiligen Beitrag ab, was die Miete ist, die 29 m².

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Blödsinn. Wenn niemand drinnen ist, würden die Räume leer stehen. Das wäre doch ein Unsinn.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Jetzt richten wir die her und dann stehen sie leer.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Eine Frage habe ich noch Frau Vizebürgermeisterin. Ist das bisherige Ausmaß ausreichende oder nicht? Das interessiert mich nämlich.

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA DURCHSCHLAG:
Ja, die Psychologin des Landes denkt nicht an eine Ausweitung ihrer Tätigkeit.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ich muss eines sagen, ich habe mich mit ihrem Abänderungsantrag nicht einmal ganz ausgekannt. Das sage ich ganz ehrlich, da habe ich den Herrn Dr. Schmoll und den Herrn Dr. Alphasamer gefragt, was sagt der eigentlich aus. Es ist aber so, wenn man sagt, im erforderlichen Umfang weiterhin kostenlos und auf die Dauer des Mietverhältnisses von Wigwam zur Verfügung steht, das haben wir eigentlich geglaubt und damit ist alles beinhaltet. Wenn niemand da ist kann eh niemand hineingehen und das steht eh im Vertrag drinnen, dass sie sich das absprechen müssen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
In Wahrheit will denen keiner etwas antun.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ich würde das so machen, im erforderlichen Umfang weiterhin kostenlos und auf die Dauer des

Mietverhältnisses mit Wigwam zur Verfügung stehen. Da ist dann die Abänderung nicht unbefristet sondern auf die Dauer ...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Was heißt im erforderlichen Umfang?

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Schreiben wir hinein, in einem gemeinsam festzulegenden Umfang.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Na dann streiten sie.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Ist ja klar, die müssen sich das ausmachen. Die bekommen von uns S 300.000,--. Warum kann ich nicht verlangen, dass der Dr. Starzengruber, die Wigwamverantwortlichen und die Herrschaften von der Landespsychologischen Beratung das erforderliche Ausmaß festlegen. Aus. Das gilt für heuer und wenn sich etwas ändert, muss man wieder darüber reden. Ist das ein Vorschlag? Können dem alle beitreten?

Zwischenrufe: Ja!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
In Gottes Namen, dann hätten wir das in der Reihe.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Darf ich es vorlesen, es ist meine Schrift.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ja bitte sehr.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Also ich fange an beim Hauptantrag, bei S 300.000,--: „... unter der Voraussetzung gewährt, dass für die Psychologische Beratungsstelle des Landes OÖ (oder einer Nachfolgeinstitution) die beiden Räume des Kinderschutzzentrums Wigwam in einem gemeinsamen festzulegenden Ausmaß weiterhin kostenlos und auf die Dauer des Mietverhältnisses mit dem Wigwam zur Verfügung stehen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Da ist der Streit schon vorprogrammiert.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Der Hauptantrag betrifft ja die S 300.000,--. Auf die kommt es ja in erster Linie an. Die sollen miteinander ausmachen, wie dieses Ausmaß aussieht. Das bleibt so lange, bis sich eine Änderung abzeichnet und dann wird das Ausmaß einvernehmlich festgelegt. Ist das ein Vorschlag?

So, wir stimmen nunmehr über den Antrag einschließlich des Abänderungsantrages in der vorgetragenen Form ab. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Wer ist gegen den Antrag? Wer übt Stimmenthaltung? 1 FPÖ - StR Roman Eichhübl. Du brauchst sie nicht begründen, wenn du ein Einzelner bist. Ein Einzelschicksal tangiert uns heute nicht.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke Frau Kollegin Mach, nächster Antrag bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
In meinem nächsten Antrag geht es um die Subvention für die Kindergruppe Elefant für das Jahr 2001, Verein Drehscheibe Kind. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

15) Fin-157/00

Verein „Drehscheibe Kind"; „Kindergruppe Elefant"; Subventionsansuchen 2001.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Jugendangelegenheiten vom 1. Juni 2001 wird dem Verein „Drehscheibe Kind" für den laufenden Betrieb der im Standort Steyr, Promenade 12, bestehenden „Kindergruppe Elefant" für das Jahr 2001 eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in der Höhe von

S 350.000,-- (Schilling dreihundertfünfzigtausend)

gewährt.

Die hiefür erforderlichen Mittel im Ausmaß von S 350.000,-- werden bei der VASt. 1/439000/757000 freigegeben.

Ich bitte um Diskussion bzw. um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag oder übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall, der Antrag ist einstimmig angenommen worden. Nr. 16) bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Nr. 16) ist ein Antrag, der mich persönlich sehr freut, weil es ist eh schon notwendig, dass es soweit kommt, weil es wird ja schon jahrelang daran gearbeitet. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

16) Präs-685/96

Alten- und Pflegeheim Münichholz; Abschluss der notwendigen Verträge mit der Wohnungsanlagen GmbH.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Privatrechtsangelegenheiten vom 20. Juni 2001 wird zur Errichtung eines Alten- und Pflegeheimes im Stadtteil Münichholz dem Ankauf einer Fläche von voraussichtlich 11.520 m² der sogenannten Drachenwiese (Parzellen 397/1 und 316/1, je KG Hinterberg) zum Kaufpreis von S 750,-- je Quadratmeter von der Wohnungsanlagen GmbH zugestimmt. Das genaue Flächenausmaß und damit auch der genaue Kaufpreis wird nach der noch vorzunehmenden Vermessung festgelegt werden. Die Zahlung des Kaufpreises hat in zwei gleichen Teilbeträgen zu erfolgen, wobei die erste Hälfte binnen 14 Tagen nach beidseitiger Unterfertigung des abzuschließenden Kaufvertrages, der Restbetrag binnen 14 Tagen nach grundbücherlicher Einverleibung des Eigentumsrechtes der Stadt Steyr zur Zahlung fällig ist.

Weiters wird dem Abschluss eines Baubetreuungsvertrages mit der Wohnungsanlagen GesmbH zur Errichtung des Gebäudes selbst entsprechend dem in der Beilage angeschlossenen Vertragsentwurf zugestimmt.

Zur Bezahlung des Kaufpreises einschließlich der notwendigen Nebengebühren wird bei der VA-Stelle 5/420000/001000 (Altersheime - Unbebaute Grundstücke Ankauf) ein Betrag von S 8,985.000,-- freigegeben und ein weiterer Betrag von S 85.000,-- bei der gleichen Haushaltsstelle als Kreditüberschreitung bewilligt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 5,000.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonstruktion wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden. (Beilage)

Ich ersuche um Diskussion bzw. um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Wer wünscht das Wort? Frau Kollegin Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Man könnte jetzt sagen, wenn man sich diesen Amtsbericht ansieht, 1996 hat es einen GR-Beschluss gegeben wo man mit den Vorarbeiten für dieses Projekt eines Alten- und Pflegeheimes begonnen hat, und jetzt, 2001, ist es soweit, dass zumindest dieses Projekt in konkrete Umsetzung geht. Na ja, 5 Jahre ist eine lange Zeit, der Berg kreiste und er gebar eine Maus. Allerdings eine Maus, die uns sehr teuer kommen wird. Einige Punkte dazu: Man muss vorausschicken, die Stadt Steyr hat, und die Vergangenheit hat das gezeigt, alleine die letzten drei Jahre, noch nie eine besonders glückliche Hand bei der Abschließung von Verträgen mit Privatpersonen oder anderen Einrichtungen gehabt. Ich denke da nur an die Christkindlwelt, da gibt es zig Beispiele, wo man immer den Eindruck gehabt hat, der Vertragspartner, für den sieht es gut aus, aber für die Stadt Steyr, und hier herinnen, meine Damen und Herren, sollten wir immer das beschließen was für die Stadt Steyr das Beste ist und nicht was für den Vertragspartner das Beste ist. Wenn sie hier und heute diesen Vertrag, so wie er hier vorliegt, die Zustimmung geben, dann haben sie Zusatzkosten von diesem Projekt von ungefähr 10 Millionen Schilling, die nicht sein müssten. Ich werde ihnen gleich im Anschluss erklären, wie es zu den 10 Millionen kommt. Ich finde 10 Millionen Schilling sind eine Menge Geld, die uns bei vielen Projekten fehlen. Wenn sie sich diesen Baubetreuungsvertrag einmal zur Hand nehmen, ich will gar nicht so auf Details eingehen, auf die man zwar auch eingehen sollte, nämlich ganz kurz nur unter Pkt. III bei den Leistungen, da steht unter 3., dass der Baubetreuer folgende Leistung erbringen soll, unter anderem die notwendigen Besprechungen und Verhandlungen mit dem Auftraggeber, da müsste man, meines Erachtens, auch vollständigkeitshalber hineingeben: „und der Professionisten“, weil dafür wird er bezahlt, das kommt aber im Vertrag nicht vor. Bevor ich noch auf die juristischen Details eingehe, die fatale Geschichte hat ihren Anfang dort, wo die Stadt Steyr im Jahre 1996 unbedingt ihr Alten- und Pflegeheim auf dieser Drachenwiese bauen wollte und zugleich die WAG nur bereit war die Drachenwiese an die Stadt Steyr zu verkaufen, wenn sie zugleich derjenige ist, der dort auch das APM errichten darf. Das ist der Ausgangspunkt für diesen Vertrag und das sieht man an diesem Vertrag auch sehr deutlich. Die Stadt Steyr hat sich damit, mehr oder weniger, unter Anführungszeichen, in Geiselhaft der WAG gegeben. Warum? Wir können nicht mehr aus, es gibt einen GR-Beschluss aus dem Jahre 1996, dort wird das APM gebaut. Die WAG hat gesagt, nur unter der Voraussetzung, dass wir dort auch bauen und das ist bei diesem Vertrag herausgekommen, wo sich jemand sämtliche Rechte gesichert hat und die Stadt Steyr im Endeffekt jener ist, wo der Steuerzahler viel zu zahlen haben wird. Worum geht es? Es geht darum, dass der Auftraggeber, die Stadt Steyr, die WAG beauftragt, in ihrem Namen, d. h. im Namen der Stadt Steyr, auf seine Rechung, d. h. auf Rechnung der Stadt Steyr, und auf sein Risiko, d. h. auf Risiko der Stadt Steyr, auf dem Grundstück ein Alten- und Pflegeheim zu errichten. So, jetzt ist einmal die Geschichte, wenn sie sich den Vertrag ansehen, Pkt. VIII, Baubetreuungskosten, da steht, dass der Baubetreuer, sprich die

WAG, für die gesamte Baubetreuung ein Pauschalhonorar von 11,8 % erhält. Ursprünglich war die WAG ja sogar noch ein bisschen unverschämter, ein bisschen frecher will ich sagen, und hat 12,3 % haben wollen. Wenn man sich jetzt anschaut, 11,8 % laut Wohnbauförderungsrichtlinien sind 9,5 % Pauschalhonorar vorgesehen. Es macht einen Unterschied, meine sehr geehrten Damen und Herren, ob ich 11,8 % von der Bausumme zahle, von den honorarfähigen Baukosten, oder 9,5 %, weil diese 2,3 %-Punkte machen immerhin einen Unterschied von 3,6 Millionen Schilling aus. 3,6 Millionen Schilling sind diese 2,3 %-Punkte, die sich da so locker lesen. Gut, das war eben die Bedingung der WAG und die Stadt Steyr konnte halt nicht gut aus. Aber es geht noch weiter. Wenn sie diesen Antrag hier und heute so beschließen, dann müssten sie zusätzlich eine Betrag von ungefähr zwischen 5,6 Millionen und 7 Millionen Schilling hineinnehmen. Wissen sie wo dieser Betrag herkommt? Ich habe mich zuerst noch bei den zuständigen Beamten erkundigt, sie müssen Grunderwerbssteuer für das Grundstück zahlen. Die ist auch in diesem Vertrag inkludiert, nämlich mit den 5 % Nebenkosten. Von diesen 5 % Nebenkosten sind 3,5 % Grunderwerbssteuer, die anfallen wenn ich heute ein Grundstück kaufe. Was allerdings nicht inkludiert ist und was sehr wohl vorzusehen ist, ist, dass diese Grunderwerbssteuer, lt. Grunderwerbssteuergesetz § 5 Fassung 1987, nicht nur in diesem konkreten Fall, ganz bezogen auf dieses Projekt, für die Liegenschaft anfällt, sondern auch für das gesamte Projekt. D. h., 3,5 % von der Projektsumme, die liegt zwischen 156 Millionen und jeder von uns weiß, bei so einem großen Projekt wird die Endsumme höher sein, d. h., möglicherweise gegen 200 Millionen Schilling und das macht dann zusätzlich, wie gesagt, noch einmal 5,6 bis 7 Millionen und mehr, weil diese Grunderwerbssteuer, und das ist meiner Auskunft nach, ich habe mich bei Juristen erkundigt, ich habe bei der Finanzlandesdirektion nachgefragt, in diesem Fall tatsächlich so. D. h., die Grunderwerbssteuer fällt nicht nur für den Grundstücksankauf an, sondern für das gesamte Projekt, für die gesamten Projektkosten. Das, meine geschätzten Damen und Herren, sind insgesamt ungefähr 10 Millionen Schilling die das Ganze mehr kostet. Nicht weil Beamte keinen guten Vertrag machen können, sondern weil hier ganz einfach ein politisch motivierter Vertrag vorliegt, wo man gewisse Sachen ausklammert. Ich möchte deshalb hier und heute darauf hinweisen, damit nicht jene Situation eintritt, dass man in ein paar Wochen dann plötzlich aus allen Wolken fällt und sagt, jetzt müssen wir noch einmal 5 bis 7 Millionen in die Hand nehmen, weil wir haben übersehen, dass die Grunderwerbssteuer für das gesamte Projekt anfällt. Da 5 bis 7 oder 10 Millionen Schilling kein Pappenstiel sind, würde ich bitten, entweder eine Sitzungsunterbrechung zu machen um diesen Fall zu klären, oder tatsächlich, was ich sehr viel klüger finden würde, jetzt hat das ganze Ding über 5 Jahre schon fast gedauert, eine Absetzung von der Tagesordnung und Wiederaufnahme im September um diesen Vertrag noch einmal ganz genau zu prüfen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr. Das waren außerordentlich tiefschürfende Verhandlungen die stattgefunden haben.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Aber nicht tiefschürfend genug!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Es ist eh klar, sie wissen das wieder einmal besser.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Nicht ich, die Juristen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Ich weiß nicht wer immer, und wir schieben natürlich das Altersheim weiter hinaus und das ist ja so super. Sie kritisieren uns, dass es so lange dauert und jetzt wollen sie es gleichzeitig weiter hinausschieben. Das ist ja wirklich aus meiner Sicht kein ...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Ich möchte nur klären, ob diese Zusatzkosten auf die Stadt zukommen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

... gangbarer Weg. Ich möchte einmal bitten, vielleicht kann der Herr Dr. Schmoll bzw. der Herr Mag. Lemmerer, die da die Verhandlungen im Detail dann noch geführt haben, hier Auskunft geben, wie diese Vertragsgestaltung zustande gekommen ist.

OMR DR. GERALD SCHMOLL:
Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, nachdem ich jetzt direkt angesprochen wurde, möchte ich zur Frau GR Frech gleich einmal zwei Korrekturen anbringen. Ich war leider jetzt kurz draußen, aber es ist richtig, dass bei Gemeinnützigen für Planungs- und Bauleitungshonorar 9,5 % berechnet werden, nur ist das eben nicht alles. An Bauverwaltungskosten für die Baubetreuung selbst kommen noch einmal 3 % dazu. Das macht in Summe also 12,5 %. 0,7 % höher, als der Vertrag mit der WAG ausweist. Zum 2., angeblich während ich draußen war, wurde gesagt, die Grunderwerbssteuer würde auch auf das Bauwerk gefasst werden. Das ist mit Dr. Schwarz, Steuerberatungskanzlei in Steyr, abgeklärt. Es gibt keine Junktimierung der beiden Verträge. Nachdem die Stadt das in eigenem Namen bauen lässt, wird von der Steuerberatungskanzlei Dr. Schwarz diese Gefahr nicht gesehen. Das einmal vorweg zur Aufklärung.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Mag. Michaela Frech

OMR DR. GERALD SCHMOLL:
Wir haben jede Junktimierung aus den Verträgen ausgenommen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Ist das auch mit der Finanzlandesdirektion abgeklärt worden, dass die das auch so sehen?

OMR DR. GERALD SCHMOLL:
Ich glaube nicht, dass es sinnvoll ist eine Anfrage bei der Finanzlandesdirektion zu starten und die darauf aufmerksam zu machen, dass wir da mit Wenn und Aber abschließen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Der Herr Mag. Lemmerer würde auch dazu eine Aussage machen.

OMR MAG. HELMUT LEMMERER:
Werte Mitglieder des Gemeinderates, der Herr Dr. Schmoll hat die Fakten, die sie uns in den Verhandlungen gestellt haben ohnehin schon erklärt, also diese Prozentsätze sind gegeben. Bezüglich dieser Grunderwerbssteuersache wurde das mit dem Herrn Dr. Schwarz abgeklärt. Es ist allerdings immer bei derartigen Sachen eine gewisse Unsicherheit wie letztendlich dann die Finanzbehörde das sieht. Aber grundsätzlich haben wir die Verträge so aufgebaut, dass wir sie nicht untereinander junktimiert haben und daher als getrennte Einheiten zu sehen sind und daher lt. Auskunft von Dr. Schwarz die Grunderwerbssteuer nur für den Grundankauf anfällt. Im Übrigen ist zu sagen, dass die Verhandlungen mit der WAG sehr langwierig waren. Wir haben ja ursprünglich andere Konstruktionen auch verfolgt und sind letztendlich dann auf diese Konstruktion gekommen. Ich glaube auch, wie der Herr Bürgermeister gesagt hat, dass letztendlich die Umsetzung des Projektes vorangetrieben werden soll, weil das auch im Sinne der Steyrer Bevölkerung ist.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Und der Verordnung des Landes OÖ, Pflegeschutzverordnung.

Herr Dr. Pfeil, sie sind am Wort.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren. Man muss lange genug im GR sein, dann holt einem die Geschichte wieder ein. Als wir 1991 hier eingetreten sind, haben wir alle gemeinsam ein Alten- und Pflegeheim auf dem Tabor vorgefunden, das schon längst nicht nur den Standard der damaligen Zeit hinter sich hatte und nicht mehr entsprochen hat. Es war damals, ich sage es auch ganz offen, obwohl er nicht zu meinem engeren Freundeskreis zählt, der Herr Karl Holub, der

sich sehr, in dankenswerterweise, in mühevollster Kleinarbeit eingesetzt hat, dass hier in 5 Jahren 60 Millionen Schilling bereitgestellt werden konnten, dass das Alten- und Pflegeheim auf dem Tabor in einem halbwegs guten und sehr guten Zustand übergeführt worden ist. Es kam dann am 1. April 1995, ohne dass mit der Stadt Steyr oder ohne dass mit dem Alten- und Pflegeheim auf dem Tabor gesprochen worden ist, d. h., direkt schwer Betroffene, diese Heimpflegeverordnung des Landes OÖ. Es war damals am 1. April 1995, lt. Auskunft vom Leiter unseres Hauses, auch hier in der Stadt Steyr, es wurde nicht gesprochen, diese beiden Institutionen sind nicht eingeladen worden. Das Problem war, dass in dieser Verordnung unter anderem steht, dass 90 % aller Pflege- und Heimbetten als Einzelzimmerapartments auszustatten sind. Also eine völlig andere Voraussetzung, als die jetzt gerade erfolgten Großinvestitionen. Es herrschte dann in Steyr etwas Ratlosigkeit, bis zum 28. 11. 1996, wo dann die SPÖ einen Dringlichkeitsantrag eingebracht hat, der diese folgenschweren Auswirkungen gehabt hat. Alle waren wir uns einig, wir haben Handlungsbedarf, sowohl beim APM als auch dahingehend, dass die Stadt Steyr ein neues Pflegeheim braucht. Wir hätten uns die Möglichkeit schaffen können ob wir das im Münichholz bauen, auf der Ennsleite, auf dem Tabor, oder sonst wo auch immer. Aber mit diesem Dringlichkeitsantrag, der von der SPÖ eingebracht worden ist, haben wir uns alle diese Standortfragen nicht mehr stellen können, weil der GR hat sich bezüglich Standort Drachenwiese Münichholz einmal festgelegt. Zum 2. hat es sich damals festgelegt, dass mit der WAG gleichzeitig ein Planungsauftrag gegeben wird, die WAG als Grundeigentümer über die Errichtung dieses Alten- und Pflegeheimes im Stadtteil Münichholz. Da hat die ganze Krux dann angefangen. Es hat zwar sehr lange gedauert, aber ich pflichte der Frau Frech bei, dass es natürlich jetzt sehr, sehr schwierig war mit jemandem zu verhandeln, der aus der Position des Stärkeren hier uns gegenübersteht und sagt, ja ihr müsst ja mit uns bauen, es gibt einen gültigen GR-Beschluss. Ich habe damals schon in dieser GR-Sitzung, ich habe das Protokoll hier, auf diesen Umstand hingewiesen und gemeint, es wäre doch wirklich viel gescheiter wir machen das im Vorfeld aus, wer und wo. Diese Fragen hat man sich einfach nicht gestellt oder nicht stellen wollen. Jetzt hat die WAG in ihrer Großzügigkeit vom ursprünglichen Wunsch der 12,3 % Baubetreuungskosten auf 11,8 % nachgelassen. Das ist ein sehr, sehr marginales Verhandlungsergebnis. Am freien Markt wären hier sicherlich sehr viel bessere Ergebnisse zu erzielen. Natürlich fließen diese Baubetreuungskosten auf die Gesamtkosten ein. Aber wenn ich bei den Baubetreuungskosten sparen kann, dann kann ich selbstverständlich an der Ein- und Ausrichtung bzw. einer Ausgestaltung des Hauses viel bessere Ausstattung machen. Diese Möglichkeit haben wir uns genommen, weil ja nach der Kostendämpfungsverordnung sollen ja nicht mehr als 1,3 Millionen Schilling pro Bett verbaut werden. Es sind auch noch einige Fragen bezüglich dem Alten- und Pflegeheim Münichholz offen, insbesondere die Nachfolgekosten. Es sind auch die Fragen der Küchen offen. Meiner letzten Information nach, obwohl mir versprochen worden ist dass ich hier bei diesen Beratungen beigezogen werde, ich bin nicht beigezogen worden, soll dort jetzt eine große Cook and Chill Küche errichtet werden. Das ist natürlich sehr zukunftsweisend, aber das heißt auch, dass alle anderen Küchen, und ich erinnere mich an die Diskussion die wir Anfang der 90iger Jahre geführt haben, das war eine der ersten großen Auseinandersetzungen, diese 16, 17 Millionen Schilling Küche im APT, dass die dann stillgelegt wird. Das müssen wir auch einmal dem Steuerzahler beibringen. Es ist eine Krux, sage ich abschließend noch einmal, wenn man sich von vornherein ohne Not an einen Vertragspartner bindet, der uns dann die Bedingungen vorschreibt. Ich habe es damals nicht verstanden, der Vertrag der mit der WAG abgeschlossen worden ist, und ich verstehe ihn heute nicht. Ich danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ich möchte nur eines sagen, wir haben uns natürlich damals schon genau, und wir waren sehr bemüht, damit befasst, wo man denn ein Haus mit 120 Betten, das ist nämlich auch Gegenstand dieser neuen Verordnung, dass das die Obergrenze ist, wo man so etwas machen könnte. Wir haben uns auch die Alterspyramide in unserer Stadt sehr genau angesehen. Man sollte auch sagen, wo man es sonst hätte hinbauen sollen. Wo sind denn diese Grundstücke wo man das einfach hinbauen kann, dass die Lage für die alten Menschen stimmt? Zwei am Tabor wollten wir nicht haben. Knoglergründe hätten wir machen können, da hätten wir zwei da oben. Da hätten die Leute wahrscheinlich auch mit Recht Kritik geübt. Also, wir haben uns sehr viel überlegt. Die WAG ist ja nicht eine Verbrecherorganisation oder irgend so etwas, sondern damals war sie eine gemeinnützige Wohnungsgesellschaft, die in Steyr tausende Wohnungen

besitzt und verwaltet. Sie ist natürlich von allen möglichen Prüfverbänden geprüft, das muss man sagen. Sie verkaufen uns den Grund um S 750,--, das möchte ich auch noch dazu sagen, als Gegenstand dieses Vertrages. Dann frage ich ein bisschen herum, wo bekommt man denn in schöner Steyrer Lage um S 750,-- einen Grund. Herr Makler haben sie viele Vorschläge in der geeigneten Größenordnung?

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:
Nirgends mehr.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Ich muss ganz ehrlich sagen, jede Grundpreisverhandlung die ich führe, wenn die Stadt kaufen möchte, da werden andere Summen genannt, die mir Sorgen bereiten. Nur wenn wir verkaufen, dann sind solche Größenordnungen gewünscht. Also, das möchte ich nur ein bisschen zur Klarstellung sagen, zu dem äußert wichtigen Projekt, an dem wir ohnehin nicht vorbeikommen, aufgrund unserer Alterspyramide und der OÖ Pflegeverordnung usw., damit da nicht schon wieder eine Legende gebildet wird und irgendein Ausgangspunkt für, ich weiß nicht was für ein Großpalaver in irgendwelchen zukünftigen Zeiträumen da entsteht. Das wollte ich ein bisschen ergänzend sagen, weil ich bin nämlich auch so lange dabei, dass ich mich an das alles erinnere.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Schlusswort Frau Referentin.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ich hätte eigentlich auch das sagen wollen, was der Bürgermeister erwähnt hat. Wo haben wir den Grund in dem Ausmaß gehabt? Wo ist er für die alten Leute passend? Ich glaube, diese Grünfläche, die wir da im Münichholz haben und der Ausblick den die von den Balkonen haben, weil wenn man heute viel ins Altersheim kommt, weiß man genau, dass die Leute nicht mehr die Gehfähigkeit haben. Ich glaube, dass dort wirklich der ideale Grund ist. Der Preis von S 750,-- ist, glaube ich, ein Preis den die WAG uns von Anfang an gemacht und auch gehalten hat. Das ist ein Punkt, der sehr wichtig ist. Eines möchte ich schon sagen, die Baubetreuung, die WAG hat bis jetzt die ganzen Arbeiten geleistet. Wir haben ja schon die Jurysitzung gehabt, wir haben das Auswahlverfahren gehabt und das hat alles die WAG gemacht. Dass die nicht um Gottes Lohn das machen, sondern dass sie dafür auch Geld haben möchten, ist meines Erachtens selbstverständlich. Ich glaube auch die Großinvestitionen, da möchte ich jetzt auf das Altersheim am Tabor zurückkommen, was wurde denn gemacht. Die Bäder waren installiert, aber bei den Zimmern ist ja noch nicht viel passiert. Die Aufenthaltsräume sind neu adaptiert worden. Bei den Zimmern hat man nichts machen können, weil wir müssen ja eh die Pflegeheimverordnung vorsehen, d. h., Einbettzimmer, Zweibettzimmer. Ich kann ja die Leute jetzt nicht woanders hinlegen. Also ist es äußerst notwendig, dass das Haus gebaut wird und nicht der Antrag wieder zurückgesetzt wird und man sagt, beraten wir wieder weiter, weil die WAG, die Böse, was die alles verlangt. Dann entsteht es halt noch ein paar Jahre nicht und dann kann ich sagen, wohin soll ich mit meinen Leuten am Tabor. Ich habe jeden Tag anrufe, dass wir jetzt eh nur mehr Fälle nehmen ab Pflegstufe III. Man muss auch sagen, in Zukunft gesehen kann ich am Tabor erst dann etwas ändern, wenn ich die Möglichkeit im Münichholz habe, dass ich die 120 Betten zur Verfügung habe. Dann kann ich was weiter unternehmen.

Einen Satz noch zur Küche. Die Küche schreibt sich zwischen 8 und 10 Jahren auf Null ab, also auf einen Schilling. Es ist heute so, dass sich die Großküchen innerhalb dieses Zeitraumes abschreiben, verändern, neue Vorschriften kommen. Also, brauche ich nicht sagen, dass ich vor 10 Jahren 15 Millionen investiert habe, die 15 Millionen, um Gottes Willen, was ich den Steuerzahlern aufgelastet habe. Es zahlt natürlich der Steuerzahler, aber die Küche ist abgeschrieben und es ist dringend notwendig eine Großküche zu machen, damit wir alle Versorgungen voll aufnehmen können. Ich würde noch einmal um ihre Zustimmung ersuchen, damit das Ganze einmal in Betrieb kommt. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr. Wir kommen nunmehr zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, den

bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Wer ist gegen den Antrag? Niemand. Wer übt Stimmenthaltung? Die Frau Kollegin Frech. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen worden. Einstimmig wäre mir lieber gewesen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ich greife mir aufs Herz und sage danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Ich danke der Kollegin Mach und würde den Kollegen Forstenlechner bitten, seine Anträge vorzubringen.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Gäste, werte Presse. In meinem ersten Antrag geht es um die vorzeitige Rückzahlung von Wohnbauförderungsdarlehen des Landes OÖ. Wie sie ja wissen gibt es diese Möglichkeit und unsere Finanzabteilung hat die Möglichkeit auch für unsere Kredite geprüft und es für sinnvoll und wirtschaftlich empfunden, bei einigen Krediten diese Möglichkeit wahrzunehmen. Ich bringe den Antrag zur Verlesung.

17) Fin-134/01

Vorzeitige Rückzahlung von Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsdarlehen des Landes OÖ.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 28. Mai 2001, wird den Anboten des Landes Oberösterreich, betreffend vorzeitige Rückzahlung der Wohnbauförderungs- bzw. Wohnhaussanierungsdarlehen Nr. 1 - 6 gemäß beiliegender Aufstellung mit einem aushaftendem Gesamtbetrag von öS 36.995.158,46 zu einem angebotenen Rückzahlungsbetrag von öS 23.718.147,10 zugestimmt.

Zu diesem Zweck wird bei VASt. 1/262100/341000 eine Kreditüberschreitung in der Höhe von öS 661.904,51, bei VASt. 1/420000/759300 eine Kreditüberschreitung in der Höhe von öS 3.439.290,19 und bei VASt. 1/853000/341000 eine Kreditüberschreitung in der Höhe von öS 32.893.963,76 genehmigt, wobei zur teilweisen Bedeckung dieser Kreditüberschreitungen in der Höhe von insgesamt öS 36.995.158,46 die Differenz zwischen aushaftendem Betrag und angebotenem Betrag, das sind öS 13.277.011,36 in Form von Einnahmen aus der Abschreibung von Schulden gegenübersteht.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt. (Beilage)

Ich bitte um Zustimmung bzw. Diskussion.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Wünscht jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen. Nr. 18) bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
In meinem zweiten Antrag geht es um ein Thema, das wir schon einmal auf der Tagesordnung hatten, um die Flächenwidmungsplanänderung Nr. 105 - Mazda Lietz.

18) BauGru-8/01

Flächenwidmungsplanänderung Nr. 105 - Mazda Lietz.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Gegenständliche Flächenwidmungsplanänderung Nr. 105 - Mazda Lietz - wird entsprechend den Plänen der Fachabteilung Stadtentwicklung und Stadtplanung des Magistrates der Stadt Steyr vom 15. Jänner 2001 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der Fachabteilung Baurechtsangelegenheiten vom 13. Juni 2001 gemäß §§ 33 und 36 des OÖ. Raumordnungsgesetzes, LGBl. Nr. 114/1993 idgF., beschlossen.

Infolge der Dringlichkeit wird gemäß § 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr der Magistrat Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Zustimmung bzw. Diskussion.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr. Ich darf fragen ob zu diesem Antrag das Wort gewünscht wird? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr, das ist einstimmig beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Beim nächsten Antrag geht es um den Rechnungsabschluss für das Jahr 2000. Es ist ein sehr erfreulicher Bericht über das Jahr 2000 zu berichten, d. h., wir haben bei den Gesamteinnahmen ein Plus von 4,3 %, bei den Steuern, Abgaben und Gebühren ebenfalls ein Plus von 2,95 %. Wir haben bei den Gesamtausgaben eine Erhöhung von 4,3 %, bei den Personalaufwendungen ein Plus von 2,63 %. Wir haben aber auch eine sehr positive Entwicklung beim Schuldendienst und beim Schuldenstand, d. h., die Verschuldung pro Kopf in Steyr beträgt für das Jahr 2000 S 11.960,-- pro Kopf. Das ist im Vergleich zu Linz und Wels ein sehr guter Wert. Gemessen in Prozent des Schuldenstandes am ordentlichen Haushalt haben wir ebenfalls eine sehr positive Entwicklung zu betrachten und zwar liegen wir hier bei 9,12 % und wir haben sinkende Tendenz. Ich bitte den Rechnungsabschluss 2000 in abgeänderter Form, wie ich ihn abgeändert habe, zuzustimmen. Ich verlese den Antrag.

19) Fin-120/00

Rechnungsabschluss 2000.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Rechnungsabschluss der Stadt Steyr für das Finanzjahr 2000 wird mit Einnahmen und Ausgaben (Anordnungs-Soll)

im ordentlichen Haushalt von 1.076.544.188,78

im außerordentlichen Haushalt von 157.180.587,34 somit insgesamt

1.233.724.776,12

genehmigt.

Weiters wird die Bilanz der Stadtwerke für das Finanzjahr 2000 mit Aktiva und Passiva in Höhe von S 188.461.890,40, die Bilanz des Versorgungsbetriebeverbundes Steyr mit Aktiva und Passiva von

253.434.056,90 und die Bilanz des Alten- und Pflegeheimes Steyr mit Aktiva und Passiva in Höhe von S 76.175.122,95 grundsätzlich genehmigt. Die o.a. Bilanzen werden nach Behandlung in den Verwaltungsausschüssen dem Gemeinderat noch extra zur Beschlussfassung vorgelegt.

Ich bitte um Zustimmung zu dieser Abänderung bzw. zu dieser Diskussion.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Herr Kollege Eichhübl.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Ein Rechnungsabschluss ist ja ein endgültiger Nachweis dafür, geschätzte Frau Vizebürgermeisterin, werte Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, und da wiederhole ich mich in meiner Argumentation, jährlich einmal, und das seit 21 Jahren, was denn so im Verlaufe eines Budgetjahres mit dem Geld geschehen ist, was der Gemeinderat im Vorjahr beschlossen hat. Man könnte, sollte, und ich tue das auch, grundsätzlich davon ausgehen, ganz egal ob man jetzt einem Budget, aus welchen Gründen auch immer, nicht zustimmt oder zustimmt, dass die Zahlen, die Darstellungen, ihre Richtigkeit haben. Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich darf sie nur daran erinnern, dass wir dem Budget 2000 die Zustimmung gegeben haben, ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Da habt ihr einen lichten Moment gehabt.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
... in Form eines gemeinsamen Abänderungsantrages, soweit ich mich erinnern kann waren die größeren Fraktionen mit dabei - Herr Bürgermeister, ich habe die Bemerkung eh gehört - nur die Frau Kollegin Frech, soweit ich mich erinnern kann, hat sich da erstaunlicherweise der Stimme enthalten. Nur zur Erinnerung wollte ich das sagen und zu meiner Argumentation. Es ist aber auch mit ein Grund dafür, wenn man einem Budget die Zustimmung gibt, dass man sich die Rechnungsabschlüsse und den vorangegangenen Nachtragsvoranschlag etwas genauer ansieht oder auch beurteilt. Da wiederum sehe ich meine Verpflichtung darin, dass ich jene Bereiche besonders im Auge habe, für die ich die politische Verantwortung zu tragen habe und das sind die Stadtwerkebetriebe. Daher darf ich in Erinnerung rufen, dass ich bereits im Stadtsenat darauf hingewiesen habe, dass mir in dieser Darstellung ein bisschen etwas fehlt. Im Amtsbericht wird nämlich davon gesprochen, bei den Einnahmen im o. H., dass die Übertragung von Darlehen für das Stadtbad und Kunsteisbahn auf die Stadtwerke in der Größenordnung von 15,4 Millionen Schilling übertragen wurden und man weist dann auch bei den Ausgaben unter der Begründung des Schuldendienstes darauf hin, dass es eine Darlehensumschuldung in der Höhe von 82,6 Millionen Schilling gegeben hat. Da habe ich natürlich jetzt die Frage gestellt meine Damen und Herren, wie soll denn eine Bilanz aussehen, wenn man heute nur die Passivas überträgt und keine Aktivas. Die Bilanz sieht nicht gut aus. Daher vertrete ich auch heute noch die Auffassung, dass man auch die Vermögensübertragung, nämlich einerseits an die Stadtwerke, was das Stadtbad und die Kunsteisbahn betrifft, in Höhe von 70 Millionen Schilling zu übertragen gehabt hätte, aber auch andererseits die Vermögensübertragung vonseiten der Stadtwerke an die Stadt in der Höhe von
S 8.980.000,-- was das Gaswerkareal betrifft.

Zum anderen, und das war meine zweite Anfrage im Stadtsenat, auf die der Herr Vizebürgermeister und Finanzreferent Ing. Forstenlechner bereits eingegangen ist und reagiert hat darauf. Er hat ja hingewiesen, dass es einen geänderten Antragstext gibt. Ich habe nämlich gemeint, dass man doch im Gemeinderat richtige Beschlüsse fassen soll. Es war zwar bisher so üblich, aber es könnte jemand ja auf die Idee kommen, dass eigentlich der GR etwas beschließt, was eigentlich noch gar nicht vollendet ist, nämlich die Bilanz der Stadtwerke und daher bin ich auch voll damit einverstanden, dass so heute der Beschluss gefasst wird, dass man extra darauf hinweist, dass vorbehaltlich hier die Zustimmung des Gemeinderates erfolgen soll und dann auch noch im zuständigen Ausschuss, sowohl was die Stadtwerke jetzt anbelangt, als auch APT, entsprechende Beschlüsse gefasst werden und das dann dem Gemeinderat zugeleitet wird. Meine Damen und Herren des Gemeinderates, damit bin ich

schon fertig mit meinen kurzen Ausführungen und ich danke ihnen für die Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Sehr interessant. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Lieber Roman, es sind sowohl Vermögen als auch Schulden übertragen. Also das zu deiner Frage. Alles andere habe ich praktisch in unserer Änderung berücksichtigt. Ist das ausreichend? Gut, dann bitte ich um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke vielmals. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Rechnungsabschluss die Zustimmung gibt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? 1 LIF. Der Rechnungsabschluss 2000 ist mit Mehrheit beschlossen. Danke sehr. Nächster Berichterstatter Herr Kollege Bremm bitte.

BE: STADTRAT GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. In meinem ersten Antrag geht es um die Regulierung der Tarife für die Sporthalle, Mehrzwecksaal Wehrgraben und die Sportanlage Rennbahn. Ich glaube es ist hier eine sehr moderate Vorgangsweise gewählt worden. Es geht natürlich auch in Richtung Europraktikabilität und im Schnitt ist hier eine Erhöhung von 1,88 % vorgesehen. Ich ersuche diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

21) Sport-6/01

Regulierung der Tarife für die Sporthalle Tabor; Mehrzwecksaal Wehrgraben; Sportanlage Rennbahn.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Schule und Sport vom 28. Mai 2001 wird der Erhöhung der Tarife sowie den dazugehörigen allgemeinen Bestimmungen entsprechend dem, im zitierten Amtsbericht unterbreiteten Vorschlag mit Wirkung vom 1. August 2001 zugestimmt.

Bis zum 31. Dezember 2001 gelten die Schillingbeträge, ab 1. Jänner 2001 ausschließlich die Beträge in Euro.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Ich habe in zwischen den Vorsitz übernommen. Wünscht dazu jemand das Wort? Herr Kollege Kupfer bitte sehr.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Im Vergleich zu den Anträgen, die wir zuletzt beschlossen haben, eine marginale Kritik, die ich an diesem Antrag üben möchte, aber ich denke doch, symbolisch eine sehr wichtige Kritik. Nämlich ist bei den drei Hallen, bei den Tarifen die wir heute ändern, beim Punkt Mehrzwecksaal Wehrgraben unter C, Sonderveranstaltungen folgender Passus enthalten, der mir erscheint, dass er in Zeiten wie diesen eigentlich nicht mehr in eine Tarifverordnung gehört und dieser Passus lautet wie folgt. „Politische Parteien und deren angeschlossene Organisationen haben bei Veranstaltungen ohne Eintrittsgebühr kein Entgelt zu entrichten“. Ich weiß nicht ob das Tradition ist, ob das reingerutscht ist, ob das Inhalt irgendeiner Debatte war, aber ich denke mir, dass es überhaupt keinen Grund gibt, dass politische Parteien bei Veranstaltungen mit Entgelt oder ohne Entgelt anders behandelt werden als Vereine, die z. B. für ihre Nachwuchsmannschaften sehr wohl Entgelt zahlen müssen, hier einfach kostenlos diese Halle benützen können. Aus diesem Grund möchte ich einen Abänderungsantrag stellen, nämlich dass dieser Passus ersatzlos gestrichen wird.

Abänderungsantrag

der Grünen Gemeinderatsfraktion
nach § 9 der Geschäftsordnung des Gemeinderates

Bezüglich: **Regulierung der Tarife für die Sporthalle Tabor, Mehrzwecksaal Wehrgraben, Sportanlage Rennbahn**

Ersatzlose Streichung des Punktes Mehrzwecksaal /C. Sonderveranstaltungen. Politische Parteien und deren angeschlossene Organisationen haben bei Veranstaltungen ohne Eintrittsgebühr kein Entgelt zu entrichten.

Begründung: Es gibt keine sachlich nachvollziehbaren Gründe politische Parteien anders als Vereine zu behandeln.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste. Ich gebe meinem Kollegen Andy Kupfer vollinhaltlich Recht, dass so ein Passus nicht nur in Zeiten wie diesen, sondern generell überhaupt nie zustande hätte kommen sollen, weil nicht einzusehen ist, warum politische Parteien und ihre angeschlossenen Vorfeld- und Nachfeldorganisationen diese Einrichtungen kostenlos benützen können. Es zeigt aber, dass es scheinbar doch wichtig wäre, in Ausschüssen zu beraten, weil dieser Antrag ist meines Wissens nirgendwo in einem Ausschuss beraten worden, weil dann hätte man, glaube ich, auch eine Mehrheit gefunden die sagt, wir schreiben das gar nicht mehr hinein, sondern es ist einfach die Fortschreibung des Status quo. Mir war bis dato nicht einmal bekannt, dass es diesen Passus gibt, aber ich würde auch dafür plädieren, dass man ihn streicht und vielleicht solche Anträge in Zukunft wirklich in einen Ausschuss gibt, auch wenn es den Ausschuss Schule und Sport nicht gibt, denke ich mir, im Finanz- und Rechtsausschuss wären solche Sachen auch nicht schlecht, wenn es um Tarife geht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Schlusswort Herr Referent.

STADTRAT GERHARD BREMM:
Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir beschließen da jetzt nicht irgendetwas Neues, das ist unsere Tarifordnung, das hat der hohe Gemeinderat wahrscheinlich zu einer Zeit, wo doch eine Reihe von uns noch nicht dabei gewesen sind, beschlossen und das hat seine Rechtsgültigkeit und das seit vielen Jahren. Natürlich kann man über Tarife und die Gestaltung der Tarife und ob es hier Ausnahmen gibt oder nicht immer darüber diskutieren. Ich finde es nur schon sehr populistisch, lieber Kollege Kupfer, dass man, das was jetzt Jahre über Jahre ist, der Antrag ist ordnungsgemäß im Stadtsenat eingebracht worden. Wir haben ja nichts geändert.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Wo haben wir denn diskutiert?

STADTRAT GERHARD BREMM:
Macht doch mir keinen Vorwurf. Ich weiß nicht ob sie schon dabei waren, wie der Ausschuss für Schule und Sport im Gemeinderat abgesetzt worden ist. Das war nicht der Bremm als Referent.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Ich werfe es ihnen gar nicht vor, ich nehme an es ist hineingerutscht.

STADTRAT GERHARD BREMM:
Das ist gar nicht hineingerutscht, sondern das ist ein Teil der Tarifordnung, die im Gemeinderat irgendwann, ich kann es jetzt nicht auswendig sagen, beschlossen worden ist und nicht irgendwo hineingerutscht ist. Ich würde vorschlagen, dass man über dieses Thema einmal diskutiert. Man kann da in der Fraktionsobmännerkonferenz darüber reden, dort würde das meines Erachtens auch hinpassen, ...

Unverständlicher Zwischenruf von GR Kurt Apfelthaler.

STADTRAT GERHARD BREMM:
Ich mache ja nur einen Vorschlag, das wird mir ja noch gestattet sein, weil ich bin nämlich gegen diese Form, dass wir diesen Abänderungsantrag jetzt da so beschließen. Da gehört schon darüber diskutiert, welche Hintergründe hat das gehabt, dass man das gemacht hat. Es ist nämlich schon ein Punkt, bei Parteien die eine politische Veranstaltung durchführen, ist das nämlich in der Regel so, zumindest nehme ich das bei uns so in Anspruch, dass wir keinen Eintritt verlangen, sondern dass das Veranstaltungen sind, wo ...

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Sportvereine!

STADTRAT GERHARD BREMM:
Sportvereine machen keine Versammlung, die betreiben dort Sport, das ist etwas anderes. Ich würde vorschlagen, dass wir diesem Abänderungsantrag nicht zustimmen, sondern dass wir in einer der nächsten Fraktionsvorsitzendenkonferenz über dieses Thema diskutieren und wenn wir dort zu der Meinung kommen dass wir das absetzen, dann setzen wir es ab und sonst nicht. Also, diesen Vorschlag würde ich machen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Es liegt ein Abänderungsantrag der Grünen vor. Wer dem Abänderungsantrag der Grünen die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. 4 (2 GAL, 2 FPÖ). Wer ist dagegen? Wer übt Stimmenthaltung? 7. Der Abänderungsantrag wurde abgelehnt. Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Hauptantrag. Wer diesem die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? 2 GAL. Wer übt Stimmenthaltung? 7 FPÖ. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Danke, ich gebe den Vorsitz wieder an den Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Ich übernehme den Vorsitz.

STADTRAT GERHARD BREMM:
In meinem nächsten Antrag, der wahrscheinlich einfacher werden wird, geht es um den Neuabschluss einer Vereinbarung mit der Altpapier-Recycling-Organisationsgesellschaft m.b.H., Wien, über die Sammlung von lizenzierten Verpackungen aus Papier, Karton, Pappe und Wellpappe im Gebiet der Stadt Steyr. Es ist ein sehr umfangreicher Vertragsentwurf. Ich würde hier ersuche, dass wir ohne Verlesung des Vertrages diesen zur Beschlussfassung bringen.

22) Neuabschluss einer Vereinbarung mit der Altpapier-Recycling-Organisationsgesellschaft m.b.H., 1061 Wien, Gumpendorferstraße 6, über
die Sammlung von lizenzierten Verpackungen aus Papier, Karton, Pappe und Wellpappe im Gebiet der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund dese gemeinsamen Amtsberichtes der Fachabteilung für Umweltschutz und Abfallwirtschaft sowie der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 18. Juni 2001 wird

dem Abschluss einer Vereinbarung mit der Altpapier-Recycling-Organisations-gesellschaft m.b.H., 1061 Wien, Gumpendorferstraße 6, über die Sammlung von lizenzierten Verpackungen aus Papier, Karton, Pappe und Wellpappe für das Gebiet der Stadt Steyr entsprechend dem beigeschlossenen Vertragsentwurf zugestimmt. (Beilage)

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr. Dieser Antrag steht zur Debatte. Wünscht jemand das Wort? Kein Bedarf an Diskussion. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen worden.

GR Beatrix Toman kommt um 18.50 Uhr in die Sitzung.

STADTRAT GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Damen und Herren, im nächsten Antrag steigt wahrscheinlich ein wenig die Stimmung, weil ja im Vorfeld schon dementsprechende Aktivitäten und Äußerungen, auch in der Öffentlichkeit, stattgefunden haben. In dem Antrag geht es um die Vergabe der Generalplanerleistungen der Bezirkssporthalle. Meine sehr geehrten Damen und Herren, gestatten sie mir, dass ich doch einige Erläuterungen dazu gebe. Wir haben ja vor einiger Zeit, vor 1 ½, 2 Jahren, im Gemeinderat beschlossen, dass wir eine neue Bezirkssporthalle errichten wollen. Bezirkssporthalle deswegen auch so betitelt, es ist ein Arbeitstitel, weil Bezirkssporthallen für den sportlichen Ablauf und die sportlichen Aktivitäten dementsprechende Größenordnungen und Maße voraussetzen und wir hier eine Dreifachsporthalle in Auftrag gegeben haben. Es hat der Architektenwettbewerb stattgefunden und es hat das Projekt Architekt Schmid hier den Vorrang bekommen. Es sind die Vorbereitungen getroffen worden, meine sehr verehrten Damen und Herren, wie das bei Sportprojekten notwendig ist, wenn man von der öffentlichen Hand, also von anderen Bereichen, Subventionen und Förderungen braucht wie vom Land OÖ und vom Bund, so wird dieses Projekt, das geplant ist, dem Sportstättenbaubeirat zur Begutachtung vorgelegt. Vielleicht darf ich vorweg noch dazu anführen, dass das Siegerprojekt, weil sich der Architektenwettbewerb im Laufe der Monate zu einem Kostenaufwand, wo halt alle Dinge die man sich hier wünscht, die zum Teil dringend notwendig sind und was halt hier alles hineinreklamiert wird, von so rund 142 Millionen Schilling inkl. der eingeschossigen Tiefgarage entwickelt hat. Wir haben dann dieses Projekt am 16. März des heurigen Jahres mit dem Sportstättenbaubeirat, der sich zusammensetzt aus dem Landessportdirektor von OÖ, Hartl, mit seinem Büro, also die vorgelagerte Einrichtung des Landeshauptmannes, der Sportreferent ist. Dieses Projekt ist vom Arch. Schmid mit seinem Kollegen im StS-Sitzungszimmer präsentiert worden und es ist zu diesem Zeitpunkt, 16. März, von den Herren des Landes, also vom Landessportdirektor Hartl und seinen Kollegen, das ist schon hier erwähnt und angeführt worden, dass es ein sehr teures Projekt ist und dass sich die Finanzierungsgespräche, die ja dann nachgelagert erst geführt werden, sicherlich nicht einfach gestalten werden. Das war also schon ein bisschen eine Vorwarnung, auf die Gespräche die ja notwendig sind. Ich glaube, dass wir uns in diesem Kreise hoffentlich einig darüber sind, dass wir als Stadt Steyr selbst nicht in der Lage wären, ein Projekt aus Eigenmitteln mit 142 Millionen Schilling zu finanzieren. Also ich glaube, dass hier das nicht realistisch wäre. Es hat sich schon in dem abgezeichnet, dass das Finanzierungsgespräch schwierig werden wird, nachdem wir nach dem Gespräch mit dem Sportstättenbaubeirat einen Finanzierungsplan erstellt haben und diesen Finanzierungsplan an das Land OÖ und an den Landessportdirektor übermittelt haben, ist hier einmal keine Reaktion gewesen. Es war sehr schwierig und es hat dementsprechender Interventionen bedürfen, damit wir zu einem Termin, 16. März haben wir Sportstättenbaubeirat gehabt, beim Landessportdirektor Hartl gekommen sind, um über die Finanzierungen, über die Förderungen dieser Sporthalle zu verhandeln. Ich muss da auch vorausschicken, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass es nicht so ist wie vermeintlich geglaubt wird, dass es bei einem Sportprojekt, egal in welcher Größenordnung, ganz klare, deutliche und festgelegte Förderungssätze, ob an Prozenten oder Schillingbeträge, gibt. Das ist nicht der Fall. Es ist hier ein grober Rahmen, der ein bisschen bekannt ist, aber die exakten Förderungen und die detaillierten Förderungen sind erst in den Finanzierungsgesprächen und in den Finanzierungsverhandlungen möglich. Dieser Termin hat dann am 18. Juni, nach intensiver

Intervention des Herrn Bürgermeisters, der persönlich dann angerufen hat und dort auch Druck gemacht hat, dass wir endlich die Möglichkeit haben, mit diesem Projekt zu kommen und die Förderungsgespräche zu führen. Das war am 18. Juni. Also, 16. März Sportstättenbaubeirat, das muss man dabei alles ein bisschen sehen, weil es nämlich das Ganze ja wesentlich beeinflusst hat, meine sehr verehrten Damen und Herren. Am 18. Juni war dieses Finanzierungsgespräch mit dem Projekt im Ausmaß von 142 Millionen Schilling. Der Sportdirektor Hartl hat sich das angehört und angesehen, er war ja nicht ganz unvorbereitet, wir haben ihm ja die Unterlagen vorweg auch geschickt, und hat uns eingangs einmal mit der Tatsache konfrontiert, dass oö Sporthallen, die ja im Laufe der letzten Jahre errichtet wurden und eine zum jetzigen Zeitpunkt in der Entstehung ist, und zwar die Sporthalle in Kirchdorf, dass sich diese im Kostenrahmen so von rund 35 bis 50 Millionen Schilling bewegen. Wenn er sich dann unser Projekt mit 142 Millionen Schilling ansieht, er hat es nicht so deutlich gesagt, weil er freundlicher mit uns gesprochen hat, aber er hat uns schon sehr deutlich zu verstehen gegeben, dass wir das wahrscheinlich nicht ganz ernst meinen, mit einem Projekt von 142 Millionen Schilling, wirklich ernstliche und konkrete Förderungsgespräche da zu führen. Er hat uns ein paar Summen genannt, aber es wird ja in der Debatte dann noch einiges auch dazu zu sagen geben. Auf alle Fälle ist der Umstand eingetreten, ich muss ehrlich sagen, für mich als Sportreferent ja nicht ganz unerwartet, weil ja bei jedem Sportprojekt, wo wir mit dem Land OÖ verhandeln, zuerst das Projekt da liegt und das Finanzierungsgespräch stattfindet und der Sportstättenbaubeirat und dann der Landessportdirektor, als Beauftragter des Landeshauptmannes, dann auch dort erst erklärt was gefördert und was nicht gefördert wird. Es gibt kein Sportprojekt, das in einem größeren Umfang ist, wo nicht vom Land her dementsprechende Abstriche gemacht werden. Das ist ein gängiger Prozess und das ist auch für uns, die im Sport mit dem zu tun haben, nicht überraschend und es ist uns auch bekannt. Es ist auch bei diesem Finanzierungsgespräch nicht exakt und konkret seitens des Landes vorgegeben worden, was sie tatsächlich fördern. Sie haben nur gesagt, das ist zu groß und da muss abgespeckt werden, das muss schlanker werden. So war die Vorgabe. Es ist nur immer wieder im Raum gestanden, dass die Sporthalle in Braunau, die vor einigen Jahren errichtet worden ist, in den letzten 5, 6 Jahren, oder die Sporthalle in Kirchdorf, dass diese Sporthallen um die 40, 45 Millionen Schilling gekostet haben und dass die Förderungen dann auch in diesem Umfang stattgefunden haben. Es ist zwar dazu gesagt worden, man kann Steyr jetzt nicht mit Braunau vergleichen, aber da ist zwischen 40 und 50 Millionen zu 140 doch eine große Spanne und das ist für ihm undenkbar. Wir sind mit der Aussage des Landessportdirektors zum Architekten Schmid gegangen um zu reden, wo können wir abspecken, was kann man an dieser Halle noch abspecken, mit einem groben Rahmen, der dort auch ein bisschen andiskutiert worden ist, aber nicht ganz so in der Größenordnung von der wir jetzt reden, so um die 60 Millionen Schilling ist einmal so vorsichtig seitens des Landes angedacht worden, weil man uns als Stadt Steyr mehr zugesteht. Diese Vorgabe haben wir vom Landessportdirektor bekommen. Wenn dieses Projekt auch an die zuständigen Stellen, und das ist der Landeshauptmann Pühringer als Sportreferent, Kulturreferent, Bildungsreferent und Schulreferent, auch weitergetragen werden soll. In dieser Form wird das nicht geschehen. Mit dem Ergebnis sind wir nach Hause gefahren. Am 20. Juni, meine sehr verehrten Damen und Herren, also wir haben hier versucht im Eilzugtempo das auf die Schienen zu bringen, haben wir mit dem Arch. Schmid das Gespräch geführt, der Herr Bürgermeister, der Kollege Forstenlechner als Finanzreferent und meine Wenigkeit als Sportreferent, und ihm das Ergebnis vom Land mitgeteilt und hier ihn auch gebeten in kürzester Zeit ein Projekt vorzustellen, also das Projekt das er hat, aber auf einer Kostenebene, mit der Tiefgarage, von rund 90 Millionen Schilling herunterzubringen. Der Herr Arch. Schmid hat sich wirklich in hervorragendster Weise, ohne ihn zu loben, er ist ja da, er wird die Sporthalle dann eh präsentieren, aber man muss das auch bei der Gelegenheit sagen, wirklich dementsprechend bemüht und angestrengt, um ein Projekt, das von den bestehenden 142 Millionen einmal im Aussehen, von außen, von der Optik her, von den wesentlichen Anforderungen, die gegeben sind, von den Sitzplätzen, vom Sportbereich her, was die Sportanforderungen sind, dass da die wesentlichen Dinge dabei bleiben, dass er hier doch ein Projekt vorlegen kann. Am 26. Juni hat der Herr Arch. Schmid das unterbreitet und am 28. Juni, ich erläutere das, weil es natürlich am 28. Juni im StS schon, das gestehe ich zu, überraschend gewesen ist, dass wir hier nicht einen Vorschlag bei dem Generalplaner mit Schätzkosten von 129 Millionen Schilling, sondern von 89 Millionen Schilling hier vorgelegt haben. Aufgrund der kurzen Zeit die hier möglich und zur Verfügung gestanden ist, war es leider Gottes nicht möglich, hier mit den anderen Fraktionen

auch intensive Gespräche zu führen, es ist einfach der zeitliche Rahmen hier nicht vorhanden gewesen. Es tut uns Leid.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Das glaube ich nicht.

STADTRAT GERHARD BREMM:
Ob sie es glauben oder nicht, das bleibt ganz alleine ihnen überlassen. Aber ich glaube, aufgrund der Termine die ich jetzt genannt habe, sollte jeder, der in dem Geschäft ist wie wir, das einschätzen können, dass das nicht einfach aus dem hohlen Bauch heraus gesagt wurde.

Es gibt eine Reduzierung von dem ursprünglichen Projekt. Man kann nicht dasselbe Projekt, das 142 Millionen kostet, dann um 89 oder 90 Millionen Schilling darstellen. Das ist ganz klar. Es waren aber von uns wesentliche Vorgaben gegeben. Es muss die Anforderung, die wir gestellt haben, im Wesentlichen erhalten bleiben. Bei diesem schlankeren Projekt, Vorschlag, der heute zur Diskussion steht, schaut es so aus, dass von ursprünglich 1.320 Sitzplätzen auf der Tribüne rund 1.000 Sitzplätze übrig bleiben würden. Also 1.000 Sitzplätze stehen nach wie vor zur Verfügung. Auf der Spielfläche ändert sich nichts, wir haben nach wie vor 1.000 Sitzplätze zur Verfügung. Also für Veranstaltungen, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, gibt es nach wie vor ein Fassungsvermögen von 2.000. Für Großveranstaltungen, das auch eine Vorgabe war, damit man dort auch größere Ivents machen kann, Konzerte, Großkonzerte für Jugendliche und Junggebliebene udgl., ist das Fassungsvermögen von 3.000 Besuchern gegeben. Also das ist mit Sitz- und Stehplätzen. Hier ist die Rede von einer Reduzierung von 500 Plätzen vom ursprünglichen Projekt.

Ein Thema, meine sehr verehrten Damen und Herren, das auch in den letzten Tagen sehr intensiv diskutiert worden ist, wie kommt man dann zu so einer Reduzierung. Ich möchte es nur ein bisschen aus meiner Sicht als Referent kommentieren. Der Herr Arch. Schmid wird ja das dann noch fachlich, wie ich zuerst gesagt habe, erläutern. Aber was sehr emotionell in der Öffentlichkeit debattiert worden ist, ist die Höhe der Halle, dass sie in der ursprünglichen Planung, nach dem Architektenwettbewerb, mit 10 Meter vorgesehen ist und dass sie nach der schlankeren Version mit 7,7 Meter Hallenhöhe vorgesehen ist. Das lässt sich auch erklären, das kann man auch wieder glauben oder nicht glauben, Herr Dr. Pfeil, aber sie zu überzeugen ist eh schwer, sie glauben sehr wenig. Das ÖISS, das ist das Österr. Institut für Sport und Schule, gibt eine Empfehlung bei Neuerrichtung von Sporthallen von 10 Meter ab. Es ist eine Empfehlung, das ist keine Vorgabe, eine Voraussetzung, sondern das ist eine Empfehlung vom ÖISS. Es ist schon interessant, dass eine Außenstelle des ÖISS, das ist die Landessportorganisation OÖ und dort ist der Verantwortliche der Herr Landessportdirektor Hartl, der hat uns gesagt, mit 10 Meter werden wir nicht fördern, sondern wir fördern nur eine Halle mit 7,5 Meter. Die 20 cm die wir drüber sind, werden nicht der springende Punkt sein. Wir fördern nur eine Halle mit 7,5 Meter, das ist so.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Kupfer

STADTRAT GERHARD BREMM:
Ich darf ja nicht Linz vergleichen, das ist eine andere Halle, das ist ja keine Dreifachsporthalle. 7,5 Meter das sind alle Dreifachsporthallen in OÖ die errichtet werden. Das ist Voraussetzung, und das ist auch eine Förderungsrichtlinie für das Land OÖ. Es ist schon ein bisschen interessant, auf der einen Seite gibt das ÖISS eine Empfehlung von 10 Meter, das Land sagt aber, das auch eine Außenstelle für das ÖISS ist, wir fördern aber nur bis zu 7,5 Meter. Das Argument war immer, bauen könnt ihr alles. Alles was ihr wollt könnt ihr bauen. Bitte schön, das wissen wir eh, da brauchen wir eh nicht fragen, aber es muss dann auch finanzierbar sein. Das ist nämlich der andere Punkt. Noch zu dem auch, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich das schon ein bisschen darstellen, welche Sportarten können denn bei einer Hallenhöhe von 7,7 m durchgeführt werden, was auch, meines Erachtens, nicht so rübergekommen ist, dass das nicht so ganz richtig dargestellt worden ist. Wir können, meine sehr verehrten Damen und Herren, alle unsere Sportarten die in Steyr präsent sind, Badminton, Basketball, Volleyball, Faustball, Fußball, Handball, all diese Hallensportarten, nationale

Wettbewerbe, in diesem Bereich durchführen. Es hat in der Vergangenheit, und es gibt auch zum jetzigen Zeitpunkt, keine anderen Wettbewerbe in Steyr. Wir gehen einmal davon aus was Status quo ist. Ein Punkt ist dabei, was wir nicht können, das ist Tennis. Ein nationales Tennisturnier können wir in der Halle nicht machen. Aber wir wollen ja auch nicht in Konkurrenz zum Rottenbrunner oder zur Mayr-Halle gehen. Wir haben zwei anständige große Hallen in Steyr, dort wo Tennis gespielt wird. Es gibt nur auf internationalen, ich sage das ganz offen, es soll jeder wissen, was wirklich hier möglich und was nicht möglich ist, alle nationalen Sportarten denen die Vereine in Steyr nachgehen, können hier national abgehalten werden. Es gibt dann noch Einschränkungen bei den internationalen Wettbewerben, dort wird es kritischer, wobei ich natürlich auch dazu sagen möchte, gerade in einer Sportart wo wir national sehr gut sind, das ist Basketball, dort haben wir wirklich auch in Steyr eine Stärke, für Basketball ist diese Halle auch international ausreichend. Es gibt aber dann ein paar andere, wo die Halle nicht ausreichend ist. Also in der Qualität für unsere Steyrer Sportvereine gibt es keine wesentlichen Einschränkungen, außer, dass halt verschiedene Dinge weggefallen sind, was der Herr Arch. Schmid dann erläutern wird.

Ich möchte nur eines noch hinzufügen, bevor ich den Antrag stelle, meine sehr verehrten Damen und Herren, es wird zum jetzigen Zeitpunkt, und da habe ich schon ein paar Mal darauf hingewiesen, eine Bezirkssporthalle in Kirchdorf errichtet, eine Bezirkssporthalle und nicht eine Gemeindesporthalle für Kirchdorf, damit man dort auch ein bisschen die Verhältnisse sieht, was bei uns entstehen soll und wie das dort aussieht. Diese Halle wird um die 45 Millionen Schilling ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Nein, 56 Millionen.

STADTRAT GERHARD BREMM:
... 56 Millionen Schilling kosten. Ich habe mich da erkundigt und habe mich informieren lassen, dass in dieser Bezirkssporthalle ca. 275 Sitzplätze auf der Tribüne vorhanden sind im Gegensatz zu unserer Halle mit 1.000 Sitzplätzen.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Kirchdorf!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Nicht auf andere hinunter schauen, das tut man nicht.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Aber hinaufschauen auch nicht.

STADTRAT GERHARD BREMM:
Bezirkssporthalle Kirchdorf. Ich möchte es nur ein bisschen im Vergleich stellen, damit man sieht, was ist Land und was ist da. 275 Sitzplätze auf der Tribüne sind in dieser Bezirkssporthalle. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube es ist einfach das Ganze auch eine Finanzierung. Es erweckt natürlich dort und da ungute Eindrücke. Zuerst ist sie so groß und dann muss abgespeckt werden. Es liegt natürlich nicht im Einflussbereich der Stadt, es liegt nicht im Einflussbereich von uns. Natürlicherweise könnten wir sagen, leisten wir uns trotzdem eine Halle, auch wenn wir nur Förderungen von 30, 40 Millionen Schilling vom Land und vom Bund bekommen, um 100 Millionen Schilling. Ich nehme an, dass der Finanzreferent aus seiner Sicht da auch etwas zu sagen hat. Ich kann nur für den Sport, für unsere Sportvereine und für unsere Sportbegeisterten, in deren Interesse, appellieren, dass wir heute diesen Beschluss fassen. Ich möchte den Antrag hier bringen.

23) BauH-180/00

Bezirkssporthalle Steyr; Generalplaner-Leistungen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III, FA Hochbau, vom 26. Juni 2001 wird die Vergabe der Generalplaner-Leistungen an das Arch. Büro DI Schmid, Steyr, zum Preis von

8.500.000,00

zugestimmt.

Die Mittelbereitstellung für die heuer vorgesehenen Planerleistungen in Höhe von S 6.000.000,00 kann bei VSt. 5/263000/010000 gefunden werden.

Die Differenzsumme zur Vergabesumme in Höhe von S 2.500.000,00, vor allem für die Bauabwicklung, ist in Entsprechung des Baufortschrittes im Budget 2002 und 2003 zu berücksichtigen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 1.095.000,00 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Herr Bürgermeister, ich darf dich ersuchen, die Debatte über dieses Projekt zu eröffnen bzw. dann eine Beschlussfassung herbeizuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Ich danke vielmals für diesen Antrag und die Begründungen und Erklärungen, wie es zu diesem Projektstand gekommen ist.

Wir haben jetzt zu diesem Zweck, natürlich um das noch einmal aus fachlicher Sicht erläutern zu lassen, den Herrn Arch. Schmid gebeten es einzurichten, dass er dabei sein kann. Er hat sich gleich bereit erklärt, mit seinem Mitarbeiter, dem Herrn Arch. Leitner. Ich bitte ihn, dass er das Projekt aus fachlicher Sicht erläutert, besonders auch auf die Punkte bezogen wo die Einsparungen vorgenommen werden mussten und dass er vor allen Dingen auch zu Fragen, die aus dem Gemeinderat jetzt kommen, zur Verfügung steht. Dann wird man die Debatte abwickeln. Das wäre mein Vorschlag. Bitte Herr Architekt.

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
Herzlichen Dank. Meine Damen und Herren, wir haben vor drei Tagen erfahren, dass wir heute das hier präsentieren sollen. Ich möchte mich jetzt schon entschuldigen, dass wir in der Eile die Präsentation improvisieren mussten. Ich habe da jetzt ein paar Sachen auf dem Rechner zusammengestellt und brauche ein paar Minuten zum Aufbauen. Wir müssen auch ein bisschen verdunkeln. In zwei, drei Minuten bin ich fertig.

PAUSE VON 19.08 UHR BIS 19.17 UHR

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Meine Herrschaften, die technischen Voraussetzungen scheinen gegeben zu sein. Der Herr Architekt wird eingeladen zu präsentieren, anhand seiner medialen Möglichkeiten.

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
Nochmals herzlichen Dank. Ich habe da jetzt vor, ihnen ganz kurz das Wettbewerbsprojekt zu zeigen und dann die Zwischenstände, die es in der Zwischenzeit gegeben hat und auch den letzten Stand, ich sage einmal diesen Einsparungsstand. Ich hoffe, ich bin nicht sehr unhöflich wenn ich mich nieder setze, aber ich glaube, dann nehme ich da nicht die Sicht.

Eine Dreifachturnhalle ist eigentlich eine, wenn man es reduziert auf das was jetzt auch das Land

unter einer Dreifachturnhalle versteht, sehr einfache Sache. Ich habe hier auf dem Läufer, das also das Standardbuch für Bauentwurfslehre ist, rauskopiert, wie so etwas aussehen könnte. Man sieht das hier, es sind eigentlich drei Hallen, drei Spielfelder mit jeweils 15 x 27 Meter. Vorgelagert sind hier die Geräteräume für die Spielgeräte und die Garderoben. Da ist der Zugang zu den Garderoben hinein und hier durch die Gänge geht man in die Halle. Das ist schon ein bisschen eine erweiterte Darstellung, da sind schon Ausziehtribünen dargestellt. Das ist schon einmal etwas, wovon das Land nicht mehr spricht. Üblicherweise ist es so, dass die Geräteräume auf der anderen Seite angeordnet sind und nur die Garderoben hier sind und auf den Garderoben ca. 5 Sitztribünen angeordnet sind. Wenn man mehr Zuschauer haben will, und das war an sich beim Wettbewerb schon die Vorgabe, wird es schon schwieriger, diese anzuordnen. Sie kennen sicher alle die alte Halle in Linz, da hat man, so wie hier, entlang der Sportfläche rechts und links Tribünen gehabt. Das ist sehr schön für Sportveranstaltungen, wenn man jedoch irgendeine andere Veranstaltung nimmt, irgendein Vortrag, von mir aus ein Konzert, was auch immer, ist das schon problematischer, da wird hier die Bühne aufgebaut und man verliert automatisch schon ein Drittel der Sitzfläche, weil die Bühne natürlich seitliche Abgrenzungen hat und außerdem ist die Sichtposition sehr ungünstig, wenn man seitlich so schräg hinschaut. Wir haben also aus dieser Not eine Tugend gemacht und haben unser Projekt völlig anders angeordnet. Wir haben gesagt, unsere Turnhalle, das ist also hier dieser Körper, das Karierte da vorne ist nur der Vorplatz, besteht aus einem Bereich wo hier Tribünen angeordnet sind. Die Tribünen sind wie in einem Konzertsaal, wie in einem Theater, eigentlich frontal zu der Dreifachspielfläche, wenn ich so sagen darf, angeordnet, wo man auch, wenn man hier eine Bühne errichtet, direkt auf die Bühne schauen kann, wo man natürlich auch dem Sport ungehindert zuschauen kann. Ganz wichtig für mich ist, dass die Tribünen runterlaufen bis auf die Sportfläche, dadurch entfällt dieser tote Winkel, der bei einer Anordnung auf den Garderoben automatisch entsteht. Hier ist also dieser Hallenbaukörper und hier hinten ein zweiter Baukörper angeordnet, wo wir dann die Geräteräume untergebracht haben, die Möbellager, die Hausmeisterwohnung und andere Nebenräume. Die Erschließung für den Zuschauer erfolgt also hier über den Vorplatz, über ein Foyer, hier also Windfang und hier ein Foyer. In dem Foyer sind da rechts, oder waren in etwa da rechts die Restauranträumlichkeiten. Hier ein Restaurant mit einer kleine Küche angeordnet, hier links zwei Seminarräume und ein Büro und in der Mitte die WC-Anlagen und die Garderoben. Diese Anlagen aber bereits unter dieser Schräge, sie müssen sich diese verlängert vorstellen, der Sitztribünen. Der Zuschauer hat weiters, also hier durchgehen können zu den Aufgängen der Tribünen oder hier heraußen über Treppen zu den oberen Reihen der Tribünen. Der Sportler ist entlang der Halle hier hereingegangen bzw. auch hier hereingegangen und hat hier über eine rampenartige Anlage oder Rampen und Stufen gemischt, das Obergeschoss erschlossen, also das Geschoss, dass hier drüber liegt. Hier waren die Umkleidegarderoben und von hier hat man dann den Schmutzgang, das ist also eine ganz klassische Anordnung, den Schmutzgang auf der einen Seite, den Saubergang auf der anderen Seite, damit die Mischung Straßenschuhe und Turnschuhe nicht passiert., Durch den Schmutzgang durch ist man zu den Saubergarderoben gekommen und hier über zwei Treppen runter in die Spielhalle.

Wenn man sich das nächste Geschoss ansieht, jetzt sieht man mehr von der Tribüne und hier schräg rauflaufend ist wieder die Spielfläche, das ist praktisch der Luftraum über der Spielfläche, hier die Tribünen die weiter rauflaufen, hier die Aufgänge, die ich vorhin schon erwähnt habe und hier noch ein Teil der WC-Anlagen, auch unter den Tribünen, aber bereits in der zweiten Ebene angeordnet. Rechts und links hier oberhalb waren Stehplätze, Stehtribünen angeordnet. Hier sieht man das, was ich zuerst erklärt habe, den Garderobenbereich vorne mit dem Schmutzgang, mit den Garderoben, es sind also 6 Garderoben. Man könnte da auch noch sparen und könnte Sammelgarderoben für den Schulsport machen, was aber organisatorisch sehr ungünstig ist, überhaupt wenn die Pausenzeiten sehr kurz sind und davon muss man ausgehen, wenn man vom Michaelagymnasium raufgeht, da muss ich ja auch in der Pause gehen, also wird das organisatorisch sehr schwierig. Wir haben also Einzelumkleiden gemacht, also 6 Garderoben, mit Nassräumen usw., weil das wesentlich leichter zu bewältigen ist, hinsichtlich der Beaufsichtigung und der Organisation.

Im Geschoss darüber, im 3. Geschoss, haben wir hier die gesamten Tribünen sichtbar und hier, dieser obere Gang, der also über diese zwei Treppen erschlossen wird, mit Pausenflächen, bei einer

Veranstaltung, dass das Foyer und diese Galerie als Pausenfläche verwendet werden kann. Von oben sind diese Tribünen auch erreichbar. Das was sie da außen sehen sind nur Fluchtwege, Fluchttreppen.

Hinten der Körper der Garderoben, wenn ich es so nennen darf, dieser Nebenbaukörper hat also nur hier in der Mitte angeordnet einen Technikraum, also Heizung, Lüftung, Klima usw., untergebracht. Darunter angeordnet, hier, wäre also die Halle, das Untergeschoss, die Tiefgarage, wobei wir im Wettbewerbsprojekt schon vorgeschlagen haben, man könnte die Tiefgarage auch mehrgeschossig ausführen und man könnte auch den Vorplatz mit einer Tiefgarage unterbauen. Das System, das ich ihnen gerade erläutert habe, sieht man hier. Wir haben hier eine 2-Tiefgeschossen-Garage dargestellt. Das haben wir nur als Variante dargestellt, in unserer Kostenberechnung haben wir nur ein Geschoss berechnet, also hier diese Tiefgarage mit ca. 150 Stellplätzen. Das was ich ihnen vorher erklärt habe sieht man hier ganz gut, hier der Eingang, da diese Nebenräume unterhalb der Tribüne, die Aufgänge zu den oberen Rängen der Tribüne, hier die Tribüne die also da frontal auf die Spielfläche orientiert ist. Hier die Spielfläche mit diesen 10 m Hallenhöhe. Hier hinten die Nebenräume, also Lager für die Geräte, auch Möbellager für die Bestuhlung, Tische usw. und die Hausmeisterwohnung, Nebenräume, Putzraum und, und, und. Hier heroben die Garderoben und oben also nur mehr im Mittelbereich die Heizung und Technikräume. Das ist ein Querschnitt, da sieht man ganz gut die Aufgänge zu den Tribünen durch das Foyer, also ca. hier durchgeschnitten. Die 10 m Raumhöhe, wie gesagt, habe ich eh schon erwähnt. So hätte das Siegerprojekt von dem Wettbewerb, das war unser Projekt eben, ausgeschaut von außen. D. h. außen der Hallenbaukörper eine transparente Hülle, eigentlich nur ein Dach das darüber schwebt über diesen schrägen Betonbrett, wenn ich es so nennen darf, das die Tribünen sind, und hier die Halle. Das Ganze ist sehr transparent, sehr durchsichtlich, der Öffentlichkeit sehr zugeordnet, nur hinten der Nebenbaukörper mit den Garderoben, also sehr geschlossen und nicht transparent.

So, die Lage ist ja glaube ich bekannt, hier an der Kaserngasse bzw. an der Kollerstraße, da ist das Altersheim, hier der Friedhof, hätten wir die Halle so orientiert, dass also hier der Vorplatz entstünde. Das hat also auch städtebaulich einen sehr tiefen Sinne, glaube ich. Da sieht man einen Lageplan, einen Katastermappenauszug, wo man hier die Hangkante des Tabors sieht und durch diese Anordnung hier die Halle mit der Orientierung hier vorne zu einem Vorplatz, sind zwei Dinge möglich. 1. eine direkte Anbindung an den innerstädtischen Verkehrsring, das ist also hier der Blümelhuberberg. Jetzt führt die Straße hier. Wir haben vorgeschlagen eine Straße über das Kasernengelände zu führen und direkter mit diesen Platz anzubinden und darüber hinaus diese Achse für den Fußgeher oder für eine Aufstiegshilfe, ob da vorne ein Lift ist oder sonst etwas, das war da überhaupt noch nicht ausdiskutiert, jedenfalls diese Achse hier aufzunehmen in die Stadt hinein direkt runter nach Zwischenbrücken. Also das ist städtebaulich eine ganz reizvolle Situation, die man auf dem nächsten Bild, auf dem Luftbild, noch besser sieht. Hier in das Luftbild eingearbeitet die Halle, hier rot, und den Vorplatz und da sieht man, dass der Stadtteil Tabor, oder der alte Tabor hier auf einmal ein Herz, eine zentrale Anlage erhält, die also sehr gut an den Verkehrsring und an die Stadt angebunden ist und die sich fast harmonisch in das Stadtbild einfügt. Ich habe dann noch ein paar 3-D-Animationen beim Wettbewerb gemacht gehabt, die zeige ich ihnen ganz kurz, die lasse ich durchlaufen. Also hier die Schrägdraufsicht auf die Halle, vorne, vom Vorplatz rein der Blick durch die transparente Glaswand in das Foyer. Hier auch, mit ein bisschen einer anderen Beleuchtung. Man sieht oben das Tragwerk, die Aufgänge zu den Tribünen. Das also schräg von der Kaserngasse, rechts der Baukörper, hier die Garderoben, hier von der Kaserngasse in das Spielfeld und zu den Tribünen. Noch ein Blick in das Foyer, mit den Aufgängen auch noch einmal von vorne, da ist also die Tiefgaragenabfahrt. Das ist die Gesamtansicht. Wir haben die Beleuchtung spielen lassen, dass die Tiefgarage also künstlich nicht belichtet werden muss. Das ist die Innenansicht gewesen auf die Tribünen hinauf. Hier noch einmal bei Innenbeleuchtung, wenn es am Abend wäre, würde die Halle so aussehen.

So, das war also das Wettbewerbsprojekt. Wir haben dann weiter gearbeitet und haben eine Überarbeitung gemacht. Das ist ganz normal, wenn man an einem Projekt arbeitet, dass man mit dem ersten Vorentwurf eigentlich nicht bestehen kann und auch eigentlich nicht darf, man muss sich da reinarbeiten. Wir haben eigentlich seit dem Wettbewerb, wo wir gewusst haben, wir haben immer

noch keinen schriftlichen Auftrag gehabt, wir haben also das Rennen gemacht, haben uns intensiv damit beschäftigt, weil wir einfach zeitlich nicht ins Hintertreffen geraten wollten und haben dann weiter gearbeitet. Es sind dann ein paar Sachen aufgenommen worden, hier ist also der Grundriss im Erdgeschoss. Wir haben eine leichte Veränderung, Modifizierungen eingebaut, es sind ein paar Sachen dazu gekommen. Es ist unter anderem ein Gymnastikraum aufgetaucht, der notwendig ist. Es ist auch aufgetaucht, die Kletterwand mehr in das Geschehen zu rücken, es ist auch ein Krafttrainingsraum aufgetaucht. Es ist noch etwas aufgetaucht und zwar eine Satellitenküche. Wir sind im Zuge der Planungen, der Gespräche, draufgekommen, dass es also nicht möglich ist, wenn hier eine Veranstaltung mit 3.000, 3.500 Leuten, oder auch wenn es nur 2.000 Leute sind, stattfindet, mit dieser kleinen Gastronomie die Leute zu bewirten, man muss dann ein Catering machen. Hier eine externe Satellitenküche, dass die Speisen, die angeliefert werden, also aufbereitet werden können, d. h. portionieren udgl. Zu dem ist also die kleine Küche hier vorne nicht in der Lage. Die Überarbeitung ist dann eingeflossen. Es hat sich in der Zwischenzeit dann die Fluchtwegsituation etwas geändert. Wir haben weitere Fluchtwege gebraucht. Das hat alles also hier Einzug gefunden. Wir haben ein bisschen umorganisiert. Wir haben die Tribünen hier nicht mehr mit dem Zugang durchbrochen und haben gesagt, der Zuschauer geht also auch seitlich hier vorbei und erschließt von unten die Tribünen zum Teil. Der andere Teil geht hier, wie im ursprünglichen Projekt, die Treppen hoch und erschließt von oben. Die Kletterwand haben wir hier transparent in die Halle reingestellt. Der Zugang für die Sportler ist gleich geblieben, auch hinten. Wie gesagt die Anordnung im Prinzip hat sich nicht geändert, es ist halt ein bisschen größer geworden. Wir haben ein bisschen mehr Stauräume untergebracht, die Hausmeisterwohnung detailliert und, und, und. Ich glaube, das würde jetzt ein bisschen zu weit führen. Aber im Prinzip kann man sagen, das Projekt ist nur gereift, es ist einfach detaillierter geworden. Wir haben uns genau Gedanken gemacht wo hat was, wie Platz, wie funktioniert das mit den Fluchtwegen im Detail, wie funktionieren die ganzen anderen Abläufe mit Trennung der Hallen usw. Das ist also das 1. Obergeschoss, d. h., hier haben wir dann auch ein bisschen abgeändert. Wir haben einen Teil der Garderoben hier heraufgelegt, nicht die Sportlergarderoben, sondern die Besuchergarderoben natürlich, um das zu dezentralisieren um damit also flüssiger und schneller in der Abwicklung zu organisieren, haben hier also noch ein kleines Büfett heraufgelegt und auch die WC-Anlagen nicht nur auf einen Punkt zentriert, sondern verteilt, also nicht nur unten im Erdgeschoss, sondern auch hier heroben. Eines habe ich vergessen, darf ich ganz kurz noch einmal zurück. Wir haben hier also einen Teil der Garderoben und hier zwei sogenannte Seminarräume, die also im Wettbewerb auch schon waren, die aber de facto Neben- oder Extrazimmer oder von mir aus VIP-Räume dem Restaurant zugeordnet oder auch getrennt verwendbar wären. Hier hinten ein Lager für die Matten der Kletterwand. Das ist wie gesagt das erste Geschoss. Die Garderoben sind nur detailliert, überarbeitet und gefeilt worden. Ansonsten hat sich im System nichts Gravierendes geändert, bis auf das, die Situation der Fluchtwege, der Zugänge hat sich etwas geändert und hier im 3. Obergeschoss auf einmal das Geschoss über den Garderoben, nicht mehr nur mehr die Heizung oder die Technik, sondern neben der Technik jetzt auch ein Krafttrainings- und ein Gymnastikraum, der also über diese Treppe von den Garderoben hier erschließbar ist. Außerdem hat es hier einen Regieraum gegeben und hier einen Raum für die Zeitnehmung für große internationale Wettkämpfe. Das ist also das 3. Obergeschoss und hier sieht man auch über die Treppen herauf den Zugang über dieses obere Galeriegeschoss, das ist da also offen, mit Luftraum in das Foyer, wo auch die Kletterwand sich heraufzieht; von dort aus man die Tribünen von oben erschließt. Die Tiefgarage haben wir auf dieses eine Geschoss unter der Halle reduziert, mit den 150 Stellplätzen. Hier haben wir bereits eine künftige Anbindung vorgesehen, falls man den Vorplatz einmal unterbaut, dass man also nicht zwei Tiefgaragenabfahrten braucht, sondern mit der einen Tiefgaragenabfahrt weiter bauen kann. Das ist das System im Schnitt gesehen. Hier, wie gesagt, haben wir ja gefeilt, wir haben das Tragwerk jetzt reduziert, haben da erste Gespräche mit Statikern geführt, haben dann also hier einiges an Detailarbeit schon geleistet. Man sieht hier, wie gesagt, diese Tribünen, die Spielfläche, da hinten unten die Lager, Garderoben und oben dann Gymnastik- und Krafttrainingsraum. Vorne die Zeitnehmung, die stirnseitig ist und hier die Nebenräumlichkeiten, also Restaurant, Garderoben für die Zuschauer, WC-Anlagen, Kiosk udgl., hier unter den Tribünen angeordnet. Die Tribünen gehen also hoch, nur wenn man wirklich auch die Hallenhöhe von 10 Meter zur Verfügung hat, dann bringe ich praktisch da jetzt, sage ich einmal, auf drei Geschossen Tribünen unter, wenn ich es so nennen darf, erdgeschossig, 1. und 2. Obergeschoss.

Die Lage hat sich auch nicht verändert, das ist alles eigentlich so weit gleich geblieben. Auch das Ansehen oder die Ansicht hat sich nicht wesentlich verändert. Wir haben natürlich da mit den Fassaden gearbeitet, die Belichtungsöffnungen genau abgestimmt, aber die Transparenz der Halle von der Straßenseite und vom Vorplatz ist zur Gänze erhalten geblieben.

Das war also ganz kurz das Wettbewerbsprojekt und dann hat es eben vor drei Wochen diese Krisensitzung gegeben, wir müssen reduzieren. Wir haben dann das Wochenende durchgearbeitet. Ich muss dazu sagen, normalerweise ist es natürlich unmöglich, in der kurzen Zeit ein Projekt wieder auf die Füße zu stellen. Es ist auch nicht ganz so, wie der Herr StR Bremm geschildert hat, dass wir innerhalb einer Woche ein ganz neues Projekt herausgeschüttelt haben, wir haben mehr oder weniger nur ein Konzept in einer Woche präsentieren können. Wir haben die Zwischenzeit genützt, es sind ja wieder zwei Wochen vergangen, und haben dann weiter gearbeitet, selbstverständlich. Wir haben über das Wochenende gearbeitet. Man muss sich auch vorstellen, wenn man sich mit so einem Projekt ein Jahr beschäftigt, und es wird jetzt dann bald ein Jahr, weil letztes Jahr im Sommer war der Wettbewerb ausgeschrieben. Es ist ja nicht so, dass wir da jetzt irgendetwas zeichnen und damit ist das fertig und das liegt am Tisch, sondern wir bei der Planung überlegen uns ja hunderte Varianten und Möglichkeiten, wie kann ich das machen, wie kann ich das machen, wo ist mit welchen Kosten zu rechnen, wie funktioniert das und hat welche Auswirkung und wohin. D. h., unser Wissensstand, den wir inzwischen haben, ist in der Sache derartig hoch, dass es für uns nicht ein Neubeginn war, sondern im Prinzip haben wir das alles irgendwo im Kopf, im Hintertürl gehabt, diese ganzen Varianten und Möglichkeiten zum Sparen, weil wir ja alles schon durchgeackert haben bei der ganzen vorhergehenden Planung und das haben wir also ausgegraben und zusammengestellt und darum war es in der kurzen Zeit auch möglich, ein Konzept zu machen. Ich bin auch am Wochenende hinaufgefahren und habe mir die Bezirkssporthalle in Schärding angesehen. Ich möchte es ihnen nur ganz kurz zeigen. Das ist also das, was gewünscht wird, wenn man da eine normale Bezirkssporthalle errichtet, eine Dreifachturnhalle. Es ist alles untergebracht. Ein Blick vielleicht noch rechts auf die Tribünen. Da ist ein Trennvorhang, d. h., zwei Hallen sind hier offen und die dritte Halle ist dahinter. Auf den Tribünen bringen sie 240 Leute unter. Die Tribünen befinden sich oberhalb der Garderoben. Das ist also der Trennvorhang, da sieht man die dritte Halle dahinter. Man sieht auch hier schön die Raumhöhe. Das ist die Bezirkssporthalle Schärding von außen. Wie gesagt, Baukosten 45 Millionen Schilling. Es wird wirklich überall gespart. Wir sind der Sache natürlich nachgegangne, im Prinzip wird bei den 45 Millionen Schilling nicht einmal der Standard, den die Norm vorschreibt, erfüllt. Z. B. wird nur eine Halle mit Geräten ausgestattet, in der anderen wird nur Matten- und in der dritten Halle nur Ballsport durchgeführt. In der Norm müsste es allerdings anders sein. Da sieht man, wie knapp das Ganze wirklich ist. Das ist noch einmal ein Blick hinein, rauf auf die Zuschauertribünen. Natürlich kann man den Nachteil erahnen, man sitzt also so, dass ein Teil das Spielfeld nicht einsehen kann, weil der Höhenunterschied da ist. Das nochmals von außen, die Bezirkssporthalle in Schärding und ein letztes Foto, von der hinteren Seite.

Wir haben also jetzt an diesem Projekt mit dem immensen Kostendruck gearbeitet und ich möchte ihnen kurz zeigen, wie unser überarbeitetes, reduziertes Projekt aussieht. Die Pläne sind also noch feucht. Ich habe sie auch im Original mit, weil man hier vielleicht die Details nicht ganz sieht. Wir arbeiten praktisch jede Stunde, das ganze Büro, mit Hochdruck daran. Konzept, wir haben im Prinzip die Hallenhöhe auf 7,70 m reduziert, das ist gesagt worden. Dadurch verkürzen sich natürlich die Zuschauertribünen, wir haben nicht mehr 17 Reihen, sondern nur mehr 13 Reihen, bringen hier knapp 1000 Zuschauer unter, haben eine Seitenachse, die also hier oben Stehtribünen waren, unten der Sportlerzugang, entfallen lassen. Dadurch werden weniger Stehtribünen. Wir sind also jetzt von vormals 200 auf 60 bis 100, je nach Aufstellung herunter, weil wir also nur mehr herüben die Tribünen haben. Durch das Verkürzen der Tribüne ist es natürlich auch möglich das ganze Gebäude zu verkürzen. Auch die ganzen Nebenräumlichkeiten, Besuchergarderoben usw. haben wir gestrafft, haben die natürlich auch für 500 Leute weniger auflegen müssen, dadurch wird das auch kleiner. Wir haben den hinteren Bereich also auch wieder gestrafft und die Hausmeisterwohnung wegrationalisiert, weil wir gesagt haben, wenn man so sparen muss, der Hausmeister kann gegenüber in dem Wohnhaus der GWG, oder ich weiß nicht wem das gehört, auch wohnen. Er hat dort eine Telefonverbindung rüber. Wir haben den Gymnastikraum entfallen lassen und den Krafttrainingsraum hier zur ebener

Erde untergebracht, also hinter diesem Geräteraum, der für alle drei Hallen zugängig ist und der Abgang praktisch von den Garderoben oben hier in diesen Geräteraum und zu den Hallen führt. Das hat auch den Vorteil, dass ich jedes Gerät in jeder Halle verwenden kann. Also ein Gerät das hier steht, kann ich nicht nur in der Halle verwenden, sondern auch in der, weil ich hinten die Verbindung habe und hat den Vorteil, dass ich Schüler, die irgendwo in irgendeiner Garderobe sind, auch beliebig jeder anderen Halle zuordnen kann. Hier von diesem Geräteraum auch der Krafttrainingsraum zugeordnet. Die Cateringküche hinten ist geblieben. Die Lager für Stühle usw. sind auch geblieben. Aber wir haben halt alles gestrafft und reduziert und möglichst wirklich von den Kosten versucht runter zu kommen. Im nächsten Geschoss sieht das hier so aus, im Prinzip hat sich hier nichts verändert in den Garderoben, da war auch nichts mehr zu ändern, aber es ist damit schon im 1. Obergeschoss, in der zweiten Ebene die höchste Ebene erreicht. Wir haben also hier nur mehr eine Galerieebene von der aus die Tribünen von oben erreicht werden. Ich kann natürlich die Fluchtwege reduzieren, ich kann also alles mögliche reduzieren. Die blauen Flecken sollen bitte nicht irritieren, das sind nur die Dachoberlichten zur Belichtung der Hallen. Die Tiefgarage, ich muss natürlich die Technikräume irgendwo unterbringen, die haben wir hier im Keller eingelagert, wobei also, wie gesagt, wir arbeiten noch daran, wir werden daran noch feilen, vielleicht bringen wir noch ein paar Parkplätze mehr unter, weil wir nicht so viel Technikräume brauchen. Ein paar externe Lager für irgendwelche Veranstaltungen, die man zweimal im Jahr braucht, würden wir auch hier unten anordnen. Der Rest der Tiefgarage sind jetzt nur mehr 115 Stellplätze, auch dadurch, dass also nicht nur hier ein Teil für die Haustechnik wegfällt, sondern weil auch das ganze Gebäude kürzer und auch etwas schmäler wird, weil die eine Hüfte, die von der Schließung, wegfällt. Das System sieht man hier, vom Schnitt her nach wie vor ganz klar. Ganz wichtig die Erschließung für den Zuschauer vorne über das Foyer, das halt nicht mehr über drei Geschosse, sondern über zwei Geschosse geht. Die galerienartige offene Bauweise, die Transparenz. Hier das Betonbrett, wie ich zuerst gesagt habe, der Zuschauertribünen, auch wenn es jetzt natürlich etwas kürzer ist. Hier die offene Spielhalle. Diese frontale Ausrichtung der Tribüne zur Spielhalle bleibt natürlich. Die Organisation hinten, der Garderoben oben mit dem Schmutzgang vorne und Saubergang hinten und den Treppen hinunter bleibt auch. D. h., das Grundsystem der Halle ist völlig gleich geblieben. Hier kurz die Lage, auch gleich geblieben, nur in der Länge etwas reduziert. Die Ansichten natürlich etwas kleiner, auch in der Höhe etwas reduziert. Die Eingangssituation haben wir ein bisschen verändert, weil wir gesagt haben, da ist es sicher gut da vorne ein Dach darüber zu legen. Das wäre also die Ansicht von der Kaserngasse, wieder mit dieser Transparenz. Das vom Vorplatz, das von der Garderobenseite und das von der Rückseite, von der Friedhofseite. Also im Prinzip hat sich nichts geändert. Wir haben noch ein paar Bilder zusammengestellt. Das ist das Erscheinungsbild der Halle von der Eingangsseite, vom Foyer, von der Kaserngasse. Man sieht hier die Transparenz nach wie vor, die Halle, die Tribüne. Noch einmal die Eingangsseite. Wir haben uns da mit verschiedenen Lichteinstellungen ein bisschen gespielt. Da ist es also ein bisschen besser belichtet. Man sieht es sehr schön, wie da alles sehr offen und frei noch immer ist. Das von der Südostecke. Der Zugang, hier im Foyer drinnen die Öffnung nach oben, der hohe Luftraum nach wie vor. Das Tragwerk ist nach wie vor transparent und steht in dem Luftraum runter, d. h., die Hallenhöhe ist auf Unterkantetragwerk natürlich zu sehen. Hier die Aufgänge zu den Tribünen und hier im Inneren das Spielfeld bei verschiedenen Belichtungen mit einigen Sportlern und ein paar Zuschauern. Das wäre am Abend, wenn es draußen finster ist. Das wäre am Tag, wenn man durch die Transparenz durchsieht, hier heraußen die Bäume erahnen kann. Das von der obersten Zuschauertribüne runter auf das Sportfeld. Hier die transparente Wand. Hier ein bisschen mehr verspiegelt, weil wir den Lichteinfall geändert haben, bei einer Veranstaltung. Das am Abend, wenn schon alle nach Hause gegangen sind und die Halle nicht beleuchtet ist. Hier sieht man noch ein Restlicht in der eigentlichen Veranstaltungshalle. Hier, wenn die Halle innen belichtet oder beleuchtet ist. Die Transparenz nach wie vor, glaube ich, gegeben. Auch die klare Anordnung der Baukörper mit den Nebenbaukörper.

Das war es in kurzen Worten zu dem derzeitigen Projektstand, angefangen beim Wettbewerb bis zum jetzigen Planungsstand mit den reduzierten Baumassen. Ich danke sehr für ihre Aufmerksamkeit. Wenn sie fragen haben, stehe ich natürlich gerne zur Verfügung.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke Herr Architekt. Wir können jetzt Fragen herantragen die sich angesammelt haben im Zuge der Diskussion, der Berichterstattung, über die Medien. Der Herr Arch. Schmid und der Herr Arch. Leitner sind sicher bereit, sehr detailliert auch, hier Antworten geben zu können, wie man das sonst, ohne ihre Anwesenheit, niemals darstellen könnte. Ich darf einmal fragen, wer das Wort wünscht? Herr GR Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Einer der Punkte, die schon am Anfang der ganzen Diskussion gestanden sind, sind die Anzahl der Parkplätze. Die Anzahl der Parkplätze verringert sich jetzt. Wie soll das vor sich gehen?

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
Das stimmt natürlich. Es waren vorher 150. Durch die Verkleinerung des Gebäudes sind es nur mehr 115.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Was ist, wenn 2.000, 3.000 Leute kommen?

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
Wir haben nach wie vor Zuschauerzahlen von 2.000, 3.000 Leuten aber man muss dazu sagen, es sind trotzdem viele Parkflächen vorhanden. Ich finde es auch nicht schlecht und finde es richtig darüber nachzudenken, an eine spätere Erweiterung. Man muss vielleicht auch noch dazu sagen, in diesen Kosten die genannt wurden, von 140 Millionen reduziert auf 97 Millionen Schilling, sind auch die Kosten der Tiefgarage drinnen. Wenn man die Dreifachturnhallen mit den 45 Millionen vergleicht, da ist natürlich kein einziger Parkplatz und kein einziger Tiefgaragenplatz dabei. Das ist ganz klar. D. h., auch dort hat es einfach geheißen, runter mit den Kosten.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Aber bei einer großen Veranstaltung, wo sollen sich die Leute hinstellen?

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
Da hat der Herr Bürgermeister schon Vorgespräche geführt, dass man, was weiß ich, die Parkplätze vom Taborland oder von anderen Bauriesen herannehmen kann.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Ich möchte also daran erinnern, dass wir diese Thematik im Ausschuss ja ausführlich, mehrmals besprochen haben. D. h., selbst wenn wir zwei Etagen darunter gemacht hätten, in der ursprünglichen Größenordnung, hätten sich dort vielleicht an die 300 Parkplätze ergeben. Aber die sind natürlich unverhältnismäßig teuer. Das Land sagt ohnehin, Parkplätze fördern sie nicht. Auf der anderen Seite ist das natürlich dort ein Raum, der immer als Parkplatz für das Steyrdorf angeboten wurde. Es war beim ersten Gespräch von mir mit dem Herrn Arch. Schmid überhaupt, ich bin ja auch sehr spät erst auf diesen Platz hin orientiert, weil ich gesehen habe wir kommen sonst mit den Finanzen überhaupt nicht zu Rande und da haben wir gesagt, wir müssen natürlich Parkplätze, die jetzt dort sind, auch erhalten. Wir haben dann unter dem Aspekt einen Zeithorizont von 20 bis 30 Jahre in die Zukunft, was die Parkplätze anbelangt, die ganzen Überlegungen angestellt. Es ist natürlich dort, ich muss das noch einmal ganz kurz sagen, wie sieht es im täglichen Betrieb aus? Da werden am Tag die Schulen Turnunterricht haben und unter der Woche werden am Abend Vereine drinnen sein. Wie sieht es zum Wochenende aus? Zum Wochenende werden Sportveranstaltungen sein in der Größenordnung von 1.000 Leuten, vielleicht, bei einer großen Sportveranstaltung. Wie wird das mit Kulturveranstaltungen aussehen? Da haben wir gesagt, maximal 5, 6 im Jahr, das haben wir auch im Gemeinderat so diskutiert, 3.000 Leute. Es war niemals die Überlegung und hat es auch nicht sein können, dass eine Tiefgarage, eine eingeschossige, aber auch nicht eine zweigeschossige, hier den Individualverkehr oder die Autos aufnehmen kann, für 1.000 oder 3.000 Leute. Überhaupt nicht, sondern die Lage ist auch unter dem Aspekt gesehen worden, dass natürlich die Parkplätze am Wochenende und am Abend vom Leiner oder vom Taborland und vom Interspar in dieser Umgebung benutzt werden

können. Der Herr Arch. Schmid hat darauf hingewiesen, dass natürlich ein Aus- und Einbau von Tiefgaragen im Bereich des Vorplatzes eigentlich auch hinter dem Gebäude, auf dem Areal wo jetzt die alte Sporthalle steht, möglicherweise auch auf dem gesamten Brown Boveri-Areal möglich ist. Ich sage jetzt schon, obwohl wir auch keinen City-Parkplatz 1 haben, die Idee und die perspektivische Planungsvorstellung ist die, dass in diesem Raum an die 700 Parkplätze insgesamt angeordnet werden können, bedarfsorientiert im Lauf einer bestimmten Zeit. Jeder Investor wird natürlich hier die kaufmännische Seite des Geschäfts betrachten und keiner wird uns dort jetzt momentan eine Tiefgarage hinbauen mit 700 Plätzen. Aber diese Möglichkeit ist gegeben und ändert sich durch die Reduzierung dieser Halle um einige Meter überhaupt nicht. Weil das was jetzt reduziert wurde, diese 40 Parkplätze unten drinnen, die werden natürlich im Vorplatzbereich mühelos darstellbar. Es wird auch nur eine Einfahrt geben. Also, dort sehe ich nicht das Problem. Es war auch niemals beabsichtigt, dort weiß Gott wie viele Zuschauer hineinfahren zu lassen. Wir brauchen aber wahrscheinlich für Aktive, für die Spieler z. B., bei einem Mannschaftsspiel und solche Sachen, Schiedsrichter, für das unmittelbar notwendige Hallenpersonal, je nach Sportart, eine bestimmte Anzahl von Parkflächen. Die werden sich aber nach unserer Einschätzung, wir haben das mehrfach diskutiert, eher in der Gegend um die 50 vielleicht bewegen. Also 50 Leute und das wird man, auch, wenn man die Halle vermietet, quasi, das ist eine organisatorische Frage, dem Hallenmieter mitgeben können. Das ist also der Hintergrund zu den Parkflächen. Dort sehe ich durch das überhaupt keine gravierende Veränderung.

Der Herr Dr. Pfeil hat sich schon lange gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Ich werde mich noch nicht an der Diskussion beteiligen, sondern ich habe eine Frage an sie, Herrn Arch. Schmid. Nach den Kriterien vom Herrn Prof. Breitling, Standortuntersuchung Bezirkssporthalle, aus dem Juli 1998, steht genau der Stellplatzbedarf drinnen. Er bezieht sich da auf den Mindestbedarf an Stellplätzen nach § 43 OÖ Bautechnikerverordnung und sieht hier einen Mindestbedarf von 180 und die genannten Bedarfszahlen stellen ein Minimum dar. Ein größeres Angebot an Stellplätzen wäre höchst erwünscht. Jetzt haben wir das Problem, sie sagen jetzt 115 und der Herr Bürgermeister sagt 50 sind ausreichend. Im Stadtsenat ist gesagt worden, dass die Kraftkammer in den Keller kommen soll ...

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
Nein!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Im Stadtsenat, da waren sie nicht dabei. Im Stadtsenat ist gesagt worden, ich habe es mitgeschrieben, dass im Keller die Kraftkammer gemacht werden soll. Jetzt höre ich, dass sie ebenerdig gemacht worden soll.

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
Das war nie anders. Das muss ein Irrtum gewesen sein.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
So ist es gesagt worden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Nein, ich glaube sie verwechseln das mit der Kletterwand.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Sicher nicht, ich habe das genau mitgeschrieben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Es ist ja egal, vielleicht haben wir uns geirrt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Jedenfalls fehlen uns im Keller eine Menge Parkplätze. Ich kenne ja diese Situation, wenn dann so ein Verkehrserreger gebaut wird, und ich habe fast überhaupt keine Abstellmöglichkeiten, wo werden die guten Leute dann parken? Na in den Wohngebieten dort und die sind schon äußerst beschränkt. D. h. also, wir müssen sofort schauen, was machen wir dort mit einer größeren Garage. Aber sofort.

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
Da haben sie natürlich Recht. Die Zahlen vom Herrn Prof. Breitling stimmen natürlich auch. Allerdings, es steht nicht in der OÖ Bautechnikverordnung drinnen, dass das alles Tiefgaragenplätze sein müssen. D. h., es ist natürlich auch oberirdisch möglich und es ist das ganze Areal, wie der Herr Bürgermeister schon gesagt hat, Richtung Katastrophenzug, nach wie vor zur Verfügung. D. h., die Stellplatzanzahl, die hier genannt ist, ist leicht zu erreichen, mit den jetzigen verfügbaren Flächen, jetzt bereits verfügbar. Das Areal von der jetzigen Sporthalle ist ja auch irgendwann einmal verfügbar.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Der Platz ist viel zu teuer um ebenerdig zu parken. Das kann es ja nicht sein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Wir können natürlich auch eine Parkgarage bauen.

Kupfer als Nächster.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Wie gesagt, wir wollen über das Sparpaket und nicht über die Parkplätze diskutieren, wo doch Parkplätze im Nahbereich vorhanden sind. Viel spannender würde ich es finden, wenn wir über die tatsächlichen Reduktionen der Halle sprechen würden. Ich hätte da eine Frage und zwar, im Entwurf bzw. bei der Erklärung des Projektes ist noch nicht ganz dargelegt worden, welche Einrichtungen fallen jetzt tatsächlich weg. Ich denke, das müsste man auch einmal klären.

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
Gegenüber dem Wettbewerbsprojekt oder dem bereits, ich sage einmal, fortgeschrittenen Einbauten.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Gegenüber dem Wettbewerbsprojekt.

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
Gegenüber dem Wettbewerbsprojekt sind die Zuschauer um etwas mehr als 400 reduziert, wobei davon aber ein großer Anteil auch Stehtribünen sind. Die Hausmeisterwohnung ist ersatzlos herausgefallen, die Seminarräume sind auch ersatzlos herausgefallen, der Regieraum und die Zeitnehmung.

Zwischenruf: Gymnastikraum!

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
Nein, den hat es beim Wettbewerb noch nicht gegeben. Die eine Erschließungsachse, was ich bereits erwähnt habe, dass man auf der Kaserngassenseite auch vorbeigehen kann zu den Garderoben und das Foyer ist natürlich verkleinert worden. Die ganzen Nebenanlagen, wie WC's, Besuchergarderoben sind natürlich auch auf das notwendige Maß mit den reduzierten Besucherzahlen ausgelegt. Also, das hat sich auch reduziert.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
D. h., die Erschließung aller Garderoben ist nur mehr durch eine Seite möglich, und nicht mehr durch zwei Seiten wie es ursprünglich war.

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
Das ist grundsätzlich über das Foyer möglich, über die eine Seite, über die Südseite. Die Überlegung diese Seite zu belassen, natürlich haben wir überlegt, wo können wir überall sparen, und da können wir sparen, ist natürlich, dass wir sagen, wir wollen wenn dann die Transparenz auf der Seite, auf der Kaserngasseseite, vielleicht noch erhöhen, das ist glaube ich ganz gut, und darüber hinaus die Überlegung, von welcher Seite kommen die Schüler. Das ist vor allem das Michaelagymnasium, die kommen von der Seite herauf, über die Taborstiege, über die Aufstiegshilfe, oder wie auch immer, und schließen auf der Seite eigentlich hier an.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Es kommen aber auch Schüler von der Sporthauptschule.

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
Es kommen sicher auch Schüler von der Sporthauptschule, die werden genauso denselben Weg nehmen. Sie haben schon Recht, die eine Erschließungsachse ist gefallen. Für mich ist das, sage ich einmal, eine verzichtbare Änderung oder ein verzichtbarer Wegfall. Es fallen damit natürlich auch ein paar Stehtribünen weg. Dort waren natürlich darüber Stehtribünen. Ansonsten wie gesagt, das dritte Geschoss für die Technik haben wir herunter verlegt, das haben wir auch reduziert. Sonst eigentlich nichts. Es haben sich halt in Summe, durch die Reduktion der Hallenhöhe, die Tribünen auch reduziert und damit natürlich die Gesamtlänge des Gebäudes. D. h., wir haben jetzt eine andere Kubatur und das macht natürlich sehr viel aus. Wir haben hier die Zahlen, wenn es sie interessiert. Beim Wettbewerbsprojekt war in der Jury eine Kubaturberechnung gefordert, da haben wir bereits eine leichte Einsparung abgegeben, da haben wir 55.500 Kubikmeter umbauten Raum gehabt. Wir haben dann bei unserem großen Einreichprojekt, wenn ich es so nennen darf, ein Volumen von 58.000 Kubikmeter gehabt. Da waren ja zusätzlich der Gymnastikraum, der Krafttrainingsraum, diese Satellitenküche, und ein paar andere Sachen noch dabei. In unserem jetzigen, reduzierten Projekt haben wir ein Volumen von 44.700 Kubikmeter einschließlich Garage.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Zuerst sind wir noch gewachsen, wie das oft so ist, ein bisschen zu viel wahrscheinlich, und jetzt sind wir geschrumpft.

Nächster am Wort ist der Kollege Keiler.

GEMEINDERAT STEPHAN KEILER:
Eine Frage des Verständnisses. Können sie mir erklären, wenn man die größere und die kleinere Variante vergleicht mit anderen Hallen wie z. B. Kremsmünster oder die alte große Sporthalle in Linz, die ja abgerissen worden ist, wie schaut das aus, wie kann man sich als Laie das vorstellen.

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
Ich muss schon dazu sagen, auch die reduzierte Variante jetzt hat eine Gebäudehöhe und ein Erscheinungsbild wie da oben jetzt das City-Point, das kennt jeder, die neue große Glasfassade, und von der Höhe haben wir dieselben Dimensionen wie dort dieser Glasvorbau der ca. 10,5 oder 11 Meter hoch ist. Von der Länge her sind wir größer als dieser Glasverbau dort oben. Zum Verständnis der Dimensionen. Ich weiß nicht, ob ihnen das hilft? Ansonsten liegen wir in der Mitte drinnen zwischen Kremsmünster und Linz. Selbstverständlich haben wir nicht die Dimensionen wie Linz. Die haben ja, ich weiß nicht welche Zuschauerzahlen die gehabt haben bei Parkettbestuhlung, aber wesentlich mehr. Also, da waren ja beidhüftig Tribünen rauf, wie ich eh am Anfang erklärt habe, wo man die Nachteile vom schlechten Sichtverhältnis hat. Ich glaube, dass das Projekt auch jetzt ein sehr stattliches Projekt ist und wir haben versucht, einen Weg zu gehen, der weit weg ist von den Bezirkssporthallen, wie ich ihnen da gezeigt habe z. B. wie Schärding. Also, das war uns als Planer nach wie vor ein großes Anliegen, da etwas zu machen, was man auch ansehen kann und was auch ein bisschen einen Habitus erhält. Nicht nur Ästhetik sondern auch Habitus sage ich einmal. Also kein Schulsportturnkästchen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Nächster am Wort ist der Kollege Fürweger.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:
Ich finde es schade, dass man von der Tiefgarage, von der Zweigeschossigkeit weggeht, weil das ist eine einmalige Gelegenheit. Eine Grube muss man ausheben und wenn einmal die Halle draufsteht, dann glaube ich, wird es für alle Ewigkeiten nicht mehr durchführbar sein. Ich weiß nicht, wie sie das sehen?

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
Sie haben schon Recht, natürlich wissen wir alle nicht was in 20 Jahren ist. Wahrscheinlich ist es so, wie sie das so ein bisschen an die Wand malen, dass der Parkbedarf noch höher sein wird. Man muss sich einfach trotzdem bewusst sein, je nach dem wie aufwendig und wie tief runter man baut, es kostet ein Tiefgaragenstellplatz rund 130.000 bis 150.000 Schilling. Das ist halt einfach ein Kostenfaktor den man nicht aufbringen muss, wenn man es will. Sie haben sicher Recht, es geht leider nicht so, dass ich sage ich mache die Tiefgarage jetzt und sie kostet mich jetzt nichts. Ich kann höchsten sagen, ich mache jetzt die Grube darunter aber nur dann habe ich schon, sage ich zumindest einmal, zwei Drittel der Baukosten bereits drinnen, weil ich muss ja trotzdem die Ausführung der Stützen, der Decke, vorsehen oder eigentlich weitgehend sogar machen. Es ist ja leider nicht so, dass ich nur ein Loch grabe, das war's und es kostet nichts. Es kostet leider viel Geld.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Herr Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Ich muss jetzt eine Frage stellen. Du hast ja gesagt, dass die oberen WC's, bei der neuen, reduzierten Planung, wegfallen. Wie weit ist jetzt der längste Weg von einem, der ein dringendes Bedürfnis hat?

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
Ich kann es jetzt nur schätzen, ich würde sagen, 35 oder 40 Meter. Es ist ungefähr dieselbe Länge wie wir Fluchtweglänge haben und das sind 40 Meter, mehr Fluchtweglänge dürfen wir nicht haben und ungefähr dort kommen wir auch hin. Irgendwo in der Dimension bewegt es sich. Der Weg von den obersten Tribünen vorher war genauso ein Geschoss runter, weil da waren ein Teil der WC's im 1. Obergeschoss und jetzt ist es halt praktisch auch vom obersten Hallengeschoss runter, weil die Klosetts halt im Erdgeschoss sind. Im Prinzip hat sich da nicht gravierend etwas geändert.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Darf ich noch eine Frage stellen? Das Catering bzw. der Ausschank. Ist das genug dimensioniert, dass man dort eine maximale Wartezeit von einer ½ Stunde hat, oder wie ist das?

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
Wir haben natürlich im jetzigen Planungsstand noch kein fertiges Küchenprojekt, logischerweise, haben aber natürlich da Vorgespräche geführt und uns das genauer angesehen. Es ist knapp, gar keine Frage, aber es funktioniert und es geht. Wenn ich da hinten diese Aufbereitungsküche, diese Satellitenküche mache, dass ich dort hinten anliefere, mit Catering praktisch den Saal dann, wenn man den Saal nützt und nicht die Sporthalle, sondern den Saal mit Tischbestuhlung, dass man den da hinten dann mit Speisen versorgt. Im vernünftigen Maß.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Wenn quasi ein Kulturbetrieb dort ist, d. h., es steht dort eine Bühne und es spielt meinetwegen eine Band oder was weiß ich was dort, wie ist die optimale Anlieferung von Großgeräten? Weil normalerweise ist es ja so, dass hinten die Bühne offen ist und dass die mit der ganzen Belegschaft hereinfahren und abladen. Wie ist es in dem Fall?

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:

Dann haben wir vorgesehen, ich meine, ich kann es noch einmal aufmachen, wenn du willst, von der hinteren Seite, also praktisch Seite Friedhof bzw. Jukuz da hinten, von der hinteren Seite haben wir eine Zuliefermöglichkeit. D. h., da kann sogar ein Sattelschlepper zufahren und dort kann ich in die Halle direkt rein anliefern.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Geht die Glaswand auf?

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
Wir haben also einen kleinen Vorbereich. Zuerst waren zwei Türen, da war eine Türe rein in den kleinen Vorbereich da hinten und von dort direkt in die Halle. Das ist zugleich auch ein Fluchtweg für die Leute, wenn die den Turnboden als Parkett nützen, d. h., wenn dort Bestuhlung ist und wir haben auch dort vorgesehen, so organisiert, dass neben den Geräteräumen nur eine kleine Garderobe für Künstler ist. D. h., ich habe den Geräteraum zum Teil als Stauraum und als Bühnenhinterland zur Verfügung und habe dort eine kleine Künstlergarderobe mit einer kleinen Sanitärzelle und Dusche usw. vorgesehen. Die Beschickung der Halle erfolgt dann vom hinteren Eck. Es kann, wie gesagt, sogar ein Sattelschlepper zufahren.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Nächste ist die Frau Kollegin Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Ist die Halle jetzt weniger attraktiv für Großveranstaltungen?

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
Was sicher eine Einschränkung ist, dass ich einfach 400 Leute weniger unterbringe, ganz schlicht gesagt, das ist klar. Ansonsten sehe ich keine Tragödie darin. Ich muss dazu sagen, wir haben also auch bei dem großen Projekt die Garderoben für Sitzbestuhlung ausgelegt gehabt. D. h., wenn dort ein Konzert stattfinden würde, wo die Leute auf der Sportfläche stehen, dann bringen wir rund 1.000 Leute mehr hinein und das ist auch jetzt der Fall, dann reichen die Garderobenmöglichkeiten und die Toiletten nicht aus, dann muss man sich sowieso helfen und mobile Toiletten am Vorplatz oder irgendwo anordnen. Das würde jeden Rahmen sprengen, wenn ich für 3.500 Leute die Garderoben und die Toiletten auslegen würde. Für die Sitzbestuhlung, d. h. für die 2.000 Leute was wir jetzt haben, haben wir das so ausgelegt. Es ist natürlich eine Abwägung, wie oft wird so etwas passieren, dass dort ein Konzert mit 3.000 Besuchern stattfindet, d. h. also mit Stehpublikum. In dem Fall muss man halt was dazu machen. Ich glaube es hat keinen Sinn, wenn man so viel Kubatur umbaut und so viel Kosten in die Hand nimmt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Herr Dr. Pfeil noch einmal bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Eine etwas andere Frage noch, vielleicht etwas schwierig zu beantworten, das hat auch nur indirekt mit dem neuen oder dem alten Projekt zu tun. Wie lange rechnet man denn heute mit einer Lebensdauer von so einer Dreifachturnhalle? Was haben die für eine Lebenserwartung?

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
Lebenserwartung aus der bautechnischen Sicht oder aus Sicht der Anforderung?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Beides. Ich habe gehört, dass eine Dreifachhalle in 30 Jahren fertig ist.

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
Ich würde sagen, die Wahrheit liegt irgendwo in den Dimensionen. Aus Sicht der Anforderungen würde ich sagen ist es vielleicht sogar niedriger. Man sieht das jetzt bei der jetzigen Sporthalle, dass

also dort z. B. genau das schon abgeht mit dem catern. Da funktioniert die Essensversorgung nicht. Das sind also Dinge, die sich entwickeln. Vor ca. 20 Jahren hat es noch kein Catering gegeben. Also solche Entwicklungen, dass sich da etwas tut, das können wir alle nicht vorhersehen. Ich würde sagen, da ist der Rahmen irgendwo bei 20 oder 25 Jahren.

Aus bautechnischer Sicht, ich bin eh Sachverständiger auch, ich schätze Sachen auch, muss man bei solchen Bauwerken, in der Bauweise einen wesentlich höheren Rahmenannehmen, der liegt bei 40 bis 50 Jahren.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Kollege Lengauer bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:
Für behinderte Zuschauer ist die erste Reihe gedacht oder gibt es auch eine Aufstiegshilfe?

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
In all diesen Projekten hat es einen Lift gegeben. Der Lift ist immer hinten bei den Garderoben gewesen. Die Abänderung war nur, beim Wettbewerbsprojekt war der Lift auf der Kaserngasseseite und bei den anderen Projekten jetzt immer auf der Friedhofseite. Es war immer der Lift hinten bei den Garderoben. Die Überlegung ist, dass der behinderte Zuschauer ja eben reinfahren kann, vom Vorplatz eben in die Halle rein und bei den unteren Rängen unten Plätze vorfindet. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit einen Behinderten nach hinten zu begleiten oder ihm einfach den Weg freizuhalten und er kann mit dem Lift rauffahren und er könnte oben die Stehtribünen, die natürlich jetzt nur mehr halb so viel sind wie vorher, benützen. Die Anordnung des Liftes hinten hat vor allem einen Sinn, was ist, weil der Zuschauer ja sowieso versorgt ist, ein behinderter Zuschauer ist ja zur Gänze versorgt, wenn man eine Behindertenolympiade oder so etwas machen würde, dann gibt es den behinderten Sportler. Für den ist es dann wichtig, dass er nicht über den Zuschauerraumbereich von den Garderoben zu der Sportfläche kommt und darum haben wir das hinten angeordnet.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Frau Kollegin Durchschlag.

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA DURCHSCHLAG:
Gibt es von der Garage einen Lift in das Erdgeschoss?

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
Derzeit nicht.

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA DURCHSCHLAG:
Wie kommt der Behinderte dann z. B. herauf?

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
Der kann heroben ohne weiteres Behindertenparkplätze im Vorplatzbereich zugeordnet bekommen.

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA DURCHSCHLAG:
Heroben Behindertenparkplätze?

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
Ja, dass man heroben, ebenerdig, Behindertenparkplätze macht. Wobei wir arbeiten ja noch daran und wir werden auch nach diesem fertigen Einreichplan noch Modifikationen vornehmen. Wir haben selbst schon darüber diskutiert. Es wäre überhaupt kein Problem den Lift in die Tiefgarage zu führen. Man muss von Mehrkosten von 200.000 bis 300.000 Schilling rechnen, ungefähr. Wo ich eher das Problem sehe ist die organisatorische Abwicklung, d. h., wie geht das dann mit einer Kassa und mit einem Eintritt mit irgend so etwas. Darum weiß ich gar nicht, ob das so gescheit ist. Aber technisch

ist es überhaupt kein Problem.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Herr Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Eine wichtige Einrichtung bei so Großhallen ist ja der Regieraum bzw. der Raum wo sportliche Ergebnisse ausgewertet werden können. Gut wäre natürlich mit Blickkontakt zum Sportfeld. Wenn jetzt der Regieraum wegfällt, welche Einrichtung ist jetzt dazu da, dass man technische Dinge abwickeln kann?

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
Ganz ehrlich gesagt, momentan keine. Wir haben nur hinten im Verwaltungstrakt, wenn ich so sagen darf, d. h., hinter dem Geräteraum, ebenerdig, ein Büro nach wie vor vorgesehen und ein Büro für den Hausmeister. D. h., organisatorisch kann das Büro genutzt werden. Für Zeitnehmung, Anzeigen udgl. wird es notwendig sein, entweder auf der Stehtribüne in der Mitte einfach etwas zu machen, das mobil ist, einen Glaskobel oder was das man hin- und wegräumen kann, oder in den obersten Bereichen der Sitztribünen. Dort ist also die Galerie relativ tief, wir haben da relativ viel Platz, was ja eh notwendig ist, weil ganz zuschrumpfen möchte ich es nicht, auch dort wäre der Platz möglich. Aber dafür ein eigener Raum gebaut, wie wir es in dem vorigen Projekt gehabt haben, ist jetzt nicht mehr.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Aber technisch ist es möglich.

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
Technisch ist es sicher kein Problem.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Die Hallenfläche ist insofern von Bedeutung weil es hier ja auch Stehplätze gibt, z. B. bei einer größeren Veranstaltung. Welchen Schlüssen haben sie aufgrund der Hallenflächen angewendet, um auf 2000 Personen zu kommen?

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
Wir haben eigene Pläne gezeichnet, wie das funktionieren könnte. Wir haben also Pläne gezeichnet, wie funktioniert eine Tischbestuhlung, wie funktioniert eine Reihenbestuhlung und wie funktioniert es bei Aufstellung, d. h. Stehpublikum, wobei da ein gewisser Unsicherheitsfaktor drinnen ist. Und zwar tut sich momentan sehr viel. Ich habe es eh zuerst angeschnitten, es ist ja inzwischen die Geschichte mit dem Berg Isel gewesen und es ist zwar noch nicht Norm und noch nicht Gesetz, aber es ist inzwischen Thema, dass man die Stehplatzbesucher weitgehend reduziert, möglichst keine Stehplätze und wenn Stehplätze, dann in Karrees. Wir haben uns solche Karrees überlegt, d. h. auch mit Fluchtwegen. Wir sind auch mit den technischen Amtsachverständigen beieinander gesessen und sind auf diese Zahlen gekommen und haben das errechnet.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Lt. Auskunft des Architekten geht man von 0,85 m² pro Person aus. Ist das richtig?

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
Nein, das brauche ich nicht ganz, es kommt darauf an ob ich die Fluchtwege dazurechne oder nicht dazurechne. Wir haben hier nicht nur die Hallenfläche in Form der Spielfläche von 45 x 27, wir haben ja diese zusätzlichen Flächen der Fluchträume vor den Tribünen auch noch zur Verfügung. Wenn ich die hineinrechne, die 0,85 kommen an sich hoch. Wenn ich nur den Stehplatz rechne, rechnet man an

sich 0,5.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Bei all diesen Angaben von Stehplätzen sind natürlich keine Bühnen, Bühneneinrichtungen, Equipment, Sicherheitskorridore oder irgendetwas berücksichtigt.

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
Korridore selbstverständlich, aber Bühne ...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Die Korridore vor der Bühne, die vorgeschrieben werden bei Veranstaltungen.

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
Die Bühne ist natürlich ein absolut variabler Faktor. Da haben sie völlig Recht. Ich kann eine Bühne hineinbauen welche die halbe Halle in Anspruch nimmt, ich kann eine ganz kleine Bühne hineinbauen. Das wird auch darauf ankommen, was das für eine Veranstaltung ist. Wir haben also diese Zahlen natürlich mit einer relativ kleinen Bühnen gerechnet, das ist klar.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Zweite Frage: Was ist ungefähr der Quadratmeterpreis der Glasfassade?

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
Ungefähr S 5.000,--.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Um wie viel ist das teurer als eine herkömmliche, normale Fassade?

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
Wenn ich einen Massivbau errichte, d. h. wirklich gemauert, verputzt, kostet mir der Quadratmeter Fassadenfläche oder Quadratmeter-Mauerwerk ca. S 2.500,--. Also ca. die Hälfte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Und von den Folgekosten? Um wie viel höher sind die Energiekosten bei einer Glasfassade gegenüber einer Massivbauweise?

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
Das kommt darauf an, von bis. Ich kann also eine Glasfassade mit einem Glas machen das also jenseits von Gut und Böse liegt.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Bei dem 5.000-Schilling-Glas.

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
Werde ich einen K-Wert von ca. 5,9 erreichen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Was entspricht das?

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
Das entspricht ungefähr einer 30iger-Ziegelwand. Die Massivwand kann ich natürlich nach oben hin beliebig gut dämmen oder fast beliebig gut dämmen sage ich einmal. Also ich kann da einen K-Wert von 0,2 oder 0,3 erreichen, das ist keine Frage. Ich kann auch beim Glas nach oben gehen. Wobei, wenn ich 0,2 mache, komme ich mit den S 2.500,-- auch nicht aus. Von der Wärmedämmung her kann ich auch beim Glas nach oben gehen, also ich kann auch theoretisch, nicht nur theoretisch, auch

praktisch gibt es bereits Gläser mit einem K-Wert, U-Wert heißt er inzwischen, Entschuldigung, von 0,4 haben, aber da komme ich mit den S 5.000,-- nicht aus, das muss ich auch dazu sagen. Bei 0,4 liegt man bei einer Wärmedämmung, die ungefähr einem 38iger-Ziegel entspricht plus 8 cm Vollwärmeschutz. Das ist jetzt über den Daumen gepeilt.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Es geht ja nicht nur um die Wärme, sondern natürlich auch um die Kühlung.

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
Ja natürlich. Wobei die Glasflächen ja nicht Südseitig wären. Natürlich kann man darüber geteilter Meinung sein. Mein Anspruch ist, und ich sage es würde mich freuen, wenn es der Stadt auch wert ist, dort ein Gebäude zu machen das halt so ausschaut, als wenn es ein öffentliches Gebäude wäre. Überall redet man von Öffnung, Kunden, Bürgerfreundlichkeit, Bürgernähe und Aufmachen, und dann kastle ich mich ein, das kann ich mir bei so einem Gebäude nicht vorstellen. Ich erhebe den Anspruch, dass es zeitgemäß wirken muss, mit zeitgemäßen Materialien gebaut werden muss und auch eine zeitgemäße Sinnung ausdrücken muss. Von dort her kommt also dieser Wunsch nach Transparenz.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Haben sie zum Zeitpunkt des Juryprojektes eine Grobkostenschätzung für das Projekt gemacht?

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
Ein bisschen später, also Ende des letzten Jahres haben wir eine Grobkostenschätzung gemacht.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Die waren? Welche Größenordnung?

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
Die waren bei 132 oder 135 Millionen Schilling.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
128 Millionen.

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
Ja, aber da sind noch ein paar Sachen von der Ausstattung her nicht dabei gewesen. Da waren noch 3 Millionen von den Turngeräten dabei und noch etwas. Also ein bisschen über 130 Millionen waren wir.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Ist diese rückwärtige Rampenausbildung, die Beschickung der Halle so, dass man es mit einem Stapler machen kann?

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
Grundsätzlich ja, natürlich, ich meine jeder LKW hat eine Ladebordwand, man kann mit dem Stapler fahren.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Ich möchte nämlich eines vorausschicken. Wenn man sich da jetzt fast verhören will bei einer Diskussion, dann ist das nicht etwas was sich gegen sie richtet, weil ich glaube, wir alle anerkennen die Schwierigkeit, die sich für sie als Architekt auch darstellt, in dieser kurzen Zeit eine im Prinzip Neuplanung oder eine generelle Umplanung vorzunehmen. D. h., bitte nehmen sie das nicht persönlich, sondern es gilt einfach uns zur Informationsgewinnung. Ich meine, natürlich anerkennen wir, dass da auch Fehler drinnen sind, die man ausmerzen kann. Wenn ich in einem Rohbau einen 90iger Türe hineingebe, dann weiß ich, dass man da natürlich auch eine größere Türe hineingeben

kann. Schwieriger wird es schon, wenn ich in so einem Plan, der für uns eigentlich die Grundlage für eine Entscheidung darstellt, doch eine um sehr viel Geld. Wenn ich mir die Lokalität, die Gastronomie ansehe, und sehe, dass es in dieser Form gesetzlich gar nicht machbar ist. Ein Lager was für die Küche beschickbar ist, das gibt es einfach nicht, weil das ist nicht möglich. Wenn ich beim Transportieren durch den Gastraum, hinter der Bar vorbei, durch die Küche durch in einen Lagerraum gehen muss, dann funktioniert das nicht. Dann bekommen sie nicht einmal von uns, vom Haus, eine Genehmigung das zu machen. Oder wenn ich in so einer Lokalität zwei WC-Duschen habe, die reichen gerade für das Personal.

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
Grundsätzlich habe ich in derselben Ebene, für 2.000 Leute WC-Anlagen vorhanden. D. h., das ist ein organisatorisches Problem.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Wenn ich jetzt die Ausschreibungskriterien zugrunde lege, hätten wir mit dem Projekt eine Chance, unsere Ausschreibungskriterien ...

Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
Wie meinen sie das jetzt?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Wir haben da einen ganzen Katalog gehabt von Kriterien die wir als Juryprojekt bewertet haben, was uns wichtig ist. Seminarräume, die Funktion der Technikräume, die Wegführung für die verschiedenen Besucher- und Benutzergruppen bei sportlichen Großveranstaltungen, Riesenveranstaltungen, welche Zuordnung der Einzelnutzung, ich will jetzt nicht alle aufzählen. Müsste man jetzt theoretisch eine neue Ausschreibung machen, oder welchen Stand haben wir jetzt?

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
So wie sie es jetzt nicht alles aufzählen können, kann ich es auch nicht beantworten. Es wird sicher, wenn man das durchforstet, ein paar Punkte geben, die nicht mehr ganz mit dem zusammenstimmen, einfach aufgrund der notwendigen Einsparung, die gefordert war. Die Grundprinzipien, also hinsichtlich Organisation, Wegführungen udgl. sind meiner Meinung nach weitgehend unverändert. Aber sie werden sicher irgendetwas finden, was nicht mehr ganz so stimmt. Ich sage jetzt einmal, es fängt bei den Besucherzahlen an, ich habe es jetzt im Nachhinein nicht durchgelesen. Natürlich, ein paar Punkte, wenn man sie sucht, aber nichts Grundlegendes.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Kollege Spanring.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
Eine Frage noch. Wenn man nicht nur von einer Mehrgebrauchshalle spricht, d. h. nicht nur von einer Sporthalle, sondern auch von einer Turnhalle, dann ist mit eingeflossen, dass wir auch z. B. Qualitätskonzerte dort durchführen. D. h., die ganze Akustik die ganze Ausstattung der Halle, damit wirklich die akustischen Anforderungen auch gegeben sind.

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
Selbstverständlich. Wir haben auch in unserem Anbot drinnen, also bei dem Generalplaneranbot, das

Honorar für einen Akustiker. Das ist genau so mit drinnen, das ist gar keine Frage, dass die Bauphysik hinsichtlich auch Überhitzung, Dämmung aber auch hinsichtlich der Akustik selbstverständlich mitberücksichtigt wird. Bei einer Dreifachturnhalle wie Schärding haben sie das Problem sicher, aber wir wollen und wollten und wollen noch immer die Sache also schon sehr fundiert und gründlich angehen. Wir werden auch zur richtigen Zeit einen Küchenplaner beschäftigen, Herr Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Das hat jetzt mit einem Küchenplaner nichts zu tun, das sind einfach die Vorschriften.

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
Es wird sich dort dann noch einiges verschieben, das ist gar keine Frage.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Darf ich mich noch einmal melden?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Ja sicher.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Was mich nicht ganz loslässt ist die Funktionalität. Ich habe dieses Gerätelager. Das Gerätelager wird durch sieben Durchgänge oder Türen beschickt. Es hat insgesamt eine Fläche von 157 Meter, glaube ich. Wenn man in Turnhallen war und die Turngeräte kennt, weiß man, dass die sehr voluminös sind. Von den Matten angefangen über die Langbänke, Pferd usw. Ich habe fast keine Fläche wo ich die lagern kann. Die Tiefe des Raumes ist so schmal, dass ich nichts mehr lagern kann. Mit dem Möbellager muss ich ebenfalls durch das Gerätelager. Für mich stellt sich die Frage, wo kann ich überhaupt die Geräte lagern, wenn ich eine Großveranstaltung mache? Ich muss sie ja wegtransportieren. Ich kann sie ja nicht in den Keller hinunter geben, weil ich habe ja keinen Lift der in den Keller geht, ich komme ja in den Technikraum auch nicht hinein. D. h., für mich stellt sich die Frage, was mache ich mit dem Zeug wenn ich eine Großveranstaltung habe?

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
Von den Größen her, das werden sie sich eh angesehen haben, nehme ich an, sind wir genau dort wo wir hin müssen, von der Norm. Hinsichtlich der Durchgänge, das habe ich eh zuerst angeschnitten. Das haben wir uns auch ein bisschen abgeschaut, weil so eine Lösung gibt es bereits in Linz, eröffnet die Möglichkeit, dass also der Geräteraum nicht drei kleine Kästchen sind, sondern durchgehend, mit auch mehr Verkehrsflächen natürlich, aber auch die Möglichkeit, dass ich weniger Geräte brauche, weil natürlich die Geräte unter den Hallen beliebig austauschbar und verwendbar sind, ohne den Turnbetrieb in einer andern Teilhalle zu stören. Das ist gar keine Frage, dass eine gewisse Organisation dazu gehört, aber wie gesagt, wir bewegen uns durchaus im Bereich der Quadratmeter, sie werden sich das sicher angesehen haben, die notwendig sind. Ich sehe kein wirkliches Problem, die Sache zu organisieren. Ich sehe, wie ich schon gesagt habe, eher einen Vorteil darin, dass man da unheimlich flexibel ist und dass ich mit der Möglichkeit, dass ich da das Möbellager z. B. daneben habe und wenn ich draußen die Bestuhlung habe, dann ist das Möbellager frei. Jetzt habe ich eine Großveranstaltung, dann nehme ich das Möbellager, das dann frei ist, her, damit ich ein paar Turngeräte dann hinein gebe. Ich gebe eines zu, wir haben gespart wo es geht, gar keine Frage. Wir haben jeden Zentimeter umgedreht, ob wir ihn nicht weglassen können. Das gebe ich zu.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Gibt es an den Arch. Schmid noch eine Frage? Herr Hack bitte.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:
Der Bautyp, der Aufgang von der Tiefgarage zur Kassa, wie sieht das aus?

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:

Wir haben im vorherigen Projekt einen Aufgang direkt in das Foyer gehabt. D. h. aber, dass ich unten einen Schleusenraum einrichten muss, weil ich darf von der Garage nicht direkt in das Foyer hineinkommen, ich brauche eine zusätzlich Treppe und, und, und. Auch das, auch wenn es nicht viel ausmacht, ist dem Rotstift zum Opfer gefallen. Die Tiefgarage ist nur von außen zugänglich, derzeit. Hinten gibt es eine Treppe, die gibt es sehr wohl noch, die wird aber im Normalfall, aus organisatorischen Gründen für den Besucher nicht benützbar sein. Das ist also eher, damit der Hausmeister zu seiner Technik kommt. Wir haben aber eh zuerst darüber gesprochen, dasselbe gilt natürlich für den Lift. Machbar ist es. Ich verliere halt wieder ungefähr drei Stellplätze, weil ich die Treppe unterbringen muss. Im Foyer würde es mir kaum Fläche wegnehmen, weil ich die genau unter einer der Treppen, die in die Galerie führt, anordnen kann. Also, Problem wäre es keines, wir haben es einfach auch nur dem Rotstift geopfert.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:
Die Kletterwand geht sich aus?

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
Die Kletterwand ist ein eigenes Thema. Und zwar gibt es keine wirklichen Richtlinien für die Kletterwand. Wünschen würde sich jeder eine Kletterwand von 12 m Höhe. Die derzeitige Kletterwand hat, glaube ich, 5,30 m. Wir bringen selbstverständlich die Kletterwand mit unseren 7,70 m bis auf diese Höhe unter und mit ein paar Kunsttricks noch die 2 m irgendwas, die wir also in das Tragwerk reinklettern könnte. D. h., wir bringen ungefähr 9,5 m Kletterwand unter, von der Höhe her. Es hat Vorschläge gegeben, wir haben darüber diskutiert, praktisch ein Loch hinunter in die Tiefgarage zu machen, das kostet aber alles Geld.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:
Und wo kann man die Matten hingeben?

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
Für die Matten haben wir einen kleinen Abstellraum hinter den WC’s, den haben wir eh vorher schon gehabt, nur war er vorher wesentlich größer. Jetzt haben wir ihn reduziert. Wobei ich dazu sagen muss, das Thema Kletterwand ist ausgiebig diskutiert worden. Wir kennen ein paar Beispiele in Tirol, wo die Kletterwand in einer Halle drinnen ist. Dann fällt halt die Halle in der Zeit, wenn geklettert wird, weg. Ich könnte natürlich auch argumentieren, dass ich sage, okay, wenn dort Volleyball gespielt wird, kann ich auch nicht Tennis spielen. Die Kletterwand, wie gesagt, ist in der Höhe natürlich nicht mehr möglich, höchstens man betreibt wieder einen rohen, baulichen Aufwand. Aber mit 9 m glaube ich fährt man auch noch recht gut.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Der Herr Kupfer hat noch eine Frage.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Ich möchte noch einmal auf die Behinderten zurückkommen, um es auch zu präzisieren. Behinderte können nicht von der Tiefgarage hinauffahren. Behinderte können auch nicht zu den Sitzplätze im ersten Stock.

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
Oh ja, können sie schon, aber nicht auf einfachem Wege, sage ich einmal ganz ehrlich. Es wäre sonst notwendig zwei Lifte zu machen. Nachdem wir im Grundkonzept die klare Trennung Zuschauer und Sportler eigentlich drinnen haben, haben wir gesagt, wir legen den Lift nach hinten, damit der behinderte Sportler das optimal nutzen kann. Ich könnte natürlich über den Lift auch hoch und über die Stehtribüne zu den oberen Tribünen.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Das ist schwierig.

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
Nein, das ist nicht schwierig, es ist umständlich, das schon.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Aber behindertengerecht ist die Halle schon.

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
Behindertengerecht ist sie.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Es geht ja darum, dass sie behindertengerecht ist.

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
Das ist sie sowieso, weil ich kann die Behinderten in den untersten Rängen auch hinsetzen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Der Herr Mayrhofer hat noch eine Frage.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Herr Arch. Schmid, sie haben gesagt, 3.000 Leute gehen bei einer großen Veranstaltung hinein. Wie können sie sich als Praktiker, und sie sind ja ein Praktiker, die Versorgung von 3.000 Leuten, mit dieser Gastronomie, mit dieser Enge des Foyers, vorstellen?

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
Ganz einfach, gar nicht. Die Gastronomie ist nicht in der Lage, 3.000 Leute zu versorgen. Da muss ich ganz etwas anderes hinbauen. Die Gastronomie funktioniert dann, wenn ich sage ich habe eine Veranstaltung wo ich eine Bestuhlung mit Tischen im Parkett habe und das erscheint mir auch sinnvoll. Wenn sie jetzt sagen oder der Gemeinderat beschließt, wir wollen 3.000 Leute dort versorgen mit einem Catering, dann ist es machbar. Ich muss nur andere Dimensionen ansetzen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Gehen wir von einer Pause aus, nicht vom Essen, sondern alleine, dass jeder in der Pause bei einer Sportveranstaltung ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Da gehen sie mit den „Körberln“ herum. Waren sie schon einmal im Stadion?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
... einen Durst hat und auch einmal sein Bier trinken möchte.

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
Die kleine Gastronomie vorne kennen sie ja, die Satellitenküche, das Catering kennen sie auch. Wir haben uns zusätzlich überlegt, dass es wahrscheinlich sinnvoll erscheint, nachdem das Foyer noch immer ein Raum ist der nutzbar ist, dass man dort zusätzlich eine Kiosk aufstellt, wenn der Bedarf da ist, dass ich sage, jetzt will ich für 2.000 oder 2.500 Leute das vorsehen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Aber eines muss man dazu sagen, die große Gastronomie wäre bei der anderen Halle auch nicht gegangen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Aber da war es berücksichtigt.

Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

ARCHITEKT DI GERHARD SCHMID:
Nein, das wäre beim großen Projekt auch nicht gegangen. Ich kann nicht mehr machen, als wie an Vorgaben hinplanen oder versuchen mit meiner Planung die gesteckten Ziele und Vorgaben bestmöglichst zu erfüllen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Hat an den Arch. Schmid noch jemand eine Frage? Dann möchte ich mich ganz herzlich bei ihnen bedanken und auch bei ihnen, Herr Arch. Leitner, für die ausführliche Präsentation, für die viele Fragestellung, die sie beantwortet haben, möchte ich mich ganz herzlich bedanken. Ich glaube, wir machen jetzt eine Pause, bevor wir vom Gemeinderat her in die Diskussion einsteigen. In der Zwischenzeit kann abgebaut werden.

PAUSE VON 20.36 UHR BIS 21.05 UHR

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Meine Damen und Herren, wir eröffnen nunmehr die Debatte über diesen Tagesordnungspunkt. Alles was bisher war, war Information und Antragstellung. Erster Debattenredner ist Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Der Ordner eines jeden Gemeinderatsmitgliedes bzw. Stadtsenatsmitgliedes bezüglich Bezirkssporthalle hat schon eine große Dimension angenommen und es ist noch immer nicht der Spatenstich erfolgt. Wir haben hier einen dreistufigen Plan gehabt. Wir haben zuerst einmal die Ausschreibung nach Prof. Breitling gemacht, wir haben dann das Wettbewerbsprojekt und wir haben das jetzige Projekt. Bei den Ausschreibungen vom Prof. Breitling war ja damals geplant, eine Sporthalle nach ÖNORM 2608 zu machen. Die ÖNORM 2608 sagt ganz genau welche Maße und welche Umfeldbedingungen so eine Halle haben muss, und die Förderungsbedingungen des Landes halten sich an diese ÖNORM. Hier wird auch genau festgehalten welche Höhe förderungswürdig ist. Förderungswürdig ist eben hier eine 7,5 m Halle bzw. in dieser Aufstellung gibt es nur eine Sportart, die eine höhere Höhe bedarf, das ist Tennis mit 9,0 m für internationale Hallenveranstaltungen. Es ist auch interessant, welche Kriterien für die Standortauswahl und die -lage war. Ich ganz besonders habe die Standortauswahl kritisiert, weil meines Erachtens die Standortauswahl nicht geglückt ist, weil hier genau festgehalten wird, Vermeidung der unmittelbaren Nachbarschaft von Ruhezonen z. B. von Krankenhäusern, nichts anderes ist natürlich ein Altenheim. In den Ausschreibungsbedingungen von Prof. Breitling steht auch neben den Bedingungen der ÖNORM, die einzuhalten sind, dass Umkleidekabinen, Wasch- und Duschräume für Schüler und Sportler vorhanden sein müssen. Ich glaube, das ist unbestritten. Dann ein kleiner Sitzungssaal für Seminare und Vereine vermietbar, das ist dann nicht mehr enthalten, ein Restaurant, ein Foyer mit Büffet, ferner eine leistungsfähige Küche für Restaurant und Büffet, ferner ein Möbellager, Büros und eine Hausmeisterwohnung. Über den Stellplatzbedarf haben wir uns schon unterhalten. Es ist die grundsätzliche Frage zu stellen, auch nach dem angesprochenen Standort und Prof. Breitling hat damals gesagt, die oberste Priorität hat eben das Kasernengelände, die BBC-Gründe und dann der Steyrer Markt an dritter Stelle und an vierter Stelle die ATV-Halle. Aber er hat gesagt, er tritt für eine Wahl auf dem Tabor ein. Es haben sich alle, sowohl eingeladene Architekten, als auch die Mitglieder der Jury, sehr viel Mühe gemacht, hier diesen Wettbewerb zu begleiten und zu verfolgen. Es ist dann ein Siegerprojekt gekürt worden, bei auch inhaltlicher guter Diskussion. Aber was gröblichst verabsäumt worden ist, das ist von vornherein die Rahmenbedingungen festzuschreiben, nach welchen Kriterien gefördert werden kann und nach welchen Kriterien keine Förderung kommt. Es ist nicht richtig, wie im Stadtsenat behauptet worden wäre, dass das Land rechtzeitig informiert worden wäre. Nämlich das Land ist erst nach Ende dieses Wettbewerbes informiert worden, bis dass das Siegerprojekt schon festgestanden ist, und dann erst hat man das fertige Siegerprojekt dem Land vorgelegt. Im StS hat es überhaupt sehr, sehr interessante und sehr widersprüchliche Aussagen gegeben, die teilweise nur aus sachlicher Unkenntnis stammen können bzw. will man Informationen zurückhalten, andere Erklärungen habe ich dafür nicht. Wenn so ein

wichtiges Projekt für die Stadt Steyr, so ein teures Projekt für die Stadt Steyr nicht richtig läuft, und es ist seit drei Wochen hier im Hause bekannt, dann kann man nicht von Zusammenarbeit sprechen und zwei Minuten vor Beginn einer StS-Sitzung einen geänderten, fix und fertigen Abänderungsantrag einbringen. Das ist eine Zumutung für alle StS-Mitglieder und es ist auch eine Zumutung für die GR-Mitglieder, hier und heute über eine abgespeckte Variante zu sprechen, zu diskutieren und abzustimmen. Ich erkenne die Bemühungen des Herrn Arch. Schmid an. Er hat einen Auftrag gehabt und es ist legitim, dass er das auch macht und es ist auch richtig so. Ich möchte ihm auch keine Schuld zuweisen. Es ist hier im Hause passiert, dass die Rahmenbedingungen nicht rechtzeitig an alle verteilt worden sind, dass sich alle Beteiligten an diese zu halten haben. Es ist hier im StS gesagt worden, dass es hier um eine schmerzhafte Entwicklung geht. Na, die Entwicklung ist sehr, sehr schmerzhaft. Gerade unter dem Aspekt, dass wir heute noch später am Abend ein anderes Projekt, die Rederbrücke, begutachten dürfen, wo auch Querereien dann plötzlich ein besseres Projekt finanziert werden soll. Hier wollen wir von einem besseren Projekt auf ein sparsameres Projekt übergehen, ich sage nicht schlechteres Projekt, wobei die Funktionalität, wie wir heute gesehen haben, nicht in allen Bereichen gegeben ist. Es ist im StS gesagt worden, dass die Sitzplätze von 1.300 auf 1.000 reduziert werden sollen, heute hat es geheißen, sie werden um 400 reduziert. Es ist richtig gesagt worden, dass die Hausmeisterwohnung wegfällt, es ist richtig gesagt worden, dass die Seminarräumlichkeiten wegfallen. Alles andere ist aber weggelassen worden, entscheidende Dinge wie der Regieraum und die Zeitnehmereinrichtung. Ich kann mir unmöglich eine zeitgemäße Halle ohne eine ordentliche Regiebegleitung vorstellen. Es ist auch nicht erzählt worden oder nicht bekannt gegeben worden, dass eine Erschließungsachse wegfällt. Es ist auch nicht von einem verkleinertem Foyer gesprochen worden. Und was ich auch als ganz gravierenden Nachteil ansehe, ist eben die Parksituation und insbesondere auch, dass das Parkhaus nur von außen erreichbar ist. Also, wenn wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das heute bestimmen und dieses Projekt in Auftrag geben, dann haben wir wirklich eine Bezirkssporthalle. Wir können dann dort raufschreiben „Provinzsporthalle“. Ich danke ihnen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Die einzelnen Fragestellungen und Antworten die durch die Präsentation des Herrn Arch. Schmid erfolgt sind, haben mich also restlos überzeugt, dass man diese Bezirkssporthalle nicht einmal mehr als Bezirkssporthalle bezeichnen kann, sondern wirklich nur, und ich habe ursprünglich geglaubt es ist zu hoch gegriffen und übertrieben, es ist eine „Schmalspurhalle“. Es ist wirklich alles weggestrichen worden was man wegstreichen kann und wenn sie sich bitte überlegen, es ist ja heute gekommen, 40 bis 50 Jahre soll die Nutzungsdauer dieser Halle sein. Wir bauen sie aber so, dass sie im Prinzip ja jetzt schon nicht einmal den Anforderungen gerecht werden kann. Nur ein paar ganz wenige Punkte: Der Regieraum, den es nicht gibt, es gibt keinen direkten Aufgang von der Tiefgarage zum Foyer. Da ist etwas, was man sich heutzutage eigentlich nicht mehr vorstellen kann, dass man so etwas macht. Es ist dann eine Verwirklichung eines Projektes im Stil der 70iger Jahre, dass ich halt dann mobile WC’s brauche, wenn ich Großveranstaltungen mache oder mobile Garderoben für Großveranstaltungen machen muss, dass ich keine ausreichenden Lagerräume habe, kein Catering usw. Das ist doch ein Wahnsinn. Da kann ich doch nicht so einen Beschluss fassen, für eine neue Halle, die zukunftsweisend sein soll, mit der man wirklich 40 bis 50 Jahre auskommt und mache dann eine Schmalspurvariante von dem jeden hier herinnen inzwischen klar sein muss, dass das nicht funktionieren kann. Das haben die einzelnen Wortmeldungen und Antworten auch gezeigt. Das ist dem Arch. Schmid kein Vorwurf daraus zu machen, sondern wenn ich natürlich aus einer Halle alles wegschneide, was ursprünglich als sehr wichtig empfunden war, und ich darf sie nur daran erinnern, dass sich alle Fraktionen, meines Wissens, ursprünglich, wie es um den Architektenwettbewerb gegangen ist, bei den Kriterien einig waren, das sind unsere Voraussetzungen, das brauchen wir. Jetzt auf einmal brauchen wir sie nicht mehr? Jetzt brauchen wir kein Catering mehr? Jetzt brauchen wir

keine Lagerräumlichkeiten mehr? Wir haben heute gehört, wir brauchen ja gar keine Veranstaltung für 3.000 Leute, so viel kommen ja eh nicht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Da haben sie nicht aufgepasst!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Ich habe sehr wohl aufgepasst. Dass im Prinzip auch ihnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, und den Gemeinderäten der SPÖ möglicherweise oder dem Herrn Sportstadtrat, nicht ganz so wohl ist bei dieser Geschichte, zeigt ja eine Tatsache, es zeigt der Akt. Wenn sie sich anschauen, am 15. Juni hat es einen Amtsbericht über die Generalplanerleistung gegeben. Damals war noch die Rede von den 129 Millionen Schilling, plus dann noch die Honorarkosten. Wenige Tage später, 26. Juni, gibt es plötzlich einen Amtsbericht wo das Ganze auf 89 Millionen runtergekürzt ist. Ohne Begründung. Wenn sie diese zwei Amtsberichte nicht genau lesen, dann glauben sie, es hat sich eh nichts verändert. Es wird nicht einmal erwähnt, dass es zu einer Kürzung von 40 Millionen gekommen ist. 40 Millionen werden nicht einmal erwähnt, geschweige denn begründet. Gar nichts, es steht nur die Summe da. Ich habe mir dann den Akt angesehen, weil ich mir gedacht habe, zumindest finde ich vielleicht im Akt irgendwo eine Hinweis darauf, was hat sich an dem Projekt verändert. Bis 2. Juli, und da habe ich mir den Akt angesehen, war gar nichts drinnen. Da war nur der Amtsbericht vom 15. Juni, der Amtsbericht vom 26. Juni und die Änderung des Honorars vom Arch. Schmid drinnen. Aber keine Projektänderung, was tatsächlich geändert worden ist, nichts, obwohl der vollständige Akt an sich vorhanden sein hätte müssen. Dann ist irgendwie schon ganz klar, dass man kein so gutes Gewissen hat, weil sonst könnte man das ja alles zum Akt dazulegen. Wenn der Arch. Schmid heute sagt, dass es ja bereits vor drei Wochen, mehr oder weniger, die Krisensitzung gegeben hat und er angefangen hat zu planen, dann wäre es sicherlich möglich gewesen, auch diese Änderungen im Akt irgendwo zu vermerken. Aber das ist nicht passiert. Wenn ich mir heute so die Plauderstunde vom Kollegen Bremm anhöre, ich finde das ja ganz nett und auch nachvollziehbar, nur ich habe mich dann gefragt, ob wir von zwei verschiedenen Bundesländern reden. Weil was sie so von Vorgängen vom Land OÖ erzählt habe, da habe ich mir gedacht, ich habe mit dem falschen Bundesland telefoniert, vielleicht mit der Steiermark, Burgenland oder Kärnten. Dort habe ich zumindest ein bisschen eine andere Auskunft bekommen, nämlich unter anderem ...

STADTRAT GERHARD BREMM:
Vielleicht?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Vielleicht, weiß ich nicht - ... weil unter anderem mir mitgeteilt worden ist, dass es noch überhaupt keine Überprüfung der Projektkosten gegeben hat seitens des Landes, zumindest nicht bis zum 2. Juni, dass das aber gar nicht die Rede sein kann, dass aufgrund von Landesvorgaben man jetzt diese 40 Millionen-Kürzung vornehmen hat müssen, weil da überhaupt noch keine tieferen Gespräche geführt worden sind. Wenn es tatsächlich so gewesen wäre, dann frage ich mich auch, wo finden alle diese Verhandlungen ihren Vermerk im Akt? Da gibt es nicht einmal einen Aktenvermerk, keinen Schriftverkehr, gar nichts. Ist da nie etwas festgehalten worden? Das frage ich mich schon, sehr geehrter Herr Kollege Bremm. Ich denke mir, wir würden uns heute wahrscheinlich einen großen Dienst erweisen, wenn wir diese Sporthalle oder diese Schmalspurvariante nicht umsetzen, sondern einen Weg vielleicht versuchen, auch mit diesen Geldmitteln vielleicht etwas Sinnvolleres zu planen oder Alternativen zu überlegen, weil in der Variante kann es das nicht sein. Vor allem, denke ich mir, ist es auch nicht mehr die Variante, die den Architektenwettbewerb gewonnen hat.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr. Wer wünscht weiter das Wort? Herr Kollege Eichhübl bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Nachdem ich auch bei der längst andauernden StS-Sitzung anwesend war, die ja nicht zuletzt deswegen so lange gedauert hat, weil ein geänderter Antrag auf dem Tisch vor uns gelegen ist, von dem jetzt einige Vorredner gesprochen haben. Ich kann nur das bestätigen was der Kollege Bremm einleitend gesagt hat, dass das, was sich heute hier abspielt, die Fortsetzung einer Diskussion ist, die sich bereits im Stadtsenat abgespielt oder abgezeichnet hat. An sich, meine sehr geehrten Damen und Herren, müsste man ja in Jubel und Freude ausbrechen, wenn ich daran denke, dass der Herr Kollege Bremm, als zuständiger Referent, im StS dort so sinngemäß erklärt hat, es hat sich an und für sich gar nicht recht viel geändert, der Antrag ist gleich geblieben und sozusagen man kann dieser geänderten Vorlage ruhig zustimmen. Daher habe ich dann auch gefragt, es ist aber schon interessant, wenn sich um 40 Millionen Schilling nicht recht viel geändert hat, dann frage ich mich ja wirklich, warum hat man das nicht gleich um 40 Millionen Schilling billiger gemacht, wenn man dasselbe bekommt wie um den höheren Betrag. Das ist ja wirklich so, wenn der Kollege Bremm heute noch um 10 Minuten länger geredet hätte, dann hätten wir um 30 Millionen Schilling eine Fünffach-Sporthalle bekommen, die vorher 200 Millionen Schilling gekostet hätte. Wissen sie, meine Damen und Herren, das ist genau das, was ja furchtbar einfach gewesen wäre, auf politischer Ebene einen Konsens herbeizuführen. Es ist ja wirklich erkennbar gewesen, und das hat ja auch die Wortmeldung der Länge nach im Stadtsenat und die heutige Wortmeldung vom Kollegen Bremm bewiesen, dass ja etwas passiert ist. Es kann doch bitte überall etwas passieren, aber dann soll man halt sagen, es hat sich etwas geändert, wir haben also ein Jahr lang umsonst an einem Projekt gearbeitet, wir haben Erwartungshaltungen geweckt, die weit über die Grenzen des Stadtsenates und der Gremien hinaus ihre Wirkung gezeigt haben, nämlich bei der Bevölkerung, es ist halt mit den Förderungen nicht so gegangen, wie wir uns das vorgestellt haben, reden wir darüber. Man hätte eigentlich diese riesengroße Diskussion und auch die Aufregung zumindest reduzieren können. Aber das ist halt leider nicht geschehen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist ja an sich der eine Aspekt. Der zweite Aspekt ist der, dass, und darauf hat der Herr Vzbgm. Dr. Pfeil bereits hingewiesen, ja sie eh selber das Problem jetzt haben von einer Mehrheitsfraktion, dass sie einen zweifachen Erklärungsbedarf haben. Einerseits was den Standort betrifft und andererseits, was die Sparvariante einer großangekündigten Mehrfachsporthalle betrifft. Sie haben eh selber das Problem. Darum müssen sie sich jetzt eben kümmern, wobei, wie gesagt, es uns wirklich schwer gemacht wird, auf politischer Ebene, einen Konsens zu finden. Der Herr Arch. Schmid hat ja ein Glück gehabt, dass er vor drei Tagen bereits informiert worden ist, dass er heute hier einen Vortrag zu halten hat. Also, uns ist es leider nicht so gut gegangen. Wir haben eine Minute vor der Sitzung, oder zumindest während der Sitzung, ein Blatt Papier vorgefunden. Wie gesagt, so stellt sich die...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Nein, im Stadtsenat.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Ja, im Stadtsenat.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Einen Plan.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Wir haben an und für sich einen geänderten Amtsbericht dort gehabt, wo also die Ausgangslage die war, dass sich um 40 Millionen Schilling nicht recht viel geändert hat.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Einen Plan hast du gehabt.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Herr Bürgermeister, bitte schön, das ist glaube ich ja Ausgangslage einer Beschlussfassung und nicht der Plan, sondern der Amtsbericht war entscheidend.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Ja, aber der Baudirektor und der Arch. Lutz haben schon den Plan erläutert.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Ja, das ist in Ordnung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Das zu verschweigen halte ich einfach nicht für seriös.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Herr Bürgermeister schauen sie, jetzt werde ich schon bald per Sie, nachdem wir so eine strenge Diskussion haben, aber es ist schon eines interessant und das habe ich auch dort in der StS-Sitzung gesagt, ...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Aber zuerst haben wir schon nachfragen müssen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
... was mir auch nicht gefällt ist das, wenn auf politischer Ebene was daneben geht, bitte schön, dann soll man halt sagen man hat eben eine Fehlhandlung begangen, um das grob zu sagen, aber man soll es halt nicht dauernd auf die Beamten abschieben. Mir geht es ja gar nicht darum, und das sage ich auch sehr deutlich, jetzt irgendeinen Beamten eine Vorwurf zu machen oder dem Herrn Arch. einen Vorwurf zu machen. Ja bitte, das sind ja die politischen Vorgaben gewesen, dass man eine gewisse Grundvorstellung einer Mehrfachsporthalle gehabt hat. Das ist ja doch für mich völlig klar. Ich glaube auch, ohne dass ich mich da näher erkundigt habe, dass es relativ einfach gewesen wäre, die Grundförderungszusagen vorher abzufragen.

STADTRAT GERHARD BREMM:
Dann wäre es gut, wenn du dich vorher erkundigst.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Kollege Bremm, bitte schön, wenn ich heute ein Haus baue, wie mache ich das? Gehe ich da vorher zum Architekten und sage, planen sie mir ein Haus um 10 Millionen Schilling, ich weiß aber, ich habe nur drei Millionen, weil ich damit rechne sieben Millionen bezahlt eh das Land. Da werde ich wahrscheinlich schon vorher schauen, wie viel Geld ich mir tatsächlich selbst leisten kann, in dem Fall, wie viel ich mir aus der Stadtkasse für eine derartiges Projekt herausnehmen kann um nicht andere Projekte hintanzuhalten, und wie viel bekomme ich Förderung. Das glaube ich auch, dass das relativ einfach möglich gewesen wäre. Herr Bürgermeister, ja natürlich, das weiß ich ja, das hat sich auch bei der Diskussion rund um die Sanierung des Hallenbades gezeigt, dass dort und da im Detail an der Schraube gedreht wird, was förderungswürdig ist und was nicht. Ich erinnere ja nur daran, dass man z. B. diese Umsetzung der Solaranlage auf das Haus, auf das Dach, also der Halle halt, gesagt hat, das sind 7 Millionen Schilling, die subventionieren wir nicht. Aber eine Grundsubvention, Herr Bürgermeister, ist ja in der Regel bei Bauwerken wirklich von der Größenordnung abhängig. Da hätte man es sich, glaube ich, schon einfacher machen können und hätte sich vor allen Dingen dieses lange Prozedere erspart. Ich selbst war auch dabei, als dort unter vielen Projekten eines ausgewählt wurde, nämlich das vom Herrn Schmid, ich war auch dafür, und wie gesagt, noch einmal, man hätte sich das auf politischer Ebene, wenn man die Bereitschaft gezeigt hätte mit anderen Fraktionen zu reden, wesentlich einfacher machen können. Vor dem Stand der Dinge stehen wir, ich bin nur neugierig, was bei dieser Abstimmung herauskommen wird. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Jetzt melde ich mich einmal zu Wort.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ich erteile dem Bürgermeister das Wort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Meine sehr geehrten Damen und Herren. Die Entwicklung eines großen Projektes in unserer Stadt ist immer sehr bemerkenswert und schwierig, findet auf verschlungenen Wegen statt, viele Debatten werden abgeführt, lichtvolle Ausführungen werden gemacht. Die Projekte haben bei uns die Neigung, dass sie bei jeder Zusammenkunft der Experten um 5 bis 10 Millionen Schilling teurer werden. Wünsche werden von allen Seiten geäußert. Jeder der sagt, eigentlich sollte das nicht so teuer werden oder wir können uns das nicht leisten, kommt ohnehin ins Eck. Es trifft auch zu, dass fast alle unsere Projekte, die wir im Schoße der Stadt alleine machen, beträchtlich teurer werden. Es soll mir einer sagen, mit wenigen Ausnahmen die es vielleicht gibt, weil man irgendwann einmal was zu großzügig kalkuliert oder geplant hat, mir fällt im Moment nichts ein, dass wir einmal so einen Preis unterschreiten. Es wird fast alles teurer. Es wird auch im Zuge der Entwicklung immer noch Zusätzliches hineingepackt. Offenbar liegt das in der Natur der Sache. Seit dem Jahre 1992 verfolge ich das Projekt, seinerzeit als Sportreferent. Im Jahr 1992 habe ich beim Land OÖ den Bedarf einer Bezirkssporthalle schriftlich angemeldet und bemühe mich seit dem um dieses Projekt. Mit welcher Leichtfertigkeit diskutiert wird, tut mir in der Seele weh, wenn es wirklich um die Realisierung geht. Ich bin überzeugt, dass im Jahr 1992 sich sehr wenige mit dem Projekt überhaupt beschäftigt haben, schon gar nicht haben sie sich vorstellen können welche Dimensionen das hat. Aber wir haben schon gewusst, wie Bezirkssporthallen aussehen. Es war recht interessant, im Zuge des Vortrages vom Herrn Arch. Schmid, so eine Bezirkssporthalle von außen und von innen zu sehen. So wie die Schärdinger Halle aussieht, schauen andere aus. Die in Kremsmünster, wo wir sehr oft vorbei fahren oder die jetzt, die in Kirchdorf gebaut wird, wird so ähnlich aussehen. Es ist auch bemerkenswert, dass in der Lokalzeitung dieser Woche, Lokalnachrichten, für unseren Raum so quasi auf einer Seite zuerst steht „Schlamassel mit Steyrer Sporthalle“. Schlamassel, dann Aufzählung was alles ist, es werden einige Herren aus unserem Kreise zitiert. Darunter sieht man ein außerordentlich freundliches Bild. Der Herr LH Fill, der Herr LR Acker und der Herr Bürgermeister Kaineder aus Kirchdorf und unser Bürgermeister aus Micheldorf und Abgeordneter, die machen dort einen Spatenstich. Es steht im Text - „Die Kirchdorfer sind viel weiter. Sie sind sich so schön einig, sie machen jetzt die Bezirkssporthalle. Ein herrliches Bauwerk, wunderbar, alles in Ordnung. Der Herr Arch. Riepl preist sein Projekt, das wird auch 1:1 übernommen.“ Die Bezirkssporthalle in Kirchdorf kostet 56 Millionen. Das ist auch das, was uns süffisant der Herr Landessportdirektor immer sagt, was eine Bezirkssporthalle kostet. Wir haben als Arbeitstitel auch Bezirkssporthalle gesagt, haben aber auch gesagt, dass sie für den Kulturbereich und für Großveranstaltungen geeignet sein muss. Das ist unser Anspruch gewesen. Jetzt stellen wir halt fest, dass eine Halle, eine Bezirkssporthalle, eine Dreifachturnhalle, eine Sport- und Kulturhalle, die den doppelten Preis kostet, als die in Kirchdorf, in Kirchdorf ein Erfolg ist, da freuen sich die Mandatare und wahrscheinlich auch die Sportler und die Kulturschaffenden und genau die doppelt so teure Halle ist in Steyr sicher jetzt schon ein Misserfolg. Wir haben eine Debatte die bemerkenswert ist. Es freut sich niemand mehr, dass wir dieser Realisierung so nahe gekommen sind. Wir führen momentan eine Debatte, wie man das Projekt ziemlich hinausschieben kann, wenn nicht verhindern, was vielleicht noch besser wäre, obwohl wir, und das ist uns auch allen bekannt, und war auch ein Grund, warum wir so auf das Tempo gedrückt haben, wissen, dass die Heizung in unserer alten Sporthalle, die wirklich am Ende ihres Funktionszyklusses ist, die einmal als eine Reithalle begründet wurde, in längst vergangenen Zeiten, ich weiß gar nicht mehr genau wann, die auch als Autobusgarage gedient hat und nunmehr seit, jedenfalls habe ich noch Hallenhandball gespielt und ich war 30 und da hat es vorher schon die Halle gegeben, also, mit 30 habe ich aufgehört, da habe ich vorher noch ein, zwei Jahre da drinnen gespielt, also das ist mindestens 31 oder 32 Jahre aus, seit es diese Halle gibt. Sie ist also am Ende und wir brauchen einen Ersatz. Selbst das Land OÖ, nicht gerade geneigt in Steyr große Werke zu verrichten, aber das ist auch nichts Neues, das machen sie ja schon lange, überhaupt bei Verkehrsangelegenheiten und solche Dinge mehr, aber das haben sie erkannt, dass in Steyr eine Bezirkssporthalle wahrscheinlich notwendig ist. Aber jetzt können uns wir nicht einigen, wie denn das Ding ausschauen soll. Die ursprüngliche Variante mit 142 Millionen, ohne Grundkosten, das muss man dazu sagen, die Grundkosten sind nicht dabei, den Vorplatz müssen wir in irgendeiner Form noch erwerben, das wird

auch einige Millionen kosten, ja, die hat halt aufgrund dieser Förderkulissen des Landes nicht recht gute Realisierungschancen. Sie sagen, ja, schön ist sie schon, ihr könnt sie auch bauen, aber fördern tun wir so wie in Kremsmünster oder so. Wie viel ist das, fragen wir. Dann sagen sie, 3 Millionen Schilling. Drei Millionen! In unserem Finanzierungsplan ist 15 oder irgend so etwas gestanden. Na ja, weil wir nicht die Burschen sind und weil sie uns mögen und weil der Anspruch von Steyr gegenüber Kremsmünster, Braunau oder Schärding, der höhere Anspruch im Prinzip akzeptiert wird, können sie sich schon vorstellen, dass sie vielleicht 70 Millionen kostet, von Parkplätzen, die noch einmal 24 Millionen oder irgend so etwas in der Gegend kosten, ohnehin keine Rede. Also 70 ohne Parkplätze. Das wäre etwas, was sie sich vorstellen könnten und wo hier Aussicht besteht, erfolgreich Förderungs- und Finanzierungsverhandlungen zu führen. Das sagt der Landessportdirektor. Das ist so, wie der Geschäftsbereichsleiter für den Referenten. Er arbeitet dem Herrn Landeshauptmann zu. Der Herr Landeshauptmann ist für diese Halle zuständig, in seiner Eigenschaft als Sportreferent, in seiner Eigenschaft als Kulturreferent, in seiner Eigenschaft als Schulreferent und im übertragenen Sinn in seiner Eigenschaft als Finanzreferent. Sogar für das übrige Referat, das es noch gibt, des Gemeindereferenten Josef Ackerl, weil dort wird auch noch determiniert was gibt das Gemeindereferat oder was muss das Gemeindereferat bezahlen. So schaut das aus. Weil du, lieber Roman, dankbar wie ich dir bin, das Hallenbad angesprochen hast, das war auch kein Ruhmesblatt in der Abwicklung, in unseren Gesprächen und Sitzungen, weil letzten Endes haben wir da auch viele Jahre herumgeeiert und eine Selbstanzeige ist dann gemacht worden und ich hatte die Ehre vom Herrn Landeshauptmann in der Angelegenheit beträchtlich am Schmäh gehalten worden zu sein, weil er gesagt hat, das sei ihm doch noch nie passiert, dass sich eine Gemeinde selbst anzeigt. Das ist doch lustig? Nicht war, so war es. Jedenfalls haben wir ein Projekt gehabt, auch da beschlossen, vor meiner Zeit, da habe ich die Gnade der späteren Geburt, in 1989 wurde ein Projekt beauftragt, Bäderbau Ranshof, ich rufe in Erinnerung, hat 143 Millionen gekostet, welch ein Zufall, dass das ungefähr dasselbe ist, wie jetzt die Halle kostet, die wir da vorliegen gehabt haben. Dann bin ich als junger Sportreferent mit diesem Projekt beim Herrn Landeshauptmann angetreten. Der hat zu mir gesagt, er greift es gar nicht an, nicht einmal mit spitzen Fingern. Ich habe ein halbes Jahr gebraucht und eine günstige Gelegenheit genützt, bei der Eröffnung des Sportheimes in Weyer und einem Seidel Bier, was wir da gemeinsam getrunken haben, er war dort als Landeshauptmann, weil sie auch Förderungen gegeben haben, und ich als Bezirksobmann vom ASKÖ. Da habe ich ihn dann untertänigst gefragt, bei welcher Summe er es angreifen würde. Dann hat er mir gesagt, bei 80 Millionen Schilling vielleicht. Dann haben wir dort genau diese Abspeckpartie gemacht. Ihr werdet euch ja erinnern, einige von euch waren ja schon zugegen. Es war ein Spießrutenlauf. Der Sportdirektor war dreimal in Steyr beim Lokalaugenschein und der Bäderbaubeirat des Landes OÖ auch und die haben gesagt, das muss noch weit billiger gehen, als unsere Bäderbauer vorgelegt haben. Gestritten haben sie miteinander über Monate hinweg. Letzten Endes wissen wir, dass es ungefähr 70 Millionen Schilling gekostet hat. Wir sind jetzt in einer sehr ähnlichen Situation. Ich befürchte, dass wir, wenn wir das Projekt nicht in einer endgültigen Fassung, wobei ich nicht das meine, wie man irgendwelche Biercontainer dort an den richtigen Platz hinbringt und solche Dinge mehr, das ist etwas, was der Herr Architekt sicher im Rahmen gesetzlicher Vorschriften und unter Beiziehung von Küchen- und sonstigen Lebensmittelexperten lösen wird, da habe ich überhaupt keine Angst, aber ich befürchte, wenn wir das nicht hinüberbringen, mit einem Kostenrahmen den die angreifen, dann wird das Projekt stehen. Ich sehe keinen, mit Ausnahme vielleicht den Herrn Mayrhofer, den es aufgrund seines politischen Nahverhältnisses vielleicht möglich sein könnte, dass er den Herrn Landeshauptmann begeistern kann, dass er das große Projekt finanziert. Sollte der Herr Landeshauptmann das tun, werde ich nicht eifersüchtig sein, wenn sie das zusammen bringen, Herr Mayrhofer. Ich werde nicht aufhören sie zu loben und zu preisen, weil ich möchte auch gerne die größte und die schönste Halle. Das möchte ich auch gerne haben, aber ich befürchte, wenn ich das einigermaßen richtig einschätze, dass der Herr LH ungefähr sagen wird, dass uns wir bauen können was wir wollen, nur wir müssen uns das selbst bezahlen. Selbst bei einer vergleichsweisen, großzügigen Förderung, wir haben ja eine 50%ige Förderung in unserem Finanzierungsplan angestrebt, nehmen wir an, wir bekommen 40 Millionen zusammen, vom Bund 15 Millionen für eine Turnhalle und der Rest vom Land, 40 Millionen wenn wir zusammenbringen, dann wird, meine Damen und Herren jetzt ziehe ich einmal einen Aspekt an, der noch nicht so ausführlich beleuchtet wurde, die Neuverschuldung der Stadt alleine aus diesem Titel rund 100 Millionen Schilling betragen.

100 Millionen Schilling Neuverschuldung aus diesem Titel, wenn wir uns das selbst bezahlen müssen. Ich frage euch alle, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man so ein Anhänger des Nulldefizits ist und der nicht vorzunehmenden Neuverschuldung, kann man dann in Verantwortung und bei dieser Funktion in einem Gemeinderat, wo doch Analogieschlüsse im Umgang erlaubt sein müssen, mit den Steuermitteln und den Finanzen, und wenn man weiß, dass in Konkurrenz dazu, letztendlich in Konkurrenz dazu, ein Alten und Pflegeheim, was wir heute beschlossen haben, Gott sei Dank, mit 180 Millionen ungefähr, und da werden wir auch wahrscheinlich aus dem Titel beträchtliche Darlehen aufnehmen müssen, ich kann die genaue Zahl noch nicht schätzen, weil auch dort werden wir nämlich zuerst die Finanzverhandlung wirklich zu Ende führen müssen und auch die Wohnbaudarlehen müssen wir zurückzahlen, ich mache darauf aufmerksam. Ich erwarte nur, dass wir 39 Millionen, wenn der Herr Landesrat Ackerl seine Ankündigung wahr macht, für das Projekt bekommen. 39 Millionen nicht rückzahlbar, aber der Rest wird zurückzuzahlen sein. So schaut das also aus. Über lange Zeiträume allerdings, als Wohnbaudarlehen mit günstigen Zinsen, aber immerhin. Also, da wird wahrscheinlich aus dem Titel auch noch einmal eine Neuverschuldung von rund 100 Millionen resultieren. Ich möchte nicht vergessen auf die Volksschule am Resthof. Wir gehen davon aus, dass die Kosten dafür 60 bis 70 Millionen Schilling sein werden, wenn wir dort eine Mehrzweckhalle dazu machen. Das werden wir wohl machen müssen, dass wir einen Turnsaal und eine Veranstaltungshalle am Resthof dazu machen, wo dort sonst eh nichts ist. Also, setzen wir fort, dass wir die Musikschule gerne haben möchten, dass wir uns angemeldet haben, das fertige Projekt liegt bei der Landesregierung drüben, auch von der Landesmusikschule abgesegnet. Die Kosten dafür sind seinerzeit mit 56 Millionen Schilling angenommen worden, wenn ich das richtig drauf habe. Herr Apfelthaler, sie sitzen ja in dem erlauchten Gremium.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Da sitzt aber auch der Herr Landeshauptmann drinnen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Wir werden auch in diesem Bereich einen Betrag in der Größenordnung von leicht unter 20 Millionen, wenn es gut geht ein Drittel, bezahlen müssen. Natürlich müssen wir die Fachhochschule für den Logistikstudiengang bauen. Da sind wir derzeit dabei, sehr bemüht, überhaupt einmal das Grundstück frei zu bekommen, da werden wir schon einige Millionen hinlegen müssen. Es war auch schon der neue Geschäftsführer da, ein gewisser Dr. Eislmayr, ein netter Mann, aber sie suchen jetzt die Marie im Lande OÖ zusammen, wie man eine Fachhochschule in Wels, in Hagenberg und in Steyr baut, und sie haben die Idee, dass wir da wieder noch 10 Millionen Schilling zahlen müssten, aus vergangenen Zeiten, die nicht gebraucht wurden und die wollen sie uns abnehmen und möglicherweise noch mehr, obwohl es ein Landesprojekt ist. Wenn sie das alles sehen, meine Damen und Herren, dass wir das alles wollen, kein Projekt ist dabei, was nicht einhellig die Zustimmung des hohen Gemeinderates finden würde, und alles zugleich, oder fast zugleich, jedenfalls über einen Zeitraum von 4, 5 Jahren soll das alles gelaufen sein, dann reden wir von einem beträchtlichen Finanzvolumen und einem Finanzierungsvolumen und es wird uns sehr auf die Brust drücken. Wir haben heute einen Rechnungsabschluss genehmigt. Es hat kein Einziger ein erfreutes Wort über diesen positiven Rechnungsabschluss gebraucht. Das geht ziemlich spurlos an uns vorüber. Wir freuen uns, dass wir die Darlehen reduziert haben, deutlich, um 130 Millionen in drei, vier Jahren, dass wir die Rücklagen deutlich aufgestockt haben, auch in einer Größenordnung von etwas mehr als diesen Betrag, und dass wir eigentlich um ein paar 100 Millionen mehr Spielraum haben. Aber wir werden diesen Spielraum auch benötigen, wenn wir diese großen Projekte da anziehen, weil zwischendurch und nebenbei gibt es noch eine Reihe von Wünschen. Ich habe noch gar nicht von der Schwimmschule gesprochen, wo wir wahrscheinlich ein Drittel berappen werden müssen. Ich rede noch nicht davon, dass wir z. B. einmalige Grundstückskäufe, die sich anbieten um hier den Naherholungsbereich zu erschließen, da rede ich z. B. von der Unterhimmler Au, wenn sich die Möglichkeit ergibt, werden wir wohl zugreifen müssen., Da reden wir auch von einer Größenordnung von 20 Millionen oder in der Gegend. So wird das alles sein. Dann, meinen Damen und Herren, stelle ich euch die Frage: „Ist es wirklich so schwierig, einen Planungsauftrag, sage ich einmal, das ist ja noch gar nicht die Ausführung, für eine Sport- und Kulturhalle zu beschließen, die allen sportlichen Anforderungen, die bei uns da sind, mit Ausnahme europäischer Meisterschaften in einer oder zwei

Sportarten, ermöglicht und 1.000 Sitzplätze beim Zusehen gewährleistet, die noch nie da waren?“ Vorige Woche waren Staatsmeisterschaften in Tennis, weil Tennis ist auch angesprochen worden, wisset, dass ungefähr, wenn ich das richtig gehört habe, der Herr Sommer könnte das noch näher beleuchten, an die 1.300 Zuschauer waren, aber in einer Woche, insgesamt, und dass natürlich hier auch bei anderen Sportarten eher nicht diese Obergrenze von 1.000 auch nur annähernd erreicht wird und dass wir im Kulturbetrieb 3.000 Leute hineinbringen. Das könnten wir alles dort tun. Das Land signalisiert uns klipp und klar, dass sie zwar unsere Ansprüche akzeptieren und Abgängen von der Förderung, die sie üblicherweise für Bezirkssporthallen machen, aber einem Projekt überhaupt nicht näher treten können, dass das rund Dreifache kosten soll. Da muss ich euch ganz ehrlich sagen, da tu ich mir schon hart, wenn ich nach Linz zu euren Freunden in der Landesregierung gehe und die uns dort signalisieren, dass wir mit der Vorstellung kein Brot haben, und ihr da in Steyr, ihr sagt, es muss aber das große Projekt sein und bleibt verbissen hinter diesem Projekt. Diesen Fall, wie man den auflöst, das ist mir eigentlich nicht ganz klar, wie man so etwas macht, meine Damen und Herren. Es könnte auch sein, dass ihr bemüht seid, einige von euch, uns Aufgaben zu stellen, die nicht bewältigt werden können. Das soll man aber von mir aus lieber auf Nebenschauplätzen machen und nicht bei so einem Hauptschauplatz wo die Sporthalle am Ende ihres Lebens ist und tausende Sportler darauf warten, dass sie dort hinein können und dort soll man auch große Kulturveranstaltungen machen können; auch die Kultur wartet darauf. Ich halte das für kein besonders geeignetes Beispiel. Ich würde nie sagen, da liegt ein Stein mit 500 Kilo, gehen sie da hin und heben sie den auf, weil ich weiß, sie können den nicht heben. Solche Aufgaben jemanden zu stellen, die nicht lösbar sind, ist nicht in Ordnung. Es wird sie der Bürgermeister Leithenmayr nicht lösen können, es wird sie auch der Vizebürgermeister Forstenlechner nicht lösen können und es wird sie auch der Sportreferent Bremm nicht lösen können und auch nicht der Kulturreferent Spanring. So schaut nämlich das aus. Jetzt bin ich dann neugierig, wer sie löst. Diese Überlegung soll man bitte schon tief drinnen machen und es hat jeder seine Verantwortung wahrzunehmen. Wir sind ganz nahe dabei, dass wir das Ding „daheben“. Wir können es aber auch über das Sommerloch in den Herbst schieben, wir können uns auch ausführlich weiterhin noch ein Jahr über dieses Thema unterhalten, nur wird man dann irgendwann in die alte Sporthalle eine Heizung hinein machen müssen und werden mit dieser dort weiter das Auslangen finden müssen. Bedenkt das alle sehr genau. Leidenschaftliche Diskussionen sind für mich in Ordnung, aber kühlen Verstand zu bewahren und in der Verantwortung für diese Stadt und die Leute zu handeln, ist ein anderes Thema.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Nächster am Wort ist Herr GR Lengauer. Ich gebe den Vorsitz wieder an den Bürgermeister zurück.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:
Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, sehr geehrte Damen und Herren, ich habe keine Lösung. Verantwortliche Männer haben eine Ausschreibung mit Kriterien verfasst. Verantwortliche Männer haben nach diesen Kriterien ein Projekt ausgewählt und wir hatten ein Siegerprojekt. Dann kam dieser Mittwoch. Der Herr Bürgermeister, der Herr Architekt, der Herr Vizebürgermeister und der Herr StR Bremm haben sich bemüht, dieses Siegerprojekt zu erhalten. Sie haben ein Haus in Ästhetik erhalten. Sie haben ein Haus mit einem Habitus moderner Zeit erhalten, ein schönes Gebäude mit zeitgemäßer Gesinnung. So haben wir es zuerst im Vortrag gehört. Meine Frage: „Wo blieben bei dieser Besprechung die Vertreter der Kultur? Wo blieben die Ausschreibungskriterien, die da z. B. bei den funktionellen Lösungen von kultureller Veranstaltung reden oder Großveranstaltungen, interne Funktionen der Neben- und Technikräume, der Seminarräume sowie der bühnentechnischen Ver- und Entsorgung? Wo blieben diese Kriterien?“ Das Aussehen, von außen her, blieb gleich. Nur wenig hat sich geändert, haben wir gehört. Im Sport bleibt das Wesentliche. Auf den Spielflächen hat sich nichts geändert. Bezirkssporthalle, Dreifachhalle, das war der Amtstitel. Wir wissen aber alle immer schon, dass wir etwas mehr wollten als eine Sporthalle. Wir waren immer überzeugt von einer Veranstaltungshalle zu spreche. Wir waren immer überzeugt, eine Veranstaltungshalle zu bekommen und wir haben auch unsere Ausschreibungskriterien nach denen einer Veranstaltungshalle gerichtet.

Nun aber der neue Vorschlag, dieses Schlankprojekt. Die Regieräume sind weg, Lagerräume sind weg, Seminarräume sind weg, Zuschauer vermindert, die Akustik äußerst fraglich und noch viel mehr. Kleine Veranstaltungen sind möglich, da haben wir das alte Theater. Größere Veranstaltungen sind möglich, da haben wir den Stadtsaal. Wir wollen aber mehr. Wir wollen schöne Konzerte, wir wollen große Konzerte. So haben wir es immer gedacht, wenn wir diesen Arbeitstitel gebrauchten. Wir wollen eine Veranstaltungshalle, nicht nur eine nach außen schöne Halle, die kulturelle Veranstaltungen ermöglicht. Ist dieses Schlankprojekt inhaltlich noch das Siegerprojekt? Wir wussten eigentlich immer, dass das Land die Sporthalle fördern wird. Was mehr ist, wussten wir, müssten wir uns anders suchen. Haben wir schon nachgefragt bei der Kultur, was wir für diese Halle bekämen? Wir wollen nichts verhindern, aber wir wollen eine Veranstaltungshalle die wir auch in drei Jahren ansehen können, damit es uns nicht so geht wie mit dem Stadtsaal.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Ich möchte euch bitten, bei großen Konzerten hinzugehen und schauen, wie viele Besucher kommen. Wir werden morgen Gelegenheit haben das große Nationalorchester von Taiwan in Steyr gastieren zu sehen. Ich bitte euch jetzt schon, schaut euch die zahlenden Zuschauer an. Ich hoffe, dass wir uns dort treffen. Ich möchte das nur sagen.

Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren im Gemeinderat. Wenn man sich da herinnen so die Diskussion anhört, dann fragt man sich, wer eigentlich da herinnen hat im Leben immer alles bekommen was er sich gewünscht hat? Ich sehe keinen der aufzeigt.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Sie haben auch nicht gesagt, dass wir aufzeigen sollen.

Gelächter

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Also nehmen wir einmal an Herr StR Eichhübl, dass sie zu jenen gehören, die im Leben alles bekommen haben. So sehen sie auch aus. Also, gibt es sehr viele unter uns, wenn nicht fast alle, die sagen, ich habe mir eigentlich mehr gewünscht und ich habe nur ein bisschen davon bekommen. Es ist durchaus legitim, dass man sich mehr wünscht, dass man ein größeres Projekt einfach anzieht und sagt, das wollen wir haben. Dann gibt es halt verschiedenste Kräfte die sagen, ja, es ist alles sehr schön aber leider, aus diesem und jenem Grund geht es halt leider nicht. Es ist ja auch ganz interessant zu merken, dass ein 98 Millionen Schilling Projekt, das sozusagen die abgespeckte Form dieses Projektes dann schon als Schmalspurprojekt bezeichnet wird. 98 Millionen für ein Schmalspurprojekt ist eine ziemliche mickrige Ausdrucksweise, stelle ich mir vor.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Es geht um Qualität und nicht um Quantität.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Ja, das ist das Stichwort. Danke liebe Frau Kollegin, auf das werde ich zurückkommen. Aber zuerst möchte ich einmal so die Förderungskulisse des Landes und unser Verhältnis zur Stadt betrachten. Also, recht förderlich ist es ja nicht, und das hat auch der Herr Bürgermeister schon angesprochen, wenn die Fraktion, die mehrheitlich auch im Landtag vertreten ist, da auch noch auf das Projekt draufhaut, wo man doch eigentlich vermuten könnte, dass aus einem gewissen Lokalpatriotismus heraus man versucht, auch die Stadt Steyr bei den Überlegungen, auch gegenüber dem Land, ein bisschen schöner dastehen zu lassen. Mir kommt das irgendwie so vor, wie sie seinerzeit den Rudigerdom gebaut haben, den haben sie einen Meter höher gebaut als den Stephansdom und dann

haben die aus Wien gesagt, liebe Freunde, nein, einen Meter herunter und ihr seid dabei. Dann haben sie den Rudigerdom einen Meter kleiner gemacht als den Stephansdom und dann haben sie gesagt, jetzt ist es super. Genau so kommt mir diese Diskussion vor, wenn man dann sagt, Kremsmünster ist super, Kirchdorf ist super. Für sich betrachtet sicherlich, nur wer will denn jetzt mit Kirchdorf vergleichen, wer will denn mit Kremsmünster vergleichen. Wir leben hier in Steyr und wir wünschen uns, Michaela, eine qualitätsvolle Halle. Das denke ich mir soll ja der Sukkurs der Überlegung sein, erstens einmal die Qualität, für den Spieler, für den der dort Sport betreibt, für jenen der dort als Zuschauer dabei ist, ganz egal ob er sich Sport ansieht, ob er sich dort eine kulturelle Veranstaltung gibt. Wenn man schaut um was es sich hierbei dreht, und ich möchte bitte nicht jetzt irgendwelche Diskussion anfangen, was weiß ich, ob der Klodeckel jetzt dort hin passt, ob das Catering dort in Ordnung ist, ob das zu klein oder zu groß ist, dazu bitte haben wir Fachleute und wir dürfen uns bitte nicht über jeden Türknopf unterhalten. Wir sollten uns darüber unterhalten, ob die Qualität für uns ausreichend ist. Da ist die Frage aufgetaucht, hat es einen Sinn ein Zukunftsprojekt, und ich wehre mich dagegen, also ein Zukunftsprojekt, Halle dort oben, immer mit dem Status quo zu vergleichen und zu sagen, wir brauchen doch bitte schön da eh keine internationale Veranstaltung oder wer kommt denn da zu einer kulturellen Veranstaltung, schaut euch an wer meinetwegen am Freitag in den Stadtsaal kommt und das Orchester anhört. Nein bitte, es geht darum, dieses Ding dort oben soll die nächsten 20, 30, 35 Jahre funktionieren und bitte schön wer nach uns kommt, soll damit auch eine Freude haben. Wir können nicht jetzt davon ausgehen, dass jetzt, was weiß ich, beim Fußball die Vorwärts und beim Basketball die und bei denen jene, die ohnehin keine internationale Veranstaltung hier machen wollen in Steyr. Wer weiß, in 10, 15 Jahren ist das möglich und dazu soll diese Halle fähig sein. Wenn ich jetzt davon ausgehe, was ist denn die Voraussetzung, dass ich auch hier, wenn ich schon fast 100 Millionen einsetze, auch zumindest eine internationale Veranstaltung hier her bekomme, was wäre denn die Voraussetzung. Wenn ich das jetzt darauf reduziere, wenn ich von der Liste ausgehe welche Veranstaltungen dann möglich sind, dann haben wir ein paar Sportarten die unter der jetzigen Voraussetzung nicht möglich sind. Jetzt muss ich mich ganz ehrlich fragen, wie viel muss ich einsetzen, damit auch die größeren Veranstaltungen möglich sind. Überraschenderweise höre ich dann, ja wenn wir jetzt die 1 ½ oder 2 ½ Meter hinaufgehen, dass wir ca. auf 10 Meter sind, dann kostet das lächerliche 4 % der Gesamtkosten. Um Gottes Willen meine Damen und Herren, ärgern wir uns jetzt oder diskutieren wir jetzt um 3 oder 3 ½ Millionen. Das Geld ist schon wichtig, aber wenn es daran scheitern sollte, dass ich da keine internationalen Veranstaltungen machen könnte bzw. wenn es daran scheitern sollte, dass ich halt verschiedenen Wege, was weiß ich, durch einen Stapelraum durch, habe, wenn es daran scheitern sollte, dass ich ein paar Parkplätze in der Tiefgarage weniger haben kann. Also ich muss persönlich sagen, aus den Diskussionsvorträgen, wie der Herr Arch. Schmid sein Modell und auch sein abgespecktes Modell dargestellt hat, ich habe es mir aufgeschrieben, aber nervenzerfetzende Dinge waren da an Einwürfen nicht dabei. Interessanterweise, wie er fertig war, haben alle applaudiert.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Na ja, weil er es gut gemacht hat.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Es haben wirklich alle applaudiert. Vielleicht aus Sympathie gegenüber dem Modell Arch. Schmid.

So, natürlich kommt noch die behindertengerecht Ausstattung dazu, aber das sind alles Details, über die wir im Nachhinein vielleicht noch reden können. Es geht hier darum, wahrscheinlich, und das spüre ich ein bisschen, auch die politische Dimension, die hinter diesem Projekt steckt. Wenn wir es nicht öffentlich ausreden wollen, dann haben wir es im Bauch drinnen, dass die Eröffnung wahrscheinlich zu den Wahlen stattfinden wird, zu den neuen Kommunalwahlen. Da muss ich sagen, da bin ich gespannt, wer dort aller eröffnen darf. Ich bin gespannt, wer dann dort steht, obwohl er vielleicht heute nicht mitgestimmt hat. Natürlich gibt es dann Neider. Natürlich gibt es auch welche die sagen, na ja, wieder einmal typisch. Wahrscheinlich so ähnlich wie beim Altenheim Münichholz, das wird halt auch gerade zu der Zeit passend werden.

Gelächter

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Dann haben wir dort oben eine Sporthalle, die wird auch gerade passend werden. Das ist doch was, was eigentlich nicht so im Interesse der einzelnen Fraktionen steht. Aber ganz ehrlich gesagt, haben sie sich jemals die jetzigen Sportmöglichkeiten in Steyr angesehen? Ich habe 10 Jahre oben in der Taborhalle trainiert. Da ist es mir jedes Mal aufgefallen, dass man beim Duschen fast Tempelhüpfen musste, weil jedes Mal der Grind von ganz oben herunter gefallen ist. Jetzt gehen wir her, der Herr Bürgermeister hat es schon gesagt, und tun so, wie wenn sich kein Steyrer Sportler eine Halle wünschen würde, wie wenn jeder Steyrer Sportler mit dem Status quo zufrieden wäre. Wenn das Interesse ja eh gar nicht so groß ist, weil der Cateringraum zu klein ist oder weil die Halle zu niedrig ist oder was weiß ich was, das verstehe ich nicht ganz, ganz ehrlich gesagt.

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:
Das sagt niemand Herr Apfelthaler.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Er will die Kurve kratzen und weiß nicht wie er heraus kommt.

Gelächter

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Also, ihre Meldungen haben mich nicht gekratzt Herr Stadtrat Mayrhofer, also brauche ich auch nicht die Kurve kratzen. Nur von der Logik und der Argumentation her, war es für mich persönlich ein äußerst dünnes Süppchen, das sie hier gekocht haben. Wenn wir hergehen, es ist ja nicht das erste Mal, dass wir über ein Großprojekt streiten, und der Streit ist auch gut, aber wenn es sich an ein paar Punkten aufhängt, was weiß ich, die Hallenhöhe und ein paar Details, dass man ein 100 Millionen Projekt deswegen scheitern lässt und auf den St. Nimmerleinstag verschickt, das ist dann, ehrlich gesagt, schon ein Problem für mich, weil da denke ich mir, da gibt es einige 100, wenn nicht 1.000 Sportler in Steyr, die dringend auf eine Halle warten und nicht verstehen, dass wir uns über Klodeckeln, Zufahrtsmöglichkeiten und Durchgangsmöglichkeiten unterhalten. Entschuldigen sie vielmals, da fehlt mir aber das Verständnis.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Gibt es weitere Wortmeldungen? Kollege Gabath bitte.

GEMEINDERAT WALTER GABATH:
Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren, liebe Gäste. Ich gehe mich sicherlich nicht in Kleinigkeiten aus, Herr Vorsitzender des Prüfungsausschusses, ich frage nach der Veranstaltungshalle, die jahrelang verfolgt wurde. Ich stelle einige Fragen und mache dann einige Feststellungen. Die erste Frage für mich lautet: „Was hat sich die Stadt in der Planung, im Planungsausschuss, im Finanzwesen vorgestellt auszugeben für diese Veranstaltungshalle?“ Ich sage absichtlich nicht Bezirkssporthalle, weil über die diskutieren wir heute. Das ist mir aber zuwenig. Ich frage: „Was wollte die Stadt ausgeben?“ „Was war geplant von Land und Bund?“ Herr Bürgermeister du hast es schon gesagt, ca. 40 Millionen Schilling. Das ist aber rein die Sportseite, vermute ich.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Leider nein.

GEMEINDERAT WALTER GABATH:
Mir kann sicher niemand vorwerfen, dass ich sportabgeneigt bin. Bei der letzten GR-Sitzung habe ich behauptet, ich bin kein Kulturspezialist, aber ich muss wieder in diese Richtung gehen. Jetzt kommen die Feststellungen. Ich war vor drei, vier Wochen mit einer größeren Gruppe Jugendlicher aus Steyr beisammen. Die Jugend hat ein brennendes Verlangen nach einer großen Veranstaltungshalle, nach einem großen Veranstaltungszentrum wo große, in gut Deutsch gesagt, Ivents möglich sind, dass man

heute einen Spitzenstar herbringen kann. Das ist möglich, weil wenn es kleiner Orte als Steyr schaffen, dann wird man es in Steyr auch schaffen. Dann habe ich noch eine Frage: Das Grundstück, wo die Sporthalle ja gebaut wird, gebaut werden soll, ist ja nicht komplett im Besitz der Stadt. Ist das schon gesichert?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Nein, nein, über das verhandeln wir auch noch. Dann kommen die Millionen, das steht noch nicht genau fest, wie viel das ist. Aber ich gehe schon davon aus, dass sind auch noch eine Reihe von Millionen, die sowieso beim Land nicht zur Debatte stehen. Der ganze Vorplatz gehört aber nicht uns. Den müssen wir erwerben. Die Besitzer stellen sich natürlich Steyrer Grundstückspreise in guten Lagen vor.

GEMEINDERAT WALTER GABATH:
Also nicht um S 750,--. Das kann ich mir vorstellen. Dann habe ich noch eine Kritik von meiner Warte aus anzubringen. Letzten Donnerstag war die StS-Sitzung, am Dienstag hatten wir Fraktion. Da haben wir den alten Antrag besprochen und der Baureferent der Stadt Steyr war nicht informiert, dass dieser Antrag schon längst in anderen Verhandlungen ist oder irgendwelche Schwierigkeiten aufgetaucht sind. Zwei Tage später ist er dann genauso wie alle anderen vor der Sitzung konfrontiert worden. Ich glaube, das ist nicht unbedingt ein gutes Beispiel von Zusammenarbeit.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr. Zweite Wortmeldung Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, nach den langen Ausführungen des Herrn Bürgermeisters, die aber leider sehr inhaltsleer waren, weil zur Sache haben sie leider nicht gesprochen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Was hätten sie denn gerne gewusst? Sagen sie es einmal konkret.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Ich sage es ihnen schon. Warum es vor einiger Zeit unbedingt notwendig war eine 10 m hohe Halle zu bauen und es jetzt unbedingt notwendig ist, eine niedrigere Halle zu bauen, weil wir sie eh nicht brauchen. Der Herr StR Bremm hat sich ja lange darüber auslassen, und es ist nicht ganz überraschend gewesen, dass sich der Herr Apfelthaler hier auch an- und einschließt mit seiner Showeinlage, dass wir die wirklich nicht brauchen, die 10 m Halle. Es ist schon sehr interessant ...

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Ich habe gesagt, 10 m ist die Bedingung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Es ist dabei herausgekommen. Sie haben so einen Eiertanz und Schlangenlinienvortrag hier gehalten, dass man wirklich nicht genau wusste, was sie jetzt wirklich wollen. Offensichtlich ist man es hier gewöhnt, dass man es mit einer Gruppe von Gemeinderäten zu tun hat, die sowieso jedem Antrag folgen und dass sie sich alles gefallen lassen. Das ist offensichtlich seit Jahrzehnten hier Usus, dass der Gemeinderat zur Abstimmung einfach degradiert wird und eine eigene Meinung nicht gewünscht wird. Das ist eine Zumutung, ich sage es noch einmal, eine Zumutung für einen verantwortungsbewussten Gemeinderat und Stadtsenatsmitglied, wenn er vor der Sitzung oder während der Sitzung ein derartig abgeändertes Projekt zur Beurteilung und zur Beschlussfassung bekommt, das drei Wochen bekannt war. Auch wenn der Herr GR Apfelthaler von einer Kleinigkeit spricht, dass von 140 auf 89 die Geschichte dünner und kleiner geworden ist. Da ist für ihn die Suppe zu dünn, dass man hier das Wort ergreift. Ich bin nicht überrascht. Es geht ja ein Projekt in das andere über. Es zeigt nur, dass offensichtlich hier niemand etwas gelernt hat. In jedem Betrieb kann einmal etwas passieren. Aber wenn einmal etwas passiert, wie der Roman Eichhübl schon gesagt hat, da

muss man sagen, Freunde setzen wir uns zusammen, das ist passiert, das Problem haben wir, wie kommen wir raus damit. Aber nicht so einfach „friss Vogel oder stirb“, bei der Abstimmung sind wir eh die Mehrheit.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Ich möchte schnell noch einmal den Vorsitz abgeben, um einige Fragen zu beantworten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke, ich übernehme den Vorsitz.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Herr Dr. Pfeil, sie haben überhaupt keine Fragen gestellt. Sie sagen nur ich rede da inhaltslos daher. Sie hätten aber im StS Fragen an den Herrn Baudirektor und an den Herrn Arch. Lutz stellen können, sie haben heute Fragen gestellt, aber an mich haben sie eigentlich keine besonderen Fragen gestellt. Es werden nur einfach so Behauptungen in den Raum gestellt. Drei Wochen war das bekannt und mit ihnen ist nicht geredet worden, sagen sie. Ich sage ihnen Folgendes. Ich hätte ihnen sagen können, der Landessportdirektor hat gesagt, das Projekt fördert er nicht. Das hätte ich sagen können. Ich möchte noch einmal die Termine bekannt geben, damit die Dramatik des Geschehens einmal bewusst wird. Nach einer massiven, persönlichen Intervention habe ich überhaupt erst einen Termin beim Landessportdirektor erreichen können. Wir haben seit dem März kein Ergebnis der Prüfung durch den Sportstättenbaubeirat auf den Tisch bekommen. Ich habe gesagt, ich möchte das jetzt endlich einmal wissen. Es kommt der Sommer, es ist der letzte Stadtsenat und es ist der letzte Gemeinderat und wir kommen immer mehr in Zeitdruck. Wir müssen das endlich auf die Schienen bringen. Ich möchte bitte einen Termin haben. Erst dann ist es möglich geworden. Der ist auch noch einmal abgesagt worden, da haben wir schon einen Termin gehabt. Am Städtetag hat er angerufen und hat gesagt, geht noch nicht, ist noch nicht aussagefähig. Am 18. 6. bitte, Herr Dr. Pfeil. Jetzt möchte ich schon bitten, dass wir ein bisschen präzise werden und nicht nur alle flunkern. Am 18. 6. saßen wir beim Hartl. Das Gespräch hat eine Stunde gedauert und hat uns das alles gesagt, wie die Dinge aussehen. Am 20. 6., zwei Tage später, haben wir uns mit dem Herrn Arch. Schmid getroffen und ihn gebeten, alles liegen und stehen zu lassen und zu kommen, um sich anzuhören, wie die Dinge laufen. Der Herr Arch. Schmid hat bis 26. 6., das ist eine sehr, sehr kurze Zeit, glaube ich wirklich intensivst gearbeitet, um hier diese Kostensenkung, ich will nämlich dort hinkommen was die angreifen und ernsthaft über Finanzierungen verhandeln, sonst geben sie uns halt 5 Millionen. Das genügt mir aber nicht.

Da komme ich zu einem anderen Punkt, den ich auch noch beantworten will. Bitte am 26. 6. war der Herr Architekt bei uns. Am 28. 6. war Stadtsenat. D. h., wir haben selbst erst unmittelbar vor der StS-Sitzung den Plan bekommen. So hat das ausgesehen, meine Herrschaften. Dann muss es doch verdammt noch einmal möglich sein, in so einem Gemeinderat nicht alles sieben Jahre lang herumzudrehen. Dann muss doch das einmal möglich sein, wenn Fachleute einen Plan erläutern, eine Meinung zu bilden, zur Kenntnis zu nehmen was da vom Land berichtet wird und von sonst wo her. Wir müssen nämlich auch Entscheidungen fällen können. Das gehört nämlich auch zu unserem Geschäft als Politiker dazu. Wir können nicht alles 17 Mal herumdrehen und wir dürfen uns nicht nur immer auf die Experten verlassen. Wir haben einen Tag vorher die Mitteilung vom Herrn Architekten bekommen, wie er es schafft unter 100 Millionen zu kommen. Den Plan haben wir am nächsten Tag bekommen. Einen Tag vor der StS-Sitzung. Ich war an dem Tag nicht im Haus. Ich gebe zu, es wäre vielleicht gut gewesen, wenn ich einen Rundruf gemacht hätte. Das bestreite ich gar nicht, aber ich hätte euch nicht mehr als das erzählen können. Mehr nicht. Das muss ich euch schon sagen. Ich bin nicht in der Lage, auch jetzt noch nicht, genau zu erklären, was da alles an Änderungen im Detail wirklich passiert. Ich kann das gerade halt einmal nachvollziehen und ziemlich gut begreifen. Ich bin glücklich darüber, dass wir unter 100 Millionen sind und dass wir, die reine Sporthalle betreffend, uns ungefähr da in der Gegend von halt über 70 Millionen bewegen. Das ist die Größenordnung von der ich glaube, dass der Herr Landeshauptmann ernsthaft mit uns überhaupt verhandelt. Das ist mir wichtig und liegt mir am Herzen. Ich sage euch ganz ehrlich, mir ist auch eine 10 m hohe Halle lieber. Ich sage euch auch ganz ehrlich, vielleicht kann man sie dann auch noch bauen, weil das wird ja dann eine Frage sein, ob man noch ein paar Reihen Ziegel hinauflegt oder nicht. Aber wenn ich schon

wieder mit einem Projekt hinkomme, das die Kriterien nicht erfüllt, von Haus aus, dann ist die Chance, dass ich scheitere halt sehr groß. Ich habe das ein bisschen vereinfacht, darum habt ihr da hinten ein bisschen eine Gaudi.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Ich weiß schon, dass da einiges an Infrastruktur dabei ist. Aber auch über die Frage 10 Meter oder 7 Meter gibt es recht unterschiedliche Auffassungen. Beim Land meinen sie nämlich nicht, dass das nur 3 Millionen kostet. Die meinen, das kostet deutlich mehr. Ich erinnere mich an diese Debatten der Fachleute, an die heftigen, beim Hallenbad. Da haben sich die auch bis zum Schluss kaum einigen können. Ich möchte nur eines sagen, der Walter Gabath hat ein paar wirkliche Fragen gestellt. Ja, die kann man beantworten. Wie viel hat sich die Stadt eigentlich vorgenommen was sie bezahlt? Ich meine, bei 142 Millionen haben wir einen Finanzierungsplan gemacht, dass wir 50 % vom Land und vom Bund wollen. Das hätte max. 70 Millionen für die Stadt bedeutet. Das war die Größenordnung. Nur jetzt wird man sehen, was wir bekommen können. Wir könnten mit dem Projekt vielleicht da leicht darunter kommen. Also, wenn wir die 50 % anstreben, das ist ein Maximum. Wir müssen uns aber ein bisschen mehr vornehmen, weil sonst bringen wir ja nicht einmal das zusammen, was wir dann zusammen bringen, weil es wird ja bitte sehr verhandelt und um die Millionen reißen sich alle. Die Kritik, wie das mit den Terminen gegangen ist, habe ich beantwortet. Da war wirklich ein Tag Spielraum dazwischen. Was wir ausgeben, habe ich auch beantwortet. Ich werde jede Frage beantworten, so gut ich kann.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Zu Wort gemeldet ist der Herr GR Kupfer. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Meine sehr geehrten Damen und Herren, keine einfache Frage, keine leichte Entscheidung für uns, aus mehreren Gesichtspunkten. Ich denke die Bedeutung und Wichtigkeit dieses Projektes für unsere Stadt ist uns allen bekannt. Wir können das jetzt natürlich auf politischer Ebene weiter diskutieren und es gibt natürlich eine landespolitische Dimension und es gibt auch eine kommunalpolitische Dimension, die mein Kollege Kurt Apfelthaler bereits kurz angesprochen hat. Nur denke ich mir, dass die Bedeutung des Projektes viel zu wichtig ist, es auf diese politische Ebene zu reduzieren. Wir sprechen über ein Projekt, das meiner Meinung nach, und so war es glaube ich auch von vielen ursprünglich gedacht, ein Zukunftsprojekt der Stadt Steyr ist, dass das Image der Stadt heben soll und nicht über eine einfache, und ich habe mich nie mit diesem Namen anfreunden können, eine ganz normale Bezirkssporthalle ist, sondern ein Veranstaltungszentrum, auch nicht nur für die Stadt, sondern für einen Einzugsbereich der mehrere Gemeinden und die ganze Region erfasst und eigentlich zwischen 100 und 150 Millionen Bewohner hier betrifft.

Zwischenrufe: Wie viel?

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Entschuldigung, 100.000 bis 150.000 Einwohner betrifft. Also unter diesem Gesichtspunkt müssen wir das diskutieren und da wird auch die Bedeutung des Projektes ausführlich bekannt. Aber ich gebe dem Vizebürgermeister Dr. Pfeil vollkommen Recht, dass die Vorbereitung, die Abwicklung des Projektes nicht die beste Abwicklung war. Das beweist auch die Tradition dieser Stadt bei anderen Projekten, wo es auch nicht so gut gelaufen ist. Ich verstehe es bis heute nicht, dass eigentlich der zuständige Baustadtrat bei den einzelnen Verhandlungen nicht dabei war und ich verstehe es auch nicht, dass die interne Kommunikation so schlecht war. Jetzt sind wir mit einem reduzierten Projekt konfrontiert und wir diskutieren jetzt, verschieben wir die ganze Geschichte auf den Herbst, auf den Winter, vielleicht auch länger, oder einigen wir uns hier in diesem Gremium auf einen Kompromiss, der für viele vertretbar ist und wo wir alle das Gesicht wahren. Ich denke mir, das Wichtigste ist, dass wir die Vereine in dieser Stadt und auch die Konsumenten dieser Stadt befriedigen. Die Vereine warten ganz dringend auf diese Halle. Wer in den letzten Tagen, Wochen Gespräche mit den

einzelnen Vereinsvertretern geführt hat, weiß das. Die Zustände in der derzeit bestehenden Halle sind katastrophal. Einzelne Gemeinderäte haben das ja schon angesprochen.

Der zweite Punkt ist der, wir dürfen natürlich keine Husch-Pfusch-Lösung machen, wir müssen schauen, dass wir hier eine Halle bekommen, die meines Erachtens nicht nur regionalen oder nationalen Ansprüchen entspricht, sondern tatsächlich internationalen Ansprüchen entspricht. Die Frage, die eigentlich im Raum steht, um die es sich eigentlich dreht, ist die Höhe der Halle und ist zum Teil auch ein reduziertes Raumprogramm. Der Herr Arch. Schmid hat meines Erachtens sehr eindrucksvoll bewiesen, wie er in wenigen Tagen ein Projekt reduzieren kann und er hat auch ganz klar gesagt, dass das ein Entwurf ist. Darum möchte ich jetzt auch diesen Kompromissvorschlag einbringen und ich glaube, der ist auch möglich. Wir reden von einem Kostenrahmen rund um die 100 Millionen, die wir uns vorstellen können.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
70 Millionen ohne Garage. Garagen stehen bei denen außer Diskussion, also die Stellplätze, die fördern sie sowieso nicht.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Es gibt einige Prämissen, einige Voraussetzungen, die einfach erfüllt werden müssen. Das beginnt bei den Regieräumen, wir brauchen einen Seminarraum und einen Mehrzwecksaal und das endet, und das ist für mich nach wie vor das Wichtigste, bei den lichten Höhen. Da dürfen wir nicht unter 10 Meter gehen. 10 Meter sind internationaler Standard für viele Veranstaltungen. Alles andere ist für mich indiskutabel. Diese Frage möchte ich heute hier beantwortet haben. Ist es möglich, im Rahmen dieser Kostenschätzung das zu verwirklichen oder ist es nicht möglich?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr, Herr Kupfer. Ich meine, bei ihnen spüre ich wenigstens das Bemühen, dass man da zu einem Ergebnis kommt. Ich schätze das sehr. Wissen sie, ich bin eigentlich der falsche Ansprechpartner. Aber auch der Kollege Bremm, der Kollege Forstenlechner oder der Kollege Spanring. Es ist nämlich nicht so, dass wir gegen die 10 Meter sind. Sollte sich das noch nicht sozusagen in den Köpfen des Gemeinderates realisiert haben, muss ich das noch einmal sagen. Nicht ich oder einer von uns ist gegen die 10 Meter. 15 Meter wären natürlich noch besser in einer Konzerthalle. Aber bitte, ich meine, wir müssen das beim Land OÖ „daheben“ können. Die haben gesagt, wir fördern eigentlich nur 7,5 Meter. Versteht ihr mich richtig? Das ist für mich kein Thema Herr Kupfer. Ich möchte nur nicht von vornherein dieses Projekt sozusagen aus der Wertung hinausdrängen. Wenn wir eine ordentliche Förderung des Landes erwirken können, wie wir uns das vorstellen, und wenn das nur 3 Millionen mehr kostet, wie der Herr Apfelthaler gesagt hat, dass wir das um drei Meter höher machen ...

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
2,30 Meter.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Das sind wie viele Reihen Ziegel?

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Ich will nur sagen, es wird doch nicht an uns scheitern. Es entsteht ja fast der Eindruck, da sitzen ein paar Wahnsinnige herum, die wollen den Plafond von der Halle auf 7 Meter herunter tun. Das ist ja doch nicht der Fall. Wir sind damit konfrontiert, dass das halt bei denen ein Förderungskriterium ist. Sie werden uns auf jeden Fall nicht mehr Geld geben. Mir geht es darum, wir haben ja diese Förderungsverhandlungen für die Bezirkssporthalle erst begonnen. Wir müssen ja das eh noch machen. Genau dasselbe wird uns beim Altersheim blühen. Dasselbe wird uns bei den anderen Projekten, über die wir geredet haben, Schule und, und, und, blühen. Versteht ihr mich richtig? Ich

möchte nicht immer mit einem verkehrten Projekt daher kommen. Ich muss ja einmal einsteigen. Ich möchte ja eine maximale Förderung erbitten, erbetteln, erreichen, erfordern, aushandeln, wie immer. Wenn sich das dann ausgeht, wird uns eh keiner mehr aufhalten ob wir die um 2,30 Meter oder irgendetwas höher machen. Das ist für mich nicht das Kriterium. Ich möchte mich nicht schon vorher hinauskatapultieren. Das ist nämlich der Punkt. Ich habe nichts dagegen, wenn wir eine Förderung erreichen, dass uns das Ding unter 70 Millionen kostet, dann können wir, wenn das nur drei Millionen kostet, wenn sich das so darbietet, die Halle auch höher bauen. Das ist dann auch dem Land egal, wenn wir sie höher bauen. Nur muss ich einmal in die Förderungskriterien hineinkommen. Das ist das Thema und mit den anderen Projekten auch. D. h., im Prinzip kann so ein Kompromiss ohne weiteres machbar erscheinen, aus meiner Sicht, aber ich würde jetzt nicht das Projekt wieder zusätzlich über 100 Millionen aufblasen wollen. Ehrlich soll man dabei auch sein. Wir können nicht von jemandem verlangen, dass er irgendetwas hineinschreibt. Wir erwarten ja von den Herrschaften, die das machen, dann auch, dass sich das in der Praxis so abspielt. Also, selbst brauchen wir uns nicht anlügen. Ich mache das jedenfalls nicht.

Also gut. Gibt es weitere Wortmeldungen? Die Frau Koppensteiner bitte.

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:
Wertes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren, ich habe einige konkrete Fragen. Herr Vzbgm. Ing. Forstenlechner, waren sie der, der die Notbremse als Planungs- und Finanzreferent gezogen hat? Wenn ja, wann war das? Wenn nein, wer war es sonst? Warum ist das dann nicht in den Rechts- und Finanzausschuss gekommen? Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Meine sehr verehrten Damen und Herren. Konkret zur Frage, ob ich die Notbremse gezogen habe, möchte ich sagen, dass ich konkret nicht die Notbremse gezogen habe, sondern ich bin beim Landessportdirektor in Linz dabei gewesen, wo ich dann zum ersten Mal diese Kriterien, diese 7,5 Meter, diese Summen von denen da gesprochen wurde, gehört habe. Ich muss ganz ehrlich sagen, mir ist es nach dieser Besprechung nicht ganz gut gegangen. Ich habe das auch dem Bürgermeister gesagt, dass ich sehr überrascht bin, dass wir an diesem Tag, am 18. Juni, erfahren haben, dass wir eigentlich mit unserer Kostenschätzung und mit unserer Einschätzung dieser Kosten so weit daneben gelegen sind. Wir sind nach Hause gefahren und haben dann diskutiert, was wir denn machen könnten. Das ist heute schon x-mal diskutiert worden, wie der nächste Ablauf war. Das ist sehr genau und eindeutig heute schon ein paar Mal erklärt worden. Ich möchte mich eigentlich beim Arch. Schmid bedanken, weil für mich als Techniker war das nicht leicht verständlich, wie man es überhaupt schaffen kann von einer derartig hohen Summe herunter zu kommen und trotzdem eine derartig gute Qualität dieser Halle zu erhalten. Also, es war für mich, sage ich einmal, als Techniker, nicht leicht verständlich. Er hat es geschafft und ich muss mich heute noch bedanken und ich muss mich heute auch noch wundern, dass das so gut funktioniert hat. Ich muss auch sagen, nachdem ich heute die Darstellung gesehen habe und nachdem ich auch heute gehört habe wie die einzelnen Fragen vom Arch. Schmid beantwortet worden sind, mit welcher Klarheit diese Fragen beantwortet worden sind, und wie ich eigentlich gemerkt habe, dass sehr, sehr wenig an Fragen übrig bleibt die noch zu lösen sind, und wo ich eigentlich sehr zuversichtlich bin, dass diese Fragen höchstwahrscheinlich gelöst werden können und ich nehme auch einmal an, dass man vielleicht auch noch über die Höhe reden kann, wenn es nicht ein Kriterium gibt, das uns aus den Förderungsrichtlinien hinausschmeißt. Also so habe ich das erlebt. Im Finanz- und Rechtsausschuss, dazu haben wir eigentlich nicht mehr die Gelegenheit gehabt.

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:
Der war aber am 25., glaube ich. Oder? Am 18. war das bekannt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Wir haben am 26. vom Herrn Arch. Schmid seine Kostensenkungsmaßnahmen vorgestellt bekommen. Wir haben ja gar nicht gewusst, ob er das wirklich schaffen wird und wie das aussehen wird und wie wir weiter tun. Aber er hat es geschafft. Zwei Tage später, also am Donnerstag, war der

Stadtsenat.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich kann vielleicht noch eines dazu sagen, ich bin ja aus der ersten Besprechung hinaus gegangen, wo wir mit dem Arch. Schmid gesprochen haben, und war eigentlich der Meinung, dass er es nicht schaffen wird und dass er uns zwei Varianten vorschlagen wird. Das war so meine Gefühlslage. Ich war nachher eigentlich angenehm überrascht, dass das so funktioniert hat. Danke schön.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke. Jetzt haben wir eigentlich den Kollegen Eichhübl an der Reihe.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Diskussion hat sich jetzt in eine Richtung entwickelt, wo neue Aspekte wieder aufgetaucht sind und wo für mich jetzt ein paar Dinge aufklärungsbedürftig sind. Es ist uns doch so dargelegt worden, dass an sich die Höhe das Kriterium einer Förderungswürdigkeit ist. Es ist uns so dargelegt worden, dass die Höhe, die jetzt reduziert werden muss, um entsprechende Förderungsgelder in Anspruch zu nehmen, der Auslöser dafür ist, dass man eben vorher, ich weiß nicht, 1.400 oder 1.500 Sitzplätze vorgehabt hat, da unterscheiden sich einige Aussagen, und jetzt nur mehr 1.000, dass die Foyers kleiner werden, dass die Toilettenanlagen reduziert werden, dass keine Seminarräume mehr eingeplant werden, dass das bis hinunter zur Tiefgarage geht, die um 30 % an Stellplätzen reduziert worden ist und wo es jetzt dann keinen Aufgang mehr in die Halle gibt. Jetzt höre ich plötzlich, nachdem der Kollege Kupfer einen Vorschlag gemacht hat, könnten wir nicht doch noch einmal über die Höhe reden, dass das eh möglich ist. Jetzt muss ich wirklich sagen, bitte schön, das ist aber schon aufklärungsbedürftig. Ich hätte dann noch etwas anzumerken, aber vielleicht Herr Bürgermeister könnte man das jetzt wirklich einmal klarstellen. Um was geht es jetzt eigentlich wirklich? Das ist ja ein völlig neuer Aspekt, dass man jetzt doch wieder die Höhe entsprechend anheben könnte.

Ein anderer Aspekt, meine sehr geehrten Damen und Herren, den ich ansprechen möchte, betrifft den sehr geschätzten Herrn Apfelthaler, der jetzt nicht da ist, aber Herr Kollege Kupfer, vielleicht könnten sie ihm das übermitteln was ich gesagt habe. Er hat wirklich sehr eigenartig seine Argumentation dargelegt und ich möchte ihn jetzt auch gar nicht in eine andere Richtung zu überzeugen versuchen, aber es ist ja bereits darauf hingewiesen worden, dass die Beweggründe, warum er hier eine Haltung vertritt die in die Richtung geht, dass er uns sogar unterstellt hat, dass wir über die Klosettdeckel diskutiert haben, wobei ich mich nicht daran erinnern kann, dass das ein Kriterium einer Diskussion war, sondern es ist darum gegangen, was tatsächlich aus der vielgerühmten Mehrzweckhalle oder Veranstaltungshalle, so wie es der Kollege Gabath richtig gesagt hat, geworden ist, nämlich eine Bezirkssporthalle. Der Herr Apfelthaler war aber am 30. November 2000 der Ansicht, und da gibt es einen Antrag den er mitunterzeichnet hat, im Übrigen auch der Kollege Kupfer, wo er gemeint hat, ich will das jetzt nicht wortwörtlich verlesen, sondern nur sinngemäß, dass dieses geplante Projekt dem Gestaltungsbeirat vorzulegen wäre. Jetzt reden wir von einem völlig geänderten Projekt, jetzt redet der Herr Apfelthaler nichts mehr vom Gestaltungsbeirat, sondern er hat wirklich nur versucht, aus welchen Gründen auch immer, da eine Begründung zu finden, um tatsächlich die Kurve zu kratzen um vielleicht dann als der große Retter, nicht nur der Schwimmschule, dazustehen, sondern auch der reduzierten Bezirkssporthalle.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr. Jetzt kommt wieder der Gestaltungsbeirat ins Spiel. Zu diesen Fachvorgängen möchte ich den Herrn DI Lutz bitten vielleicht kurz Stellung zu nehmen, damit wir uns wieder ein bisschen in die Normallage begeben.

SR DI WOLFGANG LUTZ:
Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte eigentlich versuchen in dieser Diskussionsrunde, die

sich also schon über Stunden dahinzieht, als Katalysator einzuwirken. Als Katalysator insofern, als ich das in dieser Runde als diejenige Person mitbetrieben habe, die in Steyr für den Hochbau zuständig ist und in weiterer Folge auch für den Geschäftsbereich für Bauangelegenheiten. Es geht meines Erachtens darum, dass der Einstieg in der Form gewählt wurde und darum gibt es auch den Terminus Bezirkssporthalle, weil man der Meinung war, über den Terminus wahrscheinlich eher in den Genuss von höheren Förderungen beim Land zu kommen. Das war eigentlich der Hintergrund. Es ist vollkommen logisch, dass natürlich sie, als Stadtväter und Damen, die also hier eigene Gedanken zusätzlich entwickeln, dass natürlich das normale Raumprogramm einer Dreifachturnhalle logischerweise überzeichnet wird. Nicht überzeichnet als bösartig gemeint, sondern weil man einfach meint man braucht einen Veranstaltungssaal, also ist es ganz logisch, dass es eine Tribüne geben muss. Ich muss einmal prinzipiell sagen, diese Situation der Erstellung des Raumprogramms obliegt dem Geschäftsbereich für Kultur, weil der Einstieg in diese Problematik logischerweise dem unmittelbar sachbezogenen Geschäftsbereich zufällt. Das sage ich deswegen, weil nach dieser Phase der Festlegung des Raumprogramms eigentlich erst die Bauphase beginnt, in der Form, dass sich Steyr parallel dazu auch vorgenommen hat, gute Architektur zu machen. Das wird aus der Tatsache abgeleitet, dass wir seit Jahren einen Gestaltungsbeirat haben. In weiterer Folge gibt es auch die Möglichkeit solche Dinge, größere Projekte über Wettbewerbe abzuwickeln. Die Frage ist soeben aufgetreten, es ist einfach so, man kann sich dieser zwei Vorgangsweisen bedienen und es ist logisch, wenn sich die Stadt Steyr bemüht in einem Architektenwettbewerb hier gute Architektur zu Papier zu bringen, dann ist eigentlich die Situation Gestaltungsbeirat ausgeräumt. Wir können nicht noch einmal ein Gremium nachschalten das päpstlicher ist als der Papst. Das nur einmal zur Situation Wettbewerb und warum nicht mehr Gestaltungsbeirat.

Nun gibt es dieses Raumprogramm und die Steyrer haben Architekten eingeladen, hier Entwürfe vorzulegen. Wir haben uns eigentlich sehr bemüht, hier doch das beste Projekt auszusuchen. Es war eine ganz klare städtebauliche Konzeption. Ich muss dazu sagen, dass wir über das Stadium der Untersuchung des Prof. Breitling hinaus, sich in der Zwischenzeit das eindeutig herauskristallisiert hat, die Achse, vertikale Tabor, Aufstiegshilfe, die allerdings Breitling auch schon diskutiert hat, aber darüber hinaus logischerweise, um diese Achse mehr zu bestimmen, sich herauskristallisiert hat, dass es einen Posthofknoten für die Bundesstraße zu geben hat. Von diesen beiden Bedingungen abgewichen, war es logisch, dass diese Achse städtebaulich klar definiert ist und dass logischerweise der Hauptzugang dieser Achse zugeordnet werden muss. Das ist einmal der städtebauliche Bereich. Ich kann nur diversen Ausführungen nicht folgen, wenn man den städtebaulichen Bereich infrage stellt.

Jetzt komme ich zur Funktion. Natürlich haben sie sich gewünscht, dass diverse Dinge noch dazu kommen. Es ist nicht eine einfache Bezirkssporthalle. Es ist schon ein paar Mal die Frage aufgetreten, was ist denn eine Bezirkssporthalle. Stellen sie sich das Projekt vor, es ist ganz einfach zu erklären. Es ist eine Dreifachturnhalle, sie haben auf einer Seite zugelagerte Geräteräume und sie betreten von der anderen Seite durch die Garderobesituation über einen schmalen Windfang diese Situation und wenn sie wollen, wie diese Beispiele zeigen, haben sie dann auf den Geräteräumen noch einige Tribünenplätze, 200, 300, und das sind diese 45, 50 Millionen von denen das Land spricht. Das ist die Situation. Steyr will mehr. Wenn Steyr mehr will und vielleicht auch mit dem Hintergedanken, dass man vielleicht dann sowieso Abstriche machen muss, leider, das ist halt so, aber Steyr wollte mehr und wollte eine Veranstaltungshalle. Aus diesem Grund ist der Entwurf so entstanden. Nunmehr kann der Herr Bürgermeister endlich einmal bei den Landesvätern landen und bekommt eine Antwort, das ist einer der vier Bereiche die dem Landeshauptmann zugeordnet sind, dass er für den Sport 5 Millionen bekommt. Der Kollege Sommer hat natürlich auch die Situation analysiert und vorbereitet gehabt und wie schon ausgeführt wurde, war er also der Meinung, dass von diesen 140 Millionen die Hälfte Bundes- und Landesförderung ist. Das hat sich bei diesem Gespräch, das endlich einmal in irgendeiner Weise bewerkstelligt hat werden können, gezeigt, dass diese Finanzierung nicht haltbar ist. Es ist doch logisch, meine Damen und Herren, wenn man erfährt, dass der Finanzierungsrahmen und im Speziellen der Förderungsrahmen nicht mehr in dem Maß gegeben ist wie man sich das vorgestellt hat, dass man das Raumprogramm reduzieren muss. Wenn einfach die Finanzen der Stadt nicht so weit sind, dann muss ich halt soweit kommen, dass der Schuster bei seinem Leisten bleibt

und logischerweise ein reduziertes Projekt zustande bringt. Das hat sich eben alles überschlagen. Sie haben ja diese Terminisation schon mehrfach heute gehört. Ich war genauso überrascht wie sie. Alle die sich vielleicht im StS übergangen gefühlt haben, wobei ich auch nicht einmal mehr in der Lage war meinen Bericht umzuschreiben. Stellen sie sich vor, ich hätte den Hintergrund der heutigen Diskussion im Kopf gehabt, ich hätte einen Bericht geschrieben. Stellen sie sich den Bericht vor. Also, vergessen sie einmal die Situation. Es haben sich da alle, angefangen vom Bürgermeister, in einer gewissen Weise übergangen gefühlt, weil die finanzielle Situation, die Förderung des Landes nicht gegeben war. So, und jetzt sagt der Herr Bürgermeister zum ersten Preisträger, logischerweise, Herr Architekt sind sie in der Lage in kurzer Zeit diese Dinge zu überdenken. Ich weiß, dass der Herr Architekt Schmidt ein Mannschaft auf die Beine stellt und diese Mannschaft im Büro weitgehend federführend betreibt, und der Herr Arch. Schmid hat es geschafft dieses Projekt zu reduzieren. Sie sollten diese Reduktion unter dem Aspekt der finanziellen Situation sehen. Ich sehe aber auf keinen Fall ein, aus meiner Perspektive gesehen, dass man von einer Sparlösung, von einer Minilösung spricht, sondern, was die Belange des Sports betrifft, ist die Dreifachturnhalle nach wie vor gegeben. Was die Event-Situation betrifft, wissen sie ganz genau, dass wir statt 3.500 eben nur 3.000 Besucher beherbergen können. Meine Damen und Herren, es ist doch logisch, dass man WC-Anlagen, Flächen für den ruhenden Verkehr nicht auf das Maximum auslegen kann. Das wäre ja ein Wahnsinn, das gibt es nirgends auf der Welt. Wenn wir einmal in 5 Jahren den Fendrich da haben, ist die Bude einmal gesteckt voll, dann werden wir doch nicht für 3.000 Leute unmittelbar 5 Tiefgaragen bauen. Das spielt es ja bitte nicht. Ich ersuche sie auf dem Boden der Realität zu bleiben und diesen Überlegungen einfach sachlich zu folgen. Es ist logisch, wenn ich am Anfang 140 Millionen habe, dass ich jetzt Streichungen vorzunehmen habe, dass sie nur mehr 90 oder 70 Millionen kostet, ohne Tiefgarage, damit der Herr Landeshauptmann sich auch vorstellen kann da mitzuziehen. Ich sage ihnen in der Runde, dass es nicht in demselben Maß wie die Kostenreduktion erfolgt, zu einer Bezirkssporthalle degradiert wurde. Das möchte ich ihnen sagen. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr. Herr Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Meine sehr geehrten Damen und Herren und die wenigen Gäste, die uns noch erhalten geblieben sind. Um eines vorweg zu schicken, wir wollen eine Veranstaltungshalle und wir wollen sie nach wie vor. Ich habe Verständnis, dass die Information an uns aufgrund des dichten Terminkalenders nicht möglich war. Am 18. Juni hat das Gespräch mit dem Herrn Sportdirektor Hartl stattgefunden, am 20. 6. das Gespräch mit dem Herrn Arch. Schmid, am 21. 6. haben wir Bauausschuss gehabt, ebenfalls am 21. Juni haben wir Fraktionsobmännerbesprechung gehabt und am 25. 6. haben wir die Finanz- und Rechtsausschusssitzung gehabt. Es ist vollkommen verständlich, dass sie da keine Möglichkeit gehabt haben, ihre Kollegen der anderen Fraktionen zu verständigen. Es ist auch vollkommen verständlich, dass weder der Baudirektor noch der Leiter der Hochbauabteilung in einer dieser Sitzungen, in denen wir uns mit allen offenen Fragen, z. B. des Baus, beschäftigen, kein Wort erwähnt hat, dass es hier irgendwelche Problem gibt. D. h., sie merken, wir sind schon sehr verständnisvoll. Wir haben auch Verständnis, dass sich im Laufe der Zeit, und das ist ja doch halbwegs eine Zeit, auch die Summen immer wieder verändern, dass wir im November in einem Schreiben an den Sportstättenbeirat von einer Bausumme von 128 Millionen ausgehen, dass wir im Februar einen Antrag stellen, wie es um das Architektenhonorar für die Einreichplanung geht, beschlossen wurde und auch schon erledigt ist, von 105 Millionen Baukosten reden. Es ist auch vollkommen klar, dass am 16. März bei der Besprechung mit dem Sportstättendirektor vor Ort bei uns am Magistrat, von 132 Millionen die Sprache war. Bei diesem 16. März hat der Sportstättendirektor schon darauf hingewiesen, dass Bezirkssporthallen in einer Größenordnung von 40 bis 50 Millionen üblicherweise gefördert werden. Ebenfalls an diesem 16. März hat er verlangt, dass eine Nutzungsanalyse gemacht wird, um aufzuzeigen welche Nutzung hat die Halle und wer soll in welchem Grade auch sponsern. Das ist bis heute nicht erfolgt. Es ist auch bis heute kein Antrag auf Kulturförderung beim Land eingelangt.

Ich möchte jetzt doch zum Beginn zurückgehen, weil ich glaube der Beginn war ja das, wo wir das letzte Mal alle miteingebunden waren, das war in der sehr genauen Analyse und in der sehr genauen Erarbeitung der Kriterien für das Auswahlverfahren, dass wir uns überlegt haben, alle, nicht nur unser Sportreferent und nicht nur der Bürgermeister, sondern alle, was stellen wir uns unter einer Halle vor, was wollen wir eigentlich, welche Stücke soll die Halle spielen. Wir haben einen Kriterienkatalog erstellt und auf den glaube ich muss man einfach ein bisschen eingehen, weil er aus der heutigen Sicht einfach vollkommen anders zu sehen ist, und auch wahrscheinlich die Ablehnung von uns, von manchen anderen Projekten, stellt sich heute komplett anders dar. Wenn ich mir z. B. ansehe, dass wir ein Projekt abgelehnt haben, weil es entgegen der Ausschreibung nur einen Geräteraum für alle drei Einzelhallen vorsieht, wenn die Erdgeschosszone des Foyers vor dem Eingang zur Halle sehr eng ist, bei Massenveranstaltungen wohl zu eng, dass die Orientierbarkeit bei Großveranstaltungen zwar einigermaßen gegeben ist aber bei der Enge der Eingangs- und Foyerzone würde es trotzdem zu gewissen Problemen kommen, das war bei dem Projekt das Ausschlaggebende, wenn ein Projekt, was von den Anmutungen als sehr positiv eingeschätzt, ausgeschieden wurde, weil man gesagt hat es ist zu teuer, dann haben wir das alle akzeptiert, weil es ist so. Wenn einer einfach über das Ziel geschossen hat, dann ist er auszuschreiben. Ich habe nicht von ungefähr gefragt, ob zum Zeitpunkt des Auswahlverfahrens eine Kostenschätzung vorgelegen ist, bei den einzelnen Projekten. Wir haben das zwar bei der Jurysitzung auch verlangt, nicht nur die Kubatur, sondern was das auch kostet. Es wurde uns erklärt, aufgrund der Kubatur kann man natürlich hochrechnen was kostet das. Eines der Kriterien für den Zuschlag war natürlich die Kubatur. Eine Kubatur ist natürlich entscheidend. Ein Soda-Kombi ist gleich lang wie ein Mercedes-Kombi, er kostet halt ein bisschen mehr. D. h., es gab Schätzungen über Projekte die der Jury vorgelegen haben. Diese Schätzungen sind auch dem Haus vorgelegt worden. Sie sind nur ganz offensichtlich nicht mehr im Haus, weil nicht einmal mehr die Kubaturberechnungen waren im Haus, sondern mussten gestern und heute bei den einzelnen Architekten angefordert werden. Das zweitgereihte Projekt, das als zu teuer ausgeschieden wurde, hatte eine detaillierte Kostenaufstellung dabei gehabt, mit einem Preis von 84 Millionen Schilling, mit der Erfüllung der meisten der Kriterienpunkte die wir verlangt haben. Wenn ich mir das jetzt alles so ein bisschen ansehe, dann erscheint mir das Ganze schon ein bisschen seltsam, ich drücke es einmal vorsichtig so aus. Wenn verschiedenste Gespräche auf Landesebene geführt wurden, wenn man sich verschiedene Hallen angesehen hat, wenn es mehrere Gespräche gegeben hat, dann wundert es mich schon sehr, dass man trotz dieser Informationen, die man auch erhalten hat, immer noch davon ausgegangen ist, dass man eine Landesförderung, wie wir heute gehört haben, von 70 Millionen Schilling erwartet hat. Der höchste bis zum heutigen Tag ausbezahlte Betrag der Sportförderung des Landes OÖ für eine Bezirkssporthalle war 3,5 Millionen Schilling. Man muss sich das einmal vorstellen, von welcher Größenordnung wir hier reden. Wir haben hier offensichtlich 70 Millionen erwartet. Da muss ich schon sagen, haben wir jetzt von irgendetwas geträumt oder was ist los? Diese Finanzierungskulisse ist uns natürlich selbstverständlich nie mitgeteilt worden. Sie ist in keiner einzigen Finanz- und Rechtsausschusssitzung auch nur ein einziges Mal angesprochen worden. Es wurde natürlich auch bei dieser Jurysitzung verlangt, dass bis zur Einreichplanung die Betroffenen eingebunden werden müssen, die Sportvereine und alle die dort in Zukunft auch tätig sein sollen. Das ist natürlich nicht passiert. Wir sind also ganz blind vorwärts gegangen, obwohl wir gewusst haben, dass diese Finanzierung so nicht möglich war. Obwohl wir im März schon gehört haben, dass wir diese Förderung nicht bekommen, gehen wir weiter, mit offenen Augen anscheinen, irgendwohin. Ich glaube, das irgendwohin ist fast ein bisschen das Ausschlaggebende bei uns. Ich möchte noch einmal was sagen. Wir beschließen heute nicht die Bezirkssporthalle. Der Antrag der heute vorliegt geht einen Generalplanungsauftrag zu erteilen, obwohl wir bis zum heutigen Tag keine Einreichsplanung am Tisch haben, die immerhin auch 1,8 Millionen Schilling, und noch etwas, ohne Mehrwertsteuer gekostet hat. Wir sind zwar noch nicht im Besitz des Grundes, wir haben noch nicht einmal einen Optionsvertrag, wir wissen noch nicht einmal, ob wir den Grund bekommen, aber wir sollen heute einen Planungsauftrag über 8,5 Millionen beschließen, wo der, der den Zuschlag bekommt, auch dann einen Rechtsanspruch darauf hat. Da möchte ich schon alle hier fragen: „Wollen wir das wirklich?“ Machen wir wieder dasselbe, wenn ich mich erinnere, Bahnhofsparkdeck, wo wir dieselben Probleme mit dem Grund gehabt haben. Bahnhofsparkdeck haben wir ebenfalls die Probleme gehabt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Beim Bahnhofsparkdeck haben wir die Grundfrage im Vorfeld gelöst. Das war sehr teuer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Da ist das Projekt genauso wie jetzt schon gestanden und der Verkäufer hat gewusst, die Stadt kann nicht aus. Darum hat er uns auch so herrlich erpresst.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Das hat einen Vorlauf von weiß Gott wie vielen Jahren und ist ein Bundesbauprojekt gewesen. Da haben wir nicht irgendwohin aus können, das ist dort. Natürlich hält jeder dreimal die Hand auf.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Herr Bürgermeister, ich sehe keine, aber absolut keine Notwendigkeit, heute, wo wir uns nicht einmal klar sind was erwarten wir wirklich von dieser Halle, ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Ich bin mir schon im Klaren.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
... wo wir nicht ausreichend Möglichkeit gehabt haben uns wirklich in dem entscheidenden Gremium klar zu sein, was wollen wir geändert haben, wo wir nicht die Zeit haben zu überprüfen gibt es etwas anderes als drei Turnsäle mit einem Glassturz darüber, um 89 Millionen Schilling. Vor allem dann nicht, wenn ich weiß, dass hier eine Kostenschätzung vorgelegen hat für ein Projekt mit einer ganz einer anderen Kubatur, die detailliert ist, um 84 Millionen. Aber das wollen wir alles nicht wahr haben. Wir wollen heute beschließen bitte schön für ein Grundstück, das wir brauchen, was noch nicht einmal in unserem Besitz ist, einen Planungsauftrag für 8,5 Millionen, wo wir uns nicht einmal einig sind, was wollen wir überhaupt. Wir wollen eine Veranstaltungshalle und nicht drei Turnsäle mit einem Glasdeckel darüber.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Also, ich bin schon erstaunt, das so zu nennen, drei Turnsäle mit einem Glassturz, das ist schon allerhand. Immerhin war dieses das Ergebnis eines Architektenwettbewerbes, immerhin haben wir uns in der Jury sehr ausführlich unterhalten, immerhin hat sich das Projekt, im Hinblick auf drei Turnsäle und die Glasfassade, nicht so sehr verändert, dass man das plötzlich so hinstellt als wenn es eine Käseglocke wäre. Das ist schon eine Darstellung mit der ich wenig anfangen kann. Aber man kann natürlich wieder einmal das Ganze in die Länge schieben. Ich weiß es nicht. Natürlich muss man an der Schraube drehen. Wir werden bis zuletzt an der Schraube drehen. Schaut euch bitte an, sie als Stadtrat wissen es, als Baustadtrat, was alles herumgefummelt worden ist bei dem City-Point dort. Weil da werden sie im Innenverhältnis das eh auch erkannt haben, was da alles an den Schrauben gedreht wurde. Nachher noch, nach Architekten und Gestaltungsbeirat und vorn und hinten und rundherum und was wir alles herumdrehen mussten und wie sich die Kosten nachher noch verändert haben, alleine bei den bisschen Straßenprojekt, das wir dort gemacht haben. So etwas lebt heute, man muss mit dem rechnen. Es gibt keine fertigen Projekte. Eine Bezirkssporthalle wollen wir nicht haben, also muss es wahrscheinlich etwas anderes sein. Wir haben immer den Kulturbereich mit hineingenommen. Ihr setzt das vorher schon herab, bis zum Letzten. Wieso sollten wir wirklich, ich meine als Bürgermeister, 100 Millionen Schilling für ein Projekt ausgeben das vorher schon so zerfledert wird. Ihr könnt es nicht sehr ernst meinen mit dem Errichten dieser Sporthalle, wenn ihr so darüber sprecht. Das muss ich euch schon sagen, motivierend ist das nicht. Ich kann euch nur sagen, wir haben alle Hände voll zu tun das alles zusammen zu bringen, aber es war eh nie anders. Bei keinem großen Projekt war das eine gemähte Wiese. Überall haben wir bis zum Schluss rudern müssen, was die Finanzierungen anbelangt, auch was die technischen Dinge anbelangt. Wenn wer glaubt, dass die gemähten „Wieserln“ da irgendwo herum sind, dann ist er meiner Meinung nach im Irrtum. Ich bin gerne bereit alle die nach vorne zu lassen, sie können sich alle sehr verdient machen, wenn sie das aus dem Ärmel schütteln können. Es ist aber unverhältnismäßig schwerer als in anderen

Gemeinden, positiv Projekte zu transportieren.

Kollege Hauser bitte.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:
Geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob wir das auch alles meinen, was man da so hört. Die ganze Zeit höre ich, dass alle Leute so uninformiert sind und wenn ich dann die Wortmeldungen höre, wissen die ganzen Leute sehr genau, was ihnen offensichtlich nicht passt bzw. wie es gelaufen ist oder wie nicht. Oder, dass man sich fragt, wie sozusagen auf der einen Seite eine Stadtsenatssitzung passiert und am nächsten Tag alles in der Zeitung steht was alle nicht wollen oder doch wollen. Also, ich denke mir, gar so uninformiert können die Leute offensichtlich nicht gewesen sein, die jetzt so von sich geben, dass sie gar nichts gewusst haben und völlig überrascht sind. Daher geht es doch hier für mich um die Frage, wollen wir eine Sport- und Veranstaltungshalle oder wollen wir die nicht? Wir haben gehört, dass es in der Größenordnung darum geht, dass wir ein Fassungsvolumen von Zuschauern um ca. sage ich jetzt einmal, um mich nicht genau auf eine Zahl festzulegen, aber so zwischen 300 und 500 habe ich hier gehört, weil es ja unterschiedliche Meinungen gibt, was sie geringer wird. Daher geht es für mich ja ganz entscheidend darum, dass wir auf der einen Seite die Situation betrachten in der wir jetzt stehen, dafür auf der einen Seite eine Sporthalle haben, die wir derzeit besitzen, die uns, wie man so schön auf gut österreichisch sagt, unter dem Hintern zusammenfällt und auf der anderen Seite wollen wir endlich dieses Bauwerk rüberbringen bzw. eine Situation schaffen, wo man auf der einen Seite ordentlich und vernünftig Sport betreiben kann, dort größere Sportveranstaltungen machen kann, und auf der anderen Seite auch noch Veranstaltungen durchführen kann die kultureller Natur sind und das hoffentlich mit einem halbwegs angebrachten Publikumsvolumen. Daher muss ich ganz offen und ehrlich sagen, verstehe ich manche mimosenhaften Haltungen hier nicht, ob der eine mehr oder weniger gewusst hat, sondern es geht für meine Begriffe hier um die Sache. Um so länger wir sie hinausschieben desto weniger wird sie sich realisieren lassen. Den großen Ursprung, den vergessen die meisten hier, dass man eines ganz klar sagen muss, wenn es nur so viel Förderung gibt, steht auf der andern Seite so viel müssen wir bezahlen. Keiner hat mir bis jetzt gesagt was wir dafür nicht machen, wenn wir das alles bezahlen. Nämlich von den Projekten die unter anderem der Herr Bürgermeister genannt hat bzw. von so jährlich kleinen Dingen, die wir uns alle wünschen. Was streichen wir denn weg? Wo sagen wir denn, dass wir das nicht machen? Daher wäre diese Frage einmal für mich eine ganz essenzielle Frage, dass mir einmal irgendwer sagt was wir denn nicht machen. Bevor wir darüber streiten oder reden ob wir jetzt die kleinere, die vernünftigere Variante, um sie sozusagen bei den Förderungsrichtlinien des Landes durchzubringen, machen, oder ob wir gar keine machen. Das stelle ich hier zur Diskussion. Da würde ich mich freuen, wenn sich irgendwer hergehen traut und sagt, das machen wir dafür nicht, weil da glaube ich traut sich auch keiner zu sagen, was er nicht haben will. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Zweite Wortmeldung Herr Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Lieber Kollege, einen Vergleich glaube ich müssen wir schon noch herstellen, weil er sich einfach aufdrängt und das ist der Vergleich mit dem Stadtsaal. Der Stadtsaal ist eine Lösung mit der glaube ich niemand in Steyr zufrieden ist. Der Stadtsaal ist auch von Fachleuten geplant worden. Der Stadtsaal hat, wenn man in das Foyer hineingeht, ein verhältnismäßig großzügiges Foyer, die Garderobe hat eine Antrittsfläche die ungefähr vergleichbar ist mit jener oben in der Veranstaltungshalle, 10 Meter ungefähr. Die Foyerbreite zwischen Eingang und den zwei Stiegenaufgängen in der neuen Sporthalle sind knappe 6 Meter. Das ist, um es zu verdeutlichen, ungefähr die Breite des Foyerganges oben im Stadtsaal. Die Stiegenaufgänge in den ersten Stock bitte schön sind 1 Meter breit. Nicht so schöne, breite Stiegenaufgänge wie bei uns im Stadtsaal, über den wir so schimpfen, sondern 1 Meter breite Stiegen. Ich warne wirklich ausdrücklich davor jetzt wieder mit Gewalt eine Lösung zu finden, mit der wir dann bitte nicht zufrieden sind, weil diese Entscheidung, die wir heute treffen, hat Gültigkeit für die nächsten 30 Jahre. Ich möchte nicht 30

Jahre wieder mit einer Lösung leben, wie wir sie jetzt mit dem Stadtsaal haben.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Also, das ist schon bemerkenswert. Jetzt kommt eine Stiege mit irgendeinem Meter da zum Zug. Ich meine, es soll eine Planung gemacht werden, der Herr Arch. wird da noch einmal was dazu sagen wollen, weil das nimmt ja langsam Formen an, wie wenn jeder da das besser verstehen würde als der Herr Architekt. Dem kann ich schön langsam ja nicht mehr folgen. Ich muss euch ganz ehrlich sagen, bevor wir einen Bauauftrag machen, werden wir uns auch den Plan noch einmal ansehen, sowohl den Einreichplan als auch die Detailplanung und unsere Fachleute werden es sich sicher auch noch einmal ansehen. Versteht denn das niemand, dass wir zuerst einmal eine möglichst akzeptable Planung da zum Land hinüberbringen müssen, damit die das einbauen? Es steht ja in keinem Landesbudget, ist auch noch nie wo drinnen gestanden, irgendeine Förderung für eine Bezirkssporthalle. Steht nie in einem Landesbudgetansatz drinnen, muss immer ausgehandelt werden. Der Herr LH sagt ja immer, ein fertiges, baureifes Projekt, wenn sie es nicht vorlegen können reden wir ja gar nicht darüber. Außerdem ist sowieso das meiste Geld bis zum Jahr 2004 verplant. Erinnert euch, lieber Kollege Mayrhofer und Kollege Lengauer, als euch der Herr LH bei euren Bemühungen um die Musikschule die recht rigorose Antwort gegeben hat, dass bis zum Jahr 2004 der Ofen aus ist und da nichts ist. Also wir kämpfen um Budgetmittel des Landes die es nicht gibt und wir wissen, dass der LH sagt, wo ist der baureife Plan, sonst redet er gar nicht darüber, und ihr verhindert es, dass wir einen baureifen Plan entwickeln und schwebt auf Kuckuckswolkennestern herum, welche die nicht einmal angreifen. Wie soll denn jemand, wer immer es ist, jemals da eine Bezirkssporthalle oder eine Sport- und Kulturhalle auf die Welt bringen? Ich wünsche ja überhaupt keinem, dass er sich das mitmachen muss. Ich sage euch das wirklich, weil ihr werdet mir wohl abnehmen, wenn ich das Ding seit 10 Jahren transportiere, dass es mir ernst ist, dass ich das gerne möchte. Aber es ist ja fast unerträglich, wie die Debatte bei uns geführt wird.

Aber ich hätte jetzt gerne den Herrn Arch. Schmid zu den Stiegen reden lassen, ob die nur einen Meter breit sind oder ich weiß nicht was.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Darf ich eine Korrektur zu der Aussage mit den Stiegen treffen? Sie sind zwei Meter breit.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Wie viel?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
2 Meter!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Wieso sagen sie dann 1 Meter? Da gehen sie da heraus und sagen so etwas.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Darum verbessere ich mich auch.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Gibt es sonst noch etwas zu sagen Herr Architekt? Das war es eh schon. Na ja, es hat sich halt durchgesprochen. Da sind aber schon 100 % Unterschied. Hoffentlich haben sie sich nicht öfters so getäuscht Herr Mayrhofer?

Ich habe den Eindruck es ist gar nicht so sehr das Projekt selbst oder die Auslegung des Projektes, sondern es ist eher eine Kränkung. Wisst ihr, wir müssen schon reagieren, wenn uns die sagen wo es langgeht. Ihr könnt ja alle sitzen bleiben und sagen, bitte schön, wird es halt nichts. Ihr braucht ja nicht glauben, dass vom Land einer herüberkommt und uns irgendwo hinten ein Geld oder sonst eine

Unterstützung hineinschiebt. Mir ist es in 12 Jahren nicht passiert, dass die herübergekommen sind und gesagt haben, bitte dürfen wir euch helfen, euch armen Steyrern. Ich bin immer auf der Matte gestanden und habe denen ihre Türschnallen poliert. Aber da war es ja meistens noch so, dass das in dem Gemeinderat noch alle gewollt haben. Jetzt habe ich aber den Eindruck auch nicht mehr.

Keine weiteren Wortmeldungen? Schlusswort Herr Referent bitte.

STADTRAT GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich glaube auch, so insgesamt, wenn man die Debatte verfolgt, kann man es auf den Punkt bringen. Es geht da nicht um inhaltliche Dinge, es geht nicht darum, dass die Qualität und die Anforderung an die Sporthalle so infrage zu stellen ist, sondern, die Argumente die geliefert wurden deuten sehr deutlich darauf hinaus, dass man eigentlich keine Sport- und Veranstaltungshalle haben möchte. Alleine aus der seltsamen Situation heraus, der Herr Dr. Pfeil hat am Beginn seiner ersten Wortmeldung schon darüber gesprochen, er hat es kritisiert, dass wir ein sparsames Projekt haben. Das ist überhaupt ein eigenartiger Zugang zu der ganzen Debatte. Ich hätte nicht erleben mögen, wenn wir das Projekt um 142 Millionen Schilling heute zur Debatte gehabt hätten. Dann hätte er kritisiert, die sind ja verrückt, die haben abgehoben, das ist ja weit zu teuer.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Herr Bremm, ich glaube sie haben nichts verstanden.

STADTRAT GERHARD BREMM:
Das mag so sein, dass ich es nicht verstanden habe, mir fehlt natürlich der Doktor. Sie haben es verstanden. Damit sind wir eigentlich froh, Gott sei Dank. Sie haben auch das verstanden, von den Sitzplätzen, von der Reduzierung. Wenn sie zugehört hätten Herr Dr. Pfeil, dann ist vom Architekt, und nicht vom Sportreferent Bremm, dargestellt worden, dass wir eine Reduzierung von 1.320 Sitzplätzen auf der Tribüne, wir reden von der Tribüne, auf 1.000 haben. Das sind nicht 400 oder 500, sondern das sind nach Adam Riese, wenn sie den gekannt haben, 320 Sitzplätze.

Zur Kollegin Frech, Schmalspurhalle. Ich weiß nicht, haben sie wirklich schon Schmalspurhallen gesehen? Ich würde ihnen empfehlen, gehen sie ein bisschen auf Reisen. Es ist eh vom Herrn Arch. Schmid auch auf die Leinwand projiziert worden, wie eine Schmalspurhalle, wenn man die Bezirkssporthalle die in vielen Gemeinden OÖ stehen, sieht, ob da wirklich jede eine Schmalspurhalle ist. Ich meine, es ist wirklich schon sehr eigenartig, wie man ein schönes, wirklich ansehnliches Projekt „heruntertackeln“ kann und stellt es hin, wie wenn das wirklich das Letzte wäre und das haben wir in Steyr. Also das ist schon sehr eigenartig.

Wie sie gesagt haben, es hat keine Überprüfung vom Land, lt. telefonischer Auskunft, gegeben, dann müssen sie hinüber fahren und sich das drüben anhören. Sie haben ja jederzeit die Möglichkeit zum Herrn Landessportdirektor Hartl zu fahren, der wird sie dann sicherlich darüber informieren.

Auch die Wortmeldung vom Eichhübl Roman zielt ja genau darauf hinaus, hätten wir vorher ein Gespräch darüber geführt bevor wir es im StS gehabt hätten, dann hätte das ganz anders ausgesehen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Ich habe gesagt, dann hättest du dir viele Diskussionen erspart.

STADTRAT GERHARD BREMM:
Na, deutlicher könntest du es nicht mehr sagen. Es geht nicht um das, dass eine sparsamere Variante heute diskutiert wird, sondern im StS. Ich möchte das noch einmal betonen und möchte es wirklich ernst betonen. Es war keine Absicht, da im StS einen „Drüberfahrer“ zu machen. Das war es nicht, sondern einfach die kurzen Zeitabstände, die nicht von uns entstanden sind, sondern aufgrund der Gespräche mit dem Landessportdirektor hat sich das so ergeben. Wenn man sich darüber beschwert, dann müsste man sich dort beschweren. Wenn du auch sagst, man hätte das vorher abklären sollen.

Natürlich haben wir schon ungefähr gewusst, was bisherige Sporthallen gekostet haben. Wir sind ja nicht blind an dieses Projekt herangegangen, wir beschäftigen uns ja schon lange genug damit. Wir wissen, und es ist uns auch schon oft genug gesagt worden, dass die Bezirkssporthallen in OÖ zwischen 35 und 50 Millionen gekostet haben. Mit diesem Projekt wollten wir uns aber nicht begnügen. Wir wollten nicht sagen, sagt uns vorher, dass wir nur eine Variante von 35 bis 50 Millionen Schilling wählen dürfen. Das wollten wir nicht. Wir wollten eine höher Anforderung an diese Sporthalle erreichen und wollen auch heute noch die meistmöglichste Förderung vom Land erreichen und wir wollen nicht vorher schon sagen, danke, jetzt wir haben schon genug, jetzt habt ihr es uns gesagt. Wir wollen darum verhandeln, ringen und raufen bis zum letzten Zeitpunkt. Ich weiß nicht wer schon einmal intensive, harte Verhandlungen geführt hat, mir geht es als Betriebsrat so, und da kann ich eben vorher nie sagen was da letztendlich herauskommt, weil das ist auch oft eine Frage, wie man bei den Verhandlungen pokert und wer die längere Ausdauer hat und das kann man vorher nicht sagen.

Herr Kollege Lengauer, ich muss wirklich sagen, wie sie gesagt haben, wo bleiben die Ausschreibungskriterien. Ich glaube, dass der Herr Arch. Schmid schon sehr deutlich in seiner Präsentation auf diese Dinge eingegangen ist und er hat da schon sehr deutlich gesagt, dass die wesentlichen Ausschreibungskriterien auch in diesem verringerten Projekt erfüllt werden, auf die Frage vom Kollegen Mayrhofer. Sie werden sich wahrscheinlich daran erinnern. Wenn sie sich heute herstellen und sagen, wo bleibt die Veranstaltungshalle, wo bleibt die Kultur, also ich muss schon sagen, ein bisschen eine Bescheidenheit wird halt auch notwendig sein. Vielleicht wäre eine mit 5.000 Zuschauern möglich, aber zu sagen mit einem Fassungsvermögen von 3.000 Personen in dieser Halle, dass ich sage das ist eigentlich überhaupt nichts, ich meine, dass man sich mehr wünschen kann das ist ja verständlich und akzeptabel und ist auch jedem sein Anspruch, aber zu sagen 3.000 Leute in einer Halle ist keine Veranstaltungshalle mehr, ich meine, da heben wir ein bisschen ab.

Zu einem möchte ich noch etwas sagen, der Kollege Kupfer hat das gesagt und kritisiert, weil der zuständige Baustadtrat nicht einbezogen gewesen ist. Eines kann ich da nur so weiter geben, Herr Kollege Kupfer. Der Kollege Bremm war noch nie bei dem Projekten vom Kollegen Mayrhofer mit einbezogen. Der legt es immer im StS her und dort erfahre ich, was da geschieht. Der hat noch nie gesagt, geh weiter Bremm Gerhard, geh mit mir irgendwo hin, weil jetzt verhandle ich über eine Brücke udgl. Es sollte wirklich nicht auf die Ebene des Beleidigten gebracht werden.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Das ist ein Bauprojekt.

STADTRAT GERHARD BREMM:
Na ja, eine Brücke ist auch ein Bauwerk. Wir haben eh dann noch den Dringlichkeitsantrag, der bewegt sich auch ungefähr in der Größenordnung. Ich möchte dann eigentlich schon abschließend noch zu einem Punkt kommen. Ich glaube auch, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir vergeben heute den Auftrag an den Generalplaner, und ich glaube auch, dass wir uns die Gestaltung, also das eine Thema das von Apfelthaler und Kupfer angeschnitten worden ist, die Höhe der Halle, dass das nicht eine Fahnenfrage für uns sein soll.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Das sind aber die Förderungsbedingungen.

STADTRAT GERHARD BREMM:
Frau Kollegin Frech, die Förderungsbedingungen von 7,5 m ist auf das bezogen, dass alle Kosten die über den 7,5 m hinausgehen, dass diese vom Land nicht gefördert werden. Hätten wir nicht reduziert, dann wären wir nach wie vor bei 140 Millionen Schilling. Es ist vorher in einer Pause diskutiert worden und auch der Herr Arch. Schmid hat das einmal so grob überlegt, was heißt das, wenn wir jetzt die Halle auf eine Höhe von einem internationalen Maßstab, und das sind nicht 10 m, es gibt hier ja genaue Vorgaben, wenn wir die Halle 9 m hätten, das würde heißen, 1,30 m müsste man die Halle erhöhen, weil bei 7,70 m sind wir eh, dann hätten wir alle Sportarten für internationale Wettbewerbe

dort abgedeckt. Aber ich glaube, dass wir bei diesem Projekt, das rund um die 90, 100 Millionen Schilling, mit der Tiefgarage zusammen, von dem selben reden sollten, dass wir uns das wirklich sehr gut überlegen sollten, wenn das in der Größenordnung, wie es so über den Daumen angepeilt ist, dass das vielleicht 3, 3,5 Millionen kostet, und nicht Zusätzliches noch dazu kommt, dass wir über das uns sehr wohl unterhalten, dass wir uns diese Option offen lassen sollten und somit halt auch internationalen Standart für Sportveranstaltungen erreichen können.

Ich möchte abschließend, liebe Kolleginnen und Kollegen, wirklich im Interesse des Sportes, im Interesse unserer Sportjungend und alle jene, welche die Sporthalle benötigen, auch seitens derjenigen die Kulturveranstaltungen in dieser Halle haben möchten, ersuchen, hier doch diesem Projekt eine breite Zustimmung zu geben. Aus diesem Grund, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, möchte ich auch den Antrag stellen, dass wir nicht öffentlich abstimmen, sondern dass wir über dieses Projekt, weil es von solcher Reichweite, von solcher Bedeutung ist, eine geheime Abstimmung darüber abhalten.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Nicht lachen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Das ist eine Frechheit, wenn man zu einer Sporthalle nicht mehr stehen kann.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Das ist Demokratie. Na ja, wir werden sehen.

STADTRAT GERHARD BREMM:
Wir wollen denen die Chance geben, die zwar mit dem Herzen dabei sind, aber aus der Fraktion nicht dürfen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Es steht der zusätzliche Antrag auf eine geheime Abstimmung. Ich möchte darüber einmal abstimmen lassen, ob wir geheim abstimmen. Wer für das ist, den bitte ich ein Zeichen zu geben. 19. Wer ist gegen eine geheime Abstimmung? 9 FPÖ. Wer enthält sich der Stimme? 3. Also wird die Abstimmung geheim durchgeführt. Ich bitte hier die entsprechenden Vorbereitungen zu treffen, dass man eine geheime Abstimmung machen kann.

PRÄSIDIALDIREKTOR SR Dr. GERHARD ALPHASAMER:
Wir sind gerade noch dabei die Wahlurne zu besorgen. Ich darf vielleicht noch um eine Minute Geduld bitten, nachdem nicht klar war ob der Antrag wirklich gestellt wird und ob er auch die Mehrheit findet, haben wir natürlich keine Urne vorbereitet. Die wird gerade besorgt, aber es wird höchstens noch eine Minute dauern, bis die Urne da ist. Ich darf ihnen vielleicht den Text des Stimmzettels bis dahin zur Kenntnis bringen. Er lautet: „Stimmzettel zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 23) der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr vom Donnerstag, 5. Juli 2001, betreffend Bezirkssporthalle Steyr, Generalplanerleistungen.“ Der Abstimmungstext lautet: „Dem vorliegenden Antrag auf Vergabe der Generalplanerleistungen, betreffend die Bezirkssporthalle Steyr, an das Architekturbüro DI Schmid, Steyr, wird zugestimmt.“ Dann haben sie die Möglichkeiten „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ anzukreuzen.

Diskussion verschiedener Mandatare

PRÄSIDIALDIREKTOR SR Dr. GERHARD ALPHASAMER:
So, die Urne ist da, wir können mit der Abstimmung beginnen.

Präsidialdirektor Dr. Gerhard Alphasamer ruft alle anwesenden Mitglieder zur geheimen Abstimmung auf, sodann wird die Abstimmung durchgeführt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Meine Damen und Herren, die Abstimmung ist folgender Maßen verlaufen: 19 Pro-Stimmen, 14 Gegenstimmen, 3 Stimmenthaltungen. Der Antrag ist daher mit Mehrheit angenommen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Man muss in Steyr um so ein Projekt ganz schön raufen. Wir setzen die Tagesordnung fort, es kommt der Umweltbericht.

GR Beatrix Toman und GR Ing. Klaus Hoflehner verlassen um 23.20 Uhr die Sitzung.

STADTRAT GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen, in meinem nächsten Tagesordnungspunkt geht es um den Umweltbericht 1999/2000. In Anbetracht der doch schon fortgeschrittenen Stunde und nachdem dieser Umweltbereicht ja auch in einer schriftlichen Form vorliegt, möchte ich davon Abstand nehmen, hier noch nähere Erläuterungen dazu zu machen. Ich möchte nur die Gelegenheit nützen, den Kolleginnen und Kollegen aus der Umweltabteilung den Dank auszusprechen. Nicht nur für die Erstellung des Berichtes, sondern eigentlich für den inhaltlichen Teil. Ich glaube, dass wir wieder hervorragend in diesem Bereich gearbeitet haben. Die Umwelt und viele Dinge sind intakt, wobei man natürlich auch nicht ganz verschweigen kann, dass wir dort und da doch Entwicklungen haben, die nicht erfreulich sind, wie wir gerade in der Abfallwirtschaft sehen. Also einen herzlichen Dank an die Beschäftigten. Ich möchte aber auch die Gelegenheit nützen, dem Umweltausschuss, dem Vorsitzenden Herrn Dr. Wetzl, und dem Umweltausschuss insgesamt, danken für die gute, konstruktive Zusammenarbeit. Ich glaube, dass sich diese Zusammenarbeit auch im Umweltbereicht dementsprechend wiederspiegelt. Ich ersuche den Bürgermeister über diesen Antrag die Diskussion bzw. die Abstimmung herbeizuführen. Ich möchte nur festhalten, dass der Umweltbericht im Umweltausschuss und Umweltbeirat einstimmig für die Weiterleitung an den Gemeinderat beschlossen wurde.

24) Umw-14/99

Umweltbericht 1999/2000.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der seitens der Fachabteilung für Umweltschutz und Abfallwirtschaft erstellte Umweltbericht für das Jahr 1999/2000 wird zur Kenntnis genommen. (Beilage)

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Wer wünscht das Wort? Herr Dr. Wetzl bitte.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:
Werte Kolleginnen und Kollegen, auch ich werde mich angesichts der fortgeschrittenen Stunde sehr kurz halten, weil noch dazu, wie der Herr Str. Bremm auch schon angesprochen hat, ohnehin fast alles positiv ist. Es ist wahrlich eine Tatsache, dass wir in diesem Ausschuss sehr konstruktiv zusammenarbeiten, in jeder Richtung. Ein Dank auch den Beamten, Herrn Gergelyfi mit seinem Team an der Spitze, die glaube ich meines Erachtens ausschlaggebend dafür sind, dass der Umweltschutz in der Stadt Steyr doch vorbildlich funktioniert. Dass er so gut funktioniert hat meines Erachtens in erster Linie damit zu tun, dass das Umweltbewusstsein durch Herrn Gergelyfi und sein gesamtes Team durch verschiedene Maßnahmen in der Öffentlichkeit hochgestellt wird. Das beginnt

bei der Umweltberatung die im Umweltbericht ja auch ausführlich dargestellt ist. Es beginnt damit, dass die Mitarbeiter dieser Stelle des Magistrates für alle Fragen der Bevölkerung, die Umweltfragen betreffen, offen sind. Das beginnt mit der Öffentlichkeitsarbeit und mit zahlreichen Ausstellungen sowie insbesondere der Umweltschutzpreis den die Stadt Steyr schon dreimal durchgeführt hat. In der letzten Umweltausschusssitzung ist die Fortsetzung beschlossen worden. Diese diversen Maßnahmen haben dazu beigetragen, dass in der Stadt Steyr der Umweltschutz funktioniert, dass die Stadt eine Vorbildwirkung hat, auch für zahlreiche andere Städte, die sich immer wieder Anregungen holen, wie der Herr Gergelyfi berichtet und das eine oder andere nachahmen. Ich hoffe, dass der Umweltschutz in Steyr auch weiterhin so gut funktioniert und bedanke mich bei dieser Gelegenheit auch bei ihnen für die gute Zusammenarbeit und allen voran beim Herrn Gergelyfi und seinem Team. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Kollege Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Werte Präsidium, meine Damen und Herren. Selbstverständlich sind wir auch zufrieden mit dem Umweltbericht möchten aber trotzdem eine Anmerkung machen. Ich habe es schon in der Ausschusssitzung erwähnt, wir haben einen bedeutenden Baumbestand hier in Steyr. Wir wissen aber im Detail nicht, wie der Zustand der Bäume ist bzw. welcher Sanierungsbedarf besteht. Also habe ich bei der letzten Ausschusssitzung angeregt, man möge doch so einen Art Katasterplan auch für die Bäume machen und für die notwendigen Maßnahmen und auch was es unter Umständen kosten würde, unsere Bäume zu erhalten. Ich habe darum gebeten, das beim nächsten Umweltbericht einfließen zu lassen. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr. Gibt es noch eine Wortmeldung? Kollege Gabath bitte.

GEMEINDERAT WALTER GABATH:
Meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Als Mitglied des Umweltausschusses darf ich natürlich auch danke sagen für die vorbildliche Arbeit. Ein Optimum wird natürlich nie erreicht, aber die Abteilung dort oben, unter der Führung vom Herrn OAR Gergelyfi, strebt immer nach dem Optimum. Das kann ich ohne weiteres bestätigen und ich danke allen für die gute Zusammenarbeit in diesem Ausschuss. Steyr ist eine schöne Stadt und wenn wir unsere Umwelt pflegen, dann wird sie eine schöne Stadt bleiben.

Es passt zwar nicht mehr dazu, aber auf die kleine Kritik des Herrn Bürgermeisters möchte ich Stellung nehmen, nämlich auf den Rechnungsabschluss. Der Finanzabteilung des Magistrates, möchte ich danken für die sorgfältige Arbeit und wie sie mit unseren Finanzen umgehen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort Herr Referent? Kein Schlusswort. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich danke dem Kollegen Bremm. Nächster Berichterstatter ist Herr StR Mayrhofer.

Herr GR Dr. Wilfrid Wetzl verlässt um 23.50 Uhr die Sitzung.

BE: STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Mein erster Antrag bezieht sich auf dem Tourismusverband, auf die Jahressubvention 2001.

25) Fin-217/0

Tourismusverband Steyr, Jahressubvention 2001.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bürgermeisters vom 10. April 2001 wird dem Tourismusverband Steyr, eine einmalige, nicht rückzahlbare, außerordentliche Subvention in Höhe von S 1.700.000,-- gewährt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 1.700.000,-- (iW einemillionsiebenhunderttausend)

bei der VA-Stelle 1/771000/757000 bewilligt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen. Nr. 26) bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Der nächste Antrag bezieht sich auf die Kanalisationsvorhaben des heurigen Jahres. Es geht um die Vergabe und Mittelfreigabe der Kanäle Tabor - Taschelried, NK Arnhalmweg, NK Feldstraße - Auswechslung der Drosselstrecke, Seitenstettnerstraße - Kleinramingerstraße, NK Neubaustraße und um die Bauleitung und Bauarbeitenkoordination dieser Punkte.

26) BauT-6/01 ff.

Kanalisation Stadt Steyr; Antrag um Vergabe und Mittelfreigabe der A) Kanäle Tabor - Taschelried,

B) NK Arnhalmweg,

C) NK Feldstraße - Auswechslung Drosselstrecke,

D) Seitenstettnerstraße - Kleinramingerstraße,

E) NK Neubaustraße

F) Bauleitung und Bauarbeitenkoordination Pkt. A - E

Kreditübertragung und Dringlichkeitsbeschluss.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 31. Mai 2001 werden die Erd-, Baumeister-, Rohrverlegungs- und Sanierungsarbeiten zur Herstellung der Kanalisation Tabor - Taschelried, NK Arnhalmweg, NK Feldstraße, Seitenstettnerstraße - Kleinramingerstraße und des NK Neubaustraße zum Preis von S 4,961.943,05 exkl. MWSt. an die Firma Gerstl, Kalkofenstraße 25, 4600 Wels, übertragen.

Weiters wird der Vergabe der örtlichen Bauaufsicht sowie der Übertragung der Aufgaben als Baustellenkoordinator in der Ausführungsphase nach dem Bauarbeitenkoordinationsgesetz 1999, an das Ing.-Büro Brunner, 4400 Steyr, Buchholzerstraße 59, zum Gesamtpreis von S 387.375,73 exkl.

MWSt. zugestimmt.

Die erforderlichen Mittel für die Abwicklung des Kanalbaues einschließlich der anteiligen Kosten der Bauleitung und Baukoordination werden lt. beiliegender Aufstellung im Rechnungsjahr 2001 in Höhe von S 4,413.000,-- exkl. MWSt. bereitgestellt.

Die restlich erforderlichen Mittel in Höhe von Gesamt S 937.000,-- sollen im Budget 2002 bei der VSt. 5/851000/004080 (Kanal Tabor - Taschelried) finanziert werden.

Der Beschluss gilt vorbehaltlich der Zustimmung der Vergabekommission des UWF beim Amt der OÖ. Landesregierung.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von insgesamt S 4,413.000,-- exkl. MWSt. notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gemäß § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Der nächste Antrag bezieht sich auf die Kanalisation innere Stadt. Hier geht es um das Projekt Kanalbauarbeiten am Stadtplatz, das Microtunneling in der Oberen Kaigasse, Baukoordination und auch Beweissicherung an den Gebäuden. Die Kaigasse wird also mit einem neuen Kanal versehen. Nicht nur mit einem neuen Kanal, sondern er wird im Microtunnelingverfahren hergestellt, was es ermöglicht, dass wir die Sperre dieser Verbindungsstraße zwischen Stadtplatz und Ennskai auf 6 Wochen reduzieren können. Die anderen Arbeiten finden im Stadtplatzbereich von Höhe ehemaliges Stoffgeschäft Haslinger bis Mayrstiege statt.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

27) BauT-1/01

Kanalisation Innere Stadt Teil 1; Antrag um Vergabe und Mittelfreigabe der

A) Kanalbauarbeiten am Stadtplatz

B) Microtunneling in der Oberen Kaigasse - Regenentlastung

C) Bauarbeitenkoordination

D) Beweissicherung von Gebäuden;

DRINGLICHKEITSBESCHLUSS

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 31. Mai 2001 werden die Erd-, Baumeister-, Rohrverlege- und Sanierungsarbeiten zur Herstellung und Verbesserung der Kanalisation Innere Stadt Teil 1 wie folgt vergeben:

1. Kanalbauarbeiten am Stadtplatz, klassische Bauweise - ARGE Alpine Mayreder und Leitner, 3300 Amstetten

S 3.870.435,22

2. Kanalbauarbeiten Kaigasse, Microtunneling - ARGE Braumann-Rabmer, 4980 Antiesenhofen

S 1.426.487,--

3. Bauarbeitenkoordination - DI Brunner, 4400 Steyr

S 40.631,33

4. Beweissicherung - Baumeister K. Maier, 4470 Enns

S 30.913,--

_____

S 5.368.466,55 excl. MWSt.

Die **erforderlichen Mittel** für die Abwicklung des Kanalbaues sind in Höhe von S 4.359.000,-- im Budget 2001 bei der VSt. 5/851000/004170 (Kanalbau Projekt Entlastung Stadtplatz) vorgesehen. Die restlich erforderlichen Mittel in Höhe von S 1.010.000,-- sind im Budget 2002 vorzusehen.

Der Beschluss gilt vorbehaltlich der Zustimmung der Vergabekommission des UWF beim Amt der OÖ. Landesregierung.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von insgesamt **S 4.359.000,-- excl. MWSt.** notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gemäß § 47 Abs. 5, StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke, wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall, daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich ein Zeichen zu geben. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Der letzte Antrag betrifft den Fußgängerübergang Märzenkeller. Hier geht es um die Instandsetzungsmaßnahmen.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

28) BauBrü-6/00

Fußgängerübergang Märzenkeller; Vergabe der Instandsetzungsarbeiten.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 12. Juni 2001 wird der Vergabe der Instandsetzungsarbeiten am Fußgängerübergang Märzenkeller in Höhe von S 2.189.173,25 an die Fa. Alpine - Mayreder, Steyr, zugestimmt.

Die Mittelaufbringung erfolgt:

1. durch Freigabe im Ausmaß von S 1.500.000,-- bei der vorgesehenen VSt. 5/612100/002000 „Fußund Radwege; Straßenbau Fuß und Radwegübergänge“ und

2. durch Ausfinanzierung der restlichen Mittel in Höhe von S 690.000,-- bei gleicher Voranschlagstelle im Jahre 2002.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 1.500.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich ein Zeichen zu geben. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Danke vielmals. Nächster Berichterstatter Herr StR Spanring bitte.

BE:STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. In meinem ersten Antrag geht es um die Subvention zur Durchführung der Personalbetreuung.

Dem schriftlichen Ansuchen wurde zur Darlegung der widmungsgemäßen Verwendung der Subvention 2000 eine Aufstellung beigeschlossen, aus der Gesamtausgaben in der Höhe von S 2.081.917,97 aufgeschlüsselt ersichtlich sind.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

29) Fin-109/01

Subvention zur Durchführung der Personalbetreuung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom 26. 4. 2001 wird der Personalvertretung des Magistrates der Stadt Steyr zur Durchführung der Personalbetreuungsaufgaben für das Rechnungsjahr 2001 eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von insgesamt S 400.000,-- gewährt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 400.000,-- (vierhunderttausend)

bei der VA-Stelle 1/094000/757000 freigegeben.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich ein Zeichen zu geben. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
In meinem nächsten Antrag geht es um die Musik, Wirtschaft und Gastronomie aus Taiwan in Steyr, die heute mit einem sehr erfolgreichen Kammerkonzert eröffnet wurde. Es war ein vollbesetztes altes Theater, das sich an diesen Darbietungen erfreuen konnte. Ich darf zur Durchführung dieser zwei Tage, den Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat stellen.

30) K-28/01

Musik, Wirtschaft und Gastronomie aus Taiwan in Steyr (5. Und 6. Juli 2001)

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB VI, FA für Kulturangelegenheiten vom 19. 6. 2001 werden für die Durchführung der Taiwan-Tage am 5. Und 6. Juli 2001 Mittel im Ausmaß von

ATS 645.000,-- (Schilling sechs-hundertfünfundvierzigtausend)

zur Verfügung gestellt.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

ATS 645.000,-- (Schilling sechshundertfünfundvierzigtausend)

bei der **VA-Stelle 1/323000/728100** bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr. Wird das Wort gewünscht? Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Generell finde ich ja die Idee, die Taiwan-Tage zu machen, recht gut. Nur im konkreten Fall finde ich es eigentlich schade, von der ganzen Zeitplanung her, dass wir uns im Prinzip konterkarieren, dass wir zeitgleich mit dieser Veranstaltung „Taiwan“ die Wissenschaftstage haben und zugleich morgen tausende Feuerwehrleute, das ist schade. Weil im Endeffekt können wir diese ganzen Veranstaltungen gar nicht mehr kommunizieren und innerhalb von so einem kurzen Zeitraum so viel zu machen, ist meines Erachtens einfach schade, weil man könnte das wirklich gescheiter in den Jahresablauf einbinden. Was ich ein bisschen schade finde ist, wenn ich mir denke, dass wir im Kulturausschuss von manchen Vereinen wegen 10 oder 20.000,-- Schilling x-mal einen Bericht haben wollen und dann sehe ich, dass bei S 645.000,-- nur ein handschriftlicher Vermerk im Akt ist „Gesamtkosten = S 645.000,--“, ohne eine Auflistung wofür, dann frage ich mich eigentlich, was das Ganze soll. Also das wäre für mich eigentlich das Mindeste,

ich habe nichts dagegen, dass man das macht, aber bei S 645.000,-- nur handschriftlich hinzuschreiben = Gesamtkosten, da würde ich mich als Verein einfach gepflanzt fühlen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke. Weitere Wortmeldungen? Kollege Fiala bitte.

GEMEINDERAT MARTIN FIALA:
Das kann ich ganz kurz von da aus beantworten, da brauche ich gar nicht hinaus gehen. Das kann ich mir leider nicht aussuchen, der Tourneeplan des Taipeh Symphonie-Orchesters lässt es leider nicht zu, einen anderen Termin zu wählen. Sie spielen morgen in Steyr, übermorgen ein Konzert und fliegen am Montag wieder nach Hause, also ich hätte mir den Termin nicht aussuchen können. Es liegt seit Februar ein genauer Finanzplan auf, wo jeder einzelne Schilling detailliert aufgeführt wurde.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Warum liegt er dann nicht im Akt?

GEMEINDERAT MARTIN FIALA:
Das weiß ich nicht!

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Schlusswort, Herr Referent?

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
An sich nur eines, dass zu den Wissenschaftstagen in Steyr auch ein kulturelles Angebot gemacht wird, bringt - glaube ich - Sinn und ist an sich auch nicht unbedingt „nicht gewollt“, sondern wirklich auch Absicht; nämlich dass man in diesem Zusammenhang auch etwas Kulturelles anbietet. Dass sich das jetzt mit dieser Veranstaltung „Taiwan“ ergeben hat, finde ich an sich auch erfreulich, dass wir so eine internationale Veranstaltung dazu geben können und ich denke, dass wir auch in Zukunft bei den Wissenschaftstagen schauen sollen, in Steyr auch etwas Kulturelles für diese Leute, die da sind, anzubieten. Dass die Feuerwehr dazu gekommen ist, ist eigentlich ein unglücklicher Umstand, der von uns eher nicht beeinflussbar war.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Da haben wir uns leider keinen einzigen Termin aussuchen können, das muss man einmal sagen. Der Finanzplan wird sicher aufgelegt und eine genaue Abrechnung wird auch gemacht. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich ein Zeichen zu geben. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Nummer 31) bitte.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
Die Nummer 31) ist ein neuerlicher Antrag der Regulierung der Eintrittspreise für das Stadttheater und das Alte Theater, das nach einigem Rechnen schlussendlich doch als richtiges Zahlenwerk präsentiert werden kann und ich möchte daher den Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat stellen.

31) K-16/01

Regulierung der Eintrittspreise für das Stadttheater und das Alte Theater

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB VI, Fachabteilung für Kulturangelegenheiten vom 8. Juni 2001 wird der Erhöhung der Eintrittspreise, sowie den dazugehörigen allgemeinen Bestimmungen

entsprechend dem im zitierten Amtsbericht unterbreiteten Vorschlag mit Wirkung vom 1. September 2001 zugestimmt.

Bis zum 31. 12. 2001 gelten die Schillingbeträge, ab 1. 1. 2002 ausschließlich die Beträge in Euro.

Ich ersuche um Diskussion und Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Der Antrag steht zur Debatte. Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Kollegin Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Bei diesem vorliegenden Antrag, Regulierung der Eintrittspreise für das Stadttheater und das Alte Theater, handelt es sich um jenen Antrag, der beim letzten Mal abgesetzt worden ist, auch aufgrund des Antrages des Kollegen Bremm, weil er eben hinten und vorne nicht gestimmt hat. Der jetzige ist ein bisschen besser, nur haut er leider immer noch nicht ganz hin. Wenn sie sich die Erhöhung anschauen, was ergibt es für einen Sinn, dass ich jetzt beispielsweise im Freiverkauf, in der Kategorie 3, bei den musikalischen Aufführungen, ...

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Welche Seite?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
... im Freiverkauf, in der Kategorie 3, bei den musikalischen Aufführungen, S 240,-- verlange und jetzt erhöhe ich auf S 245,-- geltend bis 31. 12. und dann senke ich das Ganze auf 17, 50 Euro, was S 240,81 ergibt. Was macht das für einen Sinn, dass man sich damit ewig lange beschäftigt, wenn man dann um 81 Groschen erhöht? Das kann doch nicht tatsächlich der Sinn sein, dann lasse ich es gleich bleiben. Entweder ich muss erhöhen, weil ich einfach meinen Kostendeckungsbeitrag erhöhen muss, oder ich mache so etwas überhaupt nicht. Ich möchte sie jetzt nicht mit Details langweilen, sie können sich das daheim alles durchrechnen, aber wenn sie es mit dem vorhergehenden Antrag vergleichen, dann kommt es einem vor, wie wenn man mit dem Würfel dasitzt, bei dem einen wird ein bisschen erhöht, bei dem anderen bleibt es wie beim alten Antrag, einmal haben sie eine Erhöhung von 2 %, einmal von 0,4 %, es ist völlig egal. Aber an dem hänge ich mich jetzt gar nicht auf, sondern ich bitte sie eines zu berücksichtigen, auch wenn wir in Steyr scheinbar einen City-Euro haben, nämlich einen Euro, den wir einmal mit 13,8 umrechnen, einmal mit 13,7, einmal mit 13,6 und einmal mit 14,-- Schilling, der Euro ist einheitlich 13,7603 - das gilt auch in Steyr. Ich habe es ihnen auch das letzte Mal schon gesagt, laut EU-Währungsangabengesetz, wo es unter anderem auch das Ziel ist, dass man die Verbraucher an die neue Währung gewöhnt und dieses „Gewöhnen“ erleichtern soll, ist es nicht erlaubt, etwas so zu machen, wie sie es beispielsweise im Theaterprogramm finden, wo praktisch jetzt steht, S 390,-- (€ 28,--). Das darf ich nicht machen, und zwar genau aus dem einfachen Grund, weil wenn der Bürger das so liest, geht er davon aus, die S 390,-- entsprechen diesen € 28,--. Das ist aber nicht so. Sie sind vom 1. Oktober bis Ende des Schillings, Ende Februar, verpflichtet, eine doppelte Preisauszeichnung zu machen. Das heißt, wenn was gesetzlich erlaubt ist, dann ist das die Geschichte, dass sie hinschreiben - jetziger Schillingbetrag - jetziger Eurobetrag - und dann ab 1. 1. 2002 Eurobetrag = Schillingbetrag. So das hinzuschreiben, das darf man schlichtweg nicht und das geht nicht. Ich würde sie bitten, das zumindest zu korrigieren, bzw. auch im Amtsbericht zu erläutern. Wenn ich das mit dem Amtsbericht vom Kollegen Bremm vergleiche, im Sportbereich da ist das passiert, da hat man das geschafft, also schätze ich, dass man das im Kulturbereich auch schaffen wird.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Weitere Wortmeldung sehe ich keine. Schlusswort Herr Referent bitte.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
Ich glaube nicht, dass wir das ganze Programm jetzt noch einmal neu drucken werden.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Aber das könnte man sich doch vorher ansehen, wenn man es eh schon einmal abgesetzt hat.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich ein Zeichen zu geben. 34 (SPÖ, FPÖ, ÖVP, GAL). Wer ist dagegen? Niemand. Stimmenthaltung? 1 (LIF). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
In meinem nächsten Antrag, den ich jetzt vorlesen möchte, geht es um die Österreichische Gesellschaft für Eisenbahngeschichte.

Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

32) Fin-112/01

ÖGEG - Österreichische Gesellschaft für Eisenbahngeschichte - Steyrtal Museumsbahn; Ansuchen um Jahressubvention 2001.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Kulturangelegenheiten vom 1. Juni 2001 wird der Österreichischen Gesellschaft für Eisenbahngeschichte, Steyrtal Museumsbahn, vertreten durch das Vorstandsmitglied Karl Mader, Steyr, für das Jahr 2001 eine erhöhte Jahressubvention zur Begleichung der Kanal-Anschlussgebühr sowie des laufenden Betriebes gewährt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

ATS 50.000,--(iW fünfzigtausend)

bei der **VA-Stelle 1/771000/757000** und

ATS 37.400,-- (iW dreißigsiebentausendvierhundert)

bei der **VA-Stelle 5/771000/777000** freigegeben.

Für die Refundierung der Kanal-Anschlussgebühr wird eine **Kreditübertragung von ATS 37.400,-- von der VA-Stelle 5/782000/775010 auf die VA 5/771000/777000** bewilligt.

Ich ersuche um Bewilligung dieser Subvention.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich ein Zeichen zu geben. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
Hier geht es um den Mitgliedsbeitrag für den Reinhaltungsverband Steyr.

Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

33) Fin-225/99

Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Rechnungsabschluss 2000; Mitgliedsbeitrag der Stadt

Steyr

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des beiliegenden Rechnungsabschlusses des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung für das Jahr 2000 wird, beschlossen in der Mitgliederversammlung vom 22. Mai 2001, der Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr an den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung in der Höhe von S 33.016.399,12 (Betriebskostenanteil: S 19.106.034,69; Investitionskostenanteil: S 13.910.364,43) zur Kenntnis genommen und der Auszahlung eines Restbetrages in der Höhe von S 17.497.999,12 (S 33.016.399,11 abzüglich Akontozahlung von S 15.518.400,--) zugestimmt (alle Beträge exkl. MWSt.).

Zu diesem Zweck werden bei der VASt. 1/851000/754000 ein Betrag in der Höhe von S 17.077.277,80 und bei VASt. 5/851000/774000 ein Betrag in der Höhe von S 420.721,31 freigegeben (alle Beträge exkl. MWSt.).

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 421.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden. (Beilage)

Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
Ich ersuche um Freigabe dieses Betrages.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr. Ist dazu eine Wortmeldung gewünscht? Das ist nicht der Fall, daher kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich ein Zeichen zu geben. Jemand gegen den Antrag? Niemand, Stimmenthaltung wird auch nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
In meinem letzten Antrag geht es um die Adaptierung der Betriebsvereinbarung betreffend Altersteilzeitgeld gem. §§ 27 u. 28 Arbeitslosenversicherungsgesetz, die einerseits aufgrund einer Änderung des Gesetzes erfolgte und andererseits entsprechend nach Musterverträgen der Wirtschaftskammer eine Änderung betreffend der Urlaubsbemessung durchgeführt werden musste.

Es ergeht der Antrag des Personalbeirates an den Gemeinderat.

34) Präs-166/00

Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977; Adaptierung der Betriebsvereinbarung betreffend Altersteilzeitgeld gem. §§ 27 und 28 Arbeitslosenversicherungsgesetz

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Personalverwaltung vom 1. März 2001 wird der Abänderung der Betriebsvereinbarung mit der Personalvertretung beim Magistrat Steyr betreffend der Inanspruchnahme einer Altersteilzeit im Ausmaß bis zu fünf auf den gesetzlich möglichen Zeitraum von sechseinhalb Jahren bzw. maximal bis zur Erfüllung der Voraussetzungen für eine gesetzliche Leistung aus der Pensionsversicherung im Sinne der §§ 27 und 28 Arbeitslosenversicherungsgesetzes

zugestimmt.

Absatz 1 der Betriebsvereinbarung lautet:
„Die privatrechtlich Bediensteten beim Magistrat Steyr können gem. §§ 27 und 28 Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 eine Einzelvereinbarung mit dem Dienstgeber betreffend Altersteilzeitgeld bis zu sechseinhalb Jahren bzw. maximal bis zur Erfüllung der Voraussetzungen für eine gesetzliche Leistung aus der Pensionsversicherung unter folgenden Voraussetzungen abschließen:“

Auf Punkt 4 folgt Punkt 5:
„5. Die Urlaubsbemessung im Falle einer Altersteilzeitvereinbarung mit Durchrechnung ist in der Form zu berechnen, dass für den Zeitraum der Vollbeschäftigung, bei einem Jahresurlaub von fünf Wochen, die Hälfte der auf den Urlaubstag entfallenden Stunden als Urlaubsanspruch für den Nichtbeschäftigungszeitraum gelten, so dass die Konsumation eines ganzen Urlaubstages als Urlaubsvorgriff für den Nullbeschäftigungszeitraum zu betrachten ist.“

Die FA für Personalverwaltung wird beauftragt, die Einzelvereinbarungen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber im Wege des Personalbeirates an das zuständige Organ gem. § 1 Zi. 6 der Verordnung über die Übertragung von Angelegenheiten aus der kollegialen Zuständigkeit des Stadtsenates auf das gem. § 32 Abs. 6 StS 1992 zuständige Mitglied des Stadtsenates zur Genehmigung vorzulegen.

Weiters ergeht der Auftrag an die FA für Personalverwaltung, die im Punkt 5 der Betriebsvereinbarung geltende Urlaubsregelung bei den bestehenden Altersteilzeitverträgen zur Anwendung zu bringen.

Gegenständlicher Antrag wurde in der Sitzung des Personalbeirates genehmigt und ich ersuche auch den hohen Gemeinderat um Annahme dieser neuen adaptierten Betriebsvereinbarung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke vielmals, der Antrag steht zur Debatte. Keine Wortmeldung, daher Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich ein Zeichen zu geben. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Das war der Punkt 34), dem Spanring sei gedankt.

Wir haben noch den Dringlichkeitsantrag zu behandeln, der Herr Kollege Bremm ist als Fraktionsvorsitzender gebeten, uns die Resolution jetzt vorzutragen.

STADTRAT GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen. Wie schon unter Dringlichkeitsantrag kurz erläutert, möchte ich die Resolution jetzt zur Verlesung bringen.

DRINGLICHKEITSANTRAG

zur Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr am 5. Juli 2001

Gemäß § 7 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr und seiner Ausschüsse stellen die unterfertigten Gemeinderatsmandatare folgenden Dringlichkeitsantrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

R E S O L U T I O N

an Herrn LH-Stv. Franz Hiesl (diese Resolution ist auch an Herrn LH Dr. Josef Pühringer und Herrn LH-Stv. DI Erich Haider abschriftlich zur Kenntnis zu bringen).

Der Neubau der Ennstalbrücke in Steyr seitens der Bundesstraßenverwaltung, Abteilung Brückenbau, steht nach erfolgter Anbotseröffnung in Kürze bevor.

Nunmehr wurde jedoch bekannt, dass ein eingelangtes Stahlbauvariantenangebot hinsichtlich architektonischer Ästhetik der rein funktionellen Amtsvariante überlegen ist. Auch eine wesentlich kürzere Bauzeit und die Beibehaltung der Bestandslage sind wesentliche Vorteile dieser Variante. Leider ist dieses Anbot nicht Billigstbieter. Aus diesem Grunde beabsichtigt daher die Bundesstraßenverwaltung - nach Prüfung der Angebote - die Alternative „Verbundbrücke“ der Firma STRABAG mit Kosten von 103 Mio. Schilling zu beauftragen. Die Einspruchsfrist der anderen Bieter endet am 11. 7. 2001.

Da diese Brücke jedoch eine stadtbildprägende Lage hat, ist es dem Gemeinderat der Stadt Steyr ein großes Anliegen, diese ortsbildverträgliche Planung eingehendst zu prüfen, neu zu gewichten und vorrangig behandelt zu sehen. Dies deshalb, da Brücken mehr als reine Zweckbauten sind. Brücken sind in vielerlei Hinsicht einzigartig, ob in ihrer technischen Konstruktion, in der Nutzung oder in der Gestaltung.

Brücken setzen Zeichen - sie sind Markierungen im städtischen Raum - auch für kommende Generationen.

Für die Zukunft sollen Brücken gebaut werden, die durch Ästhetik, Dauerhaftigkeit und Zweckmäßigkeit bestehen und nachfolgenden Generationen Freude am öffentlichen Raum garantieren.

Auch die Eisenstadt Steyr verdient als Ennstalbrücke eine gut gestaltete Brücke.

Bei der kürzlich durchgeführten Ausschreibung wurde als Ausschreibungsprojekt eine einfache Balkenbrücke mit einem zusätzlichen Pfeiler in der Enns in einfachster Ausführung als reiner Zweckbau vorgesehen.

Die nunmehr angebotene Stahlbauvariante sieht eine zweizellige Stahldeckenbrücke mit bogenartiger Aufständerung im Bereich der Rederinsel vor, welche nach Auffassung des Gemeinderates der Stadt Steyr technisch und gestalterisch das „Spitzenprodukt“ darstellt. Zusätzlich bietet die Stahlbauweise die Möglichkeit, dass die Brücke am alten Standort - ohne Verkehrsunterbrechungen - errichtet werden kann, wodurch die verkehrstechnischen Zwänge bei den Brückenköpfen vermieden werden können.

Die Vorteile bei diesem Variantenentwurf liegen klar auf der Hand:

die gute Architektur

die Gebrauchstauglichkeit

die einfache Instandhaltung und die hohe Lebensdauer

Der um ca. 20 % höhere Errichtungspreis im Vergleich zum billigsten Zweckbau lt. Ausschreibungsentwurf ist natürlich als geringer Nachteil zu sehen. Wenn man aber neben dem Errichtungspreis die obigen Vorteile einer quantitativen Bewertung unterzieht, wird der Abstand deutlich niedriger und fällt sogar zugunsten der Stahlbauvariante aus.

Da gerade die Stadt Steyr in ihrer historisch bewussten Tradition äußerst sensibles Augenmerk auf

eine altstadt- und denkmalpflegerisch gerechten Erhaltung ihres gesamten Stadtbildes legt, was sich auch darin manifestiert, dass zahlreiche sensible Projekte der Stadt dem Gestaltungsbeirat zur Vorbegutachtung vorgelegt werden, wäre es gerade auch in diesem Bereich angebracht, nicht nur den einfachsten und billigsten Zweckbau, sondern vielmehr eine ästhetisch, architektonisch ansprechende Lösung des anstehenden Brückenbaus zu finden.

Der Gemeinderat der Stadt Steyr fordert daher Herrn LH-Stv. Franz Hiesl auf, die angebotene Stahlbauvariante im Vergleich zur derzeit beabsichtigten Verbundbrücke nochmals einer eingehenden Begutachtung zu unterziehen und verstärktes Augenmerk bei der Ausführung auf Ästhetik und architektonische Gestaltung, Dauerhaftigkeit und Zweckmäßigkeit, einfachere Instandhaltung und höhere Lebensdauer zu legen.

Dies nicht zuletzt auch im Interesse der Anrainer des sogenannten „Ortskais“ in Steyr, da die Stahlbauvariante am bisherigen Standort der Brücke errichtet werden könnte und dadurch der bisherige Abstand zur Wohnsiedlung beibehalten werden könnte, während bei der Ausführung der Verbundbrücke diese wesentlich näher an die Wohnsiedlung heranrücken würde, was deutliche Verminderungen der Wohnqualität in diesem Bereich zur Folge hätte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, aufgrund der angeführten Punkte ist es auf alle Fälle wert, darüber noch einmal intensiv zu diskutieren und auch an das Land heranzutreten; gerade was auch in dem letzten Bereich angeschnitten wurde, dass die Anrainer von dieser Variante wesentlich begünstigt wären.

Ich ersuche den Herrn Bürgermeister über diesen Dringlichkeitsantrag debattieren zu lassen, bzw. ihn einer Beschlussfassung zuzuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke vielmals. Es ist ja schon im Zusammenhang mit der Behandlung der Dringlichkeit von Herrn Dr. Pfeil der Wunsch aufgetaucht, auch hier unseren Herrn Baudirektor zu bitten, darüber zu berichten, wie sich das aus fachlicher Sicht unserer Bauabteilung entwickelt hat und was die Position dazu gewesen ist, warum es also im Konkreten geht. Herr Baudirektor, danke, dass sie sich noch so spät zur Verfügung gehalten haben, ich darf sie bitten, uns den Werdegang dieser Brückengeschichte zu erzählen.

BAUDIREKTOR SR DI WILLFRIED SCHÖNFELDER:
Ich begrüße sie zu dieser frühen Stunde - muss man ja fast schon wieder sagen und ich werde mich kurz halten. Zur Vorgeschichte möchte ich eigentlich nicht so viel sagen. Ich nehme an, dass sie die Vorgeschichte kennen, sonst fragen sie bitte. Ich wollte nur Folgendes sagen: Die Brücke ist jetzt so ausgeschrieben worden, wie sie immer besprochen wurde, es ist hier eigentlich nichts neues. Wir war im Kontakt mit dem Land und es wurde uns gleich von Anfang an gesagt, dass diese Brücke eine einfache Balkenkonstruktion werden wird. Warum? Weil sie preiswerter ist, weil diese Brücke dem Bund sozusagen auch hineingeschneit ist und einer Sonderfinanzierung bedarf und weil das Ganze einfach und rasch durchzuführen ist. Genauso wurde die Ausschreibung auch durchgeführt, wir waren darüber informiert und haben auch prinzipiell zu dieser Vorgangsweise ja gesagt. Das Ergebnis dieser Ausschreibung ist jetzt so, dass der Billigstbieter die Firma STRABAG mit 97 Mio. Schilling ist; allerdings soll nicht dieses Vorhaben realisiert werden, sondern ein Vorhaben mit 103 Mio. Schilling. Das ist eine Stahlverbundvariante, das andere wäre eine Stahlbetonvariante. Das Land bewertet hier die Lebensdauer der Brücken, die in diesem Bereich schon an die 100 Jahre liegen und bewertet diverse Faktoren, die da hineinspielen. Dann kommt am Schluss eben der Bestbieter zum Zuge und nicht unbedingt der Billigstbieter. Jetzt hat sich aber herausgestellt, dass eine Variante angeboten wurde - von der VOEST MCE - ich glaube sie haben es heute schon herumgegeben, ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Irgendeiner hat das Bild konfisziert, der Herr Dr. Pfeil hat es mir weggenommen, hat es euch weitergereicht und irgendeiner hat es eingesackelt. Ich möchte euch nur sagen, das ist unzulässig.

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Nein, das ist nämlich mein Bild, das ich bekommen habe, sonst würden wir es nämlich gar nicht wissen, dass es das gibt. Ich hoffe einer findet es und gibt es wieder zurück.

BAUDIREKTOR SR DI WILLFRIED SCHÖNFELDER:
Gott sei Dank haben wir hier ein Zweitexemplar. Jetzt ist es eben so, dass nach allgemeinem Konsens, diese Brücke wesentlich schöner ist. Jetzt muss ich dazu sagen, dass dieser Vorgang, der heute hier erfolgt, ein ganz legitimer ist, nämlich es ist ein sehr ausdrücklich Wunsch. Allerdings sehr schwierig in die Realität umzusetzen, glaube ich, denn das Ganze ist schon sehr weit fortgeschritten. Allerdings ist es so, sollten wir als Stadt Steyr sozusagen die Differenz des Geldes in die Hand nehmen, die diese Brücke teurer ist, dann wäre es eine leichte Entscheidung. Die Differenz ist allerdings schon ganz schön, es handelt sich hier um ca. 20 Mio. Schilling, wobei wieder mit dieser Bestbieterbewertung, dann tatsächlich eine Differenz von ca. 15 Mio. Schilling herauskommt. Ich habe ja schon ein Gespräch mit dem Land geführt und habe auch die Bitte vom Herren Bürgermeister, oder namens der Stadt, herangetragen, diese bessere, oder schönere Variante zu prüfen. Es gibt hier allerdings auch einige Haken. Es ist so, dass diese Prüfung nicht ganz so leicht ist. Diese Brücke hätte ja auch den Vorteil, wie es zuerst schon vorgelesen wurde, dass sie an der selben Stelle wie die alte Brücke steht. Das heißt, die alte Brücke wird hier zur Hälfte abgetragen, wie schon früher einmal überlegt wurde und dann eigentlich verworfen wurde, weil das etwas schwieriger ist. Man muss dann nämlich die alte Brücke unterstellen, das ist etwas schwieriger und gleichzeitig werden aber die Pfeilerkonstruktionen der alten Brücke im Fluss mitbenützt. Auch hier erfordert das eine höhere Vorsicht, man musste hier weitere Untersuchungen machen. Die hat das Land jetzt nicht so genau gemacht. Warum? Weil sie selbst dieses Variantenprojekt erst seit einigen Tagen oder Wochen vorliegen hat. Das heißt, diese Fragen sind nicht so eingehend geprüft und es ist heute die Antwort nicht so genau möglich, ob denn diese Variante, diese schönere Variante, auch wirklich geht. Ich habe jetzt also diese Randbedingungen geschildert, ich glaube aber, dass der Wunsch legitim ist, diesen Wunsch ausgesprochen ausdrücklich vorzutragen. Es ist so, dass jetzt die Einspruchsfrist der Firmen am 11. 7. 2001 endet. Ab hier wäre also eine Vergabe möglich, die Zuschlagsfrist ist normalerweise ca. 6 Wochen, ich weiß jetzt nicht, was das Land hier ausgeschrieben hat. Das heißt, es ist jetzt noch einige Wochen Zeit, ohne eine Zuschlagsfrist zu verlängern, diese Prüfung durchzuführen. Ich glaube, das ist genau der Wunsch, der in dieser Resolution steht, dass sich einfach das Land jetzt doch noch - ich sage einmal 2 Wochen - eingehendst damit beschäftigt, was hätte denn diese Variante wirklich an technischen Möglichkeiten noch in petto. Gleichzeitig habe ich auch einen Vorschlag Richtung Land gemacht, es gibt natürlich noch andere Möglichkeiten, dass sich z. B. die VOEST, die jetzt dieses teure Anbot gelegt hat, mit dem Billigstbieter zusammentut und eine stille AG bildet und ähnliche Konstruktionen findet. Hier ist natürlich der gute Wille der beiden betroffenen Firmen notwendig. Die eine Firma muss mit dem Preis herunterkommen, die andere Firma muss willens sein, mit der anderen Firma sozusagen diese Hochzeit einzugehen. Das wäre natürlich eine gute Variante und vielleicht zu dem billigeren Preis auch zu machen. Auch das sollte noch einmal eingehend geprüft werden. Diese Möglichkeiten bestehen und ich glaube, dass man ja hier nicht in Konfrontation mit dem Land ist. Die haben sich sehr bemüht, hier eine ordentliche Vorgangsweise vorzulegen, aber dass wir natürlich ein sicherlich noch schöneres Projekt wollen, es ist auch das vorhandene nicht ausgesprochen hässlich, es ist nur einfach, das ist ein legitimer Wunsch. Soweit mein Kommentar.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke vielmals. Sie haben jetzt die Schilderung von unserem Baudirektor bekommen, wie sich das aus seiner Sicht abgespielt hat. Ich möchte jetzt, bevor wir in die Debatte einsteigen, vielleicht noch sagen, wie sich das aus meiner Sicht abgespielt hat und warum wir zu der Überlegung gekommen sind, das auch im Gemeinderat vorzulegen, zur Debatte und zur Meinungsbildung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ich übernehme den Vorsitz und erteile dem Herrn Bürgermeister das Wort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Der Herr Baudirektor hat schon gesagt, wir haben ein Projekt vom Land kennen gelernt, das auch in den Ausschüssen behandelt wurde. Das kennen alle, die im Ausschuss tätig waren, haben es auch gesehen und es ist auch mehrfach debattiert und diskutiert worden. Niemand von uns hat ein anderes Projekt gekannt, weil das Land hier offensichtlich eine Vorauswahl getroffen hat. Das ist wieder so ein schöner Fall, jetzt ist es wieder wichtig auf die Zeit und die Termine zu achten. Am 25. 6. ist bei mir ein Schreiben des Betriebsratsvorsitzenden Sigmund Hartmayr von der VOEST MCE eingegangen. Er teilt mir mit, dass die VOEST ein Projekt mit einer Stahldeckbrücke mit bogenartiger Aufständerung im Bereich der Rederinsel angeboten hat. Es ist ihrer Meinung nach ein gestalterisches Spitzenprodukt und sie haben mir dieses Bild mitgeschickt, das der Herr Baudirektor gezeigt hat und das da durchgewandert und verschwunden ist. Da habe ich das erste Mal dieses Bild gesehen und ich muss sagen, es schaut natürlich viel ästhetischer und ansprechender aus, als eben dieses Projekt, das nach Meinung des Landes zur Ausführung gelangen soll. Zusätzlich bietet die Stahlbauweise - das schreiben die VOEST-Leute - die Möglichkeit, dass die Brücke am alten Standort ohne Verkehrsunterbrechungen errichtet werden kann, wodurch die verkehrstechnischen Zwänge (Ausschreibungsentwurf - notwendige Standortverschiebung usw.) bei den Brückenköpfen vermieden werden kann. Die Vorteile bei diesem Variantenentwurf sind sehr klar. Die gute Architektur, die Gebrauchstauglichkeit und die einfache Instandhaltung sowie die hohe Lebensdauer sind vorteilhaft. Die Bauzeit soll angeblich kürzer sein, als bei dem Projekt, welches das Land präferenziert und wo eben die Dinge sehr weit fortgeschritten sind. Das soll allerdings in der Gesamtbewertung ungefähr um 12 bis 15 Mio. Schilling teurer sein. Natürlich kann man hier die Meinung vertreten, wir nehmen den Billigstbieter, oder sie sagen auch Bestbieter dazu. Das ist mir am 25. 06. bekannt gemacht worden, da habe ich das bekommen. Ich habe am nächsten Tag mit dem Herrn LH-Stv. Hiesl in Linz, im Landhaus, persönlich gesprochen, habe gesagt, dass mir diese Variante bekannt gemacht wurde, die uns bisher nie gezeigt wurde, die keiner von uns gekannt hat, dass sie mir sehr gut gefällt und dass ich in Anbetracht des Umstandes, dass sie schneller gebaut werden kann und am selben Platz errichtet werden kann, dass da noch eine eingehende Überlegung und Überprüfung angestellt werden soll, damit wir vielleicht doch zu dieser Brücke kommen. Er hat mir damals gesagt - und ich bin jetzt bei dem was ich sage sehr präzise - er hat sich da nicht eingemischt, ich soll mit dem Herrn Dr. Zeilinger reden, das ist der oberste Brückenbauer. Ich habe das unserem Herrn Baudirektor gesagt, habe ihm übrigens auch dieses Schreiben und das Bild übermittelt und er hat übernommen und mit dem Herrn Dr. Zeilinger gesprochen. Der hat ihm wieder gesagt, er ist an die Ausschreibungsrichtlinien gebunden und hat da keinen Spielraum. Ich habe aber auch noch einen sehr freundlichen Brief an den Herrn LH-Stv. Hiesl geschrieben und zwar mit dem Datum 28. 6., also 3 Tage nachdem ich das überhaupt bekommen habe. Ich habe geschrieben: „Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, lieber Franz!“

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Hat ja eh „Lieber Franz“ geschrieben!

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Reg dich nicht auf, ich lese dir ja auch vor, wie er mit zurück geschrieben hat, nämlich nicht so freundlich, und den Unterschied möchte ich herausarbeiten. Horch einmal zu Roman, konzentrier dich, wenn es auch schon spät ist. „Der Neubau der Ennstal- und Rederbrücke seitens der Bundesstraßenverwaltung, Abteilung Brückenbau, steht nach erfolgter Anbotseröffnung in Kürze bevor. Deine Abteilung Brückenbau hat dieses Projekt in kurzer Zeit und sehr kompetent bis Ausführungsreife vorbereitet. Nun wurde mir bekannt, dass ein Variantenangebot der MCE VOEST hinsichtlich architektonischer Ästhetik der rein funktionellen Amtsvariante eindeutig überlegen ist. Auch eine wesentlich kürzere Bauzeit und die Beibehaltung der Bestandslage sind wesentliche Vorteile dieser Variante. Leider ist dieses Anbot nicht Billigstbieter und zwar mit einigem Abstand. Da diese Brücke jedoch eine stadtbildprägende Lage hat, ist es mir ein großes Anliegen, diese ortsbildverträglichste Planung eingehend geprüft, eventuell neu gewichtet und vorrangig behandelt zu sehen. Ich bitte dich daher, alle dir zur Verfügung stehenden Möglichkeiten einzusetzen, eine Lösung

zu finden, diese dem Bild einer der schönsten Städte Österreichs gerechten Variante zur Durchführung zu bringen. Durch den nun anteilsmäßig - gegenüber früher - höher eingeforderten Baukostenanteil in Höhe von 12,2 Mio. Schilling“ - ihr erinnert euch, wir haben von 8 bis 10 Mio. Schilling gesprochen, die wir zahlen müssen, jetzt sind wir eh bei 12,2 Mio. Schilling gelandet, - „ist diese Vorgangsweise auch als Beitragssicht der Stadt Steyr gerechtfertigt und begründbar.

Mit freundlichen Grüßen

Dein Hermann Leithenmayr“

So, so geschehen. Keine weitere Reaktion, aber Einladung zum Pressegespräch beim ARBÖ-Zentrum und zwar vorgestern 11.00 Uhr. Ich bin dann natürlich dort hingegangen, wenn ich schon eingeladen werde, und es waren Journalisten, Bekannte von uns allen da. Der Herr Stögmüller, der Herr Savio, der Herr Brunnhofer, vom Volksblatt liebe Bekannte, alles da. Der Herr LH-Stv. hat dann das Projekt sehr gut verkauft und ich habe gesagt, es ist natürlich so, dass es eine neue Variante gibt, die übrigens dann schon angeschlagen war. Das war schon die einzige Reaktion darauf, dass der Herr Baudirektor mit dem Herrn Dr. Zeilinger gesprochen hat und dass ich diesen Brief geschrieben habe, dafür hat es dieses Bild an der Wand gegeben, neben den anderen Plänen von dem Projekt. Ich habe gesagt: „Es ist unüblich und es tut mir Leid, dass das so stattfinden muss, aber ich habe einen Brief geschrieben und ich habe mit dir gesprochen, Herr Landeshauptmann, aber es ist nichts weiters geschehen. Daher muss ich in diesem Pressegespräch namens der Stadt schon sagen, dass diese Variante, die uns erst seit einigen Tagen bekannt ist, unbedingt geprüft werden sollte. Immerhin handelt es sich um ein Jahrhundertbauwerk, also sie wird 100 Jahre dort stehen, immerhin ist es mitten in der Stadt und ungeheuer stadtbildprägend. Sie steht ja nicht irgendwo herum, daher muss man schon diese Überlegung anstellen. Außerdem soll die Bauzeit deutlich kürzer sein, was uns auch nicht gleich ist, wie lange wir im Stau stehen. Auch das wäre zu bewerten, wenn wir 2 ½ Jahre nur diese zweispurige Variante haben, bei der normalen Bauausführung, die da geplant ist. Außerdem ist natürlich auch die Lage, nämlich am gleichen Standort die Brücke zu haben, aus der Sicht der Anrainer im höchstem Maße wünschenswert und man könnte sich möglicherweise auch Grundeinlösen ersparen, wenn das am alten Standort sein könnte. Na gut, zu spät ist gar nichts.

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Aber es ist mir eh gleich, vielleicht ist es auch schon zu spät, aber eines -habe ich gesagt - lasse ich mir nicht nachsagen, dass ich als Bürgermeister Kenntnis erlangt hätte von dieser Variante und Möglichkeit, weil ich weiß ja gar nicht, wer von euch noch alle so eine Zusendung hätte bekommen können und ich lasse mich nicht herhauen, dass ich mich auf so etwas draufgesetzt habe. Das habe ich auch dort den Herrschaften gesagt. Daraufhin habe ich aber offensichtlich den Herrn Landeshauptmann, meinen lieben Freund, am falschen Fuß erwischt, weil er dann ziemlich rasant zu einer sehr forschen Sprache übergegangen ist. Er hat mir in schöner Klarheit und „very dry“ gesagt, dass wir uns was wünschen können, aber gemacht wird das, was da an der Wand hängt. Geduldig wie ich bin, habe ich ihm aber gesagt, dass ich es nicht verabsäumen werde, den Steyrer Stadtsenat und Gemeinderat mit dieser bestehenden Anbotsvariante, die uns - jedenfalls mir - sehr gut gefällt, zu befassen, weil die sollen das zumindest wissen. Worauf er einen Zahn nachgelegt und gesagt hat, wir können zwar darüber beraten, aber es wird keinerlei Einfluss auf das ganze Geschehen haben. Worauf ich auch ein „Prügerl“ nachgelegt und gesagt habe, er soll sich doch darüber im Klaren sein, dass die Dinge so einfach auch wieder nicht sind, weil letzten Endes sind wir auch gewählte Mandatare in unserer Stadt und wenn so eine Variante existiert hat, die uns aber gar nie gezeigt wurde, und wir uns auch überhaupt nicht damit beschäftigen konnten, dann können wir schon auch sagen, so ist das nicht, es wird nicht unbedingt alles gebaut bei uns, was sich irgendwer vorstellt. So einfach ist das nicht, da wollen wir schon zumindest gehört werden und eigentlich würde ich mir vorstellen, dass das den Linzern auch nicht egal ist, was in Steyr gebaut wird. Es sollte auch den Wienern nicht egal sein, sie beschallen uns ja auch sonst jeden Tag, vom Denkmalschutzamt, von Stadtbildpflegern her usw., jeden Privaten bis zum letzten Kastenfenster und das „Beschlagerl“, das dort oben ist. Da wird es

wohl möglich sein, dass sich die Steyrer Mandatare über ein Brückbauwerk, das 100 Jahre dort steht, auseinandersetzen können. Worauf er dann noch ein bisschen nachgelegt und gesagt hat, wenn wir das tun, dass wir da meinen, das muss so sein, dann sperrt er uns die Brücke für LKW's und wir können nur mit dem Bus und Einsatzfahrzeugen dort fahren, sodass wir so quasi dann im Stau stehen. Das war dann ungefähr das Ende. Wir haben dann noch über die Ennserstraße geredet und dass in Dietach das gehen wird, was ich heute berichtet habe, jetzt technisch und in 3 Jahren Baubeginn, in 14 Tagen entscheidet er die Variante. Ich habe dann gesagt, das entspannt die Lage ein bisschen, tröstet uns ein bisschen, weil das haben wir so mit Sehnsucht herbeigewünscht und jetzt geht da wirklich etwas weiter. Er hat dann gesagt, ich habe das eh nicht als spannend empfunden, weil ich gesagt habe, das entspannt die Lage ein bisschen. Ich stelle aber jetzt fest, dass er mittlerweile offenbar doch wieder umgedacht hat, er schreibt mir nämlich jetzt - heute mit Fax, direkt in die Sitzung hinein:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Ich halte deinen Dringlichkeitsantrag betreffend die Rederbrücke, - ist übrigens nicht meiner, sondern der unserer Fraktion und mittlerweile auch vom Herrn Apfelthaler unterschrieben, - den du heute in den Gemeinderat einbringen möchtest, in den Händen." Da war er schon eingebracht, wie er den bekommen hat. „Ich möchte dies zum Anlass nehmen, dich auf diesem Wege davon in Kenntnis zu setzen, dass ich dein Verhalten bei unserer gemeinsamen Pressekonferenz am Dienstag als ungehörig und befremdlich gesehen habe."

Ungehörig und befremdlich, weil ich als Bürgermeister der Stadt Steyr eine Variante anspreche, die mir gerade bekannt geworden ist, die uns die verheimlicht haben.

„Es entspricht nicht dem Stil, den ich gewohnt bin, vor Journalisten einen Streit vom Zaun zu brechen, noch dazu wenn es im Vorfeld der gemeinsamen Pressekonferenz mehrere Kontakte zwischen unseren beiden Büros gegeben hat und die Pressekonferenzunterlage mehrere Tage vorher übermittelt wurde."

Das stimmt zwar, Kontakte hat es auch gegeben, nur haben die kein Ohrwaschel gerührt.

„Enttäuscht bin ich über dein Verhalten vor allem auch deshalb, weil du eigentlich wissen solltest, dass ich gar keine Möglichkeit besitze, auf dem Boden des Gesetzes stehend, den Auftrag an MCE VOEST zu vergeben. Berechtigterweise würden sich andere Bieter darüber beschweren, nicht zum Zug gekommen zu sein. Mit Bedauern muss ich feststellen, dass du völlig unwahre Behauptungen aufstellst."

Das ist also schon ein starker Tobak, weil ich bin mir nicht bewusst, dass nur ein einziges Wort nicht stimmt, das ich dort in dieser ganzen Angelegenheit gesagt habe.

„Um dir eine politische Bühne zu suchen" - deswegen stelle ich unwahre Behauptungen auf - „eine an sich gute Sache in letzter Minute zu kritisieren und madig zu machen. Wäre es dir wirklich um die Sache selbst gegangen, hätte es in der Projektvorbereitung eine Unzahl von Möglichkeiten gegeben, die Wünsche der Stadt Steyr rechtzeitig zu artikulieren. Die Stadt Steyr war in alle Vorbereitungsschritte eingebunden, nie hat es Hinweise auf den Wunsch nach einer Stahlbrücke gegeben. Daher werte ich den vorliegenden Dringlichkeitsantrag eher als Theatertoner, 5 Minuten nach 12, um dadurch von den eigenen Fehlleistungen und Unzulänglichkeiten abzulenken."

Also, da muss ich euch ganz ehrlich sagen, da bin ich schon baff. In der Geschichte, ich weiß nicht, wo da die Fehlleistungen sein sollten, ich habe die Varianten gar nicht gekannt, wir glauben, dass sie die schönste ist. Ich habe sogar dort gesagt, dass wir uns das wahrscheinlich auch etwas kosten lassen würden, zumindest hätte sich der Gemeinderat der Stadt Steyr mit einem Jahrhundertbauwerk beschäftigen dürfen und eigentlich auch müssen. Jetzt bin ich halt wirklich der Meinung, jetzt wird wieder so getan, dass das der letzte Augenblick ist, wobei ich schon sagen muss, wie der Herr Dr.

Zeilinger bei uns war, hat er gesagt, im März fangen sie das Bauen an. Jetzt haben sie gesagt, im August fangen sie zu bauen an und wenn ich mich nicht täusche, haben die Grundeinlöseverhandlungen dieses Projekt ziemlich lange blockiert oder aufgehalten. Einige der Anrainer waren in der Angelegenheit bei uns vorständig. Ich möchte das daher wirklich genau erläutert haben, jedes Wort kann im Protokoll nachgelesen werden. Aus meiner Sicht war das ganz genau so. Es gibt natürlich unverfängliche Zeugen dafür, das sind die Herrn Journalisten und es haben auch Teile davon in den Zeitungen gestanden und Teile davon sind auch im Mittagsjournal berichtet worden. Ihr könnt euch gerne bei den Herrn Journalisten erkundigen, es war schon ein ziemlich unübliches Gespräch in einer auch etwas unüblichen Tonlage.

Bitte, macht euch ein Bild und äußert euch, wie ihr zu der Brücke steht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ich danke dem Bürgermeister. Zu Wort gemeldet hat sich der GR Payrleithner. Ich erteile es ihm und gebe den Vorsitz an den Herrn Bürgermeister zurück.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte vielleicht dort anfangen, wo der Herr Bürgermeister aufgehört hat. Ich befürchte nämlich tatsächlich, dass dieses Papier, dieser Dringlichkeitsantrag beim Herrn Landesrat ungefähr so enden wird, wie wenn wir den Dringlichkeitsantrag unter der Rederbrücke ins Wasser werfen würden. Dort rinnt das Wasser ja bekanntlich sehr schnell, also dass er dort auch sehr schnell im runden Ordner verschwinden wird, weil es offensichtlich wirklich zu spät ist, um das Ruder noch einmal herumreißen zu können. Ich bedaure das außerordentlich und sage auch, leider ist das wahrscheinlich nicht mehr möglich, weil dieser Antrag ja durchaus einige Dinge beinhaltet, die nicht nur für die Anrainer, sondern auch für die Stadt von großem Vorteil wären. Das wäre natürlich auch ein interessantes Thema im Bauausschuss gewesen. Ich war bis auf die letzte Bauausschusssitzung bei jedem Bauausschuss anwesend und es ist eigentlich überhaupt nie von einer Möglichkeit gesprochen worden, dass auch andere Varianten zum Zug kommen könnten. Erst am 21. 6. ist mir gesagt worden, dass es plötzlich neue Überlegungen in diese Richtung gibt. Es ist auch eines ganz interessant, ich kann mich erinnern, vor etwas mehr als einem Jahr, wie das erste Mal im Bauausschuss darüber diskutiert wurde, wie das denn jetzt wird, wenn die Brücke dort neu errichtet werden muss - denn die ist ja erst 40 Jahre alt, und die nächste soll ja etwas länger als 40 Jahre halten - da hat es ursprünglich geheißen, die schneiden wir in der Mitte auseinander und wir rücken ein paar Meter herauf. Da hat sich ja dann nachher herausgestellt, das war etwas seltsam, aber wir sind ja keine Bautechniker, nach ein paar Monaten hat sich dann herausgestellt, dass diese Variante vollkommen unmöglich ist, weil das ja ein Betonprofilkasten ist und wenn man den in der Mitte auseinanderschneidet, so stellt sich das zumindest auch für den Laien dar, dann ist es mit der Statik wahrscheinlich so ziemlich aus und das Ganze kracht zusammen. Darum kann ich mir eigentlich nicht vorstellen, wie das jetzt über die Bühne gehen soll, dass man auf die bestehende Brücke - so schön das auch wäre, dann würde die neue Brücke nicht um 15 Meter an die Wohnanlagen herangebaut werden - wie man sich das jetzt vorstellt, dass man eine neue Brücke auf die andere draufbaut.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Das muss der Brückenbauer wissen, ich bin auch keiner.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Ob das tatsächlich möglich ist, das bezweifle ich inzwischen, nachdem was wir zuerst in diesem Zusammenhang gehört haben. Es steht außer Zweifel, dass diese Variante, wie sie uns auf dem Bild - das inzwischen verschwunden ist - heute präsentiert wurde, natürlich besser zur Stadt passen würde. Es ist ja noch nicht so lange her, dass wir Eisenbrücken in der Eisenstadt gehabt haben, ich erinnere an Zwischenbrücken, die waren im Nachhinein betrachtet vielleicht auch schöner als die, die wir unter Bürgermeister Weiß bekommen haben. Ich könnte mir durchaus auch vorstellen, dass das eine Variante wäre, die gut zum Ortsbild passen würde. Sie ist ja auf jedem Plakat, jedem Bild, jeder Postkarte oben, dieses Ensemble mit der Konstruktion - inzwischen Rederbrücke genannt - ist dort

sozusagen verewigt. Ich bedaure es außerordentlich, glaube aber nicht, dass das noch einen Sinn hat, nachdem ja auch der Hiesl in einem derartigen Ton mit uns umgeht - er geht ja nicht nur mit dir so um, das ist ja eher eine private Angelegenheit, sondern auch mit der Stadt. Das muss man vielleicht auch einmal so sehen, was er da so von uns in Steyr hält und daher nach dem alten Motto „Ober sticht Unter“ wird da wahrscheinlich leider nicht mehr viel herauskommen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke, weitere Wortmeldung Herr Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Meine sehr verehrten Damen und Herren. Diese Resolution, dieser Antrag ist schon sehr interessant, gerade im Lichte des vergangenen Antrages mit der Bezirkssporthalle, weil hier genau unter umgekehrten Vorauszeichen ein Antrag gestellt wird. Da darf es mehr kosten, weil es schön ist und dort muss es weniger kosten, weil es nicht so passend wird. Es ist halt so. Der Antrag hat natürlich viel für sich, man sollte immer eine bestmögliche Variante anstreben. Ich habe auch überhaupt nichts gegen die Forderung nach einem Gestaltungsbeirat, ganz im Gegenteil. Wenn wir Häuser und andere Objekte in einer ansehnlichen Überprüfung durch den Gestaltungsbeirat zulassen, dann sollte ja ein Brückenbauwerk, welches die Stadt 100 Jahre prägt, um so mehr dieses Gremium passieren.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Das ist ja wieder eine neue Variante.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Der Kollege Payrleithner hat es ja schon angesprochen, aber der Dringlichkeitsantrag gerade von dieser Fraktion gestellt, die für Zwischenbrücken und Neutorbrücke in der Vergangenheit verantwortlich ist, aber auch Bahnhofparkdeck, da ist ja auch die nicht bessere städtebauliche Variante zum Zug gekommen, weil eben die billige Variante zum Zug gekommen ist - ich höre noch ihren O-Ton, 80 Mio. und keinen Schilling mehr, gekostet hat sie dann 160 Mio. Schilling.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Das war aber bitte nicht mein Plan, sondern der Plan der Bundesbahnen, Herr Doktor.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Aber sie haben sie hier verteidigt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Ich habe das verteidigt, was mir die Fachleute gesagt haben.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Aber sie haben gesagt, wir sind deshalb für diesen Plan, weil er dem Steuerzahler nur 80 Mio. Schilling kostet.

Eines gehört schon abgeklärt, wir haben das Projekt in den Ausschüssen gehabt, wir haben auch im Verkehrsausschuss nur das eine Projekt aus verkehrstechnischer Sicht, insbesondere die Anbindungen des Fußgänger- und Radwegverkehrs untersucht und uns sind leider auch keine anderen Varianten vorgelegen. Ich sehe es auch als Verpflichtung an, wenn es mehrere Varianten gibt, dass die dann auch der Stadt zur Verfügung gestellt werden müssten, da sind wir wieder beieinander. Ich habe nur ein Problem, nachdem ich heute nach unserem gemeinsamen Gespräch mit dem Herrn Dr. Zeilinger telefoniert habe und der sagt mir, es stimmt einfach nicht, dass man diese neue Brücke ohne Verkehrsunterbrechungen an Ort und Stelle bauen kann. Ich kann dieser Resolution nicht zustimmen, weil sie aus sachlicher Sicht nicht stimmt. Ich bin kein Brückenbauer, ich kann ihn nur zitieren: „Man muss 2/3 der Fundamente und der Traggerüste wegmachen, damit man Platz schafft für die neue Konstruktion. Das heißt, der bestehende, verbleibende Restverkehr müsste sich auf 1/3 des Unterbauwerkes bewegen. Es gibt wahrscheinlich auf der ganzen Welt keinen Statiker, der da seinen Kopf hinhält und hier unterschreibt. Deshalb wird das wahrscheinlich ohne Totalsperre an Ort und

Stelle nicht gehen.“ Ich glaube aber, das haben wir im Vorfeld relativ lange und ausführlich diskutiert.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Ich kann natürlich nicht beweisen ob das stimmt, was die VOEST-Brückenbauer sagen. Ich weiß nur eines, dass die auf der ganzen Welt Brücken bauen, hervorragende Spezialisten sind und wissen müssen, wie es geht. Da wäre es spannend, ob das stimmt, was ein Verfechter eines anderen Projektes sagt, was die sagen und wie das wirklich aussieht. Ich kann eh nicht sagen, dass das so gemacht wird. Der Inhalt dieser Resolution besagt ja nur, dass in Anbetracht der Ästhetik eines Jahrhundertbauwerkes mitten in unserer Stadt, einer Perle der Architektur, dass das da noch einmal überprüft werden soll, weil der Gemeinderat überhaupt erst jetzt von dieser Variante erfahren hat. Die ist uns ja nicht bekannt gewesen, darum eine neuerliche Überprüfung, Hiesl lehnt das ohnehin ab. Ich weiß ja nicht, was er genau macht, aber dass sich der Steyrer Gemeinderat nicht mehr artikulieren darf, damit kann ich als Bürgermeister schlecht leben, dass ich mich nicht rühre, wenn ich eine Überzeugung habe, wenn ich ein Projekt sehe. Deswegen habe ich gesagt, werde ich das in den Gemeinderat tun und wenn die Mehrheit der Meinung ist, dass die Brücke, die jetzt gebaut wird, für uns eh in Ordnung ist, dann braucht auch keine neuerliche Überprüfung stattfinden. Es tut mir zwar Leid, dass es nicht die beste Lösung war sondern nur die zweitbeste, es ist ja die andere Brücke auch nicht hässlich, habe ich auch nie gesagt, es gibt nur eine schönere Variante. 12 Mio. Schilling auf hundert Jahre gesehen, das ist eine Größenordnung, über die man wohl noch reden darf. Halten wir uns einmal vor Augen, welche Auflagen von unseren Denkmalschützern gemacht werden, wenn jemand in einem Denkmalschutzbereich etwas herrichten muss, da wird ihm das auf das Auge gedrückt. Ich hätte halt gerne gehabt, dass wir alle Varianten kennen. Wenn das geschehen wäre, hätten wir uns möglicherweise sehr für dieses ästhetischere Projekt verwendet, eingesetzt oder hätten das präferenziert, das glaube ich. Der Laden ist sehr fortgeschritten, nur schneller kann man nicht mehr reagieren, wie wir versucht haben zu reagieren. Das wollte ich noch sagen.

Herr Baudirektor, sie wollten zu diesem technischen Problem noch etwas sagen.

BAUDIREKTOR SR DI WILLFRIED SCHÖNFELDER:
Als kleine Darstellung: Es wurde vom Land nur die Amtsvariante ausgeschrieben und das was jetzt vorliegt, ist eine Firmenvariante. Das ist natürlich zulässig und auch üblich, dass bei so großen Projekten Firmenvarianten vorgeschlagen werden. Diese Firmenvariante konnte uns selbstverständlich und natürlich nicht bekannt sein, auch den Leuten beim Land nicht bekannt sein. Diese Einwände vom Herrn Dr. Pfeil sind legitim. Es stimmt, dass das etwas schwieriger ist, es ist nur nicht ganz im Detail geprüft, ob es jetzt wirklich hält und einfacher geht, oder ob es etwas komplizierter ist. Das ist einfach noch offen. Das zu prüfen wäre die Aufgabe.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Gut, gibt es noch eine Wortmeldung? Herr Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Liebes Präsidium, meine Damen und Herren. Schon alleine die Variante, dass man dort den gleichen Abstand von den Wohnhäusern beibehalten kann, ist schon einmal wert, dass man über die Geschichte noch einmal genau nachdenkt. Zur Ästhetik, das ist sicher Geschmacksfrage. Mir persönlich gefällt diese Stahlvariante auch um einiges besser. Nur kann es doch nicht so sein, zur Sprachregelung oder so, dass da irgendwie die neue Idee eines Bürgerengagements damit beantwortet ist, dass wir sowieso den Mund halten müssen, weil es obrigkeitsstaatlich von Linz aus quasi so bestimmt wird. So kann es ja nicht sein, denke ich mir. Alleine deshalb, aus dem Titel heraus, würde ich mich schon dagegen wehren. Was die Resolution des Gemeinderates anbelangt, hat die natürlich schon mehr Gewicht, als wenn der Herr Bürgermeister mit dem LR Hiesl irgendwo alleine privat streitet; wenn wir alle der Meinung wären, dass zumindest die Möglichkeit noch weiterhin bestehen soll, Wohnbaudinge des Landes auf Sinnhaftigkeit zu hinterfragen und auch unseren Geschmack bei solchen Dingen äußern dürfen. Schon alleine aus diesem Grund würde ich sagen, dass der Gemeinderat so mehrheitlich wie möglich der Resolution zustimmen soll.

Was mich in dem Zusammenhang noch interessiert, Herr Baudirektor, was passiert jetzt mit dem Fuß- und Radweg? Ist der jetzt auch da drunter, oder wie sieht das aus?

BAUDIREKTOR SR DI WILLFRIED SCHÖNFELDER:
Auch diese VOEST-Variante hat den Fuß- und Radweg genauso unter der Brücke liegen. Das war ja ein Vorschlag der seinerzeit von uns, von der Stadt kam, der eigentlich sehr positiv aufgegriffen wurde, weil es uns ermöglichte die Brücke, die Fahrspuren breiter zu bauen, ohne dass die Gesamtbreite größer wurde und der Radweg ist in dieser Form auch billiger. Das wäre also nach wie vor gewährleistet.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Ich hätte nur eine Frage, die ziemlich rasch beantwortet ist. Herr Baudirektor, was bedeutet das vom Zeitablauf her, wenn diese Stahlbauvariante, die jetzt aufgetaucht ist, überprüft wird? Was heißt das, bedeutet das eine Verzögerung?

BAUDIREKTOR SR DI WILLFRIED SCHÖNFELDER:
Ich habe das zuerst schon gesagt, also von der Vergabesituation bedeutet das nur einige Wochen, um das zu prüfen. Eine Prüfung ist relativ schnell gemacht. Wie es dann tatsächlich zur Vergabe kommen könnte? Ich habe es schon gesagt, einfach ist es dann, wenn wir als Stadt Steyr die Differenz zahlen, weil dann ist es eine ganz klare Vergabe. Wenn eine andere Konstruktion, wie ich schon angedeutet habe, billiger sein sollte, und ein Zusammengehen der Firmen stattfindet, dann ist das nicht den Vergabebedingungen entsprechend, das ist sicherlich schwierig und nicht so glatt durchzubringen. Die Durchführung, das hat der Herr Bürgermeister zuerst gesagt - ich habe es zuerst ausgelassen - dürfte bei dieser reinen Stahlvariante wesentlich schneller sein. Eine Stahlbrücke ist sehr viel leichter als eine massive Betonbrücke bzw. auch eine Stahlbetonverbundvariante, da können Teile eingehoben werden. Das heißt, die Bauzeit würde wirklich um einen erheblichen Teil kürzer sein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Herr Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Ich erinnere mich noch sehr genau an die Verhandlungen, die wir hier über diese Ennstalbrücke oder Rederbrücke, wie sie bald heißen wird, gehabt haben. Es war ja nicht so, dass dieses Projekt, wie es sich jetzt dargestellt hat und ausgeschrieben wurde, uns so auf den Tisch gelegt wurde, sondern es ist schon gemeinsam mit uns auch entwickelt worden. Der Herr Baudirektor hat es ja auch schon gesagt, vor allem der Vorschlag der von uns gekommen ist, dass man den Geh- und Radweg unter der Brücke aufhängt, wurde so akzeptiert, obwohl es natürlich auch die Baukosten verteuert hat. Auch bei dieser Ausschreibung, die das von uns akzeptierte Brückenbauwerk beinhaltet hat, hat man nicht die Billigstvariante genommen, sondern hat eine um ungefähr 6 Mio. Schilling teuere Variante genommen. Aus Gründen der Haltbarkeit, aber auch der architektonischen Anmutung, auch hier sind Dinge verändert worden. Der Sprung zu diesem Alternativangebot, was vorher nicht vorgelegen hat, sondern was erst im Zuge dieser Ausschreibung auf den Tisch gekommen ist, ist gegenüber dem Billigstgebot insgesamt 22 Mio. Schilling. Das ist natürlich ein sehr großer Betrag, vor allem auch in Prozenten und hat dazu geführt, dass es natürlich bei diesen Ausschreibungsrichtlinien und -kriterien nicht als Bestbot herausgekommen ist. Eine Aufhebung dieser Ausschreibung birgt natürlich nicht nur die Gefahr, sondern es ist zu erwarten, dass sich der jetzige Bestbieter rechtliche Schritte vorbehalten wird. Also, es ist damit zu rechnen, dass man nicht mit einer normalen Aufhebung dieser Ausschreibung rechnen kann. Auch wenn man jetzt überlegt, diese neue Variante in Betracht zu ziehen, kann das nur mit einer neuerlichen Ausschreibung passieren, einer EU-weiten Ausschreibung. Auch dann ist nicht sicher, ob dieses Projekt zum Zug kommt. Wir erinnern uns alle noch, aber anscheinend lernt man mit der Gefahr zu leben, wie sehr wir uns eigentlich vor dem Tag gefürchtet haben, wenn bei der Inspektion herauskommt, dass die Statik der Brücke so gefährdet ist, dass man sie für Teile des Verkehrs - oder womöglich überhaupt - sperren muss. Die Verantwortung dafür hat bis zum heutigen Tag der Herr Dr. Zeilinger als oberster Brückenbauchef übernommen, aber irgendwann ist auch hier die Möglichkeit nicht mehr da. Das was hier angedroht wurde, glaube ich,

ist nicht nur die Rute im Fenster, sondern auch dass die Leidensfähigkeit zu Ende ist. Ich glaube, wenn man das Ganze ein bisschen zusammenzieht, dann muss man auch Verständnis für die Reaktion des Landes haben. Ich glaube, dass es auch nach einer verlorenen Ausschreibung nicht einfach ist, dass Firmen mit Zuruf versuchen, das Ausschreibungsergebnis zu korrigieren. Das wiederspricht ganz klar den Ausschreibungskriterien und ist, glaube ich, auch nicht zu befürworten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Dann hätten wir manchen Beschluss bei uns auch nicht fassen dürfen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Na ja, ich weiß nicht. Ich hätte halt schon gerne gewusst, dass es eine Variante gibt, die am selben Platz gemacht werden kann. Das ist nämlich nicht unwichtig. Ich hätte gerne gewusst, dass es eine ästhetisch schönere Variante gibt, dass es eine Variante gibt, die eine wesentlich kürzere Bauzeit hat. Eines steht schon fest, 2 ½ Jahre Bauzeit, das ist schon sehr lange und es ist nicht egal, ob wir ein halbes Jahr länger im Stau stehen oder nicht. Es ist ja auch möglich, dass der Herr Zeilinger voll Recht hat, dass das nicht geht, was die VOEST sagt, das mag durchaus sein. Ich befürchte halt, dass es lediglich dieser Unterschied von netto 12 Mio. Schilling ist - netto sind es nämlich 12 oder 15 Mio. Schilling Unterschied in der Gesamtbewertung und nicht 22 Mio. Schilling.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Gegenüber dem Billigstgebot schon!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Nein, es geht schon um das, dass in der Wartung das Stahlbrückenprojekt günstiger ist. Da wird ja eine Gesamtbewertung über den Zeitraum gemacht und wenn man das so betrachtet, da sind es dann eigentlich nur 12 Mio. Schilling. So ist das erklärt worden. 12 Mio. Schilling ist natürlich schon ein Betrag, ich gebe schon zu, dass man das auch von der Seite her sehen kann. Ich frage mich nur, ob das an einer Stadt wie Steyr vorbei gemacht werden soll und wenn der Gemeinderat damit sehr zufrieden ist, dann ist das für mich auch ein wichtiges Zeichen und ich kann mich beruhigt schlafen legen. Wenn ich wüsste, dass nur ich das Papier hätte und ihr es nicht auch zugespielt bekommt, dann könnte ich nämlich nicht gut schlafen. Jetzt kann ich verhältnismäßig gut schlafen, denn jetzt wird der Gemeinderat entscheiden, wollen wir das noch einmal aufgerollt haben, wollen wir darüber den Diskurs haben, wollen wir das jetzt wirklich genau wissen, oder aber ist uns das eh recht was die machen. Ich habe nicht mehr verlangt, und ich war auch nicht böse. Böse ist der Herr LH-Stellvertreter, so schaut das nämlich aus. Aber ich habe mich für mein „Stadterl“ aufgehalten, auf das lege ich schon Wert, dass ich das zum Ausdruck bringe und nicht weil ich dem Herrn LH-Stv. Hiesl politisch eine ans Zeug flicken will, weil ich bin ihm sogar dankbar, dass er das mit der Straße nach Enns jetzt weiter betreibt, wo ja noch viele andere Aspekte auch mit eine Rolle spielen.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:
Hat der Herr Dr. Kaiser das Foto schon gesehen?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Ja hat er. Ich habe es dem Herrn Baudirektor hinauf geschickt. Was sagt der Herr Dr. Kaiser?

BAUDIREKTOR SR DI WILLFRIED SCHÖNFELDER:
Ich habe es ja zuerst erwähnt, das war eigentlich der Konsens mit den Leuten, mit denen wir uns natürlich besprochen haben, dass das die schönere Variante ist. Dieser Meinung ist auch der Herr Dr. Kaiser, der eigentlich einige Mühen mit der anderen Brücke hat, wo er ja auch mitspricht und gewisse Details beeinflussen kann, aber die Einflussnahme ist sehr gering, wo er natürlich nicht ganz so glücklich ist. Das ist ganz klar. Er kann bei der Beleuchtung und beim Gelände etwas machen, wir kämpfen mit der Lärmschutzwand, die natürlich von Haus aus nichts Schönes ist, das ist natürlich einfach ein Problem, aber an und für sich ist das eine technische Brücke und wird so gelöst, wie sie es schon früher vorgestellt bekommen haben, wenn es in dieser Variante gemacht wird.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Gut, Schlusswort gewünscht? Kein Schlusswort. Abstimmung, wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich ein Zeichen zu geben. 23. Wer ist gegen den Antrag? 4. Wer enthält sich der Stimme? 5. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

So, meine Damen und Herren, die Tagesordnung ist erschöpft, es ergeht daher zur „Aktuellen Stunde“ meine höfliche Anfrage zunächst an die SPÖ.

Nein. Herr Dr. Pfeil?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Nein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Schade. ÖVP? Kein Thema.

Grüne? Ein Thema bitte sehr.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Liebe Kolleginnen und Kollegen. Es tut mir Leid, dass ich die Sitzung noch ein wenig verlängere, ich hoffe es ist kurz. Es ist eher eine Information, es geht um den Waldorfkindergarten. Wir haben in der letzten Sitzung einen Antrag diskutiert, der nicht ganz uninteressant und unwichtig für die Stadt ist, da es um relativ viel Geld geht. Ich möchte sie soweit informieren, dass sich die Situation in diesem Kindergarten sehr dramatisiert hat und die Eltern in den letzten Tagen und Wochen ihre Kinder zum Großteil abgemeldet haben, die Eltern einen eigenen Verein gegründet haben und nun dabei sind, einen eigenen Kindergarten aufzuziehen; mit einem neuen Vorstand und mit den alten Kindergärtnerinnen, die im alten Waldorfkindergarten waren. Soweit zu diesen vereinsinternen Angelegenheiten. Was aber sehr interessant ist, ist ein Telefonat bzw. ein Schreiben, das ich heute bekommen habe, nämlich vom Dachverband Waldorf, die hier sehr klar sagen, dass der alte Verein und der bestehende Waldorfkindergarten nicht die Unterstützung des Dachverbandes hat und der neue Verein die Unterstützung bekommt. Es ist aus dem Grund auch sehr wichtig für uns, weil es um 22 bis 25 Kinder geht, die Anfang September in den Kindergarten müssen, die Eltern derzeit auf der Suche nach einer Herberge sind und scheinbar auch etwas gefunden haben. Es geht aber einerseits auch um eine Unterstützung der Stadt und auch um eine rechtliche Klärung, was mit dem Antrag ist, den wir in der letzten Sitzung beraten haben und dem Finanzierungsmodell, das ja für den Ankauf des Objektes in der Puschmannstraße aufgebaut worden ist. Kurz diese Information. Meine Bitte an die Sozialreferentin, den Verein in den nächsten Wochen zu unterstützen, um eine Sicherheit für die Eltern und die Kinder mit Beginn des Kindergartenjahres Anfang September sicher zu stellen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Die Kollegin Mach dazu. Sie hat in der Angelegenheit ein gewissen Feedback.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Kupfer. Ich bin ja jetzt schon lange mit dem Waldorfkindergartenproblem konfrontiert. Ich möchte natürlich sagen, dass ich mir schon 2 Seiten angehört habe. Ich habe mir die Seite die von der Frau Riedler weggegangen ist angehört, habe aber selbstverständlich auch ersucht, dass mir die Frau Riedler selber darüber Bescheid gibt. Es sind nicht so viele Kinder wie sie gesagt haben Herr Kupfer, es sind natürlich Kinder abgebröckelt. Wir haben z. B. dieses Integrationskind, die Fuchs Daniela, die werden wir im städtischen Kindergarten aufnehmen, weil die bei uns war und uns ersucht hat, dass wir dieses Kind nehmen. Ich habe auch beide ersucht, sie sollen ein Gespräch führen und versuchen sich zu einigen. Es ist anscheinend nicht möglich, es sind ungefähr 10 bis 14 Kinder, die den neuen Kindergarten vom neuen Verein besuchen werden, das ist mir gesagt worden. Für mich ist das eine Gruppe, wenn kein Integrationskind vorhanden ist. Es ist aber auch so, dass sich die Frau Riedler bemüht eine Gruppe zu gründen. Es ist natürlich für die Stadt schwer, mit dem Steuergeld so umzugehen. Ich kann es auch sagen, wo sie

versuchen sich einzuquartieren. Sie werden sich wieder beim Steuerberater Stockhammer einquartieren, wo sie ausgezogen sind. Da haben sie die Zusage, dass sie wieder für ein Jahr einziehen können. Jetzt frage ich mich aber, was für einen Zuschuss für die Umbauarbeiten für ein Jahr, sind wir als Stadt bereit zu geben? Wenn man sagt, sie mieten sich dort für ein Jahr ein, nach einem Jahr kommen sie natürlich wieder zu uns und sagen sie bauen das um. Die Frau Riedler hat, was ich weiß, die Genehmigung noch nicht verloren. Sie hat mir einen Brief geschrieben, den habe ich auch heute erhalten, wo drinnen steht, auch sie wird sich bemühen, diesen Kindergarten beizubehalten. Das Puschmannstraßengebäude hätten wir ja nie gekauft, darum habe ich ja einen Abänderungsantrag eingebracht. Da ist es ja nur um die anteilsmäßige Subventionierung für diesen Kindergarten gegangen, was die Stadt übernommen hätte, und nicht um den Ankauf. Da war ja die Drittelteilung, 1/3 das Land, 1/3 die Stadt und 1/3 hätte die Frau Riedler zur Verfügung gestellt. Eines möchte ich schon erwähnen, man muss auch das anerkennen, was die Frau Riedler getan hat, dass sie ein Haus gekauft hat, dass sie das Haus mit Eigenmitteln subventioniert hat und dann erst gegangen ist, um für eine Subvention bei der Stadt bzw. beim Land anzusuchen. Ich habe beide Seiten gehört und ich habe das akzeptiert, dass sie gesagt haben, sie gehen nicht mehr hinunter, sie wollen einen eigenen Verein gründen. Wir müssen uns nur eines bewusst sein und das habe ich beiden gesagt, ich kann nicht 2 Waldorfkindergärten subventionieren, wo da 10 Kinder und dort vielleicht 8 oder auch 10 Kinder sind. Ich glaube, da müssen wir eine Lösung finden, dass wir sagen, das ist jetzt der Waldorfkindergarten, der bekommt die Subvention. Ich möchte auch mitteilen, dass von mir die Subvention, die für ein ganzes Jahr gedacht ist, nur zur Hälfte ausbezahlt wurde, das heißt, eine Subvention von S 50.000,-- für ein halbes Jahr. Das halbe Jahr ist der Kindergartenbetrieb gelaufen, die anderen S 50.000,-- habe ich mir zurückbehalten und gesagt, ich schaue mir jetzt einmal an wie das läuft. Ich weiß ja selber nicht, wie sie jetzt weitermachen und man muss schon beide Seiten anhören. Die eine Seite sagt, bei ihr sind Kinder angemeldet und die andere Seite sagt auch, bei ihr sind Kinder angemeldet. Ich kann es nicht beweisen, wie viele Kinder überall angemeldet sind. Ich kann nur das wiedergeben, was ich einmal von da und einmal von dort höre. Ich bekomme laufend Briefe und Anrufe und habe gesagt, ich verhalte mich da objektiv, ich höre mir das an und dann werden wir uns beraten, wie wir das handhaben und wer die Subvention dann bekommt. Ich glaube, wir sind auch alle aufgerufen, mit dem Steuergeld so umzugehen, dass wir das jederzeit verantworten können. Ich werde beide Seiten anhören, was an mich herangetragen wird akzeptieren, aber es kann eh nur so sein, dass es einen Waldorfkindergarten gibt. Wenn der neue Verein das Quartier hat und dort die Gruppe aufbaut, werden wir das auch akzeptieren, ich habe kein Problem mit dem Ganzen. Nur, ich verstehe auch die Frau Riedler, was auch immer dort vorgefallen ist, aber man muss schon alle zwei Seiten anhören und ich glaube, wir müssen dann entscheiden, wem wir die Mittel zukommen lassen. Das ist unsere Aufgabe. Ich habe auch gesagt, ich mische mich in das Vereinsgeschehen, weder bei der einen Seite, noch bei der anderen Seite, nicht ein, das geht mich nichts an, das ist nicht meine Angelegenheit. Ich habe nur gesagt, ich möchte dann ein Schreiben haben, wo der Waldorfkindergarten dann besteht. Das war meine Antwort darauf.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr. FPÖ dazu? ÖVP dazu? Keine Wortmeldung mehr. Weitere Themen?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Schluss der Sitzung!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Schluss der Sitzung, bravo. Die Sitzung ist geschlossen, ich danke für de Mitwirkung.

ENDE DER SITZUNG: 1.20 UHR

DER VORSITZENDE: Bürgermeister Hermann Leithenmayr

DIE PROTOKOLLFÜHRER: OAR Anton Obrist, Gabriele Obermair

DIE PROTOKOLLPRÜFER: GR Roswitha Großalber, GR Elfriede Reznar